

---

Politisches Denken in Geschichte und Gegenwart  
Reihe Geschichte

---

# **Politische Gruppen und Ziele während der Schreckensherrschaft in Frankreich, 1792-1794**

von Thomas Beck



**Backe & Sander**



CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek  
*Politische Gruppen und Ziele während der Schreckensherrschaft  
in Frankreich, 1792-1794*

Illertissen: 1990  
(Backe und Sander)  
NE: Thomas Beck

Verlag Backe und Sander GmbH  
Illertissen  
1990

Vorwort	7
<b>Kap. I Ideologie und Logik des Terrors</b>	<b>15</b>
Marat's Gesellschaftstheorie und sein soziales Denken	20
Das politische Handeln bei Marat	25
Robespierres Tugenden	30
Robespierre, das Volk und das Gemeinwohl	32
Robespierre's Terror gegen die Verschwörung der Konterrevolution	39
Die Realpolitik des Terrors: Saint Just und Danton	42
Saint Just's "ökonomischer" Terror	43
Danton's "populärer" Terror	47
Soziale Hoffnungen der Sansculotten und Motive ihres politischen Handelns	52
Die Logik des Bündnisses von Jakobinern und Sansculotten:	
Die Herrschaft des Schreckens	60
<b>Kap. II Machtbasis und Organisation der politischen Gruppen</b>	<b>64</b>
Berg-Ebene-Gironde: Die politische Landschaft des Konvents	66
Die Gironde	73
Die Montagne	83
Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften	89
Die Volksgesellschaften	101
Die Commune von Paris und ihre Sektionen	109
<b>Kap. III Der Kampf um die Macht und die Verfassung der Republik</b>	<b>121</b>
Das Scheitern der Gironde, September 1792 bis Mai 1793	125
Das Juncim: Terror und Krieg - Frieden und Verfassung, Juni bis November 1793	133
Die Gleichschaltung nach dem 14. Frimaire II	142
<b>Kap. IV Die Errungenschaften der Schreckensherrschaft</b>	<b>150</b>
Die Abwendung der Niederlage	160
Verwaltung und Zwangsgewalt	173
Der Zwiespalt der Politik	191
Höhepunkt oder Irrweg der Revolution	199
Literaturverzeichnis	209

## Vorwort

Die knappen zwei Jahre zwischen dem Sturz der konstitutionellen Monarchie am 10. August 1792 und dem Sturz der Robespierri-  
sten am 27. Juli 1794 erscheinen als in hohem Maße ereignis- und fol-  
geschwer nicht nur für die französische Geschichte der Moderne. Im  
breiten Bewußtsein - vielleicht sogar der Zeitgenossen - wurde die im  
Frühjahr 1792 eingeführte Guillotine zum Symbol der Französischen  
Revolution. Der unerbittliche politische Kampf um die Richtung der  
Revolution, in dem schubweise ganze Parteien dem "Rasiermesser  
der Nation" zum Opfer fielen, hat auch Historiker zugleich angezogen  
und abgestoßen.

Sieht man von eher soziologisch - aber auch politisch - interes-  
santen, zur Paranoia neigenden Schriften ab<sup>1</sup>, so war es doch auch für  
die ernstzunehmende Historiographie stets eine kontrovers disku-  
tierte Frage, ob die Schreckensherrschaft eine vermeidbare, da auf  
persönlichen Machthunger oder ideologischen Dogmatismus zurück-  
führbare, Entwicklung der Revolution darstellt, oder ein Diktat der  
Umstände.

Wenn sich auch die jüngste Forschung besonders unter dem  
Einfluß des Soboul-Nachfolgers an der Sorbonne, Michel Vovelle,  
vermehrt der höchst komplexen Problematik des sich in der Revolu-  
tion verändernden Bewußtseins zuwendet<sup>2</sup>, muß sich doch jede poli-  
tisch-historische Arbeit den von der Annales-Schule beeinflussten bür-  
gerlich-liberalen Historikern einerseits und den von sozialistischen

---

<sup>1</sup> Neoroyalistische und reaktionäre Deutungen sind meines Erachtens mit der Arbeit von Jo-  
hannes Rogalla von Bieberstein: Die These von der Verschwörung der Philosophen, Frei-  
murer, Illuminaten, Juden und "Geheimen Gesellschaften". Diss. Phil. Bochum 1972, end-  
gültig aus der ernstzunehmenden historischen Forschung verbannt und bedürfen keiner wei-  
teren Auseinandersetzung mehr.

<sup>2</sup> vgl. hierzu die das Forschungsfeld umreißende Arbeit von Michel Vovelle: Die Französische Revolution - Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten. München-Wien 1982 (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution Bd. 7)

und historisch-materialistischen Historikern an-dererseits vertretenen Thesen stellen.

Gemeinsam ist ihnen, a priori von einer Bestimmung des Sinnes der Französischen Revolution auszugehen. Für François Furet scheint diese Bestimmung in der Verwirklichung des gemäßigt liberalen Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts zu liegen. Die Terreur ist für ihn unter dieser Erwartungshaltung ein "Abkommen vom Weg"<sup>3</sup>, der der Revolution eigentlich bestimmt war. Soboul und Markov folgen dem Ansatz von Mathiez. Die Terrordiktatur ist für sie Höhepunkt und Abschluß der Revolution. Unter der "Thermidorreaktion" erntet die Bourgeoisie die Früchte des revolutionären Sieges, den "Jakobiner mit dem Volk"<sup>4</sup> gemeinsam errungen haben. Der Einfluß der Jakobinerrezeption Lenins ist deutlich. Die Französische Revolution wird gewissermaßen zur Musterrevolution jeder neuen Klasse, die eine alte in der Herrschaft ablöst<sup>5</sup>. Das Bündnis der Jakobiner mit der Sansculotterie war zur Ablösung der Herrschaftsform des Feudalismus bestimmt. Diese Zweckbestimmung des Bündnisses offenbart sich, als die Jakobiner die sozialen Hoffnungen der Sansculotterie nur in sehr geringem Maße befriedigen wollen<sup>6</sup>.

---

3 "dérapiage". Vgl. François Furet: Der revolutionäre Katechismus. In: Eberhard Schmitt (Hg.): Die Französische Revolution. Köln 1976, S. 80; und: François Furet und Denis Richet: Die Französische Revolution. Dt. Ausgaben: Frankfurt 1968, Ndr. München 1981 (Frz. 2 Bd. 1965 und 1966), S. 160ff.

4 In der Umkehrung des Leninwortes: "Die Konterrevolution geht zum Angriff über": Jakobiner ohne Volk. Walter Markov und Albert Soboul (Hg.): Die Sansculotten von Paris S. XV. Vgl. hierzu auch: Walter Markov: Robespieristen und Jacquesroutins. In: ders. (Hg.): Robespierre, S. 117f.

5 vgl. Walter Markov: Jacques Roux oder vom Elend der Biographie. Berlin 1966, S. 26ff.

6 Andere ernstzunehmende Deutungsansätze, wie z.B. die These der Atlantischen Revolution von R.R. Palmer und Jacques Godechot (z.B. in: R.R. Palmer: The Age of Democratic Revolution. A Political History of Europe and America, 1760-1800. 2 Bde. Princeton, N.J. 1959-1964, und Jacques Godechot: France and the Atlantic Revolution of the Eighteenth Century, 1710-1799. Engl. New York 1965), sind für das Thema nicht von zentraler Bedeutung.

Soweit es die politische Gestaltung Frankreichs nach dem Sturz der konstitutionellen Monarchie betrifft, werfen beide Thesen die Frage auf: Was wollten eigentlich die politischen Gruppen, die um die Macht zur Gestaltung der Republik stritten - und vor allem, was haben sie erreicht oder worin und woran sind sie gescheitert?

Weder Legitimität noch Notwendigkeit einer aus dem Wissen und dem Erklärungsbedürfnis der Gegenwart entspringenden Deutung und Bewertung der Ereignisse soll dabei in Frage gestellt werden. Im Gegenteil ist es gerade unter diesem Blickwinkel - unabhängig von der Weltanschauung - doch von zentraler Bedeutung, welchen Beitrag die Französische Revolution zum Übergang von der alten Ordnung des Ancien Régime zur neuen Ordnung der Moderne geleistet hat. Ist sie wirklich ein Block, der als Initialprozeß den Herrschaftsübergang von der Feudalaristokratie auf die Bourgeoisie vollzogen hat, oder zerfällt sie in progressive und retardierende Phasen?

Für die Schreckensherrschaft stellt sich in dieser Hinsicht die Frage, inwieweit sie Kontinuität und Brüche zur konstitutionellen Monarchie und zum Thermidorianerkonvent aufweist. In der Beantwortung der Frage nach dem von den handelnden Gruppen politisch Gewollten und Erreichten, war es mein Ziel, zentrale ideologische und machtorientierte Handlungsmotive und deren Auswirkung auf die staatliche Herrschaftsstruktur zu identifizieren. Da die wesentliche politische Gestaltung der Schreckensherrschaft Jakobinern und Sansculotten zufiel, stand die Frage nach den Bedingungen des Bündnisses, nach der ideologischen Sprachregelung des Bündnisses und nach den Zielprojektionen der eingeschlagenen Strategie des Terrors im Mittelpunkt des ersten Kapitels. Die Wechselwirkungen zwischen politischen Zielen, deren ideologischer Formulierung und der Befähigung zielgerichtete Macht auszuüben, die in die Beschreibung des politischen Kampfes im dritten Kapitel einfließen sollten, erforderten die Untersuchung der organisatorischen und institutionellen Machtbasis der einzelnen politischen Gruppen im zweiten Kapitel. Für die

Bewertung der Schreckensherrschaft im Gesamtzusammenhang der Revolution ist es sicherlich ganz erheblich zu ergründen, welche politischen Strukturveränderungen sie bewirkt hat.

Mit der Frage nach den Errungenschaften der Schreckensherrschaft, wurde im vierten Kapitel versucht, einige zentrale Aspekte von Brüchen und Kontinuitäten in der politischen Entwicklung von der konstitutionellen Monarchie zum Thermidorianerkonvent darzustellen.

Eine umfassende Neuinterpretation der Schreckensherrschaft wird aufgrund der beschränkten Fragestellung nicht möglich sein. Dies würde eine ganz breite Untersuchung auch der sozialen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung erfordern, die sicherlich ganz ähnliche Fragen nach Zielen, Machtorganisation, Gang der Auseinandersetzung und strukturellem Ergebnis aufwerfen. Doch selbst dann bliebe noch die Frage nach dem, was in den Köpfen vorging, als recht grundlegendes Verständniserfordernis offen. Den sicherlich höchst reizvollen Versuch, einer Gesamtsynthese der Forschung auch in den Bereichen der Kultur- und Sozialgeschichte will die Arbeit nicht unternehmen. Dennoch brachten die Forschungsergebnisse gerade der Kultur- und Sozialgeschichte zu einem nicht unerheblichen Teil Licht in Probleme, die sich vom vordergründig politischen Geschehen nicht erschließen.

Im Hinblick auf die Auswirkungen der Schreckensherrschaft auf die Herrschaftsstruktur des politischen Systems des Französischen Staats in der Revolutionszeit scheint es jedoch höchst zweifelhaft, ob eine Charakterisierung nach Höhepunkt oder Abgleiten das Geschehen adäquat bewertet. In dieser Hinsicht scheint die Schreckensherrschaft eher einen Prozeß des Übergangs zu einer genuin neuen Organisationsform des Staates zu sein und wenn man von der historischen Bestimmung in der nachfolgenden Entwicklung und ihrer Tradition in die Gegenwart ausgehen will, eine weitere "aufsteigende Phase" der Revolution. In der Bewertung der Einzelfragen verdankt

die Arbeit den zum Teil grundlegenden Einzeluntersuchungen und Quelleneditionen der Revolutionsforschung wichtige Erkenntnisse.

Mit den Archives Parlementaires<sup>7</sup> steht eine sehr umfangreiche Quellenedition zur Verfügung. Neben Konventsdebatten, Dekreten und Petitionen werden mit diesem Werk auch zahlreiche politische Schriften auch weniger bekannter Deputierter in den Anhängen zugänglich gemacht, die noch auf ihre Auswertung warten. Die Akten-sammlung des Wohlfahrtsausschusses, herausgegeben von Aulard<sup>8</sup>, umfaßt neben der Arbeit des Ausschusses und seiner Vorgänger auch die Korrespondenz der "représentants du peuple en mission", der Konventskommissare. Bis zum März 1794 wird dies noch durch die Dokumentation der Arbeit des provisorischen Exekutivrates ergänzt. Eine weitere sehr wertvolle Edition stellt Aulards Sammlung der Akten des Jakobinerklubs<sup>9</sup> dar. Der von Walter Markov in Zusammenarbeit mit Albert Soboul herausgegebenen Synopse der Akten der Pariser Sektionen<sup>10</sup> kommt das Verdienst zu, auch dem deutschsprachigen Leser Denken und das politische Handeln der Sansculotterie von Paris zugänglich zu machen. Die Methode der Synopse vermittelt dabei immer noch eine gewisse Unmittelbarkeit, die durch reine Präsentation eines Übersetzungsvorschlages verloren ginge.

---

7 Archives Parlementaires de 1787 à 1860. Première série (1787 à 1799). Bisher 95 Bde. Bde. 52-95. Paris 1897-1987 Z.T. Nachdr. Nendeln 1969

8 F.A. Aulard (Hg.): Recueil des actes du Comité du Salut public avec la correspondance officielle des représentants en mission et le registre du Conseil exécutif provisoire. 28 Bde. Paris 1889

9 F.A. Aulard (Hg.): La Société des Jacobins. Recueil des documents pour l'histoire du club des Jacobins de Paris. 6 Bde. Paris 1889-1897

10 Walter Markov und Albert Soboul (Hg.): Die Sansculotten von Paris. Dokumente zur Geschichte der Volksbewegung 1793-1794. Berlin 1957



Jacques Godechots Institutionengeschichte<sup>11</sup> ist sicherlich für Untersuchungen zur politischen Entwicklung in dieser Zeit ein unentbehrliches Hilfsmittel. Mit dem von Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt herausgegebenen Handbuch entsteht ein lange vermißtes Nachschlagewerk, das die sich häufig schwer erschließende Begrifflichkeit der Zeitgenossen mit überzeugender Methodik zugänglich macht<sup>12</sup>. Die aufständische Commune von Paris wurde sehr genau von Braesch<sup>13</sup> untersucht, für das Jahr II liegt eine Arbeit von Deville<sup>14</sup> vor. Ausgehend von dem sozialgeschichtlichen Ansatz von Albert Mathiez<sup>15</sup>, gelang es materialistischen Historikern, den Zusammenhang von Versorgungsproblemen und politischen Mobilisierungsfaktoren zu verdeutlichen. Dieser Ansatz ist für die Untersuchung des politischen Systems der Zeit nicht zuletzt deshalb so ergiebig, weil durch die Aufarbeitung sonst sehr unübersichtlichen und schwer zugänglichen Materials die Identifizierung in ihren Zielen so unterschiedlicher Gruppen wie *enragés*, Hébertisten, Jakobiner und Sansculotten möglich wird. Albert Soboul widmete sich der Bestimmung der Sansculotterie nach ihrer Mentalität und ihrer Organisation<sup>16</sup>. Walter Markov arbeitete vor allem die ideologischen und organisatorischen Unterschiede zwischen der Avant-Garde der Jakobiner und der Sansculotterie heraus<sup>17</sup>. George Rudé untersuchte einer-

---

11 Jacques Godechot: *Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire*. Paris 1951. 2. durchges. u. verb. Aufl. Paris 1968

12 Rolf Reichardt und Eberhard Schmitt (Hg.): *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680 - 1820*. Heft 1-9. München 1985 - 1988 (erscheint in Fasz., nicht alphabetisch). (*Ancien Régime, Aufklärung und Revolution* Bd. 10)

13 F. Braesch: *La Commune du dix août 1792*. Paris 1911. Nachdruck Genf 1978

14 Deville, Paul Saint Claire: *La Commune de l'an II. Vie et mort d'une assemblée révolutionnaire*. Paris 1946

15 In diesem Zusammenhang am bedeutendsten ist seine Arbeit: *La vie chère et le mouvement social sous la Terreur*. 2 Bde. Paris 1927. Nachdruck Paris 1973

16 Albert Soboul: *Les Sans-culottes parisiens en l'an II. Mouvement populaire et gouvernement révolutionnaire, 2 juin 1793 - 9 thermidor an II*. La Roche-sur-Yon 1958. In deutscher Übersetzung liegt, bearbeitet und herausgegeben von Walter Markov, der Hauptteil von Sobouls Monographie unter dem Titel: *Die Sektionen von Paris im Jahre II*, Berlin 1962, vor.

17 So vor allem in seiner Sammlung von Beiträgen, erschienen unter dem Titel: *Jakobiner*



seits den Zusammenhang in der Abfolge von Versorgungsrevolten und journées, andererseits identifizierte er den sozialen Hintergrund der politischen Aktivisten der Sansculotterie<sup>18</sup>. In einer der jüngeren Untersuchungen differenziert Susanne Petersen die Ergebnisse von Soboul, Rudé und Markov für die Zeit des politischen Machtkampfes zwischen Montagne und Gironde<sup>19</sup>. Besonders wertvoll für die vorliegende Arbeit war ihre Verdeutlichung des zeitweise wirkenden girondistischen Einflusses wirtschaftlichen Denkens auf Sektions-ebene. Neben diesen für das Verständnis des politischen Kampfes unentbehrlichen Arbeiten waren die Ergebnisse vor allem der Untersuchungen von Patrick<sup>20</sup> und Bourdin<sup>21</sup> für die Bearbeitung des Themas sehr hilfreich. Bourdins Arbeit behandelt zwar den Zeitraum vor dem Sturz der Monarchie, aber das Zusammenwirken von Jakobinerklub und Sansculotterie wird erst auf dem Hintergrund des Kommunikationssystems der Klubs und Gesellschaften bewertbar. Die Leistungen Patricks liegen ohne Zweifel hauptsächlich in der Quantifizierung der politischen Kompetenz der Konventsgruppen in bedeutenden politischen Entscheidungen bis zum Sturz der Gironde. Das Netzwerk der Jakobinerklubs und der Volksgesellschaften in den Departements wurde von Michael Kennedy in einer sehr materialrei-

---

und Sansculotten, Beiträge zur Geschichte der französischen Revolutionsregierung 1793-1794. Berlin 1956, in der von ihm überarbeiteten, ausgewählten und ergänzten Festschrift anlässlich des 200. Todestages von Maximilien Robespierre: Maximilien Robespierre 1758-1794. Berlin 1961. Als Autor setzt er sich mit dem Problem besonders in seinem Beitrag, Robespierristen und Jacquesroutins, in der Robespierre-Festschrift und in: Die Freiheiten des Priesters Roux, Berlin 1967, auseinander.

18 George Rudé: The Crowd in the French Revolution. Oxford 1959. Nachdruck Oxford, New York 1967

19 Susanne Petersen: Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik in Paris 1792-1793. Studie zum Verhältnis von revolutionärer Bourgeoisie und Volksbewegung bei Herausbildung der Jakobinerdiktatur. (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution Bd. 2). München, Wien 1979

20 Patrick; Alison: The Men of the First French Republic Political Alignment in the National Convention of 1792. Baltimore, London 1972

21 Isabelle Bourdin: Les Sociétés populaires à Paris pendant la Révolution. Paris 1937

chen Studie erschlossen<sup>22</sup>. Für die Ideologie der Terreur liegt eine sehr nützliche Untersuchung von Helmut Kessler vor<sup>23</sup>.

In ganz besonderem Maße verdanke ich der Forschung von Clive H. Church die Erkenntnis von der zentralen Bedeutung der Bürokratisierung der Verwaltung für die staatliche Herrschaftsbildung<sup>24</sup>.

Für die Hilfe bei der Texterfassung auf EDV, Korrekturlesen und sachliche und formale Kritik gilt mein besonderer Dank Gisela Masching, M.A., Annemarie Lobenhofer, Andreas Erdmann und Thomas Warnken.

---

22 Michael L. Kennedy: *The Jacobin Clubs in the French Revolution*. 2 Bde. Bd. 1: *The First Years*. Princeton, N.J. 1982. Bd. 2: *The Middle Years*. Princeton, N.J., 1988.

23 Helmut Kessler: *Terreur. Ideologie und Nomenklatur der revolutionären Gewaltanwendung in Frankreich von 1770-1794*. Hg. von Siegfried Grosse, Karl Maurer und Hans Joachim Schrimpf. (Bochumer Arbeiten zur Sprach- und Literaturwissenschaft).

24 Clive H. Church: *Revolution and Red Tape. The French Ministerial Bureaucracy 1770-1850*. New York-Oxford-London u.a. 1981

## Kapitel I

### Ideologie und Logik des Terrors

Die Frage nach den Zielen des Terrors stellt sich sehr vielschichtig. Die anspruchvollste Erkenntnisebene ist dabei die, die versucht, die hintergründigen Beziehungen von nicht - oder nicht explizit - formulierten Auflösungsversuchen struktureller Widersprüche, in einem radikalen Ansatz zur Dialektik des Erzielten zu verstehen und zu interpretieren. Dieser Anspruch läßt nur wenige Wege des Vorgehens offen, denen jedoch eines gemeinsam sein muß: Der Versuch, a priori zu ergründen, welche Elemente des Verstehens, Wissens, Wollens und geistigen Synthetisierens von welchen Eindrücken mit welchem Wirklichkeitsgehalt als Motive des Handelns verbaliter und realiter bestimmend sind. Läßt man die Versuche des 19. Jahrhunderts außer Acht, die zum Teil bis in unsere Tage nachwirkend dies vordergründig an politischer Mythenbildung interessiert versuchen, so gibt es in der Historiographie drei beachtliche Ansätze, die den Anspruchsrahmen breiter oder weniger breit füllen. In jeder Hinsicht einzigartig ist bislang die Studie von Bernhard Groethuysen geblieben<sup>1</sup>. Obwohl er sich nicht mit dem Zeitraum der Schreckensherrschaft auseinandersetzt, ist das Bild, das er vom Selbstbewußtsein und Denken der revolutionären Bourgeoisie zeichnet, recht eigentlich grundlegend für das Verständnis dessen, was in den Köpfen vorgeht. Groethuysens Erkenntnisweg ist genialisch, was sicherlich ein Grund dafür ist, daß er von der historischen Fachwissenschaft weitestgehend ignoriert wird. Ein anderer wird darin zu suchen sein, daß er sich nicht mit dem Nachweis seiner Erkenntnisquellen in einen wissenschaftlichen Appa-

---

<sup>1</sup> Bernhard Groethuysen: Philosophie der Französischen Revolution. Darmstadt-Neuwied 1971. Ndr. Berlin 1976. Ndr. Frankfurt - New York 1989. Französische Originalausgabe: Philosophie de la Révolution française. Paris 1956.

rat aufhält. Nicht zuletzt ist sein eher literarischer Stil der ernsthaften Wissenschaft allzu fremd. Dennoch kontrastiert seine Arbeit für den Neugierigen zum formalistisch korrekten Konvolut von Georges Gusdorf<sup>2</sup>, das dem Anspruch des Titels nach eine Autorität zum Problem des revolutionären Denkens darstellen müßte, sich jedoch als sehr spezielle Philosophiegeschichte erweist und sich der historischen Problemstellung nur schwer erschließt. Gegen Gusdorfs Kanonisierung relevanter und nicht relevanter Denker sticht Groethuysens breite und urtypisch um Verstehen bemühte Synthese ab, die, wie der um seine Etablierung bemühte Forscher überzeugend darlegt<sup>3</sup>, die vorangegangene tiefgreifende Analyse umfänglicher Textkörper manifest werden läßt.

Dies um so mehr, als methodisch äußerst aufwendige Arbeiten der jüngsten Forschung bislang nur Groethuysens Thesen bestätigen konnten. Obwohl unter einem ganz anderen Lexem firmierend, bemüht sich die Mentalitätsgeschichte um ganz ähnliche Erkenntnisse, wie Groethuysen. Während die Ansätze von George Rudé<sup>4</sup> und Michel Vovelle<sup>5</sup> um synthetisierende Historiographie bemüht sind, rückt bei der linguistisch orientierten Mentalitätsforschung das Instrumentarium in den Mittelpunkt. Ausgehend von den Grundlagenarbeiten von Régine Robin<sup>6</sup> hat sich dieser Forschungszweig inzwischen etabliert. Im deutschsprachigen Raum ist neben romanistischen Arbeiten

---

2 Georges Gusdorf: *La Conscience révolutionnaire. Les idéologues*. Paris 1978. (Les Sciences humaines et la pensée occidentale VIII).

3 vgl. Eberhard Schmitt: Nachwort zu Groethuysens Philosophie der Französischen Revolution. In: Groethuysen, *Philosophie der Französischen Revolution*. S.193-207

4 George Rudé: *The Crowd in the French Revolution*. London-Oxford-New York 1959. Ndr. 1967.

Dt. Ausgabe: *Die Massen in der Französischen Revolution*. Übers. v. Angela Hillmayr u. Rudolf Bischoff. München-Wien 1961.

5 Michel Vovelle: *Die Französische Revolution - Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten*. München-Wien 1982.

Originalausgabe: *Breve storia della rivoluzione Francese*. Rom 1979.

6 vgl. besonders Régine Robin (Hg.): *Histoire et linguistique*. Paris 1973. Kap. 1-8 und dies.: *Language et idéologies*. In: Dies. (Hg.): *Language et idéologies. Le Discours comme objet de l'Histoire*. Paris 1974. S.3-11

vor allem das entstehende Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich<sup>7</sup> zu nennen, das vom begriffsgeschichtlichen Ansatz her sich im langem Zeitraum ändernde Denkmodelle untersucht. Hier findet sich die mit Abstand beste bis heute verfügbare Klärung der Grundinhalte und Traditionen des Terrorbegriffs<sup>8</sup>. Van den Heuvel gelingt es in vorbildlicher Weise sowohl linguistische als auch historische Methoden einzusetzen, ohne den Beitrag zu einer Diskussion um die Reinheit des Instrumentariums werden zu lassen.

So grundlegend auch die Erforschung dessen, was die Menschen aller Schichten und Klassen zum Handeln antrieb, ist, so völlig eigenständig ist andererseits auch das Forschungsfeld. Vom Anliegen und Interesse her tendieren die Ergebnisse dieser spannenden und zukunftsweisenden Forschungsrichtung zur Erhellung zeitlich übergreifender Strukturen im politisch-sozialen Denken. Die Fragestellung nach den politischen Gruppen und den Zielen der Schreckensherrschaft greift viel weniger weit aus und zwingt zur Konzentrierung auf einen zeitlich eng begrenzten Prozeß. Dennoch sind natürlich Motive, Zielvorstellungen und programmatische Parolen der beteiligten politischen Führer und Gruppen ein zentrales Element für die Herausbildung des Terrors als staatlichem Führungsinstrument. Doch verlangt die Fragestellung die enge Beschränkung auf solche Formulierungen von politischen Zielen, die den Handlungsrahmen der beteiligten politischen Kräfte bestimmten. Eine allzu weit gefaßte Ergründung der

---

7 Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820. Hg.v. Rolf Reichardt und Eberhard Schmitt. Erscheint in fasc., nicht alphabetisch. München 1985. Das Handbuch ist gleichzeitig Bd.10 der Reihe: Ancien Régime, Aufklärung und Revolution. Zur Bedeutung dieses Ansatzes für Erforschung der wachsenden Bewußtwerdung einer neuen Grundrechtsordnung vgl. auch Rolf Reichardt: Revolutionäre Mentalitäten und Netze politischer Grundbegriffe in Frankreich 1789-1795. In: Reinhart Kosellek und ders. (Hg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. Vorlagen und Diskussionen der internationalen Arbeitstagung für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld 28.Mai-1.Juni 1985. München 1988. (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution Bd.15). S. 185-215

8 Gerd van den Heuvel: Terreur, Terroriste, Terrorisme. In: Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich, Heft 3. München 1985. S.89-132

geistesgeschichtlichen Traditionen führte hier eher in gefährliche Untiefen, zumal - wie etwa Joan McDonald<sup>9</sup> zeigt - die Rezeption der Philosophie der Aufklärung mit vielen Brüchen und Neuinterpretationen verläuft. Eine umfassende Mentalitätengeschichte, die den geistigen Unterbau und die halbbewußten aus dem Sein bestimmten Motive der Handlungsträger ergründet, wird also nicht folgen, eher der Versuch, politische Programme, soweit sie sich in der Schreckensherrschaft auswirkten in ihren Kernzielen zu identifizieren. Dennoch waren gerade in diesem Unterfangen Erkenntnisse der Mentalitätenforschung unendlich hilfreich und bieten auch für die Bewertung des durch die Schreckensherrschaft faktisch Erreichten unverzichtbare Erkenntnisse.

Ein zentraler Grundzug des Denkens der revolutionären Führer seit 1789 und in besonderem Maße im Zeitraum der Schreckensherrschaft ist die rechtsphilosophische Bewertung aller politischen Probleme. Selbst Marat sieht die sozialen Antagonismen, die er in einer gewaltsamen Revolution auflösen will, primär als Rechtsprobleme. Es ist ganz bezeichnend, daß das rechtsphilosophische Denken des 17. und 18. Jahrhunderts auch bei ihm viel stärker nachwirkt, als etwa die sozialutopischen Ansätze von Morelly oder Beaumelle<sup>10</sup>.

Vovelle nennt die Männer der Konstituante "revolutionäre Juristen"<sup>11</sup>, was einerseits auf ihren professionellen Hintergrund hindeutet, der sich auch aus ihrer ursprünglichen Funktion in den "parlements" des Ancien Régime erklärt. Andererseits prägen jedoch Profession und Ausbildung auch den politischen Diskurs. Die bedeutendsten Theoretiker der Schreckensherrschaft, Robespierre und Marat, lassen in ihren Reden ein gemeinsames gedankliches Konzept

---

9 vgl. Joan McDonald: Rousseau and the French Revolution 1762-1791. London 1965. Besonders S.51ff., 115ff.

10 vgl. Lew S. Gordon: Studien zur plebejisch-demokratischen Tradition in der Französischen Aufklärung. Berlin 1972. S.23-29 und S.75-101

11 Michel Vovelle. Die Französische Revolution. S.10

erkennen, indem sie glauben, mit der Summe des positiven Rechts gesellschaftliche Antagonismen aufheben zu können. Diese Hoffnung, mit der Inkraftsetzung guter Gesetze, einen harmonischen Staat schaffen zu können bildet den Hintergrund auf dem sich solch unterschiedliche Denker wie Robespierre und Marat verstehen - oder auch mißverstehen.



## Marats Gesellschaftstheorie und sein soziales Denken

Jean Paul Marat war 1793 mit seinen 49 Jahren der Senior unter den führenden Revolutionären der Montagne. Er war der einzige Spitzenpolitiker der Montagne im Konvent, der schon lange vor 1789 ein klares Revolutionsmodell durchdacht hatte<sup>1</sup>.

Anders als viele seiner Zeitgenossen, war er vom englischen Wohlstand als Ziel wirtschaftlicher Entwicklung nicht überzeugt. Aus eigener Anschauung kannte er die Ausbeutungsformen des frühen Industriekapitalismus und die Not und Hilflosigkeit der Lohnarbeiter. Sein oberstes Anliegen war es wohl deshalb auch, ein Gesellschaftsmodell zu entwickeln, das den Antagonismus von Reich und Arm aufheben sollte. Sein philosophischer Ansatz war dabei metaphysisch-spiritualistisch<sup>2</sup>. Aus dieser Sicht ist sein eher mitleidbetontes gleichmacherisches Denken<sup>3</sup> zu verstehen. Sicherlich fehlte ihm das Verständnis für gesellschaftliche Produktionsbedingungen, aber darin unterschied er sich kaum von der Mehrzahl jakobinischer Denker<sup>4</sup>.

Trotzdem entwickelte er - mit den oben genannten Einschränkungen - in zwei bedeutenden Werken eine durchaus stringente Gesellschaftstheorie<sup>5</sup>. Erste Ansätze zu revolutionären Gedanken finden sich schon in einem von ihm verfaßten Briefroman 1771<sup>6</sup>, in dem er fordert, das Volk über seine Rechte - gemeint sind wohl die Natur-

---

1 vgl. Michel Vovelle: Marat, textes choisis. Paris 1963, S.7

2 vgl. Michel Vovelle, Marat, textes choisis, S. 13/14

3 das sich vor allem in der wirtschaftlich unreflektierten Forderung nach möglichst gleichem Eigentum aller niederschlägt. Vgl. Wjatscheslaw P. Wolgin: Die Gesellschaftstheorien der französischen Aufklärung. Berlin 1965, S.321

4 Robespierre z.B. beschäftigt sich selten mit Produktionsproblemen in seinen Reden. Werden solche von ihm angeschnitten, transformiert er sie in Probleme des revolutionären Kampfes gegen "Feinde der Freiheit".

5 "The Chains of Slavery", London 1774 und "Plan de législation criminelle. Paris 1780. Vgl. Helmut Kessler: Terreur. München 1973, S.9

6 Les Aventures du jeune comte Potowski, erschienen bei "Le bibliophile" Jacob 1848. Vgl. Kessler, op. cit., S.9



rechte - aufzuklären und zu bewaffnen, damit es seine Unterdrücker abschütteln kann.

Thematik und Inhalt von Marats Schriften stecken seine Methode ab. Er versucht durch rechtsphilosophische Spekulation eine sozial günstige Staatsverfassung zu entwerfen, deren Kernpunkt der Konsens oder Dissens von Volk und Regierung ist. Sein Fundus ist einerseits die Gesellschaftstheorie der Aufklärung<sup>7</sup>, deren eigene Interpretation er in seinem "Plan de législation criminelle" als Fundament seiner Gesellschaftstheorie umreißt<sup>8</sup>. Die radikalen Konsequenzen, die er aus diesen rechtsphilosophischen Spekulationen zieht, gehen nach Cobban eher auf die Anregungen populärphilosophischer und journalistischer Publikationen zurück<sup>9</sup>.

Zwei entscheidende Grundgedanken beherrschen Marats Gesellschaftsmodell. Der Staat hat gesetzgeberisch das "bonheur" aller seiner Bürger zu gewährleisten<sup>10</sup>. Die Tatsache, daß in dem von Marat vorgefundenen Staat "pauvres" leben, die am "bonheur" keinen Anteil haben, zwingt sie, die Gesetze dieses Staats zu ändern<sup>11</sup>. Besonders im zweiten Gedanken umreißt Marat die Dynamik seiner Gesellschaftstheorie, indem er dem Volk, das in seiner Mehrzahl arm ist, die aktive Umgestaltung des Staates als Aufgabe zuweist. Damit verläßt er den Rahmen rein spekulativer Modellreflexionen, die im 18. Jh. durchaus über die Problematik "reich - arm" angestellt wurden<sup>12</sup>, und kommt zu einer Klassenkampftheorie, die in ein Revolutionsmodell mündet.

---

7 so z.B. bei: Rousseau, Helvétius, Raynal, Mably, Turgot, Meslier, Necker. Vgl. Kessler, op. cit., S. 10

8 "Le seul fondement légitime de la société est le bonheur de ceux qui la composent", zit. nach Kessler, op. cit., S.10

9 Cobban führt das Beispiel des Journalisten Lingnet an, der 1767 eine Schrift mit dem Titel "Loix civiles ou principes fondamentaux de la société" verfaßte. Vgl. Alfred Cobban: The Social Interpretation of the French Revolution. Cambridge 1965, S.148

10 Vgl. Kessler, op. cit., S.10

11 vgl. Kessler, op. cit., S.11

12 Marats Befund, daß die Gesellschaft aus "riches und "pauvres" besteht und deshalb den ihr unterstellten Zweck nicht erfüllt, wird durchaus von Teilen der Aufklärer geteilt. Vgl. Kessler, op. cit., S.10

Wie eingangs bereits erwähnt, versteht er den Klassenkampf nicht in materialistischem und schon gar nicht in etwa frühsozialistischem oder kommunistischem Sinne, sondern als einen Kampf um "gute" Gesetze<sup>13</sup>. Seine Klassenkampftheorie ist deswegen jedoch nicht weniger bedeutend, beinhaltet sie doch so wichtige Komponenten wie die Notwendigkeit der Organisation der unterdrückten Klasse und die Permanenz des Kampfes bis zur Auflösung der Antagonismen in einer fortgeschrittenen Organisationsform<sup>14</sup>. Wichtige Probleme der Revolution als gesellschaftlichem und politischem Vorgang löst er vorab, indem er den Unterdrückten das Recht - vom unumstößlichen Naturrecht auf Existenz her - sogar die Pflicht der Übertretung der bestehenden Unrechtsordnung zuweist<sup>15</sup>. Das Problem von Legalität und Legitimität revolutionären Handelns hat er somit für sein System gelöst.

Die gedanklichen Schritte, die ihn zu seinem revolutionären Gesellschaftsmodell führen, zeigen jedoch, daß er ganz Gefangener eines Weltbildes war, das die Produktionsbedingungen einer Industriegesellschaft nicht antizipierte. Kernkritik am "état d'oppression" des Ancien Régime ist für ihn, daß das Naturrecht auf persönliches Eigentum an den Produktionsmitteln, also im Grunde an agrarischer Nutzfläche, verletzt ist. Um aber Anteil am "bonheur" der Gesellschaft zu haben, ist es für ihn unabdingbar notwendig, ein Mindestmaß an eigenen Produktionsmitteln zu besitzen<sup>16</sup>. Ihn aber deshalb unter die rückwärtsgerichteten Denker der Revolution einzustufen, daraus gar

---

13 ebd.

14 Marat weist die Ausführung des "volonté générale" - des Volkswillens - den "sages" zu. Diese Kader können jedoch jederzeit abberufen und bestraft werden, wenn sie gegen das Interesse des Volkes arbeiten. Im Kern ist in diesen Vorstellungen wohl die Idee einer straff organisierten Partei mit streng überwachten Funktionären enthalten. Die Wachsamkeit des Volkes garantiert die Fortsetzung des politischen Kampfes bis zur Erreichung des gesellschaftlichen Zieles. vgl. Kessler, op. cit., S. 24 ff.

15 vgl. Kessler, op. cit., S.11 und S.72

16 In einem Artikel im "Ami du peuple" vom 27.Okt.1790 spricht er sich für eine Aufteilung des Landes im Sinne einer Agrarreform aus, die zu einer Gesellschaft hauptsächlich landwirtschaftlich produzierender Kleineigentümer führt. Marat, textes choisis S.235-237. Vgl. auch Kessler S.12 und S.14

den rückwärtsgerichteten Zug im Denken der ganzen von ihm vertretenen Klasse zu sehen, hieße, das Problem aus naheliegenden Motiven zu vereinfachen. Im Grunde hat Marat mit der Entfremdung von Produzent und Produkt einen historisch bedeutsamen Gedanken gefaßt. Sein Ziel, den Widerspruch archaischer Produktionsverhältnisse aufzulösen, kann nicht mit seinem politischen Handeln und dessen Wirkung gleichgesetzt werden. Die progressive Komponente seiner Gesellschaftstheorie ist das Ziel, mittels eines Klassenkampfes die Produktionsverhältnisse zu ändern, wobei er mittelfristig einen dazu geeigneten Überbau - die "sages" - etablieren will. In diesen Vorstellungen setzt er andere Akzente als Robespierre und Saint-Just.

Marat hatte stets ein grundlegendes Verständnis für die Nöte und unmittelbaren Interessen des Volkes, das er sich auch bewahrte, wenn er politische Prioritäten setzte. Klar erkannte er z.B. im "Loi Chapelier" die doppelte Stoßrichtung gegen Zünfte (über die er kein Wort verliert) und die Volksgesellschaften. Folgerichtig setzte er sich im "Ami du peuple" vom 18. Juni für die Vereinigungsfreiheit des ganzen Volkes in Volksgesellschaften ein<sup>17</sup>. Im Juli 1792 prangerte er die auch angesichts der Notlage des Volkes ungehemmte Verschwendungssucht der Oberschichten an<sup>18</sup>, im Herbst die Spekulation mit Getreideex- und Reimporten<sup>19</sup>. Sicherlich plazierte er geschickt wirtschaftspolitische Forderungen der Konventsgruppe, die er unterstützte, indem er einige Tage vor Saint-Justs Rede im Konvent über die Lage der Wirtschaft genau auf den Punkt hinwies, der den Kern der Argumentation darstellte, nämlich die Inflation<sup>20</sup>. Aber er scheute sich deshalb nicht, im Konvent eine - auch für die Montagne - solch ungeheuerliche Sache wie den Ladensturm vom 25. Februar

---

17 Marat, *textes choisis*, S.224-226

18 ebd. S.218-222

19 ebd. S.226-231

20 Im selben Artikel vom 25.Nov.1792. Saint-Just hält am 29.Nov.1792 vor dem Konvent eine Rede über die wirtschaftliche Lage. Vgl. unten "Saint Just's ökonomischer Terror"

1793 zu verteidigen. Argumentieren ließ man ihn freilich zu diesem Anlaß nicht<sup>21</sup>. Zwar opferte er konzessionslos politische Randgruppen mit ähnlichen Zielen, wie die "enragés"<sup>22</sup>, dem politischen Bündnis mit der Montagne, aber er verlor sein soziales Ziel nicht aus den Augen. So verlangte er am 1. März 1793 - wohl in Reaktion auf die Hungerrevolte - neben Maßnahmen gegen die Inflation auch die Aufteilung der Nationalgüter unter Kleinproduzenten<sup>23</sup>.

---

21 Marat wird am Weitersprechen durch Tumulte und Anklageforderungen gehindert. Vgl. Rede vom 26. Febr. 1793 vor dem Konvent. In: Peter Fischer (Hg.): Reden der Französischen Revolution. München 1974, S.275

22 Marat distanziert sich scharf von den enragés. Vgl. Walter Markov: Robespieristen und Jacqueroutins, in: ders. (Hg.): Maximilien Robespierre. Berlin 1961, S. 122

23 Artikel in seinem "Journal de la République françoise". Marat, textes choisis S.231-235

## Das politische Handeln bei Marat

Das politische Handeln ergab sich für Marat aus der konstatierten Rechtssituation des armen Volkes. Da nach seiner Konzeption der "état civile" dem Wesen nach eine Eigentumsverfassung ist, hat das besitzlose Volk keinen Anteil an ihm<sup>1</sup>. Damit erfüllt die Gesellschaft ihren einzigen Existenzzweck nicht und wird zum "état d'oppression"<sup>2</sup>. Die Freiheit konstituiert sich aus der Summe aller freien Mitglieder der Gesellschaft. Sie ist also ein kollektives Individualrecht, basierend auf Eigentum<sup>3</sup>. Da dem Armen die Freiheit, d.h. das Eigentum und damit die Existenzgrundlage, fehlt, muß er gegen die Rechtsordnung des "état d'oppression" verstoßen und z.B. als Individuum durch Diebstahl sein Existenzrecht verwirklichen<sup>4</sup>. Kollektiv haben die Armen, das ist die Mehrheit des Volkes, keinen Anteil am "état civile". Sie können ihre Interessen also nicht auf dem Rechtsweg wahren. Das stellt sie automatisch in den "état de nature", dessen Kampfmittel die Gewalt ist. Mit den Begriffen "état de nature" und "état civile" verbindet Marat durchaus keine historische Chronologie, sondern Klassengegensätze zwischen "Armen" und "Reichen", die den gewaltsamen Kampf der "Armen gegen die "Reichen" erzwingen<sup>5</sup>.

---

1 vgl. Kessler: Terreur S.11/12

2 vgl. Kessler, op.cit., S.10/11

3 In dem annähernd gleichen Besitz sieht Marat die Maxime der "égalité". In seiner spezifischen Denkweise ist sie ebenso wie bei den meisten Revolutionären eine rechtliche Gleichheit, aber eben doch durch das Eigentumsrecht, das den Kern der Gesellschaftsverfassung bildet, mit sozialen Konsequenzen. Interessant ist vielleicht auch, daß Marat von seinem Ansatz her die größte Bedeutung der Realisierung, nicht der reinen Propagierung oder gar Postulierung der Rechtsgleichheit beimißt. vgl. hierzu Kessler, op. cit., S.13/14

4 Kessler, op.cit., S.11 und 14

5 Kessler, op.cit., S.12/13

Das Mittel des Volkes, sich kollektiv gegen den "état d'oppression" zu wehren, ist zunächst die "émeute populaire"<sup>6</sup>. Gemäß seinem rechtsphilosophischen Ansatz, sieht Marat in solchen Aufständen die Erfüllung des Rechtsanspruches des Volkes auf Gerechtigkeit. Sie sind also im wesentlichen Racheakte, mit denen das Volk Verbrechen gegen das Naturrecht bestraft<sup>7</sup>.

Der Aufklärung des Volkes weist Marat schon in seinen früheren Schriften große Bedeutung zu. Er erkennt, daß das Volk nicht aus sich heraus umfassende politische Ziele verfolgen kann, sondern Führer - die "sages" - benötigt<sup>8</sup>. Eine neue Richtung erhält dieses Denken durch die Verfassungsdebatte der Konstituante. Beharrlich und geschickt nutzt Marat die Diskussion über die Volkssouveränität für seine Ziele aus<sup>9</sup>. Der "volonté générale", der Wille des Souveräns "Volk", ergibt sich für ihn nicht aus der Willensbekundung einer beliebigen Ansammlung von Bürgern, sondern nur aus organisierten Strukturen des Volkes<sup>10</sup>.

Nachdem die Volkssouveränität einmal Teil der Staatsverfassung geworden ist, weist Marat auf den Grundlagen seiner Gesellschaftstheorie dem Volk eine aktive Rolle im politischen Geschehen zu. Die Volksgesellschaften werden für ihn die bedeutendste politische Struktur des Volkes. Sie sollen nicht gesetzgeberisch oder administrativ tätig werden, sondern das Volk politisch erziehen und die Regierung überwachen. Gerade in diesem Artikel über die Aufgabe der Volksgesellschaften wird deutlich, daß Marat in der politischen Entwicklung seit 1789 durchaus einen Fortschritt sieht. Primäres Mittel der Einflußnahme der Volksgesellschaften soll 1791 die Petition sein.

---

<sup>6</sup> Kessler, op.cit., S.26 ff.

<sup>7</sup> Kessler, op. cit., S.27

<sup>8</sup> Kessler, op. cit., S.24 f.

<sup>9</sup> Kessler, op. cit., S.23

<sup>10</sup> ebd.



Aber bei Anschlägen, Verrat und Übergriffen der Regierenden sind alle nötigen Gewaltmaßnahmen gerechtfertigt<sup>11</sup>.

Die in diesen Gedanken enthaltene Hoffnung und Enttäuschung der Realisierung des Verfassungsversprechens am Volk nach den oben geschilderten Kriterien bestimmen Marats Haltung gegenüber der Revolution zwischen 1789 und 1793. Die Überwachung der Regierenden ist durchaus eine grundsätzliche staatliche Notwendigkeit, die Marat schon in seinen "Chains of Slavery" fordert<sup>12</sup>. Die tatsächlichen politischen Widerstände eines formal rechtsgleichen politischen Systems gegen die von Marat erwartete Lösung des Klassenkonflikts führen bei ihm zu beinahe paranoiden Reaktionen, die sicherlich durch seine persönliche Verfolgung noch verstärkt wurden<sup>13</sup>.

Obwohl das Volk in Aufständen und im Sturm auf die Bastille die alte Ordnung beseitigt und seine Vertreter in der Konstituante mit der Schaffung einer neuen und besseren beauftragt hat, ändert sich nichts an seiner Situation. Marat kann nur zu dem Schluß kommen, daß das Volk seine Vertreter permanent bedrohen muß, damit diese "bonnes loix" geben, die die gesellschaftlichen Antagonismen aufheben<sup>14</sup>.

Im politischen Widerstand gegen die Forderungen des Volkes sieht Marat einen Plan - eine Verschwörung der Reichen. Jedenfalls bringt er die von ihm beobachtete Gesellschaftspolitik der Oberklasse auf diesen griffigen Nenner. Der guten Organisation der Reichen, die jeden ihrer Schritte zur Ausbeutung des Volkes planen, stellt er die Desorganisation des Volkes gegenüber<sup>15</sup>. Bezeichnend für seine

---

<sup>11</sup> vgl. Artikel im "Ami du peuple" vom 4. März 1791. Marat, *textes choisis* S. 191-194

<sup>12</sup> Marat geht dabei davon aus, daß Macht den Menschen korrumpiert. Vgl. Kessler, *op. cit.*, S. 65

<sup>13</sup> vgl. Jean Massin: Marat. Paris 1970, S. 112 ff., 140 ff., 158 ff.

<sup>14</sup> vgl. Kessler, *op. cit.*, S. 29

<sup>15</sup> Marat, *textes choisis* S. 218-222. Innerhalb dieser Verschwörungstheorie stilisiert sich Marat selbst als das Opfer einer übermächtigen Koalition von Volksfeinden vgl. Kessler, *op. cit.*, S. 84 und 86 f.

Sichtweise ist auch, daß er zwischen "accapareurs", Aristokraten und unfähigen oder bestochenen Politikern nicht differenziert. Alle Widerstände von dieser Seite werden einem großen Komplott zugeschrieben. Man mag Marat vielleicht zugestehen, daß alle diese Gruppen, wenn es sie in dieser Personifizierung überhaupt gab, auf den Besitzlosen gleich feindselig wirkten, die pauschale Bewertung aber hatte unter der Terreur eine verhängnisvolle Auswirkung und traf die Volksbewegung am schwersten.

Vor dem Hintergrund der revolutionären Ereignisse, insbesondere durch die Flucht des Königs, seine Vetopolitik und das undurchsichtige Schwanken der Gironde zwischen Hof und Volksbewegung erschien sicherlich Marats Verschwörungstheorie allgemein plausibel.

Unter dem Eindruck der Politik des Hofes und des Parlaments gewann Marat's Elitevorstellung konkrete politische Züge. Schon Anfang 1791 forderte er einen Ausschuß von "vengeurs de la loi", bestehend aus verdienten Freiheitsfreunden<sup>16</sup>. "Son but sera poursuivre la punition de tous les crimes qui attaquent la sûreté et la liberté publiques ou individuelles, et qui compromettent le salut du peuple"<sup>17</sup>. Da spontane Volksaufstände nicht nachhaltig wirken können, solange der Kampf gegen die Verschwörung der Reichen nicht gewonnen ist, muß der Kampf um gute Gesetze und soziale Verbesserung mit äußerster Härte und Ausdauer geführt werden: "... la terreur de son nom dissiperait seule les légions de malversateurs, de traîtres, de conspirateurs; elle contiendrait dans le devoir les agents de l'autorité, elle ferait régner les lois, et la patrie serait sauvée. A son ombre fleuriraient l'abondance et la paix"<sup>18</sup>.

Eine andere Lösung des Problems bot sich für Marat in der Diktatur. 1790 und 1791 griff er immer wieder diesen Gedanken eines

---

<sup>16</sup> siehe Artikel im "Ami du peuple" vom 16. Januar 1791. Marat, textes choisis S. 195-197

<sup>17</sup> ebd. S.195

<sup>18</sup> ebd. S.197



vom Volk auf drei Jahre gewählten Tribunen oder Diktators auf, der den bedingungslosen Ausrottungskampf der Revolution gegen die Aristokratie führen sollte<sup>19</sup>.

Die Abwandlung des Gedankens im August 1792 in ein Triumvirat bezeichnete den wohl bedeutendsten politischen Schritt Marats : seine Koalition mit den Jakobinern und sein späteres "Sitzen mit der Montagne"<sup>20</sup>.

Dieses Bündnis eröffnete Marat die Chance, seiner Konzeption zunächst in der aufständischen Commune und schließlich im Konvent Gehör zu verschaffen. Bislang durfte er zwar als "Ami du peuple" auf eine gewisse Sympathie in den Volksgesellschaften rechnen, aber nicht auf politische Unterstützung in Konstituante oder Nationalversammlung. Anhaltende Versorgungskrisen, militärische Niederlagen und die undurchsichtige Politik des Hofes begünstigten dabei sicherlich einen Lösungsvorschlag, der mit Mitteln der Zwangsgewalt gegen die vermeintliche Einheitsfront von inneren und äußeren Feinden vorgehen wollte<sup>21</sup>.

---

19 vgl. Marat, *textes choisis* S.199-206

20 vgl. Massin: Marat S.225. In einer Flugschrift vom 26. August 1792 fordert Marat neben außerordentlichen Maßnahmen zur Rekrutierung und Versorgung der Armee, der Sicherstellung der Verteidigungsbereitschaft der Hauptstadt, Haussuchungen und Beschlagnahmen auch die Bildung eines Triumvirats. vgl. Marat, *textes choisis* S. 206-209. Die Forderung des Triumvirats durch Marat belastet später das Verhältnis von Montagne und Gironde im Konvent.

21 Marats Forderungen einer staatlichen terreur (z.B. Maßnahmenkatalog vom 13. August 1792 - vgl. Gérard Walter: Marat. Paris 1933, S.232) und des "Despotismus der Freiheit"(Konventsrede vom 6. April 1793. Fischer: Reden der Französischen Revolution S. 296) werden im Herbst 1793 offizielle Politik des Konvents

## Robespierre's Tugenden

Anders als Marat zeigt sich Maximilien Robespierre bis zum Sommer 1792 wenig geneigt, in der Ausübung physischer Gewalt ein probates Mittel der Politik zu sehen. Seitdem die Historiographie zur Person Robespierre's sich von dem Zerrbild des mit psychischen Problemen belasteten, pedantischen und blutrünstigen Kleingeists, das in der konservativen Geschichtsschreibung des zweiten Empire geprägt, vom Danton-Kult der III. Republik nur graduell gemildert übernommen wurde<sup>1</sup>, gelöst hat, und seit Albert Mathiez ein zunehmend sachlicheres Urteil ermöglichte<sup>2</sup>, ist dieser Bruch im politischen Denken Robespierres ins Zentrum der Frage nach seiner Bewertung gerückt<sup>3</sup>.

In der Tat hat die Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts die vorher überwiegend negativ bewerteten Tugenden Robespierre's wiederentdeckt, vor allem die ihm schon von Zeitgenossen zuerkannte "Unbestechlichkeit". In zunehmendem Maße ist es gelungen die "Tugend" des Mannes, der die Begriffe "Tugend" und "Laster" fest in sein politisches Denken einbettete, in politische Prinzipien aufzulösen. Seine dadurch faßbar gemachten "Tugenden" subsumieren sich in der jüngeren Historiographie schließlich grosso modo unter den Attributen "Demokrat", "Verteidiger der Rechte des Volkes" und "Verteidiger der Armen und Schwachen"<sup>4</sup>. Besonders in

---

1 vgl. George Rudé: Robespierre. Portrait of a Revolutionary Democrat. London-Glasgow-Sydney u.a. 1975. S. 71-76

2 Albert Mathiez: Etudes sur Robespierre. Hg. Société des Etudes robespierristes. Paris 1973. und Rudé: Robespierre. S.76-82

3 vgl. Rudé: Robespierre. S. 109/110

4 vgl. besonders Rudé: Robespierre. Part III und Part IV; Marc Bouloiseau: Robespierre. Paris 1956 Kap III-V; Jean Massin: Robespierre. Paris 1956 Dt. Ausg. Berlin 1972 Ndr.

den Studien der Historiker, die sich Mathiez, Robespierre und der Société robespierriste verpflichtet fühlten, entstand so das Bild eines "sozialen Demokraten", der den Sansculotten die Hand reichte und der 1794 daran scheiterte, daß es ihm nicht gelang, eine zukunftsweisende Sozialpolitik zu formulieren und auf den Weg zu bringen<sup>5</sup>.

Einerseits unterstellt dies eine gewisse Nähe zum Denken Marat's, dessen Zeitschrift er wohl wirklich regelmäßig gelesen hat, andererseits hat diese Forschung ganz zurecht auf Kontinuitäten oder wenigstens auf konsequente Entwicklungen im politischen Denken Robespierre's hingewiesen. Gerade vor diesem Hintergrund wird es jedoch ganz unerläßlich, nach zentralen Versatzstücken in den politischen Ideen Robespierre's zu suchen, die die Annäherung zum Denken Marat's und den sozialen Hoffnungen und Forderungen der Sansculottes ermöglichten. Insbesondere bleibt auch die Frage zu klären, entlang welcher bereits formulierter Gedankenstränge Robespierre vom erklärten Gegner der Todesstrafe noch im Jahr 1791<sup>6</sup> zum denunzierenden "Terroristen" wird, der am 20. August 1792<sup>7</sup> jede Nachsicht gegenüber Feinden der Revolution als barbarisch bezeichnete.

---

1977 Kap.I-III.

<sup>5</sup> Dies ist besonders die Interpretation der "Schule" von Albert Soboul der diese Problematik seinem in jeder Hinsicht beachtlichen Werk, *Les sans-culottes parisiens en l'an II: mouvement populaire et gouvernement révolutionnaire, 2 juin -9 thermidor an II* (Paris 1958) zugrundegelegt hat. Vgl. dazu auch Bouloiseau: Robespierre. S. 124, 125 und Rudé: Robespierre. S.92

<sup>6</sup> Kessler: *Terreur*. S.68/70

<sup>7</sup> Kessler: *Terreur*. S.106

## Robespierre, das Volk und das Gemeinwohl

Man ist zunächst geneigt, Robespierres Haltung gegenüber dem Volk und dessen Anspruch auf eine gerechte Sozialordnung zu Beginn der Revolution mit Marats Begriff vom "Volk" gleichzusetzen<sup>1</sup>. Nach dieser Einschätzung läge die unterschiedliche Haltung der beiden Männer in den politischen Mitteln, mit denen sie das Volk in seine Rechte setzen wollen. Während Marat, abgesehen von temporären taktischen Einschränkungen, grundsätzlich in der gewaltsamen Aktion den Lösungsansatz sieht, sucht Robespierre zumindest bis 1792 die parlamentarisch-legale Lösung<sup>2</sup>. Dieses rechtsstaatliche Denken wirkt noch in den schweren Parlamentskämpfen des Jahres 1793 nach<sup>3</sup>. In der Wahl der Mittel ist Robespierre in dieser ersten Phase der Revolution jedenfalls nicht der gleichen Auffassung wie Marat. Sein Verfassungsziel und seine gesellschaftliche Analyse, einschließlich der Verschwörungstheorie<sup>4</sup>, sind aber dem Anschein nach mit denen Marats identisch, so daß sein politisches Verhalten, wie Manfred schreibt, von dem engagierten Eintreten für die Volksrechte geprägt ist: "Von diesem Tage an (20. Juli 1789) tritt Robespierre als un-

---

1 Robespierre folgt dem Marat'schen Diktus in der Diskussion um die Neugliederung Frankreichs im November 1789 sogar soweit, daß er das Recht des Volkes in einer Ablösung der alten, feudalen Aristokratie durch eine neue "Aristokratie des Geldes" gefährdet sieht. Wie Marat, sieht er einen Gegensatz zwischen dem Volksinteresse am Gemeinwohl und dem Einzelinteresse des Reichtums. Vgl. Kessler: Terreur S.70 f.

2 Noch am 17. Juni 1792 verlangt er in einem Artikel "Sur le respect dû aux lois et aux autorités constituées" in seiner Zeitschrift "Défenseur de la Constitution" kategorisch den Gehorsam auch gegenüber ungerechten Gesetzen, solange diese verfassungsmäßig entstanden sind. Maximilien Robespierre: Oeuvres complètes. Tome IV: Le Défenseur de la Constitution. Paris 1939 S.144. Allerdings ist der Gesamttenor der No. 5 des "Défenseur" doch schon eher sehr drohend gegenüber der Exekutive, vor allem der Krone. Letztendlich ist der Inhalt aller Beiträge unter ein Thema zu fassen: Verdachtsmomente eines gigantischen Hochverrats. Im Zentrum stehen sowohl die Pläne der Krone, eine Armee nach Paris zu verlegen, als auch Hinweise darauf, daß die Bewaffnung von Freiwilligen-Verbänden "von ganz oben" sabotiert wird. Oeuvres complètes. Tome IV, S. 137-164. Zu Robespierre's Verfassungsdenken s. auch Kessler, op. cit., S.7

3 Robespierre fordert im März 1793 das Volk auf, die Immunität der Girondins zu achten, solange sie nicht formal vom Konvent aufgehoben ist. Vgl. Kessler, op. cit., S.62 f. und 72

4 In seiner 1. Rede vor der Nationalversammlung am 20. Juli 1789. Kessler, op. cit., S. 78

beugsamer und entschiedener Verteidiger der Volksrechte auf. Die Idee der Volkssouveränität, der Vorrang des Volkes im gesamten politischen Leben, die Priorität der Volksinteressen vor allen anderen Interessen wird zum Leitmotiv aller seiner Reden in der Konstituierenden Versammlung und außerhalb des Sitzungssaales<sup>5</sup>.

Dieser Befund wird, ausgedehnt auf die Jakobiner als politische Gruppe, in bedeutenden Arbeiten der neueren Forschung in ähnlicher Weise bestätigt<sup>6</sup>. Prägend für diese Beurteilung Robespierres war wohl ein als programmatisch zu bezeichnender Ansatz von Albert Mathiez<sup>7</sup>, der sich gegen ein vorgefaßtes Robespierrebild zu Beginn dieses Jahrhunderts durchsetzen mußte.

Die obige Sichtweise bedarf jedoch einer Differenzierung. In diesem Zusammenhang erweist es sich als sinnvoll, Ergebnisse der posthum veröffentlichten Untersuchung von Helmut Kessler<sup>8</sup> zugrunde zu legen. Kessler untersucht, was Robespierre unter Volk versteht.

Reichtum und Armut sind für Robespierre nicht die Kategorien, die Allgemein- und Einzelinteressen bestimmen. Das Allgemeinwohl wird vielmehr durch "vertu", das Sonderinteresse durch "vice" motiviert<sup>9</sup>. Für Robespierre ist das Volk - gemeint ist die Unterklasse - al-

---

5 A.Z. Manfred: Maximilien Robespierre. In: Walter Markov (Hg.): Maximilien Robespierre. Berlin 1961 S.30

6 So z.B. Albert Soboul: La première république. Paris 1968, S.16 f. und Walter Markov: Robespieristen und Jacquesroutins. In: ders. (Hg.): Maximilien Robespierre. Berlin 1961, S.117 f.

7 in dem Aufsatz: Robespierre. L'Histoire et la Légende. Wiederabgedruckt in: AHRF, No.227 (1977) S.5-31, anlässlich der Publikation der Akten des Colloque Albert Mathiez in Dijon 1974. Die Textgrundlage für die Edition bildete ein Artikel, den Mathiez im Bulletin de l'Instruction primaire de la Haute-Marne im April 1931 publiziert hatte.

8 eine sehr materialreiche, leider fragmentarisch gebliebene Arbeit. Helmut Kessler: Terreur. Ideologie und Nomenklatur der revolutionären Gewaltanwendung in Frankreich von 1770-1794. Hg. von Siegfried Grosse, Karl Maurer und Hans Joachim Schrimpf (Bochumer Arbeiten zur Sprach- und Literaturwissenschaft 9). München 1973

9 Kessler. Terreur S.89 f.

lein durch sein einfaches und armes Leben tugendhaft<sup>10</sup>. Andererseits zeichnet sich die "aristocratie bourgeoise, municipale, nobilaire, ecclastique"<sup>11</sup> durch Laster, Ehrgeiz und Verweichlichung aus. Im Gegensatz zu Marat sieht Robespierre nicht in der Hoffnung, den Besitzstand des "état civile" zu verwirklichen, die Triebfeder des Volkes, für die Revolution und den "intérêt générale" einzutreten, sondern in einer grundlegenden Moral, die gerade das entbehrungsreiche Leben in Armut und Selbstbeschränkung voraussetzt.

Robespierres Haltung gegenüber dem Volk ist durch bedeutende Entwicklungsphasen gekennzeichnet. Die "classe immense et laborieuse"<sup>12</sup> stellt nach seiner Meinung im Juni 1792 den einzigen Rückhalt der Verfassung dar. Der Verlauf der Revolution war bis zu diesem Zeitpunkt durch die Tugenden und den Mut des Volkes auf der einen und die Halbherzigkeit und den Verrat derer, die sich zu seinen Herren machen wollten, auf der anderen Seite gekennzeichnet<sup>13</sup>. Am 5. August, also unmittelbar vor dem Sturz der Monarchie, verlangt er, daß dem Volk endlich das ihm vorenthaltene Wahlrecht zukommen soll<sup>14</sup>.

Im Herbst 1792 differenziert er seine Einschätzung des Volkes. Sollte ein größerer Teil des Volkes nicht tugendhaft handeln, dann liegt dies an der Korruption durch seine Feinde<sup>15</sup>. In noch stärkerem Maße gilt dies, wenn das Volk - wie am 25. Februar 1793 - Geschäfte plündert oder Waren taxiert. Solche Vorgänge widersprechen der Tugend des Volkes und sind demnach auf die Verführung durch

---

10 Kessler, op. cit., S.82 f.

11 Kessler, op. cit., S.81

12 "Défenseur de la Constitution" vom 7. Juni 1792. Maximilien Robespierre: Oeuvres complètes. Tome IV: Le Défenseur de la Constitution. Paris 1939. S.115. Vgl. auch Kessler, op. cit., S.81

13 ebd.

14 Das Wahlrecht war durch einen Steuerzensus reglementiert, der nach dem 10. August aufgehoben wurde. Die Forderung nach einem gleichen Männerwahlrecht erhebt er im "Défenseur de la Constitution". Vgl. Kessler, op. cit., S.83

15 Kessler, op. cit., S.81 f.



Revolutionsfeinde zurückzuführen<sup>16</sup>. Besonders störend und keineswegs in sein Weltbild passend wirkte auf Robespierre die Tatsache, daß ein Großteil der taxierten Waren "Luxusartikel", wie Zucker und Kaffee, umfaßte<sup>17</sup>. Nach dem Sieg über die Gironde und der Machtkonsolidierung der provisorischen revolutionären Regierung greift Robespierre schließlich die eigenständige Organisation des Volkes, die Sektionsgesellschaften, als Schlupfwinkel der Konterrevolution an<sup>18</sup>.

In seiner Konventsrede über die Prinzipien der revolutionären Regierung vom 25. Dezember 1793 weist er dem Volk seine Bestimmung zu: Sie liegt im Vaterland, dessen Tugenden Armut und Bescheidenheit sind<sup>19</sup>.

Am 5. Februar 1794<sup>20</sup> erscheint das Volk schließlich als heroische Idee, die von der Wirklichkeit der Menschen, die zur selben Zeit unter Inflation und Mangel leiden, völlig losgelöst ist. Unter einer staatlichen Ordnung, in der der "Bürger der Regierung, die Regierung dem Volk und das Volk der Gerechtigkeit unterworfen" ist, kann der Begriff Volk wohl schwerlich noch die Bedeutung von Bevölkerung besitzen. Der gesellschaftliche Endzweck ist der Staat, auf dessen Verwirklichung alle Äußerungen des öffentlichen Lebens, aller Ehrgeiz, alle Dienste und aller Stolz abzielen. Handel und Künste erhalten im Staat ihre Bestimmung. In diesem Staat, von Robespierre

---

16 Kessler, op. cit., S.82 f.

17 George Rudé: *The Crowd in the French Revolution*. Nachdr. London, Oxford, New York 1967, S.200

18 Am 9. November 1793. Vgl. Albert Soboul: *Robespierre und die Volksgesellschaften*. In: Walter Markov (Hg.): *Robespierre*, S.274 f.

19 Fischer: *Reden der Französischen Revolution*, S.330-340. Der frz. Originaltext findet sich in Maximilien Robespierre: *Oeuvres complètes*. Tome X. Discours 27 juil 1793 - 27 juil 1794. Paris 1967. S.272-283.

20 In seiner Rede über die Prinzipien der politischen Moral als Leitfaden für die innere Verwaltung der Republik durch den Konvent (frz. Orig. in: Maximilien Robespierre: *Oeuvres complètes*. Tome X: Discours 27 juil 1793 - 27 juil 1794. Paris 1967. S.350-367). Fischer: *Reden der Französischen Revolution*, S.341-362

wohl in Anlehnung an die Antike als Republik verstanden<sup>21</sup>, teilt sich die Bevölkerung in zwei Gruppen: Republikaner - gleichzusetzen mit tugendhaften Bürgern - und Royalisten bzw. Fremden - gleichzusetzen mit allen Gegnern der Wohlfahrtsdiktatur<sup>22</sup>. Die bürgerliche Tugend umfaßt die Vaterlandsliebe und die Befolgung der Gesetze. Erneut werden die Sektionsgesellschaften als Hort der Konterrevolution bezeichnet<sup>23</sup>.

Diese Haltung ist meiner Meinung nach nicht einfach eine Rücknahme zu weitreichender sozialer Hoffnungen innerhalb eines radikal-demokratischen Systems. Gewiß ist die Notwendigkeit, die divergierenden Kräfte Frankreichs in der angespannten Kriegslage in Winter und Frühjahr 1794 zusammenzuhalten, ein Motiv für die Ausschaltung jeglicher innenpolitischer Opposition. Aber im Denken Robespierres stellt dies keine durch äußere Zwänge bewirkte Kehrtwendung dar, sondern vielmehr eine Weiterentwicklung bereits 1791 und 1792 vorhandener Grundideen. Wenn er 1791 den Volksgesellschaften unter anderem die Aufgabe zuweist, politisches Verständnis und Verfassungsfragen durch Affiliation und Korrespondenz untereinander auszutauschen<sup>24</sup>, so widerspricht dies auf dem Hintergrund der Affiliationspolitik des Jakobinerklubs nicht der späteren Forderung an die Sektionsgesellschaften, sich entweder geändert und gleichgeschaltet dem Jakobinerklub anzuschließen oder die Sitzungen aufzuheben<sup>25</sup>. Schon in einem Artikel in seiner

---

21 Sowohl die expliziten als auch die impliziten Bezüge auf die zeitgenössische Antikenrezeption finden sich in zahlreichen Reden der Französischen Revolution. Bei Robespierre und Saint-Just dienen sie meist gleichnishaft der Propagierung öffentlicher Tugenden und des Staatszwecks. Auf die durchaus bedeutende Rolle der Antikenrezeption im zeitgenössisch revolutionären Staatsverständnis kann im Rahmen der Untersuchung nicht näher eingegangen werden. Interessant ist jedoch gewiß in diesem Zusammenhang die Antikenrezeption in der Malerei und den revolutionären Festen Louis Davids.

22 In der gleichen Rede greift Robespierre Hébertisten und "indulgents" gleichermaßen als Beteiligte der Verschwörung des Auslandes an.

23 Fischer: Reden der Französischen Revolution, S.341-362

24 vgl. Albert Soboul: Robespierre und die Volksgesellschaften. In: Markov (Hg.): Robespierre, S.272 f.

25 Am 26 Dezember 1793. Vgl. Soboul: Robespierre und die Volksgesellschaften. In: Mar-



Zeitschrift am 30. September 1792 sind Züge des Begriffsverständnisses von Volk im Sinne der "Nation" im Daseinskampf erkennbar. Seine moralischen Kategorien wendet Robespierre auf den "peuple francais" als den tugendhaften Teil der Gesellschaft und auf die Ehrgeizigen und Habsüchtigen als den lasterhaften an<sup>26</sup>.

Eine wichtige politische Idee Robespierres ist gewiß das Ziel eines wohlgeordneten Staates, der von einer grundlegenden Moral getragen wird, die in seinen Reden immer deutlicher staatsideologische Züge gewinnt. Insofern ist für ihn das Gemeinwohl Ausdruck gesellschaftlicher Harmonie. Alle sozialen Interessen erfahren in der Staatsraison ihre Erfüllung. Ganz deutlich steckt er unter diesen Prämissen im Mai 1793 den Rahmen des politischen Bündnisses der Jakobiner mit den Sansculotten ab. Die sozialen Hoffnungen der Sansculotterie werden auf die Zeit nach der Neuordnung des Staates und dem Sieg über die Gironde vertröstet<sup>27</sup>. Ob die Unterschicht in Robespierres Augen von der Republik je mehr erwarten konnte als die Sicherung der nackten Existenz, für die er sich durchaus einsetzte<sup>28</sup>, erscheint zweifelhaft<sup>29</sup>.

---

kov (Hg.): Robespierre S.275 f.

26 "Lettres de Maximilien Robespierre à ses commettans". No.I. Die Ausgaben sind im Original nicht datiert. Die Datierung geht auf die Recherchen des Hg. Gustave Laurent zurück. Das der Edition zugrundeliegende Exemplar in der Bibliothèque nationale ist von fremder Hand auf den 19. Oktober 1792 datiert. S. Maximilien Robespierre Oeuvres complètes. Tome V: "Lettres à ses Commettans". Ed. Gustave Laurent. Paris 1961. S.7 u. 18. Vgl. auch Kessler, op. cit., S.88

27 vgl. Susanne Petersen: Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik in Paris 1792-1793. München, Wien 1979, S.259-261

28 Vor dem Hintergrund des großen Verdienstes der Sansculotten für die Sache der Revolution weist Robespierre mehrmals auf die Notwendigkeit hin, ihnen die Existenz zu sichern. Im Konfliktfall will er das Existenzrecht höher bewertet wissen als das Eigentumsrecht. Letztendlich sieht er den Zwang zu Zugeständnissen auch darin, daß die nationale Einheit ein Mindestmaß an sozialem Frieden voraussetzt. Siehe dazu: Konventsrede vom 2. Dez. 1792. Fischer: Reden der Französischen Revolution, S.242 f.; Vgl. auch Petersen: Lebensmittelfrage, S.259 und Albert Soboul: Die große Französische Revolution, Frankfurt 1983, S.244 f.

29 Diese oben erwähnte Moralvorstellung von Tugend und Laster faßt Lefebvre in den folgenden Worten zusammen: "Etre pauvre ... c'est se contenter de pourvoir à ses besoins par son travail personnel, sans dédaigner le bien-être, mais sans rechercher l'oisiveté ni le luxe." Zit. George Lefebvre: Etudes sur la Révolution française. Paris 1963, S.144. Lefebvres Cha-

Robespierres soziales und politisches Konzept scheint sich am ehesten in einem totalitären Nationalstaat mit einer straffen Ideologie zu erfüllen, wo das Gemeinwohl zur Staatsraison, das Volk zu patriotischen Bürgern wird<sup>30</sup>. Ist diese Entwicklung auch mehr eine Folgeerscheinung von politischen Wechselwirkungen und weniger die Konsequenz eines vorgefaßten Planes, so unterscheidet sie Robespierre doch von Marat, der sich vom zukünftigen Staat primär eine Umverteilung des Eigentums versprach. Für die Entstehung des politischen Systems des Jahres 1793 sind die Berührungspunkte des Denkens der beiden Männer auch weit bedeutender. Sie liegen im wesentlichen in der Ausformung des Terrors als Kampfmittel.

---

rakterisierung läßt sich gleichermaßen auf Robespierres persönliche Lebensführung - er hat nie irgendwelche Reichtümer angesammelt - wie auf sein soziales Denken anwenden.

30 Aufschlußreich für eine mögliche nationalpatriotische Interpretation von Robespierres politischem Denken ist die Wirkung seiner Reden auf den deutschen Historiker Heinrich Elsner. An folgender Stelle im Vorwort zu seinem Werk: Maximilien Robespierre, Dictator von Frankreich. Vollständige Geschichte seines Lebens mit einer Sammlung seiner Reden. Stuttgart 1838, auf S.6 schreibt er: "Manen des Opferpriesters der Freiheit, eisumstarrte Brust, die innerlich glühte, und dennoch bleibt ihr nicht gänzlich verkannt bei derjenigen Nation [nämlich der Deutschen!], welche ebenfalls unter ruhiger Decke den Vulkan der Begeisterung birgt, - der Begeisterung für ein großes Vaterland, beglückt durch Bürgertugend! ... Um zu erreichen, was er wollte, mußte Robespierre Feuer in das Gebäude des unnationalen und volksfeindlichen Egoismus werfen, die Wucherpflanze mit der Wurzel ausrotten."

## Robespierre's Terror gegen die "Verschwörung der Konterrevolution"

Die entscheidende Wandlung im politischen Denken Robespierres ist der Schritt vom Verteidiger der Verfassung<sup>1</sup> zum Befürworter des "Despotismus der Freiheit"<sup>2</sup>. Unter dem Eindruck der Gefahren einer militärischen Niederlage und der zumindest undurchsichtigen Haltung des Hofes nähert er sich der Politik Marats. Zunächst will er die Anschläge der vom König ernannten Minister von der Nationalversammlung bestraft wissen<sup>3</sup>, doch subsumiert er immer stärker den politischen Kampf unter seine Theorie von Antagonismus zwischen "vertu" und "vice". Dabei teilt sich für ihn die ganze Menschheit in Unterdrücker und Freiheitsfreunde<sup>4</sup>. Mag die Unter-

---

1 So nennt er seine Zeitschrift "Défenseur de la Constitution". Sie erscheint von Mai bis Oktober 1792 und wird dann in "Lettres à ses commettants" umbenannt. Noch am 17. Juni 1792 verlangt er vom Volk den unbedingten Gehorsam gegenüber verfassungsmäßig entstandenen Gesetzen. Am 25. Juni 1790 setzte er sich in einer Rede entschieden für die Immunität eines konterrevolutionären Abgeordneten ein. Vgl. Kessler: *Terreur* S.71 f. und 75 f.

2 "Le gouvernement de la révolution est le despotisme de la liberté contre la tyrannie." Konventsrede vom 5. Februar 1794. In seiner bedeutenden Rede "Über die Prinzipien der politischen Moral als Leitfaden für die innere Verwaltung der Republik durch den Konvent" (frz.orig.: *Sur les principes de morale politique qui doivent guider la Convention nationale dans l'administration intérieure de la République*) am 5. Februar/ 17 Pluviose an II vor dem Konvent. Es ist eine der bedeutenden Reden Robespierres, die laut Protokoll von häufigen Beifallskundgebungen unterbrochen wurde und auf Vorschlag Couthon's gedruckt und an die Gemeindeverwaltungen, die Volksgesellschaften und die Armeen verschickt wurde. 2 Tage später ließ sie der Jakobinerklub abdrucken und versandte sie in seinem Filialnetz. S. *Oeuvres complètes*. Tome X: *Discours* 27 juil 1793 - 27 juil 1794. Paris 1967, S.350 und 357. Vgl. auch Kessler, op. cit., S.108

3 Er drohte ihnen in einer Rede vom 10. Februar 1792 mit der "force invincible de la volonté générale". In einer langen Rede vor dem Jakobinerklub (*Sur les moyens de sauver l'Etat et la Liberté*), aufgrund der er sich eine Rüge wegen verfassungsfeindlichen Äußerungen vom Präsidenten der Legislative, Broussonnet, zuzieht. Er hatte die Verlegung des Haute cour nationale von Orléans nach Paris verlangt. Der Jakobinerklub ließ die Rede drucken und an die Pariser Sektionen verschicken. S. *Oeuvres complètes*. Tome VIII. S.157 u 172. Vgl. auch Kessler, op. cit., S.78

4 In dieser ideologischen Typisierung sieht er im ganzen "genre humain ... deux classes d'hommes, ... ceux qui oppriment les peuples et ceux qui aiment la liberté. In seiner Rede im Jakobinerklub am 8. Mai 1793. *Oeuvres complètes*. Tome IX. *Discours* sep 1792 - 27 juil 1793. Paris 1958. S.488. Vgl. auch Kessler, op. cit., S.89

stellung einer Verschwörung der Unterdrücker - in der Bedeutung von Konterrevolutionären - für die Politik des Hofes noch gerechtfertigt erscheinen, wird sie jedoch in der Folge auch bei Robespierre zu einer ideologischen Phrase. Schlechterdings jeder Widerstand und jede Fehlentwicklung in Wirtschaft, Versorgung, Kriegsführung und Politik sind durch den Vorwurf der konterrevolutionären Verschwörung personifizierbar. Durch diese Personifizierung sind sie als Verbrechen am Gemeinwohl - in dem oben dargelegten Verständnis - auch strafbar. Für einen Mann, der wie Robespierre in seinem rechtsphilosophischen Denken die Politik in hohem Maße aus einem Punkt heraus, nämlich aus der moralisch legitimen Rechtsordnung, versteht, ist diese Projektion naheliegend. Gleichzeitig erweist sie sich in doppelter Hinsicht als wirksam. Zum einen bezeichnet sie einen klaren Gegner, gegen den recht einfach vorgegangen werden kann, zum anderen schüchtert sie tatsächlich Oppositionelle ein, wenn ein entsprechender Machtapparat besteht.

Der Terror als Kampf der "guten" Patrioten gegen die Verschwörung der "bösen" Freiheitsfeinde gerät Robespierre zum Kampfmittel zur Erschaffung des von ihm erhofften Staates der Harmonie.

Diese Sichtweise impliziert auch Robespierres Ablehnung jeglicher Parteibildung. "Gemeinwohl" und "Volk" sind unteilbar. Jede Parteibildung verfolgt Partikularinteressen und ist damit automatisch ein Anschlag gegen das Volksinteresse wie es Robespierre versteht<sup>5</sup>.

Während das Volk im Terror vorwiegend die Drohung gegen den Profit mit der Not der Armen erhofft<sup>6</sup>, wendet ihn Robespierre im Winter und Frühjahr 1794 gegen alle politischen Widerstände an.

---

5 In einer Rede im Jakobinerklub am 8. Mai bringt er dies in deutlicher Form gegen die Gironde gerichtet auf den bündigen Nenner: "Celui qui n'est pas pour le peuple est contre le peuple". ebd.

6 So z. B. Jacques Roux, der mit dem Vorgehen gegen die "accapareurs" die Forderung nach einem Preismaximum verbindet. Vgl. Markov: Robespieristen und Jacquesrouxins. In: ders. (Hg.), Robespierre S.128 ff.

Zwar macht er Verschwörungsvorwurf und Terror nicht mit der gleichen Konsequenz zum allwaltenden politischen Prinzip, wie etwa Saint-Just<sup>7</sup>, doch tragen auch seine Denunziationen in dieser Zeit zum Teil groteske Züge. Ein bedeutender Bestandteil der Verschwörungstheorie, die "Agenten des Auslandes", wird in die Verbindung von Royalisten, Fremden und Konterrevolutionären als Verbündete im Kampf gegen die Revolution umformuliert<sup>8</sup>. noch stärker ist diese Xenophobie bei Saint-Just ausgeprägt.

Diese Vorstellung von der Verschwörung gegen das Volk trägt deutlich andere Züge als die Marats. Das Kampfmittel gegen sie ist jedoch der Terror eines in Robespierres Sinn auf seine Bestimmung hin gesäuberten Volkes.

---

7 Hampson meint, Robespierre wäre im Dezember 1793 den Vorstellungen und Forderungen der "indulgents" nicht völlig feindselig gegenübergestanden. Vgl. Norman Hampson: Danton. London 1978, S.144-150. Im gleichen Zusammenhang ist auch sein Bemühen zu verstehen, die Verfolgung der Girondins auf deren Führer zu beschränken. Vgl. M.-J. Sydenham: The Girondins. London 1961, S.27

8 Konventsrede vom 5. Februar 1794 "Über die Prinzipien der politischen Moral ... ". Fischer: Reden der Französischen Revolution, S.341-362

## Die Realpolitik der Terreur. Saint-Just und Danton

Sowohl von ihrem Ursprung als auch von ihrem Schicksal waren Saint-Just und Danton zwei grundsätzlich verschiedene Politiker der Montagne. Während Saint-Just sich ähnlich wie Robespierre vom Befürworter des parlamentarischen Repräsentativsystems zum wohl entschiedensten Verfechter der Terreur entwickelte<sup>1</sup>, kam Danton aus der bedeutendsten "brüderlichen" oder Volksgesellschaft in Paris, dem Cordelierklub. Danton war von seinem politischen Werdegang her ein durchaus bodenständiger Mann aus dem Volke, dessen erste Aktivitäten im renitenten Cordelierdistrikt von Paris zu verzeichnen sind<sup>2</sup>. Dennoch verband die beiden Männer ihre überaus große Aktivität bei Schaffung und Ausgestaltung der außerordentlichen Institutionen und Organe der Terreur. Dabei bewiesen beide großes Feingefühl für aktuelle Themen, die geschickt aufgegriffen und für die eigenen politischen Ziele nutzbar gemacht wurden. Daß sie zwar Ähnliches oder Gleiches forderten, aber doch Verschiedenes meinten, zeichnete sich erst nach ihrem gemeinsam erfochtenen Sieg im Sommer 1793 ab. In ganz unterschiedlicher Weise versuchten sie, Frankreich und seine politischen Kräfte zu vereinen. Auch die Auseinandersetzung mit Fragen der Wirtschaftspolitik ist eine Konstante sowohl bei Saint-Just als auch bei Danton.

---

<sup>1</sup> In seiner ersten staatsrechtlichen Schrift "L'Esprit de la Révolution et de la Constitution en France" vom Juni 1791 zeigt sich Saint-Just als konservativer Parlamentarier, den die "weise" und von der Volksmeinung unbeeinflusste Politik der Nationalversammlung beeindruckte: Vgl. Kessler S. 73

<sup>2</sup> Aus den Aktiven der Verwaltung des Cordelierdistrikts bildet sich nach der Auflösung der Pariser Distrikte im Mai 1790 der Cordelierklub. Der Cordelierdistrikt bot einer Vielzahl radikaler Journalisten Zuflucht vor dem Zugriff der Commune, darunter Loustalot, Marat, Fréron und Desmoulins. Vgl. Norman Hampson: Danton. London 1978, S.31-38



## Saint-Just's "ökonomischer" Terror

Saint-Just folgt in seinen ideologischen Grundgedanken Robespierres Moralvorstellungen. Dies bedingt seine Weltsicht, die Revolution sei der Übergang vom "Schlechten" zum "Guten"<sup>1</sup>. Das Endziel ist auch für Saint-Just eine harmonische Gesellschaft, die durch Gesetze nach der "menschlichen Natur" erreicht wird<sup>2</sup>. Tugend, Gerechtigkeit und Terror sind im Kampf für dieses Ziel nur graduell verschiedene Prinzipien<sup>3</sup>.

Temperamentmäßig war Saint-Just viel stärker idealistischer Aktivist als Robespierre, was seine bedeutenden Missionen<sup>4</sup> und seine häufigen Berichte<sup>5</sup> im Namen des Wohlfahrtsausschusses belegen. Es erscheint mir deshalb gerechtfertigt, anhand einiger seiner bedeutenden Reden Grundzüge der wirtschaftlichen Forderungen führender Montagnards darzustellen.

Der "Überfluß" ist nach Saint-Justs Meinung die notwendige Folge guter gesetzlicher Maßnahmen, entspringt also gewissermaßen automatisch aus dem patriotischen, auf Einheit ausgerichteten Handeln aller Teile des Volkes. Mangel und Not hingegen sind auf An-

---

1 "le passage du mal au bien, de la corruption à la probité, des mauvaises maximes aux bonnes." Konventsrede vom 15. April 1794. Albert Soboul: Saint-Just, Discours et rapports. Paris 1957, S.182

2 In einer Rede vor dem Konvent zur Verfassung. Alain Liénard (Hg.): Saint-Just, Theorie politique. Paris 1976, S.181

3 "Un gouvernement républicain a la vertu pour principe, sinon, la terreur. Que veulent ceux qui ne veulent ni vertu, ni terreur?". Fragments sur les Institutions républicaines S.146. Zit. nach Kessler: Terreur S.109. Am 13.März 1794 fordert er in seiner 1. Rede gegen die Faktionen, "que la justice et la probité soient à l'ordre du jours dans la République française." Vgl. Albert Soboul (Hg.): Saint Just, Discours et rapports. Paris 1957, S.173 f.

4 Vgl. Jean Pierre Gross: Saint-Just. Sa politique et ses missions. (Mémoires et documents 31). Paris 1976, S.541 ff.

5 Vgl. Soboul: Saint Just, Discours et rapports



schläge gegen die Freiheit zurückzuführen<sup>6</sup>. Bezeichnend ist jedoch das Spektrum, innerhalb dessen Saint-Just diese Grundidee vertritt.

In seiner Rede über den Lebensunterhalt im Herbst 1792 forderte er in der nur äußerlich mißverständlichen Formel der "libre circulation"<sup>7</sup> schon eine - wenn auch private - Zwangswirtschaft. Die Betonung lag sicherlich auf dem Gedanken, den Warenumlauf notfalls durch staatliche Zwangsmaßnahmen zu garantieren. Der Waren-umlauf sollte dadurch den Geldumlauf decken und so die Inflation bekämpfen. Überhaupt schenkte er der Inflation große Beachtung, die sicherlich das schwerste ungelöste Wirtschaftsproblem der Revolution war. Dennoch bewegte sich sein Vorschlag, den freien Warenumlauf vom Konvent dekretieren zu lassen und in allen Gemeinden bekannt zu machen, recht geschickt im Rahmen der Diskussion um die Handelsfreiheit im Konvent Ende November, Anfang Dezember 1792<sup>8</sup>.

Auch in seiner Rede über die provisorische revolutionäre Regierung am 10. Oktober 1793 stellte er die verhängnisvolle Wirkung des Geldwertverfalls auf die Versorgung von Bevölkerung und Armee dar<sup>9</sup>. Nun aber, in der Zeit des großen Maximums, mit deutlich anderer Zielrichtung. Drei Milliarden livre - Gewinne aus der Kriegswirtschaft - konkurrierten seiner Meinung nach sowohl mit dem Armee-aufkäufer als auch mit dem Verbraucher um die lebensnotwendigen

---

6 "L'abondance est le fruit d'une bonne administration: or, la nôtre est mauvaise". Rede vom 29. November 1792 über den Lebensunterhalt. Saint Just, Discours et rapports, S.74 "Il n'y a point de prospérité à espérer, tant que le dernier ennemi de la liberté respirera." 10. Oktober 1793. Saint just, Theorie politique, S.233

7 Soboul hat meines Erachtens die klare Tendenz besonders der Passagen auf S.75 und S. 79 nicht ganz zutreffend kommentiert, wenn er meint, Saint-Just zeige sich hier als Anhänger der "liberté économique". Eine staatliche Zwangswirtschaft, die die Produktionsmittel in Privathand läßt, ist nicht ohne weiteres unter dem Begriff Freie Wirtschaft zu subsumieren. Vgl. Soboul: Saint Just, Discours et rapports, S.75, 79, 84, 85

8 Am 8. Dezember 1792 dekretiert der Konvent "la liberté la plus entière du commerce", was einen Erfolg der wirtschaftspolitischen Forderungen der Gironde darstellt. Saint-Just, Discours et rapports, S.72-85

9 Saint-Just, Theorie politique, S.233-246

Güter. Charakteristisch für sein Denken nach Robespierres Muster ist ohne Zweifel die Wendung, dieses Geld arbeite für den Feind, was nach dem Muster der Verschwörungstheorie das Problem wieder personifizierbar machte. Obwohl er dem Handel unverhohlen drohte, zeigt die Einschränkung, es gäbe durchaus um das Vaterland verdiente Armeelieferanten und Händler, die nicht verschreckt werden sollten<sup>10</sup>, deutlich, daß er eine nachhaltige soziale Umstrukturierung nicht plante. Die von ihm vorgeschlagenen Wirtschaftsüberwachungsmaßnahmen stellte das Prinzip der Privatwirtschaft nicht in Frage, ließen aber dem Staat Zwangsmaßnahmen offen. Saint-Justs Drang zu drastischen, bisweilen verfehlten Maßnahmen zeigte sich darin, daß er drohte, die in Umlauf befindliche Geldmenge durch Verbrennen zu verringern<sup>11</sup>. Die Unterordnung wirtschaftlicher und sozialer Forderungen unter ganz andere Ziele der Wirtschaftsdiktatur spiegelte sich schließlich deutlich in seinen Reden über die Verbrechen der Faktionen<sup>12</sup>. In der Verbindung von ausländischen Bankiers<sup>13</sup> und sogenannten fremden Ultrarevolutionären<sup>14</sup> denunzierte er die Verschwörung der Fremden im Land, die nach einem unterstellten gemeinsamen Plan die Revolution korrumpieren wollten<sup>15</sup>. Die am 15. April von ihm gehaltene Rede steigerte diese Theorie der Wirtschaftsverschwörung ins Absurde. Seit der Zeit Neckers wurde ein "plan de famine pour entretenir cet état d'agonie dans lequel la liberté ne pouvait s'affermir"<sup>16</sup> verfolgt, dessen Kampfmittel die Warenhortung und Vernichtung des Assignatenwertes waren. Girondins und Hébertisten zusammen wollten in der Verschwörung des Förde-

---

10 "Vous poursuivez les accapareurs: vous ne pouvez poursuivre qui achètent en apparence pour les armées". Saint-Just, *Theorie politique*, S. 235

11 Saint-Just: *Theorie politique*, S.238

12 13.März und 15.April 1794. Saint-Just, *Discours et rapports*, S.152-198

13 Boyd (Engländer), Perrigaux (preußischer Untertan aus Neufchateaux), Proli (österreichischer Untertan aus Belgien), Guzman (ehem. spanischer Grande). Saint-Just, *Discours et rapports* S.155

14 Eulogus Schneider aus Straßburg. ebd.

15 Saint-Just, *Discours et rapports* S.157-159

16 Saint-Just, *Discours et rapports* S.178

ralismus die Kapitulation von Paris gegenüber den Hafenstädten erzwingen<sup>17</sup>. Diese gedankliche "Amalgame" ermöglichte sowohl die Verschärfung des Terrors als auch die Lockerung des Preismaximums.

Ganz in Robespierres Verständnis begreift Saint-Just die Wirtschaft als Ausdruck staatsbürgerlicher Tugend, die sich am Ziel der staatlichen und gesellschaftlichen Harmonie orientieren muß. Einerseits entsteht dadurch der Zwang, in wirtschaftlichen Schwierigkeiten das Verbrechen der Tugendlosen zu suchen, andererseits haben alle wirtschaftlichen Maßnahmen allein den "patriotischen" Zweck, den "guten" Bürgern zu nutzen und den "schlechten" zu schaden. Sicherlich sind Saint-Justs "soziale" Maßnahmen unter diesem Aspekt zu verstehen. Jedenfalls war dies wohl die Zielrichtung von Steuererhebungen, die sich so eindeutig auch gegen ausländische Bankiers richteten, wie im Elsaß<sup>18</sup>, oder der Forderung, die Güter von Verdächtigen unter "verdiente" bedürftige Patrioten aufzuteilen<sup>19</sup>.

---

17 Saint-Just, Discours et rapports S.181/182

18 Auf seiner Mission bei der Rheinarmee vom 17. Oktober bis 30. Dezember 1793 erhob er eine Revolutionssteuer von insgesamt 1,6 Millionen Livres, die zum Teil als Almosen an Bedürftige verteilt wurden. Robespierre würdigte das Vorgehen Saint-Justs nicht allein deshalb als patriotische Tat, weil ein Großteil der Kontribution von dem preußischen Bankier Dietrich, dem Eisenkönig aus Straßburg, aufgebracht werden mußte. Saint-Just, Discours et rapports S.31

19 Saint-Justs Vorschlag zu den Ventôse-Dekreten. Walter Grab (Hg.): Die Französische Revolution. Eine Dokumentation. München 1973, S.223 f.

## Danton's "populärer" Terror

Georges Danton trug viele Züge eines Parlamentariers modernster Prägung. Überaus glücklich verband er seine politische Karriere mit wirtschaftlichen Vorteilen, ohne dabei seine Handlungsfreiheit zu verlieren<sup>1</sup>. Wie kaum ein anderer ahnte er bedeutende Ereignisse voraus und stellte sich in seinem Verhalten auf sie ein, ohne sich zu weit vorzuwagen<sup>2</sup>. Zweifelsohne suchte er für sich und seine Freunde günstige Machtpositionen<sup>3</sup>, dennoch zeichnete sich in seinem Handeln auch eine allgemeine politische Strategie ab.

Sicherlich galt er in Paris bis Herbst 1793 als einer der radikalsten Revolutionäre, auf den Camille Desmoulins' "Vieux Cordelier" zugeschnitten schien<sup>4</sup>. Dies ist wohl nicht zuletzt auf seinen Verbalradikalismus zurückzuführen, der ihm oft den allgemeinen Beifall im Konvent einbrachte. Trotz seiner feurigen Reden für revolutionären Eifer verfolgte er keineswegs den ideologisch harten Kurs eines Marat oder gar eines Robespierre<sup>5</sup>. Auffallende Züge seines politischen Handelns sind die Suche nach dem Ausgleich unter den poli-

---

1 Laut Mirabeau stand er 1791 auf der Bestechungsliste des Hofes, was ihn jedoch nicht davon abhielt, sich 1792 auf die Seite der Jakobiner zu schlagen. Norman Hampson, op. cit., London 1978, S.61 ff., 66, 70 f.

2 Laut Augenzeugenbericht der Frau Camille Desmoulins verbrachte er die kritischen Stunden des 10. August abwartend zu Hause im Bett. Walter Markov (Hg.): Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789-1799. Bd.2: Gesprochenes und Geschriebenes. Leipzig 1982, S.279-283

3 Danton verschafft nach dem 10. August 1792 Freunden aus dem Cordelierklub Posten im Justizministerium und als Kommissare der Commune, darunter Desmoulins, Vincent, Billaud und Ronsin. Vgl. Hampson, op. cit., S.75 f.

4 Programmathe Zeitschrift der "indulgents", herausgegeben von Camille Desmoulins, von der sieben Nummern von Anfang Dezember 1793 bis Anfang Februar 1794 erschienen. Schon in der 2. Nummer wird Robespierre heftig angegriffen. Vgl. Le Vieux Cordelier, erschienen bei Baudouin, Paris 1825, Nachdruck Genf 1978, S.58 f.

5 Mit Marat prallte Danton schon während seiner Zeit als Justizminister zusammen. Gleich zu Beginn des Konvents distanzierte er sich von ihm und seinem radikalen Kurs. Vgl. Hampson, op. cit., S.83 und Rede im Konvent vom 25. Sept. 1792. Fischer: Reden der Französischen Revolution S.181-183

tischen Gruppierungen und Ansätze einer Realpolitik, die eine Stärkung und Festigung der Regierung zum Ziel hatte.

Als Justizminister blieb er angesichts der Ausschreitungen während der Septembermassaker 1792 untätig, verhinderte aber gleichzeitig die Verhaftung führender Girondins und verhalf Feuillants zur Flucht<sup>6</sup>. Zu Beginn des Konvents suchte er den Ausgleich zwischen Gironde und Teilen der Montagne, was durch gefährliche Attacken der Gironde mißlang<sup>7</sup>. Während der schwer abschätzbaren Aktivitäten der Sansculotten und einiger Sektionen Ende Februar, Anfang März setzte er die Schaffung außerordentlicher Institutionen im Konvent durch, um die Volksforderungen zu kanalisieren<sup>8</sup>. Nach dem 2. Juni 1793 hielt er die Überwachungsausschüsse für überflüssig und wollte sie auflösen<sup>9</sup>. Selbst in Bedrängnis geraten, griff er am 1. August 1793 die Gironde als Mitschuldige am Verrat von Dumouriez an, versuchte aber 10 Tage später, das Verlesen einer scharfen, gegen die Gironde gerichteten Petition der Sektion Halle au Blé zu verhindern<sup>10</sup>. In den schweren Auseinandersetzungen zwischen Gironde und Montagne im Frühjahr 1793 versuchte er mit genau dieser ihm eigenen Kompromiß-Taktik zwischen den sich verhärtenden Fronten zu vermitteln, bis im Mai eine Entscheidung für eine der beiden Seiten unerlässlich wurde<sup>11</sup>. Seine Politik im Wohlfahrtsausschuß im Sommer

---

6 Wohl auf Betreiben von Robespierre und Marat sollten Roland und Brissot Anfang September verhaftet werden. Danton ignorierte diese Forderung und verhalf den Feuillants Lameth und Duport zur Flucht nach England. Vgl. Hampson, op. cit., S.83 und M.J. Sydenham: *The Girondins*. London 1961, S.118 f.

7 In der sich abzeichnenden Auseinandersetzung zwischen Gironde und Montagne über die außerordentliche Machtstellung der Pariser Commune versuchte Danton mit der Formel "Todesstrafe für Partikularismus und Diktatur" beide Seiten zu beruhigen. Die Gironde nahm jedoch die Septembermassaker und nicht nachgewiesene Geheimausgaben seines Ministeriums zu Anlaß, ihn in eine prekäre Situation zu bringen. Vgl. Fischer: *Reden der Französischen Revolution* S.181-183 und Hampson, op. cit., S.84 ff.

8 Die Entsendung der Repräsentanten in Mission und das Revolutionstribunal. Vgl. Rede im Konvent vom 10. März 1793. Markov: *Revolution im Zeugenstand*. Bd.2, S.365-368

9 Vgl. Albert Soboul: *Die große Französische Revolution* S.279

10 Vgl. Hampson, op. cit., S.107 ff. und 111 ff.

11 ebd.



1793 zeigte wohl am deutlichsten sein Bemühen, möglichst reibungslos zu Normalität und politischer Stabilität im Sinne einer bürgerlichen Regierung zurückzufinden. In Geheimverhandlungen versuchte er sowohl die oppositionellen Departements als auch die feindliche Koalition zu Verhandlungen zu bewegen oder wenigstens durch Aufspaltung zu schwächen<sup>12</sup>. Diesen Kurs setzte er auch nach seinem Ausscheiden aus dem Wohlfahrtsausschuß beharrlich fort, indem er am 1. August 1793 forderte, den Ausschuß zur provisorischen Regierung zu erklären und mit 50 Millionen Livres Geheimfonds auszustatten<sup>13</sup>.

Dantons wirtschaftspolitische Forderungen waren eng mit der Dekkung des Assignatenausstoßes verknüpft. Unter diesem Aspekt forderte er die Besteuerung der Reichen. Er traf das Legitimitätsproblem der bürgerlichen Herrschaft, indem er darauf verwies, daß meist Besitzlose die militärische Hauptmacht stellten, die erfolgreiche Verteidigung der Republik aber wirtschaftlich hauptsächlich den Besitzenden diene. Deshalb forderte er die Verstärkung der Rüstungsanstrengungen und größeren finanziellen Einsatz seitens der besitzenden Schicht<sup>14</sup>. Die Hoffnung auf reiche Beute, besonders in Holland, die schließlich Kriegskosten und Notenausgabe decken sollte, spiegelte die Hoffnung wider, die Bourgeoisie auf freiwilliger Basis für die revolutionäre Kriegsführung zu gewinnen<sup>15</sup>.

Bedenkenlos setzte Danton in seinen Reden gängige Stereotypen wie Verschwörungstheorie und Föderalismusvorwurf ein, ohne jedoch zu ideologisch zwingenden Systematisierungen zu gelangen. Sein revolutionäres Pathos diene eher dazu, seine wirklichen Ziele

---

12 z.B. wendet er sich gegen die Forderung Robespierres, jeden mit dem Tode zu bestrafen, der mit dem Feind verhandelt, und weist darauf hin, daß dies ewigen Krieg bedeuten würde. Hampson, op. cit., S.118

13 Rede vor dem Konvent. Markov: Revolution im Zeugenstand. Bd.2, S.463-466

14 Reden vor dem Konvent am 10.März und 27.April 1793. Fischer: Reden der Französischen Revolution S.276-281 und 305-307

15 Rede vor dem Konvent am 10.März 1793. Fischer: Reden der Französischen Revolution S.276-281

"populär" darzustellen. In der seit Herbst 1792 um sich greifenden Xenophobie sah er z.B. keinen politischen Sinn<sup>16</sup>. Dagegen erkannte er klar, daß die Forderungen nach Maßnahmen gegen die Revolutionsfeinde für eine Stärkung der Regierung und Verwaltung umsetzbar waren. Vielleicht war die Sorge, die Volksbewegung könnte außer Kontrolle geraten, bei ihm auch durchaus echt<sup>17</sup>. Bedeutende Maßnahmen der Terreur gingen auf Initiativen und Vorschläge Dantons zurück. Auf seinen Vorschlag hin wurden die Institutionen der Repräsentanten in Mission und das Revolutionstribunal eingerichtet<sup>18</sup>. Er setzte sich schon im Frühjahr 1793 für eine besoldete Revolutionsarmee ein<sup>19</sup> und im Herbst für patriotische Feste<sup>20</sup>. Die provisorische Revolutionsregierung folgte bis zum Thermidor im wesentlichen Dantons Ansatz, die Volksbewegung unter Kontrolle zu bringen und schließlich als politische Kraft auszuschalten. Brilliant machte Danton den Sansculotten am 5. September 1793 dort Zugeständnisse, wo sie institutionalisiert am leichtesten zu überwachen waren, nämlich in der Bildung einer letztlich von Kriegsministerium und jakobinischem Stab der Nationalgarde kontrollierten Revolutionsarmee. Flankiert wurde diese Maßnahme jedoch von der Aufhebung der Permanenz der Sektionen<sup>21</sup>. Dies war der erste nachhaltige Schlag gegen den Lebensnerv der organisierten Sansculotterie und der Commune, der in den folgenden Monaten nur ausgebaut werden mußte, um schließlich zum vollständigen Erfolg zu führen.

---

16 In einer Rede vor dem Konvent am 21. Januar 1793 sprach er sich explizit gegen die zuvor in der Sitzung verabschiedeten Maßnahmen zum Schutz der Republik, insbesondere gegen Haussuchungen und restriktive Ausländerpolitik aus. Er schlug statt dessen einen besser organisierten Sicherheitsausschuß vor, der besonnen ans Werk gehen sollte. Fischer: Reden der Französischen Revolution S.269-274

17 Immer wieder verweist er in seinen Reden darauf, daß die Septembermassaker eine Folge der Tatenlosigkeit der Regierung gegenüber den Konterrevolutionären waren. So z.B. am 21. Januar 1793 und am 10. März 1793. Fischer: Reden der Französischen Revolution S.269-274

18 am 10. März 1793; ebd.

19 vgl. Hampson, op. cit., S.112

20 Sie sollten nach griechischem Vorbild gestaltet sein. Vgl. Hampson, op. cit., S.142

21 Rede vor dem von Sansculotten besetzten Konvent am 5. September 1793. Markov: Revolution im Zeugenstand, Bd.2, S.497-499



Danton hinterließ - soweit wir wissen - nichts, was mit den ideologischen Systemen Marats, Robespierres oder Saint-Justs vergleichbar wäre. Seine Forderungen waren wenig staats-theoretisch durchdrungen, retrospektiv erscheinen sie eher opportunistisch und - insgesamt bewertet - demagogisch. Aber unter den Spitzenpolitikern der Montagne war er wahrscheinlich einer der wenigen, die sich selbst nicht über ihre wirklichen Ziele hinwegtäuschten. Sicherlich zeigte sich Danton entschlossen, wenn nötig, mit den Mitteln der Zwangsgewalt die außerordentlich schwierige Situation Frankreichs in Krieg, Bürgerkrieg und innenpolitischen Kämpfen im Jahre 1793 zu überwinden. Der Illusion, dies über die Ausmerzung alles "Unpatriotischen" im französischen Volk im Sinne einer harmonisch nationalen Weltordnung erreichen zu müssen, scheint er weit weniger verfallen als z.B. Saint-Just und Robespierre. Daß er am 5. April 1794 das Schafott besteigen mußte, lag nicht daran, daß er korrupt war, noch weniger an seinen mittelfristigen politischen Zielen, sondern daran, daß die Terreur nun mehr umfaßte als nur die Zwangsgewalt. Im Denken Saint-Justs und Robespierres war sie als Ausdruck von Gerechtigkeit und Tugend die Bedingung für das Allgemeinwohl im Kampf gegen die Verschwörung der Konterrevolutionäre und somit Bestandteil der Staatsideologie. Danton machte sich der Verschwörung schuldig, weil er - obwohl gewählt - nicht im Wohlfahrtsausschuß tätig wurde und sich nicht patriotisch genug zeigte, seinen Freund Fabre d'Eglantine als Verräter preiszugeben<sup>22</sup>. Seine oft bewiesene integrierende Redekunst, seine Popularität und seine Freundschaft mit Regimekritikern wie Camille Desmoulins machten ihn zum potentiellen Gegner. Angesichts der Politik der Ausschüsse gegenüber der organisierten Sans-Culotterie und den streikenden Arbeitern, die Dantons Tod folgte, wäre es meines Erachtens nicht gerechtfertigt, Danton als moderaten Gegner einer progressiven Koalition aus demokratischem Bürgertum und Volk zu betrachten.

---

<sup>22</sup> vgl. Hampson, op. cit., S. 150 ff.

## Soziale Hoffnungen der Sansculotten und Motive ihres politischen Handelns

Die Sansculotten sollen im Rahmen dieses Themas hauptsächlich als politische Gruppe betrachtet werden. Dennoch wird ihr politisches Handeln in hohem Maße von sozialen Erwartungen geprägt, die eine nähere Bestimmung ihrer Ziele erfordern. Dabei wird es notwendig sein, zunächst zu klären, welche politische Größe in unserem Zusammenhang unter dem Begriff "Sansculotterie" verstanden wird. Die Sansculotten erscheinen weder als das "Volk" Robespierres oder Saint-Justs noch als die Unterklasse der französischen Gesellschaft in der Revolutionszeit. Der Entwurf eines Flugblattes aus dem Frühjahr 1793 mit dem programmatischen Titel "Réponse à l'impertinente question: Mais qu'est-ce qu'un Sans-Culotte?"<sup>1</sup> liefert die bedeutendsten Merkmale des Sansculottismus. Er verstand sich als eine urbane Bewegung, die sich in Mietwohnungen beheimatet sah. Handwerkliche Fähigkeiten, Arbeitsamkeit und bescheidene Existenzbedingungen bilden dabei ein bedeutendes Element, Patriotismus, Kampfgeist und unmittelbare Aktivität für die Revolution ein anderes. Kleidung, Umgangsformen und Sprache des Sansculottismus sind der Kultur der städtischen Unterschichten und ihrem Code entnommen<sup>2</sup>. Sie sollten die Solidarisierung der Sansculotten mit diesem Teil der Unterklasse dokumentieren.

Dennoch lassen sich die Sansculotten nicht gleichsetzen mit der städtischen Unterklasse. Viel eher sind sie als politischer Kader zu bezeichnen<sup>3</sup>, der nach und nach mit ganz eigenen Kampfmethoden<sup>4</sup> die

---

1 Walter Markov (Hg.): Albert Soboul, Die Sansculotten von Paris. Berlin 1957. Dokument Nr.1, S.2

2 Eine Petition aller Volksgesellschaften von Paris an den Konvent forderte z.B. das Verbot der Anrede im höflichen Plural. Markov/Soboul: Sansculotten. Dok.Nr.44, S.188. Die Sprache der sansculottischen Dokumente ist durchsetzt mit Kraftausdrücken. Sitzungsprotokolle von Sektionsversammlungen weisen eine oft willkürliche Orthographie auf.

3 Die Gleichsetzung des Sansculottismus mit den städtischen Unterschichten, die stillschweigend Soboul vollzieht, erscheint mir deshalb problematisch, weil sie ein gleichmäßi-

Sektionsversammlungen unter seine Kontrolle brachte und von hier aus politische und soziale Forderungen an die Regierenden artikuliert. Diese politische Dimension des Sansculottismus zeigt sich vor allem auch darin, daß er in besonderem Maße in Paris im Jahr 1793 eine hervorragende Bedeutung erlangt - nicht zuletzt wohl deshalb, weil in der Hauptstadt am ehesten die Möglichkeit einer direkten Einflußnahme auf den Konvent bestand.

Zahlenmäßig stellten die Sansculotten zumindest in Paris die eindeutig stärkste politische Gruppe dar. Protokolle von "fraternisierten" Sektionssitzungen lassen darauf schließen, daß die - wenn auch geschätzte - Stärke fraternisierender Sektionsversammlungen, die in "walk in"-Aktionen andere Sektionen zu Kurskorrekturen zwangen, ca. 200 Personen umfaßte<sup>5</sup>. Versucht man eine vorsichtige Schätzung, auf alle 48 Sektionen bezogen (unter Berücksichtigung einer gewissen Fluktuation in den Versammlungen und der Tatsache, daß ein Teil vor allem der jüngeren Sansculotten an der Front oder in der Vendée standen), so kann man für Paris vielleicht von ca. 2 - 4 % aktiver Sansculotten, gemessen an einer Gesamtbevölkerung von ca. 600.000, ausgehen<sup>6</sup>.

Im Vergleich zur recht geringen politischen Beteiligung der Bevölkerung, auch nach Aufhebung des Zensuswahlrechts<sup>7</sup>, stellte dies eine stattliche Größe dar. Das Machtpotential der Sansculotten,

---

ges politisches Engagement der Mehrzahl dieser sozialen Gruppe unterstellt, das durch die Quellenlage nicht belegbar ist. Vgl. Albert Soboul: Die Sektionen von Paris im Jahre II. Hrsg. von Walter Markov, Berlin 1962, S.19 ff.

4 Das bedeutendste Kampfmittel der Sansculotterie auf Sektionsebene war die "Fraternisierung", die teilweise bewaffnet durchgeführt wurde. Sie war hauptsächlich gegen der Gironde nahestehende Sektionspräsidien im April/Mai 1793 gerichtet. Vgl. Dazu Markov/Soboul: Sansculotten, Dok.Nr. 3, 4, 5, 7, 8, 10, 12. S.6 ff., 12 ff., 16 ff., 24 ff., 34 ff., 54 ff., 66 ff.

5 ebd.

6 Soboul nennt für 1795 die Zahl von 636.773 Einwohnern. Soboul: Sektionen S. 55

7 Im Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung bei der Konventswahl vom September 1792, die ja gleichzeitig Departements- und Kommunalwahl war, nur bei ca. 10 %. In den Städten war die Wahlbeteiligung dabei höher als auf dem Land. Vgl. Marc Bouloiseau: La République jacobine. 1972, S.56

bezogen auf ihre zahlenmäßige Stärke, war dabei wohl erheblich höher, besonders bei Demonstrationen und "journées", aber auch bei der Bemannung bewaffneter Organisationen und Institutionen, wie der Nationalgarde, der Revolutionsarmee oder der Streitkräfte<sup>8</sup>.

Begreift man die Sansculotten als politisch handelnde Gruppe, kann man der Einschätzung Sobouls nur zustimmen, daß es sich bei ihnen um keine Klasse handelte<sup>9</sup>. Weniger eindeutig erscheint mir dies jedoch in Hinsicht auf die soziale Gruppe, deren Interessen die Sansculotten im wesentlichen vertraten, nämlich die städtische Unterschicht. Gewiß sind die Sansculotten nicht Proletarier des 19.Jh. Eben- sowenig finden sie in ihrem Denken zu einer sozialistischen Systematik. Aber mit der gleichen Berechtigung wäre unter diesem Gesichtspunkt der Klassencharakter der Bourgeoisie im Sinne einer industriekapitalistischen Klasse in Frage zu stellen, besonders wenn man die Untersuchungen von Shepard Clough zur Entwicklung der industriellen Produktionsweise und des Wirtschaftswachstums in Frankreich um die Jahrhundertwende berücksichtigt<sup>10</sup>. Es soll hier keine umfassende Definition oder Umdeutung der Sansculotterie als Klasse unternommen werden. Vielmehr scheint es mir sinnvoll, einige Aspekte der sozialen Vorstellungen der Sansculotterie, soweit sie sich auf ihr politisches Handeln auswirkten, zu betrachten.

Der Kernpunkt der sansculottischen Forderungen läßt sich sicherlich in der Existenzsicherung sehen<sup>11</sup>, ohne konkrete Bezüge auf

---

8 vgl. Jean-Paul Bertaud: *La Révolution armée*. Paris 1979, S.144 ff.

9 Soboul: *Sektionen* S. 19 und S. 46 f., S. 52

10 Der Aufsatz weist nach, daß Frankreich nach Napoleon in seiner wirtschaftlichen Entwicklung deutlich hinter England und Deutschland zurückgefallen war. Im 18.Jh. hatte Frankreich das höchste Bruttosozialprodukt Europas.

Shepard B. Clough: *Retardierende Faktoren im französischen Wirtschaftswachstum am Ende des Ancien Régime und während der Revolutionszeit und der Napoleonischen Ära*. In: Eberhard Schmitt (Hg.): *Die Französische Revolution*. Köln 1976, S.181-200

11 Die wichtigste Forderung der Sansculotten war die nach Brot und Grundbedarfsartikeln, die in Flugschriften und Petitionen zum Ausdruck gebracht wurde. Susanne Petersen hat den Kampf um den Lebensunterhalt für das Frühjahr 1793 in einer detaillierten Studie dargestellt. Vgl. Susanne Petersen: *Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik in Paris 1792-*

die Produktionsverhältnisse; dabei zeigt der soziale Kampf eine eindeutige Zielrichtung gegen den Handel<sup>12</sup>. Zweifelsohne bieten sich dafür naheliegende Gründe an, die aus der Unmittelbarkeit des Kontaktes auf dem Markt entspringen. Die Ausdehnung des Maximums auf alle Waren und Rohstoffe mit genauer Anteilsfestlegung am Profit zwischen Produzent, Groß- und Einzelhandel als sansculottische Forderung<sup>13</sup> zeigt jedoch, daß der Händler in seiner doppelten Funktion, nämlich als Anbieter und Abnehmer der im Land produzierten Waren, gesehen wird. Das von Soboul in Lyon entdeckte Verlagssystem<sup>14</sup> - vielleicht in der einfacheren Form des Kaufsystems - spielte sicherlich für ganz Frankreich eine bedeutende Rolle. Insofern haben Handwerker, Tagelöhner, Kleinhändler und Meister gleichgerichtete Interessen gegenüber der Handelsbourgeoisie, in deren Händen die Warenverteilung, bei einigen Waren wohl auch die Auftragserteilung und dadurch die Produktion lag.

Die heterogene Zusammensetzung der Unterklasse, deren politische Speerspitze die Sansculotterie darstellte, bedingte deshalb meines Erachtens nicht ohne weiteres fehlendes Klassenbewußtsein. In einer Zeit, in der die latente Hungerkrise Mitteleuropas noch nicht überwunden war, erscheint es verständlich, daß die grundlegende soziale Hoffnung, die reine Existenzsicherung beinhaltete, zumal lan-

---

1793. München-Wien 1979, besonders S.110-115

12 Soboul: Sektionen S.38-52

13 Adresse der Sektion Sansculotten an den Konvent, 2. September 1793. Unter Punkt 3. Es ist unklar, ob die Petition dem Konvent wirklich vorgelegt wurde. Markov/Soboul: Die Sansculotten von Paris. Dok. Nr.31, S.136-141

In einer früheren Petition vom Juli 1793 wird vorgeschlagen, daß der Staat den Handel in Regie nimmt. Der Staat ist primär Einkäufer und Lagerhalter. Die Verteilung übernimmt der private Groß- und Einzelhandel, dessen Gewinnspannen prozentual festgelegt werden. Die staatlichen Gewinne am Handel sollen die Steuern ersetzen. ebd. Dok.Nr. 35, S.157-163

14 Albert Soboul: Das Problem der Arbeit im Jahre II. In: Walter Markov (Hg.): Jakobiner und Sansculotten. Berlin 1956, S. 154

Sobouls Einschätzung, daß der für einen Verlagsherrn arbeitende Handwerker nichts weiter als ein Lohnempfänger sei, mag auf das Beispiel Lyons zutreffen, ist aber nicht ohne weiteres zu verallgemeinern. Oft trug der Handwerker das volle Risiko, d.h. Preiseinbrüche wurden vom Verlagsherrn auf ihn abgewälzt.



desweit zwischen 15 und 20 % der Bevölkerung<sup>15</sup> - in Städten wie Paris teilweise bis über 40 %<sup>16</sup> - ständig unter dem Existenzminimum lebten. Zwar zeigt sich innerhalb der Sansculotterie schon im Ansatz der zukünftige Klassengegensatz zwischen Lohnabhängigen und Unternehmern<sup>17</sup>, aber der aktuelle Kampf der Sansculotterie war bedingt durch die realen Bedingungen ihrer Zeit, in der die Produktivkräfte noch nicht vorwiegend industriell organisiert waren.

Die Berührungspunkte sansculottischer Sozialutopien mit Marats Gesellschaftsmodell sind auffallend. Besonders Marats naturrechtliche Ableitung des Existenzrechtes als Inhalt des "bonheur" der Gesellschaft scheint Allgemeingut sansculottischen Denkens geworden zu sein<sup>18</sup>. Die sansculottische Zielvorstellung in der zu errichtenden Gesellschaftsordnung ist dementsprechend die allgemeine Teilhabe an Eigentum und Existenzgrundlagen. In letzter Konsequenz ergibt sich daraus schließlich die Gleichheit des Eigentums<sup>19</sup>. Ihr égalité-Verständnis war deshalb sehr konkret und umfaßte nicht nur, wie bei Robespierre, die Gleichheit gegenüber dem Staat. Auch in dem Verständnis, daß diese Gesellschaftsordnung gegen die "Reichen" durchzusetzen sei, trägt das sansculottische Denken maratistische Züge<sup>20</sup>. Der politische Feind wird im Aristokraten gesehen, der aber, wie die "Definition du modéré, du feuillant, de l'aristocrate"<sup>21</sup> recht anschaulich zeigt, durchaus alle Züge des politischen Gegners trägt. Dies ist keineswegs genuin sansculottisch, sondern wird z.B. von Robespierre

---

15 vgl. Alan Forrest: *The French Revolution and the Poor*. Oxford 1981, S.2

16 vgl. Soboul: Sektionen S.58 und:

Antoinetta de Lorenzis Minasi: *A propos des rapports entre mouvement populaire et robespierrisme*. In: AHRF, No.195 (1969), S.32

17 vgl. Soboul: Sektionen S.54-82 und

Soboul: *Das Problem der Arbeit im Jahre II* S.155 ff.

18 vgl. Soboul: Sektionen S.92 f.

19 vgl. Soboul: Sektionen S.83-106

20 Teilweise in der resimplifizierten Form des Konsumgüterbesitzes. Vgl. Soboul: Sektionen S.88 ff. Für das politische Handeln der Sansculotterie waren die differenzierteren Forderungen nach Preisregulierung jedoch bedeutender.

21 Markov/Soboul: *Sansculotten von Paris*, Dok.Nr.2, S.4-7

schon 1789 in ähnlicher Wendung gebraucht<sup>22</sup>. Man wird vielleicht davon ausgehen müssen, daß "Aristokrat" letztlich eine bewußte Dif-famierung des politischen Gegners wurde, um ihn mit den ausgesprochenen Feinden der Revolution gleichzustellen<sup>23</sup>. Dieser unreflektierte Indifferentismus auf sansculottischer Seite bewirkte sicherlich einerseits den Ausbruch von Exzessen mit sinnloser Brutalität, z.B. in den Septembermassakern<sup>24</sup>, andererseits bot er den Ansatzpunkt für eine Uminterpretation im Sinne robespierristischer Staatsziele. Die gedankliche Gleichsetzung von Aristokrat, "accapareur" und Revolutionsfeind ist die wesentliche Bedingung für die revolutionäre Verschwörungstheorie<sup>25</sup>. Sie ist die Grundlage für die politische Einigung von Sansculotterie und Jakobinern. Gleichzeitig zeigt sie die Grenzen des ideologischen Denkens der Sansculotterie auf. In gewissem Sinne wird die Sansculotterie gerade auch wegen ihrer zu oberflächlichen Feindbestimmung zum Träger und Opfer der Terreur. Zwar verlieren die meisten der radikalen Führer der Sansculotterie, wie die "enragés" ihr soziales Ziel und ihren gesellschaftlichen Gegner nicht aus den Augen, aber die Mehrzahl der Sansculotten in den Sektionen hatte sicherlich den Sinnentstellungen z.B. Saint-Justs in seinen Angriffen gegen die angebliche Konterrevolution der "Hébertisten" argumentatorisch wenig entgegenzusetzen<sup>26</sup>.

---

22 Anlässlich der Diskussion über die Neugliederung Frankreichs im November 1789. Vgl. Kessler: Terreur S.70 f.

23 Zum realen Kern des Vorwurfs, "Aristokrat" zu sein, S. unten Kap. IV, insbesondere unter Verwaltung und Zwangsgewalt

24 Die willkürliche Liquidierung von eidverweigernden Priestern, Verdächtigen und Kriminellen in Pariser Gefängnissen Anfang September 1792 ist sicherlich keine Tat gewesen, die die Sansculotten ihren politischen und sozialen Zielen näher brachte. Zu September-Massakern s. Pierre Caron: Les Massacres de Septembre. Paris 1935

25 Wie oben in "Saint Just's 'ökonomischer' Terror" gezeigt, verstand es vor allem Saint-Just mit Hilfe dieser geläufigen Verkürzung, politische Gegner aller Couleur auszuschalten und gleichzeitig die tatsächlichen Probleme zu verschleiern.

26 Die Hébertistenverfolgung im Frühjahr 1794 hatte auch eine eindeutige Zielrichtung gegen die Sansculotterie. Nicht nur die Sektionsgesellschaften fielen ihr weitgehend zum Opfer, sondern auch einzelne sansculottische Führer. Vgl. Soboul: Robespierre und die Volksgesellschaften S.281 ff. und: Markov/Soboul: Sansculotten S.XXVIII



Zur politischen Wirksamkeit der Verschwörungstheorie als Mobilisierungsfaktor trug das wörtliche Verständnis der Volkssouveränität bei<sup>27</sup>. Der Sansculottismus sah sich als alleiniger Träger aller Staatsgewalt, was sich auch darin zeigte, daß der Volksaufstand als Suspendierung aller staatlichen Ordnungsgewalt empfunden wurde<sup>28</sup>. In diesem Denken wird die allgemeine Verbreitung des rechtsphilosophischen Verständnisses deutlich, das grundlegend für Marats Staatstheorie ist<sup>29</sup>. Der Aufstand<sup>30</sup> wird so zu einem Rechtsakt, jede Gewaltanwendung zur Bestrafung von Vergehen gegen die Volkssouveränität und damit gegen Verfassung und Rechtsordnung<sup>31</sup>.

Das grundlegende wirtschaftliche Motiv für die politischen Aktivitäten der Sansculotterie bleibt der Kampf gegen die Handelsherren<sup>32</sup>. Dies brachte sie auch am Kampftag gegen die Gironde zum Ausdruck<sup>33</sup>. Es war ihr eindeutiges Kampfziel. Wie George Rudé nachgewiesen hat, gingen den großen journées der Revolution "taxati-

---

27 vgl. Soboul: Sektionen S.194 ff.

28 vgl. Soboul: Sektionen S.199

29 vgl. oben, Marats Gesellschaftstheorie und sein soziales Denken und: Das politische Handeln bei Marat

30 wobei alleine schon der zivile Ungehorsam bzw. eine unbewaffnete Demonstration als Aufstand gesehen wird. Bgl. Soboul: Sektionen S. 194 ff.

31 Auffallend ist dabei die Haltung unter der Sansculotterie, daß sie in gewaltsamen Aktionen ihren Mandatsträgern ihren bewaffneten Arm leihen, um die Revolution im Sinne des Volkes wieder auf den richtigen Weg zu bringen: "Si dans le moment même où le peuple se lève notre section vient encore de s'adresser à vous, c'est dans l'espoir qu'en vous déposant de nouveau ses armes, et en vous rendant l'exercice de sa souveraineté, vous allez en faire visage pur le bonheur du peuple". Unüberhörbar ist die Strafandrohung im Falle des Ungehorsams gegenüber dem Souverän: "...écoutez donc sa voix et prévenez les malheureux excès dont le désespoir et la rage peuvent la rendre avec vous la première victime." Petition der Sektion Sansculotten v. 31. Mai 1793. Markov/Soboul: Sansculotten. Dok.Nr.11, S.66

32 Der von Soboul geschilderte Kampf um die Armeekontrakte und Sektionswerkstätten im Herbst 1793 und Winter/Frühjahr 1794 zeigt wohl deutlich, daß die Vom Abstieg ins Lohnproletariat bedrohte - wirtschaftlich schon nicht mehr freie - Handwerkerschaft sich wohl in "natürlicher" Koalition mit Tagelöhnern und Arbeitern gegen diesen gemeinsamen Klassenfeind befand. Vgl. Soboul: Sektionen S.110-114

33 In der in Anm.31 erwähnten Petition

ons", Hungerrevolten und -unruhen voraus<sup>34</sup>. Aber dadurch, daß selbst die stringentesten Denker der Sansculotterie, wie z.B. Jacques Roux, Hamsterer, Wucherer, Verräter und Royalisten als ununterscheidbaren und allmächtigen Feind darstellen<sup>35</sup>, lieferten sie sich selbst der demagogischen Ideologie Robespierres und Saint-Justs aus. Die faktische Unfähigkeit der Sansculotterie, sich politisch zu behaupten, war sicherlich ein organisatorisches Problem. Ihr organisatorisches Scheitern scheint mir aber primär eine Folge ihrer undifferenzierten Ideologie zu sein. Ihr gewaltsamer Kampf trug daher zum Teil Züge einer Angstreaktion<sup>36</sup>. Dabei muß jedoch eingeschränkt werden, daß diese Angstreaktion sich aus einer rational begreifbaren und wohl von der Sansculotterie begriffenen Quelle speiste. Wurde hier im Zusammenhang versucht, die politisch-soziale Zielrichtung des sansculottischen Aktionismus darzustellen, so muß seine Auslösung und seine Wirkung in bezug auf die Zeit der Terreur doch differenzierter interpretiert werden<sup>37</sup>.

---

34 George Rudé: *The Crowd in the French Revolution*. Oxford 1959

35 Im sogenannten Manifest der enragés. Walter Grab (Hg.): *Die Französische Revolution* S. 163-171

36 Soboul weist darauf hin, daß die Verschwörungsangst ein wesentliches Motiv für sansculottische Gewaltanwendung darstellt. Vgl. Soboul: *Sektionen* S. 241 f.

37 vgl. unten Kap. IV, Die Errungenschaften der Schreckensherrschaft

## Die Logik des Bündnisses von Jakobinern und Sansculotten: Die Herrschaft des Schreckens

So unterschiedlich im Grunde die Ziele Robespierres und die der Sansculotterie waren, führten sie doch zu einem gemeinsamen Vorgehen. Zurückzuführen ist dieses Phänomen weniger auf einen, mit gemeinsamen politisch-sozialen Zielen, geschlossenen Pakt<sup>1</sup> als vielmehr auf eine diffuse Terminologie. Besonders die vorwiegend rechtsphilosophische Begrifflichkeit, die auch im sansculottischen Denken tief wurzelte<sup>2</sup>, verschleierte die wirklichen Interessen der Beteiligten eher, als daß sie Standpunkte klärte. Alle Legitimität politischen Handelns war an staatsrechtliche Kategorien gebunden, deren bedeutendste die Volkssouveränität war<sup>3</sup>. Aus ihr heraus erklären sich die wesentlichen Denkmuster von Sansculotterie und Jakobinismus. Sie schließt das "bonheur" der Gesellschaft ein, zu dessen Verwirklichung der Souverän seinen Abgeordneten das Mandat überträgt. Konsequenterweise folgt aus ihr auch die Pflicht und das Recht, die korrekte Ausübung des Mandats zu überwachen. Jakobinerklub und Sansculotterie sahen darin ihre Aufgaben. Die rechtlichen Prämissen für die Volkssouveränität waren die Freiheit und die Gleichheit, die jedes Individuum der Gesellschaft zur voll handlungs-

---

1 Insofern ist die Formel von Markov "Jakobiner mit dem Volke" in der Umkehrung des Leninwortes "Die Konterrevolution geht zum Angriff über: Jakobiner ohne Volk" mißverständlich. Vgl. Markov/Soboul: Sansculotten XV

2 Selbst die Begriffsprägung "agioteur" und auch "accapareur" bezieht sich auf einen zumindest illegitimen Mißbrauch. Berücksichtigt man das kirchenrechtliche Wucherverbot, so scheint sich hier ein altrechtlicher Begriff im neuen rechtlichen Denken der vom Naturrecht abgeleiteten Volkssouveränität fortzusetzen.

3 In diesem Punkt waren sich alle revolutionären Gruppen einig. Der Unterschied zwischen den Anhängern Robespierres und denen der Gironde lag primär in der Interpretation der Souveränitätsausübung. Während sich Robespierres Haltung stärker an Rousseaus unveräußerliche Unteilbarkeit der Souveränität orientierte und lediglich durch die "vertu"-Vorstellung Rousseaus imperatives Mandat abschwächte, hing z.B. Vergniaud als einer der bedeutenden Vertreter der Gironde der freien Mandatsausübung an. Vgl. Gordon Mc Neil: Robespierre, Rousseau and Representation. In: Harold T. Parker (Hg.): Ideas in History. Essays Presented to Louis Gottschalk by his former Students. S.135-156 und: Soboul: Sektionen S. 201

fähigen Person machte, damit es seine Souveränitätsrechte ausüben konnte.

Glück, Freiheit und Gleichheit gingen dabei von einer Harmonie in der Gesellschaft aus, die für Sieyes<sup>4</sup> allein schon in der Einstellung zur Arbeit für das Allgemeinwohl begründet scheint. Die Verwirklichung der rechtlichen Ideale sollte per Definition den Zustand des Glücks, der Zufriedenheit - letztlich des inneren gesellschaftlichen Friedens im Sinne einer allumfassenden Harmonie - schaffen. Greift Sièyes in gewissem Sinne auf Saint-Simons Klasse der "industriels" voraus und verknüpft so das Ideal der Arbeit mit einer positiven Perspektive, die aber "erarbeitet" werden muß<sup>5</sup>, so verkürzt sich dies bei Robespierre, Marat und bei der Sansculotterie auf den Kurzschluß, daß Verfassung, Glück und Harmonie in einem Punkt zu verwirklichen sind. Die Tatsache der vielfältigen gesellschaftlichen Fiktionen ist sozusagen Beweis, daß der Wille des Souveräns, das Glück, nicht berücksichtigt wird. Da aber gerade die Sorge für das Allgemeinwohl das Mandat an die Volksvertreter beinhaltet, usurpieren sie die Volkssouveränität, indem sie nicht den Willen des Volkes, sondern einen gegenteiligen verfolgen. Die Erkenntnis, daß die Interessengegensätze nicht in der klaren Front Volk/Regierung verlaufen, sondern gesellschaftlicher Natur sind, macht die von Marat so konstant vertretene Theorie des organisierten Einzelinteresses gegen das Volksinteresse einleuchtend. Der scheinbare Beweis dieser Theorie durch die konterrevolutionäre Politik des Hofes und der versuchten Militärputsche durch Lafayette und Dumouriez trugen erheblich zur Glaubwürdigkeit dieser Behauptung bei. Psychologisch wurde dieses Gespenst der

---

4 Emmanuel Sieyes: *Qu'est-ce que le Tiers état?*

5 Sieyes sieht den Herrschaftsanspruch des Volkes im Staat durch dessen Arbeit für das Allgemeinwohl legitimiert. Der dritte Stand ist für ihn aufgrund dieser gesellschaftlichen Leistung eine Einheit. Vgl. Emmanuel Sieyes: *Qu'est-ce que le Tiers état?* Hrsg. von Roberto Zapperi, Genf 1970, S.121-128. Das Werk ist in deutscher Übersetzung zugänglich in: Emmanuel Joseph Sieyes: *Politische Schriften 1788 - 1790 mit Glossar und britischer Sieyes Bibliographie*. Übers.u.hg.v. Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt. Darmstadt und Neuwied 1975. Überarb. u. erw. Ndr. München-Wien 1981. (*Ancien Régime, Aufklärung und Revolution* Bd.5). Vgl. dazu auch Wolgin: *Gesellschaftstheorien* S.312 ff.

Verschwörung gegen das Volk und die Revolution durch die bedrohliche Kriegslage und die chronischen Versorgungsschwierigkeiten in der Volksstimmung zum Trauma gesteigert. Die Vorstellung, daß die Volksrache als höchster Rechtsakt das Verbrechen am Staatszweck, nämlich dem Glück, bestrafen mußte, wurde sicherlich durch die Erfahrung eigener Stärke und Macht in den erfolgreichen journées der Revolution bestärkt<sup>6</sup>. Dadurch aber, daß ein Verbrechen einen Täter voraussetzt, konnten sich solche Akte des Volkszorns nur gegen Einzelpersonen richten. Die Erkenntnis aber, daß das Abschneiden einiger Köpfe die Probleme keineswegs aus der Welt schuf, führte zur Theorie des Terrors. Entsprechend vage wurde der Personenkreis der Schuldigen<sup>7</sup>. Die Unfähigkeit zur Differenzierung der Faktoren, die tatsächlich die Krise bestimmten, ließ die Verschwörung nur um so bedrohlicher erscheinen. Die Illusion der Sansculotterie lag darin, daß sie glaubte, aus einem Punkt heraus durch ökonomischen und politischen Terror *hic et nunc* ihr soziales Ziel zu erreichen.

Für die Montagne wurde der Terror zur Vielzweckwaffe. War er von Danton mehr als geschickter Schachzug konzipiert, sich durch Zugeständnisse Handlungsfreiheit zu erkaufen, so mußte ihn der konsequent idealistische Robespierre in seine Gesellschaftstheorie aufnehmen.

---

<sup>6</sup> Darauf deuten auch die selbstbewußten Benennungen von Volksgesellschaften, wie Gesellschaft "der Sieger der Bastille", der "Männer des 14. Juli" oder der "Männer des 10. August" hin.

Vgl. F. Braesch: *La commune du dix août 1792*. Paris 1911. Nachdruck Genf 1978, S.729; Isabelle Bourdin: *Les sociétés populaires à Paris pendant la Révolution*. Paris 1937 S.418; Soboul: *Sektionen* S.294

<sup>7</sup> Im Gesetz vom 22. Prairial II werden nicht nur prinzipiell beweisbare Tatbestände, wie Hochverrat, Defätismus, Opposition in Wort und Schrift, sondern auch die Verschwörung gegen die Freiheit "unter welcher Maske auch immer" mit der Todesstrafe bedroht. Die Urteilsfindung beschränkt sich auf die Entscheidung: Todesstrafe oder Freispruch.

Gesetz vom 22. Prairial II (10.Juni 1794) Art. 5-7; Grab: *Die Französische Revolution* S.224-225

In der Wendung der Revolution als Kampf gegen die Tyrannei, in dem außerordentliche Mittel ergriffen werden müssen, um die Freiheit zu schaffen<sup>8</sup>, gelingt es ihm aber nicht, positive Kampfziele zu formulieren. Für die gesellschaftliche Harmonie, das fiktive Kampfziel, kann er keine Bedingungen festlegen. Diese Orientierungslosigkeit der ideologischen Führer der Montagne formuliert am anschaulichsten Saint-Just<sup>9</sup>. Der Ausweg, den Robespierre und Saint-Just aus diesem Dilemma fanden, war die Propagierung des patriotischen Gefühls, dessen Fehlen allein schließlich den Tatbestand des Verbrechens gegen das Allgemeinwohl darstellen konnte. Insofern war die Terreur mehr als nur die Zwangsgewalt. Die sogenannte Thermidorreaktion wandte die Zwangsgewalt ebenso an, aber mit klaren Klassenzielen. In der Zeit des großen Schreckens drohte jedoch der Terror zum Staatszweck zu werden.

---

8 In seiner Rede über die Grundsätze der Revolutionsregierung am 25. Dezember 1793. Markov: Revolution im Zeugenstand. Bd.2, S.560-562

9 "En effet, la force des choses nous conduit peut-être à les resultats auxquels nous n'avions point pensé." In seinem Bericht über die Eingekerkerten im Namen der Regierungsausschüsse vor dem Konvent am 26. Februar 1794. Discours et rapports S.145



## Kapitel II

### Machtbasis und Organisation der politischen Gruppen

Obwohl die Organisation von Parteien in der Französischen Revolution nicht geleistet wurde, lassen sich zumindest für den betrachteten Zeitraum in einigen ihrer Forderungen relativ homogene politische Gruppierungen identifizieren. Das Fehlen der Parteistruktur macht es jedoch erforderlich, die politischen Gruppen in ihrem Wirkungsrahmen zu beschreiben. Eine alleinige Zuordnung zu Gruppen wie Girondins, Jakobiner oder "sans-culottes" würde eine jeweilige allgemeinpolitische Programmatik unterstellen, die zumindest im gesamten Zeitraum von 1792-1794 nicht existierte<sup>1</sup>. Ein weiteres Problem wird durch die sehr vage Strategie der einzelnen Gruppen aufgeworfen, die sich sicherlich auf die eher vage politische Zielsetzung aller revolutionären Führer zurückführen läßt. Die schweren und blutigen Kämpfe der Zeit sind auch nicht auf parteiprogrammatische Differenzen zurückzuführen<sup>2</sup>. Der aufflackernde politische Kampf zwischen Sansculotterie und notablen Vertretern der bürgerlichen Oberklasse spielte unbestrittenermaßen eine bedeutende Rolle<sup>3</sup>, wurde aber überlagert und bestimmt von einem Machtkampf zwischen zwei rivalisierenden bürgerlichen Gruppierungen. Dabei läßt sich die Trennungslinie nicht ohne weiteres zwischen Girondins, Jakobinern und Sansculotterie ziehen, sondern kann nur innerhalb des institutionellen

---

1 In mancher Hinsicht bildete der Jakobinerklub hier eine Ausnahme. Siehe unten

2 Sobouls soziologische Zuordnung der Jakobiner zum mittleren und kleinen Bürgertum, der Gironde zum Großbürgertum erklärt meines Erachtens nicht die harte Auseinandersetzung zwischen den beiden Konventsgruppen. Vgl. Soboul, *La première République*. S.16 f. Im übrigen widerlegen die Studien Sydenhams meines Erachtens Soboul's These in diesem Zusammenhang nachhaltig. Vgl. Sydenham, *Girondins*, passim und ders.: *The French Revolution*. London 1965. S.130

3 Politisch zeigte sich dieser Aspekt des Kampfes auch darin, daß die Sansculotterie zwar mangels eigener qualifizierter Kandidaten Notable in Ämter wählte, diese dann aber überwachte. Vgl. dazu Bouloiseau, *République jacobine* S.21/22



Gefüges der im Entstehen begriffenen Republik umrissen werden. Die Anregung der Studie von Alison Patrick<sup>4</sup> aufgreifend, die trotz aller notwendigen Einschränkungen solcher Spezialuntersuchungen richtungsweisend in der Methodik der Identifizierung politischer Gruppierungen in der Revolution ist, soll im folgenden versucht werden, Grad und Grenzen der politischen Organisation der einzelnen Gruppen auszuloten. Gerade ihre Machtbasis in einzelnen Institutionen scheint in einem nicht unbedeutenden Maße die Eskalation der politischen Auseinandersetzung 1792 und 1793 mitzubestimmen.

---

4 Alison Patrick: *The Men of the First French Republic. Political Alignment in the National Convention of 1792*. Baltimore-London 1972

## Berg - Ebene - Gironde: Die politische Landschaft im Konvent

Als der Konvent Ende September 1792 seine Sitzungen eröffnete, hatte er eine schwere und vielschichtige Aufgabe vor sich. Die Republik war zwar proklamiert<sup>1</sup>, aber sie war bestenfalls Provisorium. Die vordringlichste Aufgabe, die Schaffung einer Verfassung<sup>2</sup>, fiel zusammen mit der Bewältigung einer schwerwiegenden und, wie sich im Kriegsverlauf zeigen sollte, chronischen militärischen Krise, die zwar mit Valmy temporär abgeschwächt, aber nicht grundlegend behoben werden konnte<sup>3</sup>.

Im Interim zwischen dem 10. August und der Einberufung des Konvents am 20. September war eine politische Situation entstanden, in der die Commune von Paris eine Machtposition einnahm, die ihren vorgesehenen verfassungsmäßigen Rahmen sprengte<sup>4</sup>. Mit der Sansculotterie der Sektionen, die seit Juli 1792 in Permanenz tagten<sup>5</sup>, hatte sich eine politische Macht etabliert, die zwar realiter nicht selbständig handlungsfähig war, aber eine bedrohliche, bisweilen in ihrer Auswirkung schwer abschätzbare Aktivität entwickelte. Im Klima der hysterischen Angst, die Paris nach den folgenschweren militärischen Niederlagen und der unmittelbaren Bedrohung der Stadt durch das Revolutionsheer des Herzogs von Braunschweig erfaßt hatte, war

---

1 Am 21. September 1792 wurde auf Antrag Collot d'Herbois per Akklamation die Abschaffung des Königtums gefordert und schließlich dekretiert. Archives Parlementaires (im folgenden AP abgekürzt), Bd.52, S.73 f.

2 Der Verfassungsausschuß wurde am 11. Oktober eingerichtet. AP Bd.52, S.455

3 Die französische Armee geriet immer wieder in gefährliche Bedrängnis, so z.B. auch nach Dumouriez' taktischen Fehlern im März 1793. Schwere Versorgungskrisen und Schwächen in der Führungsstruktur beeinträchtigten ihre Kampfkraft. Vgl. Bertaud: La Révolution armée. S. 231 f. und 239 ff.

4 Vgl. unten

5 Angesichts des "patrie en danger" hatte die Nationalversammlung am 25. Juli 1792 die Permanenz der Sektionen angeordnet. Vgl. F. Braesch: La commune du dix août 1792. Paris 1911. Nachdruck Genf 1978, S.129

durch einen rigoros geführten politischen Schlagabtausch Anfang September und massive Wahlmanipulation bei der Wahl zum Konvent eine politische Spaltung vorgezeichnet worden, die die Debatten und Beschlüsse des Konvents mit einer schweren Vorbelastung belegte<sup>6</sup>. Aufgrund dieser Tatsache und bedingt durch die verschiedenen Machtbasen der beiden hauptsächlichen Kontrahenten, Montagne und Gironde, innerhalb der Institutionen der provisorischen Republik war die Verfassungsdebatte eng verknüpft mit dem Kampf um die Dominanz bestimmter Institutionen in der zu schaffenden Konstitution. Dadurch, daß gleichzeitig Versorgungsprobleme, militärische Katastrophen, ein versuchter Militärputsch<sup>7</sup> und der Bürgerkrieg der Vendée zu bewältigen waren, wurde die Existenzfrage der Republik zum Maßstab der politischen Argumente. Entsprechend der Härte der Auseinandersetzung gestaltete sich die Polemik auf beiden Seiten bei im übrigen verwirrender - weil ähnlicher - Nomenklatur<sup>8</sup>. Die Gironde bezeichnete die Führungsgruppe der Montagne um Robespierre und Marat als Anarchisten und Septembermörder und bezichtigte sie der Diktatur, im Gegenzug erhielt sie von der Montagne alle Attribute des Monarchismus und des Föderalismus<sup>9</sup>. Der wechselseitige Vorwurf der Verschwörung gegen die Freiheit, mit der die Gironde angeblich den Föderalismus als Unterjochung des Volkes, die Montagne die Diktatur errichten wollte, inkriminierte jede politische Handlung des jeweiligen Gegners als Verrat am Volk.

---

6 Girondeminister und jakobinische Stadtverwalter lieferten sich einen harten Kampf. Vgl. unten, Die Commune von Paris und ihre Sektionen

7 Der Verrat des Generals Dumouriez Ende März/Anfang April 1793

8 Redner von Gironde und Montagne gleichermaßen sahen in der Errichtung der Freiheit und im Kampf gegen die Tyrannei die Aufgabe der zukünftigen Republik. Der jeweilige politische Gegner wurde zum Protagonisten der Tyrannei gestempelt. Vgl. z.B.: Anklagerede Louvets gegen Robespierre und Marat vom 29. Oktober 1792, AP Bd.53, S.52, und Marats Angriff auf "Brisotins" in einem Zirkular der Jakobiner an affilierte Gesellschaften. F.A. Aulard: La Société des Jacobins. Recueil de documents pour l'histoire du club des Jacobins de Paris. 6 Bde. Paris 1889 - 1897. Bd.5 (1895) S.127/128

9 ebd.

Die Verschwörungstheorie beinhaltete, wie oben bereits gezeigt, im Prinzip ein Staatsverbrechen, das vor allem in der Ausnahmesituation des Krieges und Bürgerkrieges das Richtschwert über die Beschuldigten beschwor. In der recht vagen Ausdrucksweise Dantons mochte dies noch mobilisierende Agitation gewesen sein, Louvet, Marat, Robespierre u.a. bezogen sich aber im Laufe des Herbstes 1792 und des Frühjahrs 1793 immer konkreter auf die Führer des politischen Gegners<sup>10</sup>.

Fußend auf der Prämisse eines unterstellten Gemeinwohls, dessen Verwirklichung durch die Obstruktion des am Einzelinteresse festhaltenden Gegners verhindert wird, war die Verschwörungstheorie eine Denkweise, die das politische Handeln aller bedeutenden politischen Gruppen dieser Phase der Revolution bestimmte<sup>11</sup>. Der Grundkonsens zumindest einer parlamentarischen gegenseitigen Toleranz war auf diesem Hintergrund nicht zu erzielen. Die formelhafte Kompromißversuche Dantons<sup>12</sup>, der meist allgemeinen Beifall erhielt, waren in diesem parlamentarischen Klima aussichtslos.

Man mag die Kompromißlosigkeit des politischen Kampfes im Konvent mit der prekären innen- und außenpolitischen Lage Frankreichs entschuldigen, als Erklärung ist dies jedoch nicht hinreichend. Die Verknüpfung der heftigen politischen Auseinandersetzung mit dem Streben der Jakobiner nach der radikaldemokratischen Krönung der Revolution durch die Allianz mit dem Volk, organisiert in der Sansculotterie, kann kaum mit der demokratischen Verfassung von 1793 begründet werden. Die Gefahr, dem jakobinischen In-

---

<sup>10</sup> ebd.

<sup>11</sup> Die Bedeutung der Verschwörungstheorie im Denken führender Montagnards wurde oben in Kap. I schon dargelegt. Interessant ist die Tatsache, daß Redner der Gironde ganz ähnlich argumentieren. So fordert z.B. Barbaroux am 30. Oktober 1792 einen außerordentlichen Gerichtshof gegen die Verschwörer in der Pariser Commune! AP Bd.53, S.81

<sup>12</sup> z.B. seine Forderung der Todesstrafe für den Versuch, eine Diktatur zu errichten, gleichermaßen wie für Vergehen gegen Einheit und Unteilbarkeit der Republik. Alle Konventsgruppen konnten dieser Formel zustimmen, ohne irgendwelche Positionen aufgeben zu müssen, da ihr ideologisches Selbstverständnis davon nicht berührt wurde. Vgl. AP Bd.52, S.131 f.

terpretationsdiktus zum Opfer zu fallen, erscheint mir gerade bei dieser Annahme sehr groß. Eine solche Interpretation müßte, so meine ich, schlüssig darlegen, welche qualitativen Unterschiede für den Beherrschten zwischen der Terrordiktatur des ersten Halbjahres 1794 und der vereinfachend angenommenen Notablenherrschaft, die die Gironde plante<sup>13</sup>, bestanden hätten.

Ein bedeutender Aspekt des kompromißlosen Kampfes der Zeit zeigt sich sicherlich im Entwicklungsstand des politischen Denkens. Die Grenzen der ideologischen Systematik wurden durch die idealistische Utopie der jeweiligen Interessengruppe abgesteckt. Während die Gironde davon überzeugt war, daß das Gemeinwohl allein durch die Herrschaftssicherung der freien Wirtschaft zu verwirklichen sei<sup>14</sup>, sah die Montagne und wohl ein großer Teil der Jakobiner denselben Endzweck nur erreichbar über die Schaffung eines geistigen und moralischen Sammelpunktes, den alles regulierenden Nationalstaat. Jeder mögliche Kompromiß wurde von vornherein durch die allgemeine Annahme auf beiden Seiten erschwert, daß die Volkssouveränität unteilbar sei. Jede Interessengruppe mußte so konsequenterweise einen Alleinvertretungsanspruch für das Volk als ganzes als Legitimierung ihres politischen Handelns beanspruchen.

Die Organisation des Konvents barg obendrein noch besondere Schwierigkeiten. Zwar war er prinzipiell als Arbeitsparlament mit der Aufgabenteilung in Ausschüssen konzipiert<sup>15</sup>, aber die Vielzahl der im Plenum anfallenden Bereiche ist doch überraschend. Neben zahllosen Petitionen und vorgelassenen Abordnungen aus Sektionen und Gemeinden nimmt die Verlesung von Korrespondenz mit Generalen, Kommissaren, Ministern und Verwaltungsbeamten breiten Raum ein. Häufig entwickelten sich Debatten, die von der Tagesordnung abschweiften. Sich widersprechende Dekrete wurden innerhalb weniger

---

13 die etwa dem Verfassungsentwurf Condorcets zugrunde lag. Vgl. Keith Michael Baker: Condorcet. Chicago, London 1975, S.320-327

14 Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.236 ff.

15 Vgl. AP Bd.52, S.455

Sitzungen verabschiedet<sup>16</sup>. Das Fehlen einer Verfassung wirkte sich hierin gewiß aus. Besonders das noch ungeklärte Verhältnis der Legislative zur Exekutive, insbesondere zu Ministerrat und untergeordneten Verwaltungsgliederungen<sup>17</sup>, schuf ein Klima der Unsicherheit, die wohl hauptsächlich den Konvent veranlaßte, selbst außerordentliche Organe zu schaffen, die die Exekutive ergänzten<sup>18</sup>. Erschwert wurde das Zusammenwirken von Gesetzgeber und Verwaltung ohne Zweifel durch die aufeinanderprallenden Verfassungspläne, die ganz verschiedene Konzepte der Verwaltungsstruktur und der Ausübung der Staatsgewalt beinhalteten.

Ein besonderes Problem war für den Konvent die Machtverteilung. Folgt man der in sich durchaus schlüssigen Analyse von Patrick<sup>19</sup>, so zeichnen sich zwei Phasen der Konventsarbeit von September 1792 bis Mai 1793 ab. In der ersten Phase bis zur Jahreswende konnte die Gironde mit den Stimmen der Plaine weitgehend ihren Kurs durchsetzen. In der zweiten Phase bis Ende Mai 1793 gelingt es der Montagne mit kurzfristigen Einbrüchen, die Mehrzahl der Abstimmungen für sich zu entscheiden. Nach der Analyse von Patrick

---

16 Ein besonders eklatanter Fall dieser Art war die Auflösung der Zwölferkommission am 27. Mai und ihre Wiedereinsetzung am 28. Mai, was auf die jeweils temporäre Anwesenheitsmehrheit von Gironde und Montagne zurückzuführen war. Die Schwächen der Geschäftsordnung des Konvents wirkten sich hier besonders nachteilig aus. AP Bd.65, S.391 und S.496

17 Hierin lag ein bedeutender Streitpunkt in der Verwaltungskonzeption zwischen Montagne und Gironde. Vgl. Jacques Godechot: *Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire*. Paris 1951. Nachdr. Paris 1968. S.276/282 f.

18 Neben dem Wohlfahrtsausschuß, der aus dem allgemeinen Verteidigungsausschuß entstand, waren es vor allem die *représentants du peuple en mission*, die seit Herbst 1792 Sonderaufgaben, hauptsächlich in Grenzdepartements, zu erfüllen hatten. So wurde am 24. September im Konvent beschlossen: "La Convention nationale décrète que les commissaires nommés pour se transporter dans les départements frontières des Pyrénées, afin de proposer des moyens assurés de defense et de rétablir l'ordre public partout où il serait troublé sont autorisés ... à faire mettre en état d'arrestation les personnes qu'ils jugeront suspectes. La Convention nationale autorise, en contre, les commissaires à requérir la force publique soit pour l'exécution des lois, soit pour celles des ordres qu'ils auront donnés, et enjoint aux autorités civiles et militaires d'obéir à leur réquisition." AP Bd.52, S.117

19 Patrick ordnet die Konventsabgeordneten nach ihrem Abstimmungsverhalten bei den bedeutendsten namentlichen Abstimmungen des Konvents im Herbst 1792 und Frühjahr 1794 zu. Vgl. Alison Patrick: *The Men of the First French Republic*. Passim



war die Montagne<sup>20</sup> in dem unten beschriebenen Verständnis mit ca. 300 Parlamentariern die stärkste Konventsgruppe, die Gironde mit knapp 200 die schwächste, die Plaine mit 250 ein bedeutender Mittelblock<sup>21</sup>. Obwohl in dieser Zurechnung ein starkes graduelles Gefälle zu berücksichtigen sein wird, zeigt sich doch die überaus schwierige parlamentarische Basis der Gironde, die alleine auf sich gestellt, sicherlich von Beginn der Sitzungsperiode an nicht genügend politische Macht im Parlament geltend machen konnte und eigentlich zumindest auf die Tolerierung durch die Plaine angewiesen war. Diese parlamentarische Situation wies der Plaine eine entscheidende Rolle in der Gestaltung der gesetzgeberischen Tätigkeit des Konvents zu. Diese Rolle der Plaine ist meines Wissens nach bislang nur sehr oberflächlich in der Forschung berücksichtigt worden, verdiente aber besonders im Hinblick auf ihre hervorragenden Denker<sup>22</sup> und ihre Machtübernahme nach dem Thermidor größere Beachtung. Da in diesem Bereich noch grundlegende Forschungsarbeit zu leisten ist, wird diesem Problem in der beschränkten Fragestellung der Untersuchung kein Platz eingeräumt werden können.

Mentalitätsmäßig stand die Plaine der Gironde vielleicht näher als der Montagne, aber nüchternes politisches Kalkül mußte sicherlich angesichts der bedrohlichen Situation des Landes - Bürgerkrieg, militärische Niederlage gegen äußere Feinde und gewaltsam aufbrechendes Aufbegehren der organisierten und von den Jakobinern geführten Sansculotterie - die stärkere politische Kraft favorisieren.

Die tragische Wendung der parlamentarischen Auseinandersetzung in einen Vernichtungskampf gegen die Führer der Gironde wurde nicht alleine von der Montagne verschuldet. Immer wieder

---

20 Patrick ordnet der Montagne alle Konventsabgeordneten zu, die die Politik der Führungsgruppe um Robespierre durch ihr Abstimmungsverhalten oder ihr Engagement als Repräsentanten in Mission unterstützten, auch wenn sie sich nicht explizit dazu äußerten. Vgl. Patrick: *The Men of the First French Republic* S.18

21 Zahlen nach Patrick: *The Men of the First French Republic* S.30. Patrick nimmt für die Montagne 302, die Gironde 178, die Plaine 250 Abgeordnete an.

22 zur Plaine ist immerhin auch Sieyes zu rechnen

forderte die Gironde die Anklageerhebung gegen Marat<sup>23</sup>, die sie schließlich am 12. April 1793 durchsetzen konnte<sup>24</sup>. Auch die Verhaftungen führender Beamter der Commune auf Anordnung des eigens dafür von der Gironde erzwungenen Zwölferausschusses<sup>25</sup> zeichnete einen kompromißlosen Entscheidungskampf um die Macht vor<sup>26</sup>.

Nach der Ausschaltung der Gironde am 2. Juni 1793 bewahrte sich der Konvent bis zur Ausformung der Jakobinerdiktatur im Winter/Frühjahr 1793/1794 noch einen gewissen Handlungsspielraum<sup>27</sup>. Seine schwächste Periode fiel in die Zeit Frühjahr/Frühsummer 1794. Seine schnelle Regeneration als führendes politisches Organ mit dem Zerfall der jakobinischen Macht im Thermidor II deutet aber auf ein politisches Potential hin, das auch durch die Terrorherrschaft nicht gebrochen worden war - auf lange Sicht stärkten die Errungenschaften der Terreur sogar eher die Herrschaft des verbliebenen Rumpfparlaments<sup>28</sup>. Die nunmehr führende Kraft, die Plaine, hatte zwar über keine breite Machtbasis verfügt, zeigte aber nach ihrer Machtübernahme, daß sie wohl am besten zu dauerhafter Machtorganisation befähigt war. Immerhin herrschte sie von allen politischen Gruppierungen des Konvents am längsten. Zwar hatte die Jakobinerdiktatur wohl durch die Ausschaltung des wesentlichsten Oppositionspotentials entscheidende Vorarbeit geleistet. Die endgültige Ausschaltung der Sansculotterie als Vorbedingung der bürgerlichen Herrschaftssicherung gelang jedoch erst unter der Führung der Plaine.

---

23 erstmals Boileau im Konvent am 25. September 1792. Louvet wiederholt dies in seiner Rede gegen die führenden Montagnards am 29. Oktober 1792. AP Bd.52, S.140 und AP Bd.53, S.57 f.

24 AP Bd.61, S.643

25 Unter anderem wurde Hébert als Prokurator der Commune am 24. Mai 1793 verhaftet. AP Bd. 65, S.319

26 Anfang April 1793 (nach dem Verrat von Dumouriez) nahm die Auseinandersetzung im Konvent zum Teil groteske Züge an: am 11. April z.B. wurde die Sitzung für eine Stunde durch Tumulte unterbrochen, in denen sogar Waffen gezogen wurden. AP Bd.61, S.607

27 Am 24. und 25. September sowie am 10. November 1793 griffen Thuriot, Basire und Chabot die Terrorpolitik besonders gegenüber Konventsabgeordneten an und erhalten großen Beifall im Konvent. Vgl. Soboul: Die große Französische Revolution S.305 und 327

28 Vgl. unten Kap. IV

## Die Gironde

Die Führungsgruppe der in der Historographie unter Gironde bekannten Gegner der Montagne im Konvent entsprang dem Jakobinerklub. Sie hatte sich mit den Männern um Brissot vor allem wegen ihrer von der Mehrheit der Jakobiner und Robespierre abweichenden Strategie gegenüber dem Hof seit Ende April 1792 vom Klub abgespalten. Die kurze Wiedervereinigung, die am 28. Juli 1792 beschlossen worden war<sup>1</sup>, konnte den endgültigen Bruch nach dem 10. August 1792 nicht verhindern.

Die Gironde war, wie Jakobinerklub und Montagne, eine heterogene Gruppe, die sich in ihrem politischen Handeln konstituierte. Bedeutende geistige Mittelpunkte waren das Haus Condorcets, das Philosophen und ausländischen Liberalen Gastfreiheit gewährte, und Brissots Zeitschrift "Le Patriote francais", der das wichtigste Organ der Öffentlichkeitsarbeit darstellte<sup>2</sup>. Nach dem Vorbild des Jakobinerklubs versuchten Brissot, Roland und andere Girondins, sich eine vergleichbare effiziente Führungsstruktur zu schaffen. Ein bedeutendes Beispiel dafür ist der Reunion-Klub, der im Jahre 1792 entstand, offensichtlich aber auf die Konventsabgeordneten keine große Anziehungskraft ausüben konnte und somit wohl im Oktober 1792 seine Bedeutung schon wieder verlor<sup>3</sup>. Erfolgreicher waren die Salons von Madame Roland, Madame Dodun und das "Comité Valazé". Besonders letzteres behielt seine Bedeutung bis zur Niederlage der Gironde

---

1 vgl. Sydenham: Girondins S.109 f.

2 Bouloiseau: République jacobine S.59. Daneben betrieb das Innenministerium unter Roland im "Bureau d'Esprit Publique" im Herbst 1792 einen Informationsdienst, der die girondistische Version der politischen Vorgänge in Paris den Departements mitteilte. Der Versuch der Gironde, ihre eigene Machtbasis in Exekutive und Departementsverwaltungen auf kommunikativer Ebene zu verbinden, ist offensichtlich. Auf Druck der Montagne mußte die Arbeit der Informationsbüros jedoch eingestellt werden. Sydenham: Girondins S. 133

3 Vgl. Sydenham: Girondins S.83-86 und Albert Mathiez: Girondins et Montagnards. Paris 1930, S.70-81

im Mai 1793<sup>4</sup>. Der "privatissime"-Charakter dieser politischen Zirkel nährte einerseits die Verschwörungsangst der "Patrioten" in Sektionen und Jakobinerklub<sup>5</sup>, andererseits hemmte er die Breitenwirkung der politischen Ideen der Gironde, die die Montagne für sich nicht zuletzt wegen der Öffentlichkeit der Sitzungen des Jakobinerklubs erzielen konnte. Allerdings lag den Salons wohl eine ganz andere Konzeption zugrunde. Es handelte sich um Treffpunkte kleiner elitärer Zirkel von bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft.

Im Jahre 1791 war auch Robespierre unter den Gästen Manon Rolands<sup>6</sup>. Das Ziel der Treffen war eher die Abstimmung von Interessen als die Schaffung eines Forums für politische Ideen. Dies weist auf die Herrschaftsvorstellungen der Gironde hin. Vergniaud sah im Volk eine Herde, die einen Führer benötigte<sup>7</sup>. Dem besitzenden Bürgertum wollte die Gironde diese Führerrolle vorbehalten wissen und versuchte daher immer wieder die Besitzenden zu mobilisieren<sup>8</sup>. Das Fehlen eines Äquivalents zum Organisationsnetz des Jakobinerklubs war sicherlich eine der bedeutenden Schwächen der Gironde. Ihren doch beachtlichen Rückhalt in Provinzstädten mit bedeutender Wirtschaft, wie Lyon, Bordeaux und Marseille, konnte sie nicht so effizient organisieren, daß die breite Machtbasis der Montagne im Filialnetz des Jakobinerklubs ausgeglichen wurde.

---

4 Sydenham: Girondins S.98

5 Besonders das "Comité Valazé", der Salon des Konventsabgeordneten Charles Dufriche-Valazé, der aus dem Bemühen um eine Volksabstimmung über das Königsurteil entstanden war, erregte tiefes Mißtrauen. Die Sektion Halle au Blé zeigt den "geheimen" und "verbotenen" Treff am 27. Januar 1793 im Jakobinerklub an. Vgl. Sydenham: Girondins S.91 f. Der Salon Madame Doduns wurde von Robespierre vor dem 10. August in seinem "Défenseur de la Constitution" als "Comité autrichien" angegriffen. Der Hauptanklagepunkt gegen Manon Roland in ihrem Prozeß war, daß ihr Salon der Sammelpunkt der Verschwörung der Girondins gewesen sei. Sydenham: Girondins S.79 und 86 f.

6 vgl. Sydenham: Girondins S.87 f.

7 Bouloiseau: République jacobine S.59

8 Der Schutz des Eigentums der Bürger war ein bedeutendes Argument zum Vorgehen gegen die "Anarchisten" der Jakobiner und der Pariser Commune

Gemäß ihrem Herrschaftskonzept lag die Machtbasis der Gironde hauptsächlich in den traditionellen Einflußsphären der Oberklasse. Neben den Generalräten der Departements versuchte die Gironde die Exekutive unter ihrer Kontrolle zu halten. Das wichtige Innenressort wurde bis zum Januar 1793 von Roland, einem der führenden Girondins, geleitet<sup>9</sup>. Auch die wichtigsten Parlamentsausschüsse wurden bis zum April 1793 von Parteigängern Brissots dominiert<sup>10</sup>. Selbst im Bereich der Pariser Commune waren neben dem Bürgermeisteramt<sup>11</sup> bedeutende Schlüsselpositionen zumindest zeitweise in der Hand von Sympathisanten der Gironde<sup>12</sup>. Nach dem 2. Juni gelang es den Girondins in Teilen Frankreichs, auch die auf die Wirkungsweise der Jakobinergesellschaften und der "sans-culottes" zugeschnittenen Überwachungsausschüsse unter ihre Kontrolle zu bringen<sup>13</sup>. Bezeichnerweise waren die meisten der girondistischen Überwachungsausschüsse direkt dem Departement, seltener den Kommunalbehörden unterstellt<sup>14</sup>. Die Kontrolle über diese Machtpositionen fiel jedoch zeitlich nicht zusammen. Als die Gironde die Departements im Süden und im Westen bis in die Sektions- und Gemeindeverwaltungen hinein unter ihre Kontrolle gebracht hatte, war ihr der Einfluß auf die Regierung durch die gewaltsamen Aktionen der Montagne Ende Mai genommen worden. Diese Phasenverschiebung in der Machtentfaltung der Gironde mag zum Teil daran gelegen haben, daß sie ihr erstes strategisches Ziel, die Kontrolle über Parlament und Regierung, zu lange verfolgte. Die Bedeutung der parlamentarischen Erfolge der Montagne im März

---

9 Roland mußte aufgrund seines Berichtes zur innenpolitischen Lage und zur Versorgung am 22. Januar 1793 zurücktreten. Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.164

10 Vgl. Bouloiseau: République jacobine S.61

11 bis Anfang Februar 1793

12 Der Bürgermeister Chambon stand der Gironde ebenso nahe wie die intersektionelle Lebensmittelkommission. Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S. 132 ff. u. 172-181

13 So z.B. in Montpellier, Lyon, Nîmes, Dijon, Toulouse, Bordeaux. John Black Sirich; The Revolutionary Committees in the Departments of France 1793-1794. Cambridge, Mass. und London 1943, S.32 ff.

14 ebd.



1793<sup>15</sup> auf das gesamte Machtgefüge Frankreichs<sup>16</sup> wurde von der Gironde zunächst wohl nicht erkannt. Immerhin sah es im April und im Mai 1793 zeitweise so aus, als könnte die Gironde ihren Einfluß auf den Konvent zurückgewinnen<sup>17</sup>.

Zwar trug das Denken bedeutender Girondeführer mit dem Bemühen um die Herrschaftssicherung des Besitzbürgertums und dem Eintreten für eine rein formale Demokratie<sup>18</sup> deutlich bürgerliche Züge, aber dies unterschied die Gironde nicht fundamental vom Denken der Führer der Montagne im Herbst 1792 und Frühjahr 1793<sup>19</sup>. Der von der Montagne gegen die Gironde geltend gemachte Vorwurf föderalistischer Tendenzen in ihrem Verfassungsdenken erweist sich - zumindest wenn die staatsrechtliche Bedeutung des Begriffs unterstellt wird - als reine Polemik. Das Bemühen der Gironde, eine starke, gewählte Exekutive zu schaffen<sup>20</sup> und die Departementverwaltung gegenüber Distrikten und Kommunen zu stärken<sup>21</sup>, deutet eher auf das Ziel einer klaren, wenn auch pluralistisch geformten Verwaltungshierarchie hin. Die Forderung der Reduzierung des Einflusses von Paris auf 1/83 Frankreichs<sup>22</sup> als Ausdruck der föderalistischen Grundhaltung der Gironde zu interpretieren, hieße, das Problem zu vereinfachen. Dieser Kampf der Gironde galt eher der Vereinheitlichung der Verwaltung im Sinne einer Unterordnung der über-

---

15 besonders die Entsendung der "répresentants en mission" am 9. März und die Schaffung der Überwachungsausschüsse am 21. März 1793. AP, Bd. 60, S.9 ff. und 386 ff.

16 siehe unten. Die Gleichschaltung nach dem 14. Frimaire

17 besonders nachdem die Gironde am 12. April die Anklageerhebung gegen Marat durchsetzen konnte und am 18. Mai die Zwölferkommission gegen die renitente Commune eingerichtet worden war. AP Bd.61, S.643, Bd.65, S.48

18 Vergniaud machte deutlich, daß unter égalité die formale Rechtsgleichheit zu verstehen sei. Soboul: Sektionen S.201

19 Robespierre äußerte sich ganz ähnlich, jedoch mit der Einschränkung, daß er von der besitzenden Führungselite eine asketische Selbstbeschränkung in der Lebenshaltung forderte. Vgl. unten. Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften

20 im Verfassungsentwurf von Condorcet. Vgl. Baker: Condorcet S.320-327

21 ebd.

22 Lasource am 25. September 1792. AP Bd.52, S.130 f.



mächtig gewordenen, ihre Kompetenzen überschreitenden<sup>23</sup> Kommunalverwaltung von Paris. Die von der Gironde immer wieder geforderte Föderiertengarde<sup>24</sup>, die sich im Herbst 1792 teilweise auch in Paris einfand, sollte die Handlungsfreiheit des Konvents gegenüber militanten Machtdemonstrationen der sansculottischen Sektionen bewahren. Genau genommen stand diese Forderung in patriotischer Tradition<sup>25</sup> und erwies sich gerade wegen der Rolle des Jakobinerklubs als Anlaufstelle für revolutionäre Patrioten aus dem ganzen Land<sup>26</sup> als kontraproduktiv, was Danton für die Montagne mit Genugtuung feststellte<sup>27</sup>. Auch der Vorstoß der Gironde zugunsten einer Verlegung des Konvents in ein Departement<sup>28</sup> ist unter dem Aspekt einer frei handlungsfähigen Legislative zu verstehen. Erst unter dem Eindruck der unmittelbar bevorstehenden Erhebung und der sich abzeichnenden Parlamentsniederlage wollten sich die Abgeordneten der Gironde in den Schutz ihrer Departements begeben.<sup>29</sup>

Zur Zwangsgewalt nahm die Gironde gemäß ihrer Herrschaftskonzeption und ihrer Machtzentren eine strikt rechtsstaatliche Position ein. Die Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen in der

---

23 Die Commune wurde von der Gironde der Volksverhetzung und vor allem der Schuld an den Septembemassakern bezichtigt. Siehe vor allem Debatte vom 25. September 1792. Reden von Kersaint, Vergniaud, Buzot und Lasource. AP Bd.52, S.124-131

24 Von Buzot erstmals am 25. September 1792 gefordert und vom Konvent dekretiert. AP Bd.52, S.126 f.

25 Die Forderung nach einem Schutz der Nationalversammlung wurde schon am 15. Juli 1792 im Jakobinerklub vorgebracht, als militärische Maßnahmen des Hofes zu befürchten standen. F.A. Aulard (Hrsg.): *La Société des Jacobins. Recueil de documents du club des Jacobins de Paris*. 6 Bde. Paris 1889-1897. Bd.4, S.102-106

26 Der Jakobinerklub war während der Vorbereitung des Aufstandes vom 10. August das Forum für die aus dem offiziellen Anlaß des Föderationsfestes nach Paris gekommenen Abordnungen aus dem ganzen Land. Vgl. unten, Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften. Aus Anlaß des Jahrestages des 10. August und der feierlichen Annahme der Verfassung war der Jakobinerklub wiederum Zentrum des Föderiertentreffens. Sirich: *The Revolutionary Committees* S.40

27 Am 21. Januar 1793, als er den Rücktritt Rolands fordert. AP Bd.57, S. 526

28 AP Bd.65, S.46

29 Chambon nach den chaotischen Diskussionen über die Zwölferkommission am 28. Mai 1793. AP Bd. 65, S.490

überaus prekären Lage Frankreichs, in der Krieg und innere Unruhen gleichermaßen zu bewältigen waren, wurde von den Girondins klar erkannt. So schlug Guadet am 9. Oktober 1792 ein überaus scharfes Kriegsstrafrecht gegenüber Emigranten, die mit der Waffe kämpfend angetroffen wurden, vor. Sie sollten von einem Standgericht, bestehend aus fünf vom Armeekommandeur ernannten Personen, abgeurteilt und binnen 24 Stunden hingerichtet werden<sup>30</sup>. Innenpolitisch sollte mit außerordentlichen Maßnahmen das Gewaltmonopol des Staates hergestellt werden. In seiner Anklagerede gegen Robespierre am 29. Oktober 1792 brachte Louvet die Notwendigkeit der Verhängung des Kriegsrechtes im Falle einer "émeute populaire" als Mittel der Exekutive zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung vor<sup>31</sup>. In diesem Zusammenhang stand auch der Versuch, die Anklageerhebung gegen den "Volksverhetzer" Marat im Konvent durchzusetzen<sup>32</sup>. Buzot, Ducos und Barbaroux wollten überhaupt jede Agitation für gewaltsame Volksaktionen in den Medien unterbinden<sup>33</sup>. Diese Offensive der Gironde zur Durchsetzung von außerordentlichen Zwangsmaßnahmen im Oktober 1792 erreichte ihren Höhepunkt in einer tumultartigen Debatte am 30. Oktober, in der Barbaroux versuchte, in einer Reihe von Dekreten ein außerordentliches Gericht zur Aburteilung der Verschwörer gegen die öffentliche Ordnung, die Ersetzung der Kommunalverwaltung von Paris durch Kommissare des Departements Paris und die Aufhebung der Permanenz der Sektionsversammlungen zu erwirken. Cambon gelang es mit knapper Not, die Vorschläge zur Klärung an den Sicherheitsausschuß verweisen zu lassen<sup>34</sup>. Der Konvent schien im Herbst 1792 nicht geneigt, außerordentlichen innenpolitischen Maßnahmen zuzustimmen - die Gironde konnte ihre geplanten

---

30 AP Bd. 52, S.409

31 Zu diesem Zweck sollte der Exekutivrat alle nötige Militärmacht aufbieten können. AP Bd.53, S.57 f.

32 ebd.

33 AP Bd.53, S.74 ff.

34 AP Bd.53, S.81

Notstandsregelungen jedenfalls nicht verwirklichen. Nach dem Ladensturm am 25. Februar 1793 und dem gescheiterten Aufstandsversuch der *enragés* am 9./10. März<sup>35</sup> änderte sich die Haltung des Konvents. Die Unruhen waren wohl für alle Gruppen des Konvents ein nachhaltiger Schock<sup>36</sup>. Selbst im Jakobinerklub stießen sie auf einhellige Ablehnung<sup>37</sup>. Doch die Montagne nutzte geschickt die sich bietende Chance und setzte die Bildung eines Revolutionstribunals durch. Der erfolgreiche Kampf der Gironde gegen das Tribunal vom 17. August 1792<sup>38</sup> wurde somit wieder zunichte gemacht. Aber die Gironde sträubte sich wiederum nicht gegen außerordentliche Maßnahmen an sich, sondern Buzot unterstützte ausdrücklich den zweiten Teil des Antrages von Garrau, der ein außerordentliches Ministerium zum Ziel hatte. Gegen die Errichtung des Revolutionstribunals in der von der Montagne konzipierten Form machte er jedoch geltend, daß Ankläger und Richter dasselbe Organ sein sollten und die ganze Institution damit zum Willkürinstrument werden würde, das sich sehr wohl auch gegen den Konvent richten konnte<sup>39</sup>. Der Entsendung der Kommissare in die 83 Departements zur Durchführung der Aushebung der 300.000 hatte die Gironde nicht widersprochen<sup>40</sup>. Auch die Einrichtung der Überwachungsausschüsse in Gemeinden und Sektionen zur Überprüfung der Ausländer und der Fremden aus anderen Departements wurde ohne Grundsatzdiskussion angenommen<sup>41</sup>. Die Institution außerordentlicher Überwachungs- und Untersuchungsausschüsse wurde von der Gironde

---

35 Vgl. Rudé: *The Crowd* S.113-119

36 Den letzten Anstoß gab wohl die Haltung der Sektionen, die mit ihrer "patrie en danger"-Agitation anlässlich des Abrückens der Sektionskontingente in Erfüllung der Aushebung der 300.000 Erinnerungen an die Septembermassaker wachrufen mußte. Vgl. AP Bd.59, S.169 und Bd. 60, S.1-3

37 Vgl. unten, Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften

38 Am 29. November wurde das Revolutionstribunal vom 17. August auf Antrag des Justizausschusses kassiert, die laufenden Fälle an Kriminalgerichte verwiesen. AP Bd.53, S.654 f.

39 10. März 1793. AP Bd.60, S.59 f.

40 Vgl. AP Bd.60, S.9 ff.

41 Der Diplomatie-Ausschuß hatte das Dekret am 21. März 1793 vorgeschlagen. AP Bd.60, S.386-390

nicht nur in den von ihr kontrollierten Departements nach dem 31. Mai/2. Juni 1793 erfolgreich eingesetzt<sup>42</sup>, sondern sollte auch im Zwölferausschuß die Aktivitäten der Pariser Kommune eindämmen<sup>43</sup>.

In der Frage der Errichtung des Wohlfahrtsausschusses war die Gironde geteilter Meinung. Isnard sprach sich im Namen des Verteidigungsausschusses für seine Errichtung aus, Buzot und Thuriot kritisierten wiederum, daß mit dem umfassenden Kompetenzbereich, den der Ausschuß haben sollte, die Gewaltenteilung aufgehoben werden würde<sup>44</sup>. Als am 5. April die Entscheidung über den Wohlfahrtsausschuß auf der Tagesordnung stand, hatte sich die Gironde darauf geeinigt, sich alternativ für eine Stärkung des Exekutivrates einzusetzen<sup>45</sup>. Offenbar war es dem politischen Geschick von Danton, Barère und Isnard zu verdanken, daß ein mehrheitsfähiger Kompromiß gefunden wurde. Der Wohlfahrtsausschuß sollte die Exekutive überwachen und sie nicht ersetzen. Die verbleibenden Vorbehalte einiger Girondins bezogen sich auf die Kombination der außerordentlichen Einrichtungen<sup>46</sup> und besonders auf die Gefahren, die aus ihrer Kontrolle durch "Radikale" in der Montagne erwachsen konnten<sup>47</sup>.

Obwohl die Gironde in ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption

---

42 Sirich: *The Revolutionary Committees* S.40 ff.

43 Guadets Vorschlag, den Generalrat der Commune zu kassieren und durch die Präsidenten der Sektionen ersetzen zu lassen, können Barère und Danton in den Untersuchungsausschuß abschwächen. 18. Mai 1793. AP Bd.65, S.46-48

44 Der Idee, einen solchen Ausschuß zu errichten, hatte der Konvent am 18. März 1793 großen Beifall gespendet, als Barère den Vorschlag machte. In der Debatte über die Gestaltung des Ausschusses am 3. April 1793 gingen die Meinungen schließlich auseinander. AP Bd.60, S.293 f. und Bd.61, S.277 f.

45 AP Bd. 61, S.341-343

46 Revolutionstribunal, Wohlfahrtsausschuß und die am Vortag auf Antrag Dantons verabschiedete Einrichtung einer sansculottischen Revolutionsarmee, wurden auf Gemeindeebene organisiert und mit der Aufgabe betraut, gegen Konterrevolutionäre vorzugehen. AP Bd.61, S.347

47 Sitzung vom 6. April 1793. AP Bd.61, S.373-378

die freie Marktwirtschaft favorisierte<sup>48</sup>, war sie durchaus bereit, unter den besonderen Umständen, in denen sich Frankreich befand, ordnend in die Wirtschaft einzugreifen. Im Herbst 1792 sollten freilich zunächst die Störenfriede, die den Handel durch "taxations" und Plünderungen von Transporten behinderten, mit entsprechenden Ordnungsmaßnahmen bekämpft werden. Besonders schädlich für die Gesamtversorgung des Landes empfand Roland die Brotgetreidesubvention der Pariser Commune<sup>49</sup>. Die anhaltende Versorgungskrise in den Departements ließ im Frühjahr 1793 aber auch einige Girondins, wie Creuzé-Latouche und Barbaroux Handelsbeschränkungen für geraten halten<sup>50</sup>. Das Getreidemaximum, das am 4. Mai 1793 beschlossen wurde, beurteilte die Gironde allerdings wegen seiner lähmenden Auswirkung auf Produktion und Verteilung sowie wegen der unübersehbaren Schwierigkeiten, die es in der Anwendung mit sich bringen mußte, überwiegend negativ<sup>51</sup>.

Ihre wirtschaftspolitischen Grundkonzeptionen machten die Girondins sicherlich zum Klassenfeind der sansculottischen Avantgarde, wie z.B. den "enragés", aber erst die Agitation des Jakobinerklubs organisierte diese Macht zum wirklich gefährlichen Gegner der Gironde. Die Vorwürfe bezogen sich hauptsächlich auf den angeblichen Moderantismus der Gironde und auf ihren fehlenden revolutionären Elan. In der Tat war die Revolution für die Gironde wohl nach dem 10. August abgeschlossen. Die erzielten Gewinne sollten mit einer liberalen, formaldemokratischen Verfassung abgesichert werden<sup>52</sup>. Die probaten demagogischen Mittel in der politischen

---

48 Besonders Roland war der Meinung, daß "laisser faire" die Wirtschaftsprobleme am ehesten lösen würde. Brief an Konvent vom 18. November 1792. AP Bd.53, S.476 ff.

49 Roland am 28. November 1792. AP Bd.53, S.640-642

50 Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.231

51 z.B. Ducos in der Versorgungsdebatte am 2. Mai. AP Bd. 64, S.16 f.

Vgl. auch Petersen: Lebensmittelfrage S.236

52 Dieser Standpunkt wurde von Brissot in seinen "Lettres à ses commettans" am 27. Mai 1793 nochmals zusammengefaßt: "Je crus, en arrivant à la Convention, que puisque la royauté était anéanti, puisque la République était établie, puisque tous les pouvoirs étaient entre les mains du peuple ou de ses représentants, les patriotes devaient changer leur marche,

Auseinandersetzung der Zeit, wie die Verschwörungstheorie, wurden auch von führenden Girondins bedenkenlos eingesetzt, aber ihre Ideologie war doch viel stärker von klaren materiellen Zielen bestimmt. Ihre utopische Spekulation beschränkte sich auf die Hoffnung der Besserung durch eine freie Marktwirtschaft. Das Gesellschaftsmodell der Gironde hatte auf die Sansculotterie, die noch auf ihren Gewinnanteil an der Revolution hoffte, weit geringere Anziehungskraft als das revolutionäre und patriotische Pathos der führenden Montagnards. Dennoch kann der Gironde nicht dogmatischer Moderantismus zum Vorwurf gemacht werden. Nach ihrem Konzept sollten lediglich die außerordentlichen Maßnahmen innerhalb des gewaltenteiligen politischen Systems eingesetzt werden. Die notwendigen Abschreckungsmaßnahmen sollten die liberalen Verfassungsprinzipien nicht außer Kraft setzen. Die entscheidende Schwäche der Gironde war ihre - gemessen am Jakobinerklub - ineffiziente Organisation und ihre Fehleinschätzung der politischen Durchsetzungsfähigkeit ihres Beharrens auf der Stärke der Ministerialverwaltung.



## Die Montagne

Die Montagne war im Konvent eine neue, in ihrem Kern aus dem Kampf der aufständischen Commune gegen den Hof entstandene politische Gruppe. Unter ihrer Führungsgruppe<sup>1</sup> befand sich kein Mitglied der Nationalversammlung. Der parlamentarisch erfahrenste, Maximilien Robespierre, hatte sich einen Namen in der Konstituante gemacht, war dann aber auf den Beschluß der Konstituante, keines ihrer Mitglieder in die Nationalversammlung wählen zu lassen, in die außerparlamentarische Arbeit als Publizist und Klubredner bei den Jakobinern gegangen. Die führenden Männer der Montagne hatten sich zum großen Teil um Robespierre<sup>2</sup> und Danton<sup>3</sup> zur außerparlamentarischen Opposition des Jakobinerklubs und der Pariser Commune zusammengeschlossen und standen im Zentrum der Organisation des 10. August 1792. Die Auflösung der Nationalversammlung und die Einberufung des Konvents, der eine neue Verfassung ausarbeiten sollte, war eines ihrer erfolgreich verfolgten Ziele<sup>4</sup>. Sie hatten es verstanden, der gärenden Unruhe der Sektionssansculotterie einen funktionsfähigen Überbau in der koordinierenden Tätigkeit der aufständischen Commune zu verschaffen. Diesen Einfluß setzten sie konsequent für sich ein und gewannen die Wahl zum Konvent in Paris<sup>5</sup>. Waren Commune und Jakobinerklub auch die bedeutendsten Machtzentren der Montagne, so ging ihr Einfluß jedoch weit darüber hinaus. Wohl besonders durch die Breitenwirkung der mit dem Jakobinerklub affilierten Gesellschaften in ganz Frankreich und

---

1 Als Führungsgruppe werden hier die in Kap.I bezeichneten Männer verstanden, die die Vordenker der Politik der Montagne waren.

2 so Saint-Just und Marat

3 Vgl. oben, Kap. I, Danton's "populärer" Terror, Anm. 3

4 Vgl. unten, Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften, Anm. 42

5 Die Wahlmännerversammlung für Paris tagte im Jakobinerklub. Die Entscheidungen der Wahlmännerversammlung wurden Primärversammlungen zur Bestätigung vorgelegt, damit wurde das indirekte Wahlverfahren faktisch zum direkten. Vgl. Bouloiseau: République jacobine S.57

der engen Verbindung der Föderierten mit den Jakobinern<sup>6</sup> hatte die Montagne im ganzen Land Anhänger und gewann auch in den Departements zahlreiche Mandate<sup>7</sup>. Die Mitgliedschaft der Montagne ging dabei über die Zugehörigkeit zum Pariser Jakobinerklub hinaus<sup>8</sup>.

Durch die Vorgänge in Paris im Sommer 1792 war die Montagne in den Augen eines Großteils der gemäßigten Abgeordneten kompromittiert. Besonders die Septembermassaker galten als von der Montagne verschuldet<sup>9</sup>. Dies bewirkte innerhalb der Jakobiner eine sehr ambivalente Haltung gegenüber dem radikalen Marat<sup>10</sup>. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage gelang es der Montagne bald, mit z.B. Barère und Cambon<sup>11</sup> gemäßigte Abgeordnete in wichtigen Entscheidungen auf ihre Seite zu bringen. Die große Anziehungskraft der Herrschaftskonzeption der Montagne war wohl die Aufrechterhaltung der Fiktion einer direkten Souveränitätsausübung des Mandatsträgers<sup>12</sup>, des Volkes. Dies bewirkte sicherlich auch eher ihren wachsenden Einfluß auf die Sektionen im Frühjahr 1793, als etwa ihr Wirtschaftskonzept. In der Versorgungsdebatte im Konvent im November 1792 und im April/Mai 1793 bezogen sie nur zögernd Stellung<sup>13</sup>. Das Versorgungsproblem sahen sie überhaupt primär unter dem Aspekt

---

6 Vgl. unten, Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften

7 Vgl. Patrick: The Men of the First French Republic S.17-26

8 Patrick nuanciert diese Zugehörigkeit sehr fein. Unterstreicht einerseits diese Differenzierung den heterogenen Charakter der politischen Gruppierung des Berges, so zeigt sie andererseits doch letztlich sein integrierende Kraft. Patrick: The Men S.30

9 Tatsächlich hatte neben Marat auch Camille Desmoulins und Fabre d'Eglantine aufhetzende Zeitungsartikel veröffentlicht. Vgl. Hampson: Danton S.81

10 So distanzierte sich vor allem Danton scharf von ihm. Vgl. oben, Kap. I, Dantons "populärer" Terror, Anm. 5

11 Vgl. Bouloiseau: République jacobine S.62

12 was nicht zuletzt auf Robespierres Vorstellungen vom Volk zurückzuführen war. Vgl. oben, Kap. I, Robespierre, das Volk und das Gemeinwohl

13 Robespierre und Saint-Just äußerten sich in der Debatte im April/Mai 1793 überhaupt nicht, sondern verwendeten ihre ganze Aktivität auf die gleichzeitig laufende Verfassungsdebatte. Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.231

des politischen Nutzens für sich selbst<sup>14</sup>. Den "taxations" im Februar standen sie nicht weniger ablehnend gegenüber als die Gironde. Während die Girondins die Ausschreitungen der Verhetzung des Volkes durch Marat zuschrieben<sup>15</sup>, verbreiteten einige Montagnards die Auffassung, daß es sich dabei um Machenschaften von Gemäßigten handelte<sup>16</sup>. Robespierre nutzte wiederum die Lage, um sich getreu seiner Verschwörungstheorie für ein Revolutionsgericht einzusetzen, das untersuchen sollte, ob es sich bei der Warenhortung nicht um ein konterrevolutionäres System handelte<sup>17</sup>. Der Jakobinerklub setzte sein Machtpotential ein, um die Sektionen auf den Kurs der Montagne zu bringen. Je zwei Kommissare sollten in jeder Sektion darauf dringen, daß die Revolten als konterrevolutionäres Komplott verurteilt und unterbunden werden. Selbst Jacques Roux wurde in seiner Sektion wegen seiner Aufstandspläne das Mißtrauen ausgesprochen<sup>18</sup>.

Mit der Gironde verband die Montagne ihre Ablehnung einer Preisfestsetzung, wenn auch ihre Argumente etwas anders begründet waren. Die Montagne sah vor allem Nachteile für Kleinproduzenten und Einzelhändler, deren absoluter Gewinn durch solche Beschränkungen wesentlich stärker beeinträchtigt werden mußte als der von kapitalkräftigen Handelshäusern<sup>19</sup>. Erst unter dem Eindruck der starken Sektionsbewegung für höhere Löhne und Unterhaltssicherung war die Montagne gezwungen, sich für ein Preismaximum für Getreide einzusetzen, um ihren Rückhalt in der Sansculotterie nicht zu

---

14 Baudot äußerte sich retrospektiv so, indem er erklärte, man mußte dem Volk ein Interesse an der Revolution geben, da nur es den Krieg gewinnen konnte. Sydenham: Girondins S. 167

15 AP Bd.59, S.274-279

16 AP Bd.59, S.141. Vgl. auch Petersen: Lebensmittelfrage S.203 f.

17 Robespierre hielt den Taxateuren unter anderem vor, daß ihre Aktionen Auswüchse reinen Partikularinteresses seien, was sie automatisch zu Feinden des Gemeinwohls machte. Dies war auch einer der Gründe für die Forderung eines Revolutionstribunals! Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.224

18 Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S. 205 ff.

19 Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.236-238

verlieren<sup>20</sup>. ihre Klientel, die Pariser Commune und damit indirekt die Sektionen, hatten sie gleichwohl unabhängig davon durch Kreditbewilligung des Konvents für Brotgetreidesubventionen auch schon vorher unterstützt<sup>21</sup>. Die Gesamtversorgungslage des Landes wurde allerdings als eines der zentralen Probleme angesehen. Wiederum war es aber hauptsächlich die Sorge um die politische Unterstützung durch das Volk, die die Montagnards am meisten bewegte<sup>22</sup>. Die primären Mittel, die von Montagnards wie Saint-Just z.B. als Lösung konzipiert wurden, waren rein fiskalischer Art, wie etwa die Verringerung des Geldumlaufes<sup>23</sup>.

Die Übernahme der Maximumsforderungen der Sektionsansculotterie und das generelle Eintreten für die Verbesserung der Lebensmittelversorgung waren die Basis für das politische Bündnis zwischen Montagne und sansculottischen Sektionen im Frühjahr 1793. Die Erklärung der Commune, daß sie sich im Aufstand befinde bis die Versorgung gewährleistet sei, ging sicherlich auf eine Absprache zwischen führenden Montagnards und Jakobinern im Generalrat der Commune zurück<sup>24</sup>. Der Widerstand der Gironde gegen das Maximum und ihr heftiger Angriff auf die Pariser Commune<sup>25</sup> machten es den Montagnards leicht, ein konkretes Feindbild für alle "Patrioten" aufzubauen. Die geläufige Demagogie, den Verrat bestimmter Personen oder Gruppen für alle Probleme verantwortlich zu machen, ließ

---

20 In den Augen der Montagne war das Preismaximum freilich nur eine aus der Not geborene temporäre Maßnahme, die ein Jahr später, nach Besserung der allgemeinen Lage, wieder überflüssig sein würde. Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.234

21 Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.190

22 So war z.B. der Diktus des Briefes von Jean-Bon-André an Barère von seiner Mission als Konventskommissar zur Überwachung der Aushebung der 300.000. Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.223

23 Vgl. oben Kap. I, Saint Just's "ökonomischer" Terror

24 Robespierre traf sich mit Vertretern von Commune und Departement zwischen 18. und 20. April 1793, um eine gemeinsame Marschrichtung abzustimmen. In der Folge erklärte sich die Commune für im Aufstand befindlich, bis die Versorgung gewährleistet sei. Vgl. Sydenham: Girondins S.167 f.

25 Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.203

die Sansculotterie ohne Zweifel auf eine revolutionäre Verbesserung ihrer Lebensbedingungen nach dem Ausschalten der Gironde hoffen.

Ihr revolutionäres Selbstverständnis dokumentierte die Montagne auch durch ihre große Aktivität in den Missionen der Konventskommissare, deren Mehrheit Montagnards waren<sup>26</sup>. Als Nebeneffekt ergab sich daraus, daß die Montagne über die Konventskommissare ihre eigene landesweite Basisorganisation, die affilierten Gesellschaften des Jakobinerklubs, als quasi offizielle Verwaltungsorgane etablieren konnte<sup>27</sup>.

Die effizienteste Machtbasis der Montagne war der Jakobinerklub, dessen Organisationsstruktur den Konsens zwischen Montagne und Sansculotterie herstellen konnte - jedenfalls so lange, bis die inneren Meinungsverschiedenheiten unter den Jakobinern und schließlich auch in der Montagne aufbrachen. Gemäß ihrer faktischen Machtbasis und der Organisation des Jakobinerklubs und seiner Filialen war das Verfassungskonzept der Montagne in bezug auf die Zwangsgewalt gestaltet. Die von Marat wohl am deutlichsten prononcierte Vorstellung vom Recht des Souveräns, einzugreifen und Verbrechen an seinem Gemeininteresse zu bestrafen, wirkte im Denken der Führungsgruppe der Montagne ebenso stark, wie der Gedanke, daß die "sages" das Volk leiten mußten. Da die Notsituation durch Krieg und Versorgungskrise gegeben war, sah es die Führung der Montagne als unabdingbar an, mit außerordentlichen Gewaltinstrumenten in den Händen der Vertreter der Volkssouveränität einzugreifen. Die "sages" bildeten in diesem Modell sicherlich Jakobiner, Montagnard und alle Sympathisanten, z.B. aus der Plaine. Das Volk, d.h. der Souverän, das waren die Sektionen und die patriotischen Gesellschaften im Land, die ihren souveränen Willen in Petitionen kundtaten.

---

<sup>26</sup> Vgl. Sydenham: Girondins S.171

<sup>27</sup> Vgl. unten Kap. III, Das Scheitern der Gironde, September 1792 bis Mai 1793 und: Kap IV, Verwaltung und Zwangsgewalt

Damit spontane und eben nicht von "sages" geleitete Bluttaten, wie die Septembermassaker, verhindert werden konnten, mußten die Mandatsträger des Souveräns selbst die Volksrache ausführen. Deshalb sollte eine Volksjustiz geschaffen werden und deshalb sollte der Konvent als direkter Sachwalter der Volkssouveränität alle außerordentliche revolutionäre Gewaltausübung in seinen Händen vereinigen. Der Hintergedanke dabei war sicherlich, daß die Montagnards als "sages" die eigentlichen Ausführenden sein sollten. Die tatsächliche innen- und außenpolitische Lage Frankreichs 1793 und 1794 begünstigte die Akzeptanz einer solchen Diktaturforderung nicht unerheblich. Die Fähigkeit des Jakobinerklubs, die politische Willensbildung in bezug auf die Durchsetzung der revolutionären Rechtsordnung zu koordinieren und im Sinne der Montagneführung zu manipulieren, stellte den Sieg der Montagne über die Gironde sicher.



## Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften

Der Jakobinerklub war zwar nicht, wie Mathiez meint, das Zentrum der Regierung nach dem 2. Juni 1793<sup>1</sup>, stellte aber ohne Zweifel die kohärenteste Organisation der Französischen Revolution dar. Er entstand gegen Ende 1789, aus dem "Club Breton" nach der Übersiedlung der Konstituante von Versailles nach Paris<sup>2</sup>. Die Mitglieder sahen die Hauptaufgabe des Klubs in der Vorbereitung von Parlamentsdebatten und Vorentscheidungen zur Wahl des Parlamentspräsidiums<sup>3</sup>. Der Klub nannte sich selbst "La société des amis de la constitution"<sup>4</sup> und stellte zunächst eine sehr auserlesene Gruppe von hauptsächlich Parlamentariern dar, die einen erheblichen Mitgliedsbeitrag von 200 Livres im Jahr aufbringen mußten. Parlamentarier mußten von zwei, andere Bürger von fünf Mitgliedern des Klubs zur Aufnahme vorgeschlagen werden. Für die Dauer von zwei Sitzungen waren die Namen der Aufnahmeantragsteller im Klub angeschlagen, so daß sich jedes Mitglied zur Person informieren konnte. Dann erfolgte die Aufnahme durch Abstimmung - gegebenenfalls nach einer Personaldiskussion<sup>5</sup>. Die Klubmitglieder unterwarfen sich einer strikten Disziplin. Aussagen und Handlungen gegen die Verfassung wurden mit Ausschluß bedroht. Unentschuldigtes Fernbleiben von den Sitzungen über einen Monat hinweg ebenso<sup>6</sup>.

---

1 Albert Mathiez: *La vie chère et le mouvement social sous la Terreur*. 2 Bde. Paris 1927. Nachdruck Paris 1973. Bd.1, S.270 Mathiez verwendet den Begriff "gouvernement". Hätte er den allgemeineren Begriff "administration" verwendet, würde ich ihm in vollem Umfang, beipflichten.

2 F.A. Aulard (Hg.): *La Société des Jacobins*. 6 Bde. Paris 1889-1897. Bd.1, S.XX Vgl. auch Michael L. Kennedy: *The Jacobin Clubs in the French Revolution. The First Years*. Princeton, N.Y. 1982, S.3/4

3 ebd.

4 ebd.

5 Aus der Geschäftsordnung des Jakobinerklubs von 1790. Aulard: *Jacobins*. Bd.1, S. XXX

6 ebd.

Das Selbstverständnis des Klubs trägt Züge einer rudimentären Parteiorganisation: "... ils (die Mitglieder) ont cru voir dans ces associations un moyen d'établir entre les bons citoyens l'uniformité de vœux, de principes et de conduite, qui consommera de la manière la plus prompte et la plus paisible l'heureux révolution qu'ils desirent tous."<sup>7</sup> Alle Fragen der Freiheit, der öffentlichen Ordnung und der Verfassung<sup>8</sup> sollten im Klub diskutiert werden, wobei die freie Meinung der Mitglieder im Parlament 1790 noch nicht angetastet wurde. Die Debatten im Klub wurden nach der Geschäftsordnung des Parlaments geführt. Auch die Organisationsstruktur des Klubs lehnte sich eng an die des Parlaments an. Ein monatlich neugewähltes Präsidium, Präsident und vier Sekretäre, führte den Vorsitz<sup>9</sup>. Die besonderen Aufgabenbereiche wurden von Ausschüssen wahrgenommen. von den drei Ausschüssen<sup>10</sup> war der Korrespondenzausschuß der bedeutendste. Er stellte das Verbindungsorgan zu den affilierten Gesellschaften dar. Außer den Ausschüssen standen dem Klub noch für besondere Aufgaben ernannte Kommissare zur Verfügung<sup>11</sup>.

Eine der wichtigsten Grundlagen für die Stärke des Jakobinerklubs war sein Filialnetz, das im wesentlichen in den ersten beiden Jahren seines Bestehens aufgebaut worden war. Im Juni 1791 zählte der Jakobinerklub 426 Gesellschaften in den Departements zu seinen Tochterklubs. In Paris waren neun Volksgesellschaften der Korrespondenz angeschlossen<sup>12</sup>. Das schnelle Anwachsen der affilierten

---

7 Aus der Geschäftsordnung und Satzung vom 8. Februar 1790. Aulard: Jacobins Bd.1, S.XXIX

8 Auch hierin zeigt sich die starke rechtsphilosophische Ausrichtung des Denkens der Revolutionäre. Die wirtschaftspolitische Problematik erscheint nicht explizit und ist wohl bestenfalls ein Unterpunkt rechtlicher Fragen.

9 Aulard: Jacobins Bd.1, S.XXXI-XXXIII

10 "Comité de présentation et verification", "Comité d'administration" und "Comité de correspondance". Aulard: Jacobins Bd.1, S.LXXVII ff.

11 Aulard: Jacobins Bd.1, S.XXXI ff.

12 vgl. Aulard: Jacobins Bd.1,S.LXXXIX. Kennedy legt seiner Schätzung von 426 affilierten Clubs im März 1791 die Angaben im "Moniteur" und "Révolutions de France et de Brabant" vom 7./8. März zugrunde. Vgl. Kennedy: Jacobins Clubs, First Years, S. 18

Jakobinerclubs in den Departements im Herbst 1790 und Frühjahr 1791 führt Kennedy auf das Dekret der Versammlungsfreiheit vom 13. November 1790 zurück<sup>13</sup>. Die Clubgründungen in der Provinz wurden zwar von der Muttergesellschaft in Paris stimuliert, die Initiative lag aber überwiegend in den Händen von lokalen Notablen, Abgeordneten und Politikern<sup>14</sup>. Grundsätzlich wurden nur solche Gesellschaften in das Filialnetz aufgenommen, deren Statuten mit denen der Muttergesellschaft konform gingen. Freilich machte man von dieser Regel dort Ausnahmen, wo das Netz noch weitmaschig war<sup>15</sup>. Die volle Dimension des Netzwerkes der Jakobiner erschließt sich aus der Funktion der Clubs in den Provinzstädten als Unterzentren, die ihrerseits wiederum einen Netzableger schufen, indem sie Volksgesellschaften und patriotische Gesellschaften affilierten<sup>16</sup>. Die Zahl der affilierten Gesellschaften des Klubs vergrößerte sich wohl vor allem im Vorfeld des 10. August 1792 beträchtlich<sup>17</sup>. Der Korrespondenzausschuß hielt den Kontakt zu den Tochtergesellschaften durch regelmäßige - meist alle 14 Tage verschickte - und außerordentliche Rundschreiben aufrecht. In den heftigen politischen Kämpfen vor und nach dem 10. August 1792 erhob der Klub mehr und mehr den Anspruch, Schutzwächter der Revolution zu sein. Entsprechend wurde er zum Forum für Solidaritätsbekundungen für an die Front abrückende Soldaten, patriotische Sektionspräsidenten und "representants en mission", die Gastadressen an den Klub richteten, oder den Schwur

---

13 Kennedy: *The Jacobins Clubs, First Years*, S.18

14 Kennedy, op. cit., S.21-24

15 Kennedy, op. cit., S.18-20

16 Kennedy, op. cit., S.24-30. Die jüngere und jüngste Forschung hat viel zur Konfusion der Begriffe Jakobiner, Jakobinerklubs und Volksgesellschaften beigetragen. Vgl. besonders AHRF, No. Spéciale "Sociétés Populaires", No.266 (1986) und Kennedy, op. cit. Zweifelsohne waren viele Volksgesellschaften Jakobinerclubs - besonders in größeren Städten und ebenso unbestritten saßen in sehr vielen Volksgesellschaften Jakobiner. Aber es scheint mir doch bedeutsame Unterschiede zu geben zwischen Jakobinerklubs, die in direktem Kontakt mit der Muttergesellschaft standen und Volksgesellschaften, die deren Ableger bildeten, oder gar solchen, die sich bis 1793 distanziert hielten.

17 In einem Rundschreiben an die Tochtergesellschaften vom 20. Juni 1792 fordert der Klub dazu auf, das Netz durch möglichst zahlreiche Neuaaffiliationen zu erweitern. Aulard: *Jacobins* Bd. 4, S.28

auf die Freiheit leisteten<sup>18</sup>. Da die Sitzungen der Jakobiner seit dem 14. Oktober 1791 öffentlich waren<sup>19</sup>, bewirkte nicht allein die große Mitgliederzahl<sup>20</sup>, die direkt beeinflusste Presse<sup>21</sup> und das weitverzweigte Filialnetz die Verbreitung der Ideen seiner Mitglieder, sondern auch das unmittelbare Erlebnis seiner Debatten durch die Zuhörer auf den Tribünen. Die breite Öffentlichkeit machte den Klub zum bedeutendsten Brennpunkt der politischen Auseinandersetzung.

Nachdem die Montagne zur eindeutigen Führungsgruppe im Konvent geworden war, versuchte der Klub das Organisationsmonopol der Republik an sich zu reißen. Die in aller Härte geführte Auseinandersetzung im Klub im Frühjahr 1794 um "alte" und "neue" Patrioten<sup>22</sup> unterstreicht deutlich, daß es dabei hauptsächlich um die Gleichschaltung der noch unabhängigen Sansculotterie in den Sektionsgesellschaften ging<sup>23</sup>.

---

18 Insbesondere wurde der Klub mehr und mehr zum offiziellen Scherbengericht, indem in zunehmendem Maße Denunziationen gegenüber Revolutionsfeinden den Inhalt von Gastreden darstellten. Vgl. Marc Bouloiseau: *La République jacobine* S.37 f.

19 Aulard: *Jacobins* Bd. 1, S.XXXIII

20 Die Mitgliederzahl - Stand 1791 - betrug alleine im Pariser Stammhaus 1100; ebd.

21 Hierzu zählten nicht nur die berühmten Blätter von Klubmitgliedern, wie Desmoulins, Marat, Hébert, Loustalot und Robespierre, sondern auch die Klubzeitschrift. Nach dem Sieg über die Gironde bemüht sich der Klub, sein "Journal de la Montagne" als quasi-offiziellen Staatsanzeiger zu etablieren. So wird den Postmeistern in einem Rundschreiben vom 1. September 1793 eine Werbeprovision für neue Abonnenten angeboten. Aulard: *Jacobins* Bd.5, S.384 f. Außerdem war es in der Zentrale in Paris und in den Unterzentren üblich, einen hohen Anteil der Korrespondenz im Druck zu publizieren. Vgl. Kennedy, op. cit., S.20. Zum Verhältnis von Jakobinerklub und Filialnetz zur Presse s. ebd. S.53-72

22 Am 14. März 1794, auf dem Höhepunkt der Agitation der Hébertisten und 10 Tage vor ihrer Hinrichtung, versandte der Jakobinerklub ein Rundschreiben an die Tochtergesellschaften, in dem die Beschlüsse der Klubsitzung vom 27. Januar 1794 bekanntgemacht wurden. Unter anderem sollten die "neuen Patrioten vom 31. Mai" nicht mehr affiliert, bereits affilierte neue Gesellschaften wieder ausgeschlossen werden. Aulard: *Jacobins* Bd.5, S.689-691

23 Die sogenannten "alten Patrioten von 1789 und 1792" waren in Gesellschaften organisiert, die bereits vor dem Sieg über die Gironde mit dem Jakobinerklub affiliert waren. Den "neuen Patrioten" wurde vorgeworfen, sich nachträglich auf die siegreiche Seite geschlagen zu haben. ebd.

Die tatsächliche Stoßrichtung des Rundschreibens zeigt sich schließlich explizit in der Denunziation der Sektionsgesellschaften als Medium der Verschwörung des Auslandes (Pitt, Coburg, die Hébertisten und mit Leclerc die Reste der "enragés") durch Briard in der Sitzung vom 23. März 1794. Aulard: *Jacobins* Bd.6, S.9-15

Zum Sieg über die sogenannten Faktionen trug der Klub maßgeblich durch innere Säuberungsaktionen und den Ausschluß nicht linientreuer Gesellschaften aus dem Filialnetz bei<sup>24</sup>. Gleichzeitig war eine Verstärkung der jakobinischen Agitation geplant. Dazu sollten alle "alten Gesellschaften" je ein "comité d'instruction publique" bilden, dessen Aufgabe die Verbreitung jakobinischen Gedankengutes im Volk war<sup>25</sup>. Die Änderung der Affiliierungspolitik kennzeichnet gleichzeitig die neue Rolle des Klubs im Frühjahr 1794. Während er im Kampf um die Macht bis zum eindeutigen Sieg der Montagne die Anhängerschaft vergrößern mußte, galt seine Arbeit im Frühjahr 1794 der Herrschaftssicherung. Briard faßt das neue Selbstverständnis des Klubs als Organ der Revolutionsregierung am 23. März 1794 in die Worte: "Elle [la Société des Jacobins] sut les [traîtres] déjouer en brisant les masques populaires dont ils se couvraient, et, de concert avec les Comités de salut public et de sûreté générale, elle sauva encore la République des dangers qui la menaçaient."<sup>26</sup>

Der Jakobinerklub war nicht die disziplinierte Organisation einer ideologisch und programmatisch gefestigten Revolutionspartei. Wohl diente möglicherweise die Organisationsstruktur seines Filialnetzes und seiner Öffentlichkeitsarbeit späteren Parteigründungen als Vorbild, aber wegen seiner vagen und deshalb ungenauen Programmatik vereinigte er doch so sehr verschiedene Gruppierungen, daß eine Qualifizierung der ideologischen Ziele und Klubzugehörigkeit allein nicht möglich ist. Der Konsens im Klub bildete sich auch eher in kurz- und mittelfristigen politischen Strategien. Er verfiel meist nach Erreichen dieser politischen Situationen. So führten die Differenzen zwischen Gironde und Montagne über die Gestaltung des politischen Systems des revolutionären Staates<sup>27</sup> zum Ausschluß der führenden

---

24 vgl. Aulard: Jacobins Bd.5, S.689-691

25 ebd.

26 Aulard: Jacobins Bd.6, S.13

27 Vgl. oben, Die Gironde



Girondins um Brissot und Roland<sup>28</sup>. Während der "journée" gegen die Gironde am 31. Mai 1793 geriet das Bündnis der Jakobiner mit dem "Radikalen" Marat ins Wanken, als Billaud-Varenne dessen Forderung nach einem "chef" - wohl eher beiläufig gegenüber Abgeordneten der Plaine geäußert - im Klub bekannt machte<sup>29</sup>. Nur Marats ausführliches Dementi am 3. Juni, in dem er seiner Forderung die Wendung zu einem moralischen Führer gab, verhinderte die Spaltung<sup>30</sup>. In seiner Rechtfertigungsrede legte Marat jedoch den Grundstein für eine neue Auseinandersetzung, die den Klub nach seinem Tod einem längeren inneren Kampf aussetzte<sup>31</sup>. Die Tatsache, daß der Klub nach Robespierres Liquidierung in einer offiziellen Stellungnahme die vollständige Kehrtwendung vollzog und sich vom "Diktator" distanzierte<sup>32</sup>, zeigt, daß er nicht die Partei Robespierres war, wenn dieser auch den nachhaltigsten Einfluß auf ihn ausübte.

Ab August 1793 entwickelte sich ein heftiger Kampf um die Herrschaft über den Jakobinerklub. Zunächst sah es so aus, als würde

---

28 Am 10. Oktober 1792 wurde Brissot formell aus dem Jakobinerklub ausgeschlossen, weil er der Aufforderung, sich zu rechtfertigen, nicht nachgekommen war. Aulard: Jacobins Bd.4, S.376

29 Aulard: Jacobins Bd.5, S.217 f.

30 Aulard: Jacobins Bd.5, S.226-228

31 Marat forderte neben der Vermögensbegrenzung die strikte Durchsetzung des Brotpreismaximums - damit den ökonomischen Terror - und die Verabschiedung und Inkraftsetzung der Verfassung. ebd. Diese Forderungen wurden von "enragés" und von den im Klub organisierten Hébertisten aufgegriffen und bis zum Germinal II mit wechselnder Heftigkeit verfochten. Eine jüngste Einsicht in die bereits von Gottschalk genannten Manuskriptbestände von Marat in der Bibliothèque Nationale legt nahe, daß Marat wohl geplant hatte, seine Agitation fortzusetzen, was letztlich eine Aufkündigung seines Bündnisses mit der Führung der Montagne bedeutet hätte. Vgl. Olivier Coquard: Note sur les Manuscrits de J.P. Marat au fonds "La Bédoyère" de la Bibliothèque Nationale. In: AHRF, No. 267 (1987), S.68-73. J.R. Gottschalk: Marat, l'Ami du peuple. Paris 1929. Bibliographie. In der Tat verdichten sich in der jüngsten Forschung Anzeichen dafür, daß Marat möglicherweise im Zentrum einer nicht unbedeutenden Abspaltung eines Teiles des Netzwerks der Jakobiner gestanden wäre, wäre er nicht ermordet worden. Vgl. hierzu Francois Wartelle: La Fédération d'Arras et les stratégies de conquête de l'opinion. In: AHRF, No. 266 (1986), S.538-541

32 Im Journal de la Montagne vom 11. Thermidor II wird der neue Kurs des Jakobinerklubs dargelegt. Die "wahren" Jakobiner feiern sich quasi als Sieger, die am 9. Thermidor die Verschwörung des "Tyranen" und seiner Komplizen vereiteln halfen. Aulard. Jacobins Bd. 6, S.295 ff.



der Klub unter der Führung der Hébertisten zum Gegengewicht zur Ausschußdiktatur der Montagne werden<sup>33</sup>. Zwei wesentliche Forderungen der Hébertisten konnten auf eine breite Popularität hoffen und trafen sich mit grundsätzlichen Vorstellungen der "enragés". Einerseits setzten sich vor allem Hébert und Vincent für die Inkraftsetzung der Verfassung ein<sup>34</sup>, andererseits verlangten sie den ökonomischen Terror, der im Winter 1793/94 den gesamten Handel erfassen sollte<sup>35</sup>. Den Hauptgegner sahen die Hébertisten in Danton und den "indulgents", deren Politik sie zur Beendigung des politischen Terrors mit vehementer und schließlich erfolgreicher Agitation für eine sofortige Hinrichtung der Girondeführer beantworteten<sup>36</sup>. Die Trennungslinie zwischen den beiden Gegnern verlief quer durch die Organisationsstruktur der Jakobiner, da beide Gruppen gleichermaßen im Jakobinerklub und bei den Cordeliers organisiert waren.

Ein interessantes Phänomen in der Geschichte des Filialnetzes der Jakobiner ist, daß Disidentengruppen und sogar abgespaltete Teile des Netzwerks nie eine effiziente Konkurrenzorganisation aufbauen konnten. Weder den Feuillants, die immerhin fast 20 Prozent der affilierten Gesellschaften der Jakobiner nach dem 16. Juli 1791 abspalten konnten, noch der Gironde, deren offizielle Politik in der Legislative bis zum Sommer 1792 nicht nur über das Korrespondenznetz der Organisation verbreitet wurde, sondern auf den regionalen Kongressen der Volksgesellschaften sogar bis in den Oktober 1792 hinein hoch im Kurs stand, gelang die Schaffung einer dauerhaften Organisation vergleichbarer Effizienz<sup>37</sup>. Eine Vielzahl von Gründen wird sich für die-

---

33 Ende August 1793 gelingt es Vincent und Hébert, den Jakobinerklub unter ihren Einfluß zu bringen. Vgl. Hampson: Danton S. 30 f., 131 und 133

34 Interessanterweise griffen die Hébertisten auch Forderungen der Gironde nach einer starken Exekutive (Ministerrat) auf und forderten unter anderem, die "représentants en mission" durch Agenten des Exekutivrates zu ersetzen. ebd.

35 Vgl. Louis Jacob: Robespierre und der Hébertismus. In: Markov (Hg.): Robespierre s. 200

36 Vgl. Hampson: Danton S.131, 133 und 139

37 Gérard Maintémant: Les Jacobins. Paris 1984, passim. Marcel Dorigny: Les congrès des sociétés populaires de 1792 en Bourgogne. Défense révolutionnaire et ordre social. In: AHRF, No.266 (1986). S.521-529

ses Phänomen anführen lassen. Eine grundsätzliche Frage wird jedoch sein, was die hohe Anziehungskraft der Jakobiner ausmachte. Die bisher gemachten Beobachtungen legen den Schluß nahe, daß es weder Fragen der Wirtschaftspolitik waren, noch Fragen der Sozialpolitik oder anderer politischer Bereiche. Nimmt man jedoch die Anlässe für die jeweiligen Ausschlüsse, Abspaltungen und Entfremdungen zusammen, so ist doch die Beobachtung bemerkenswert, daß der casus belli in rechtspolitischen und Verfassungsfragen lag. Feuillants und Gironde spalteten sich wegen ihrer abweichenden Einstellungen zur Krone nach der Flucht nach Varennes bzw. im Vorfeld des Sturzes der Monarchie ab. Die "enragés" und Hébertisten fielen über ihrer Forderung nach der Verfassung von 1793 und dem Versuch den ökonomischen Terror als Rechtsinstitut zu verankern. Auch den "indulgents" wurde ihre anhaltende Kritik an der provisorischen Verfassung des Terrors zum Verhängnis. Die Namensgebung des Klubs stand offenbar in ursächlichem Zusammenhang mit seinen Zielen, was sich noch in viel stärkerem Maße im Zusammenhang mit der Frage nach den Errungenschaften der Schreckensherrschaft offenbart<sup>38</sup>.

Der Jakobinerklub läßt sich eher als gut organisiertes Medium revolutionärer Rechtsaufsicht, weniger als nach eigenen Zielen handelnde politische Gruppe verstehen. Er spielte auch bei den Aufständen vom 10. August und vom 2. Juni eine überraschend distanzierte Rolle. Den Hauptanteil bei der Organisation der "journées" trug die Commune<sup>39</sup>. In der Vorbereitungsphase der Aktionen spielte der Klub als Kommunikationszentrum allerdings eine hervorragende Rolle. So wurden vor dem 10. August wichtige Maßnahmen und Taktiken, wie die Organisierung des Volksaufstandes<sup>40</sup>, das Vorgehen gegen Lafayette<sup>41</sup> und die Forderung nach der Einberufung eines Na-

---

38 Vgl. unten Kap. IV

39 Vgl. unten, Die Commune von Paris und ihre Sektionen

40 am 19. Juni 1792. Aulard: Jacobins Bd.4, S.18-20

41 am 6. Juli 1792. Aulard: Jacobins Bd.4, S.71 ff.

tionalkonvents<sup>42</sup>, abgesprochen. Der Klub war Forum für die Föderierten, kümmerte sich um deren Unterbringung in den Sektionen und organisierte den Rechtsbeistand für durch die Exekutive verfolgte "Patrioten"<sup>43</sup>. Er stellte das wichtigste Informationszentrum für Truppenbewegungen<sup>44</sup> und vermutete Fluchtpläne des Königs<sup>45</sup> dar. Zwar waren beispielweise die meisten Mitglieder des Korrespondenzausschusses in der Commune und in den Sektionen engagiert<sup>46</sup>, aber die wirklichen Organisationszentren des Aufstandes wie der Föderiertenausschuß<sup>47</sup>, lagen außerhalb des Klubs.

Die Rolle des Klubs in der Vorphase der Ausschaltung der Gironde gestaltete sich ganz ähnlich. Die Hauptaufgabe des Klubs war nunmehr aber die Gewinnung der Sektionen für einen konzertierten politischen Kampf. Schon im Vorfeld des 10. August gab es Solidaritätsgesten mit Sektionen im Klub<sup>48</sup>, aber im Frühjahr 1793 sollten die Sektionen als Hauptmacht der "Patrioten" agitiert werden. Robespierres jüngerer Bruder Augustin formulierte dies in aller Deutlichkeit: "Il faut que tous les bons 'citoyens se réunissent dans leurs sections, qu'ils y dirigent l'opinion publique d'une manière plus utile qu'ils n'ont fait jusqu'à présent, et qu'ils viennent à la barre

---

42 Am 15. Juli 1792 gewinnen die bislang nur vagen Pläne Gestalt. Eine Föderiertengarde sollte die Nationalversammlung vor einem Militärputsch schützen, der König sollte abgesetzt und ein verfassungsgebender Nationalkonvent unter Wegfall des Zensusprinzips gewählt werden. Aulard: Jacobins Bd.4, S.102-106

43 Aulard: Jacobins Bd.4, S.80 f. und 122

44 Am 8. August wird im Klub bekannt, daß Alexandre Lameth an der Spitze des 104. Regiments in Amiens steht und seine Verstärkung durch Schweizer erwartet wird. Aulard: Jacobins Bd.4, S.190 f.

45 ins als königstreu geltende Departement Somme. ebd.

46 Aus diesem Grunde wurde der Ausschuß am 20. August 1792 neu gewählt. Aulard: Jacobins Bd.4, S.226

47 der am 17. Juli 1792 zur Vorbereitung des Aufstandes eingerichtet wird. Aulard: Jacobins Bd. 4, S. 211

48 Am 18. Juli hatte ein sansculottischer Gärtner aus dem Faubourg Saint Antoine dem Präsidenten des Klubs ein Blumenbouquet überreicht, worauf die Abordnung aufgefordert wurde, neben dem Präsidenten auf dem Podium Platz zu nehmen. Aulard: Jacobins Bd.4, S.112

de la Convention nous forcer de mettre en état d'arrestation les députés infidèles (Girondins!)."<sup>49</sup>

Maximilien Robespierre steckte den Rahmen der Zusammenarbeit mit den Sektionen ab: "Le peuple doit se lever, non pour recueillir du sucre, mais pour terrasser les brigands."<sup>50</sup> Das Image, das der "brave Sansculotte" im zukünftigen Bündnis aller "guten Bürger" haben sollte, lieferte er am 8. Mai 1793 nach: "Ne distinguez pas les hommes par leur fortune et par leur état, mais par leur caractère ... Les sans-culottes, toujours dirigés par l'amour de l'humanité, ont suivi pour règle les véritables principes de l'ordre social, n'ont jamais prétendu à une égalité de fortune, mais à une égalité de droit et de bonheur ... je veux être pauvre pour n'être malheureux."<sup>51</sup> Der rein rechtspolitische Charakter des gemeinsamen Kampfes von Jakobinern und Sektionssansculotterie wurde noch einmal unmittelbar vor dem Aufstand sichergestellt, indem am 30. Mai, nach großen Befürchtungen für Hab und Gut des Bürgertums aufgrund bewaffneter Tumulte in den vorangegangenen Tagen<sup>52</sup> das Eigentum unter den Schutz der Sansculotterie gestellt wurde<sup>53</sup>. Daß im Jakobinerklub auch durchaus "linke" Meinungen im Sinne einer Nationalisierung des Handels geäußert wurden<sup>54</sup>, weist zwar darauf hin, daß es eine Gruppe im Klub gab, die wohl nach dem 2. Juni zur Anhängerschaft Héberts zählte, kann aber nicht über die wahren Ziele der Führungsgruppe um Robespierre hinwegtäuschen, die nach dem 5. September Zug um Zug

---

49 Aulard: Jacobins Bd.5, S.125. Ähnlich äußert sich Danton nach der Verhaftung Marats am 12. April 1793. Aulard: Jacobins Bd.5, S.133

50 In einer Reaktion auf den Ladensturm vom 25. Februar 1793, der im Jakobinerklub auf einhellige Ablehnung stieß. Aulard: Jacobins Bd.5, S.45. Die Wiedergabe der Meinung Robespierres in einem Rundschreiben an die affilierten Gesellschaften stempelt den Ladensturm zu einer Machenschaft der Konterrevolution, indem sie besonders darauf verweist, daß die Läden guter Patrioten geplündert wurden (Einzelhändler), die "accapareurs" (Großhändler) aber verschont blieben. Aulard: Jacobins Bd. 5, S.51-56

51 Aulard: Jacobins Bd.5, S.179

52 Aulard: Jacobins Bd.5, S.209-211

53 Aulard: Jacobins Bd.5, S.214 f.

54 am 1. Mai 1793. Aulard: Jacobins Bd.5, S.173

wieder die Macht über den Klub an sich brachte. Der Klub konnte seine Aufgabe der Einreihung der Sektionen in die patriotische Front des 31. Mai/2.Juni 1793<sup>55</sup> erfolgreich lösen - an der Durchführung und Planung der konkreten Aktionen war er wiederum nur als Informationszentrum beteiligt<sup>56</sup>.

Nach dem 5. September geriet der Klub zunehmend in den harten Griff der Terrorherrschaft. Teilweise nahm er offizielle polizeiliche Aufgaben wahr, etwa in der Einsetzung eines Ausschusses, der Denunziationen gegen Jacques Roux entgegennehmen sollte<sup>57</sup>. Alle Ausländer und ehemaligen Adeligen wurden ausgeschlossen<sup>58</sup>. Robespierre brachte ihn schließlich wieder auf den Kurs, den er schon im Mai 1793 abgesteckt hatte: "Hébert disait, il y a quelque temps, que tout commerce était un despotisme; qu'où il y a un commerce, il ne peut y avoir en même temps de liberté, d'où il résultait que le commerce était un crime, et que par conséquent il était impossible d'approvisionner Paris et les grandes communes. Si le marchand est nécessairement un mauvais citoyen, il est évident que personne ne peut plus vendre; ainsi cet échange mutuel qui fait vivre les membres de la société est anéanti ... Voilà quel était le but de nos ennemis; en détruisant le commerce ils voulaient affamer le peuple, et le ramener à la servitude par la faim."<sup>59</sup> In der Mobilisierung gegen die Sektions-sansculotterie, die unter dem Vorwurf des Hébertismus verfolgt und

---

55 Am 8. Mai wurde im Klub darauf hingewiesen, daß ein Teil der Sektionen nicht in "patriotischer" Hand war, was sicherlich die Fraternisierungsbewegung sansculottischer gegen gemäßigte Sektionen auslöste. Aulard: Jacobins Bd.5, S.218

56 Billaud-Varenne fordert am 31. Mai eine Fortsetzung des Drucks gegen den Konvent, weil nur Teilziele wie die Absetzung der Zwölferkommission erreicht worden waren.

57 am 8. September 1793. Aulard: Jacobins Bd.5, S.392. Am 16. Februar fordert Couthon im Jakobinerklub, die Überwachungsausschüsse mit Razzien in den Pariser Hotels nach Verdächtigen, die aus den Departements nach Paris geflüchtet waren und hier Bürgerzeugnisse erhalten hatten, zu beauftragen. Aulard: Jacobins Bd.5, S.692 f.

58 Aulard: Jacobins Bd.5, S.637

59 Aulard. Jacobins Bd. 5, S.694



aus- bzw. gleichgeschaltet wurde<sup>60</sup>, spielte der Jakobinerklub und seine Tochtergesellschaften wiederum eine hervorragende Rolle<sup>61</sup>.

Die außerordentliche Bedeutung des Jakobinerklubs im politischen System der Terreur lag wohl vor allem in seiner Organisationsstruktur, die seine Führungsgruppe befähigte, ihrem Willen eine breite Basis zu verschaffen. Diese Führungsstruktur an sich war das Hauptargument in der Diskussion um die Schließung des Klubs im Konvent Anfang November 1794<sup>62</sup>. Die Jakobiner im Sinne einer politischen Gruppe lassen sich nicht nach ihrer Ideologie definieren, sondern nach ihrer Fähigkeit, das jeweils im Klub vorherrschende rechtspolitische und im Zuge der Terreur auch ideologische Konzept unter Einsatz ihres Apparates im Land durchzusetzen. Robespierre hatte sicherlich den nachhaltigsten Einfluß auf den Klub und konnte sowohl den "linken" wie den "gemäßigten" Flügel ausschalten, aber die Organisierung des Klubs zu einer staatsideologisch tragenden Partei gelang ihm letztlich nicht. Der 9. Thermidor II war auch ein Ergebnis des auseinanderdriftenden politischen Willens der Jakobiner<sup>63</sup>.

---

<sup>60</sup> Richard C. Cobb: Robespierre und der General Boulanger. Nationalgarde und Revolutionsarmee. In: Markov (Hg.): Robespierre S.237

<sup>61</sup> Aulard: Jacobins Bd.5, S.689-691

<sup>62</sup> Aulard: Jacobins Bd.6, S.648-681

<sup>63</sup> Am 8. Thermidor vollzogen Collot und Billaud im Klub die Abspaltung von Robespierre, Saint-Just und Couthon, nachdem sie berechtigter- oder unberechtigterweise ihre Denunzierung durch Saint-Just in der Konventssitzung des folgenden Tages fürchteten. Aulard: Jacobins Bd.6, S.282 ff.



## Die Volksgesellschaften

Sowohl als integraler Bestandteil des Filialnetzes des Jakobinerklubs, als auch als genuin eigenständige Bewegung kommt den Volksgesellschaften eine Schlüsselrolle im Geschehen der Revolution zu. Im Gegensatz zu den bereits erwähnten, eher verschleiern den Zusammenfassungen der Referate von Anne-Marie Duport, Marcel Dorigny, Jacques Guilhaumou und François Wartelle zum 111. Kongreß der Sociétés savantes in Poitiers 1986<sup>1</sup> in den AHRF<sup>2</sup>, kommt dem 2. Band der äußerst material- und kenntnisreichen Studie von Michael Kennedy<sup>3</sup> das Verdienst zu, die Volksgesellschaften im Gesamtnetz der Organisation der Jakobiner zu identifizieren und identifizierbar zu machen.

Ebenso wie die Pariser Volksgesellschaften auf Initiative des Pariser Jakobinerklubs seit 1790 in ganz Frankreich entstanden, zeichneten die Volksgesellschaften spezifische Elemente aus, die sie schließlich zu zentralen Trägern der Terreur und zumindest bis zum Herbst 1793 zum wichtigsten Verbündeten der Montagne machten. Die wachsende Bedeutung der Volksgesellschaften seit dem Frühjahr

---

<sup>1</sup> Für das Verständnis ganz zentraler Aspekte der an sich beachtlichen Referate zum Kongreß gingen in den arg verkürzenden Zusammenfassungen in den AHRF verloren. Dem folgenden wurden daher die Originalreferate zugrunde gelegt. Sie finden sich in: Actes du 111e Congrès national des Sociétés savantes (Poitiers 1986). Section d'histoire moderne et contemporaine. Tome I, fasc. 2. Existe-t-il un fédéralisme jacobin? Etudes sur la Révolution. Paris 1986. Die Referate haben folgende Titel: Anne-Marie Duport: Les Congrès des sociétés populaires tenus à Valence en 1793. Résistance au fédéralisme et anticipations politiques. Ebd. S.21-37. Jacques Guilhaumou: Le Congrès républicain des sociétés populaires des départements méridionaux de Marseille (octobre - novembre 1793). Programme et mots d'ordre. Ebd. S. 39-57. François Wartelle. Contre-pouvoir populaire ou complot maximaliste? Les fédérations montagnardes dans le Nord de la France, octobre-décembre 1793. Ebd. S. 59-90. Marcel Dorigny: Les Congrès des Sociétés Populaires de 1792 en Bourgogne. Défense révolutionnaire et ordre social. Ebd. S.91-119

<sup>2</sup> vgl. A.M. Duport, M. Dorigny, J. Guilhaumou, F.Wartelle: Les Congrès des Sociétés Populaires et la question du pouvoir exécutif révolutionnaire. In: AHRF, No 266 (1986), S. 518 - 544

<sup>3</sup> vgl. Michael L. Kennedy: The Jacobin Clubs in the French Revolution. The Middle Years. Princeton, N.J. , 1988. Insbesondere Kap. III.

1792 ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Vordergründig trug die Kriegsgefahr seit dem Herbst 1791 zu einer erneuten Aktivierung der "patriotischen" Bewegung insgesamt bei<sup>4</sup>. Letztendlich offenbarte jedoch der Krieg die noch unbewältigten Probleme des französischen Staatswesens nur in augenscheinlicher Weise. Die Volksgesellschaften erlangten so einen allerhöchsten Stellenwert im Kampf gegen die Schaukelpolitik des Hofes zwischen Veto, zwielichtiger Militärpolitik und der Hoffnung auf die befreiende Invasion.

Mit zwei für die Geschichte der Volksgesellschaften wohl höchst bedeutenden Zirkularen vom 17. Januar und 1. März 1792 brachte der Pariser Jakobinerklub die Organisation des Widerstandes gegen die Politik des Hofes und der Feuillants auf den Weg<sup>5</sup>. Im ersteren wurde im Filialnetz die Gründung von Volksgesellschaften auch auf Kleinstadt- und Dorfebene angeregt, im letzteren die Bildung von Zentralkomitees zur Koordinierung der Aktivitäten auf regionaler Ebene.

Entscheidend jedoch für die Bedeutung der Bewegung wurde der hohe Grad an Eigeninitiative, die aus den Volksgemeinschaften entwickelt wurde. Schon 1789, 1790 und 1791 waren auf Initiative der Volksgesellschaften vor allem im Département Drôme Föderationen, oder regionale Kongresse zustande gekommen<sup>6</sup>, die den Plänen der Jakobiner als Präzedenz dienen konnten. Die spontanen Reaktionen auf den Aufruf der Jakobiner im Frühjahr und Sommer 1792 hin, zeigen, daß es nur des offiziellen Rahmens bedurfte, um die Dynamik freizusetzen. Der erste Kongreß fand vom 10.-14. April 1792 in Autun (Saône-et-Loire) statt. Vom 8.-10. Mai hielten die Gesellschaften des Départements Puy-de-Dôme in Clermont-Ferrand eine zentrale Tagung ab und am 14. Mai 1792 trafen sich Vertreter aus 12 Départe-

---

4 Mit der Verkündung der Verfassung von 1791 hatten viele Jakobinerklubs in Frankreich ihre Aktivitäten stark reduziert, oder gar aufgehört zu existieren. Selbst die Pariser Muttergesellschaft hatte im Oktober und November 1791 keine Rundschreiben mehr versandt. Vgl. Kennedy: *Jacobin Clubs. Middle Years*. S. 7 u. 10

5 Kennedy, *op. cit.*, S. 11 u. 19

6 vgl. Duport, *Les Congrès de Valence*. In: *Actes du 111e Congrès des S.s.* S. 23

ments in Nevers. Weitere Tagungen mit zum Teil überregionaler Bedeutung folgten, bis im Oktober 1792 in Koinzidenz mit dem aufbrechenden Konflikt zwischen Gironde und Montagne die Tagungsfolge abbricht<sup>7</sup>.

Das Machtpotential, das die Volksgesellschaften im Kampf gegen die Krone im Frühjahr 1792 bewiesen<sup>8</sup>, war andererseits nur Vorbedingung für ihre entscheidende Rolle im Ausbau der Organisation der Jakobiner. Mochte auch mancherorts die Existenz einer Volksgesellschaft vom lokalen Jakobinerklub<sup>9</sup> aufgrund der niederen Mitgliedsbeiträge und der "Popularität" der Volksgesellschaften als Konkurrenz empfunden werden<sup>10</sup>, so ist doch auf der anderen Seite ganz deutlich, daß die Volksgesellschaften das Filialnetz der Jakobiner auf lange Sicht stärkten. So führten gerade die Abspaltungen von der jakobinischen Organisation, 1791 die *Feuillants*, 1792 die *Gironde*, zu ihrer Stärkung. Vor allem in Problemgebieten konnten die Jakobiner auf die Reservearmee der Volksgesellschaften zurückgreifen, denen meist zunächst aus Gründen der elitären Insuffizienz die direkte Affilierung an die Pariser Muttergesellschaft verweigert worden war, oder denen die indirekte Ankoppelung ans Netz über den lokalen oder regionalen Jakobinerklub solange genügte, solange dieser der strikten Observanz der offiziellen Linie angehörte. Oft entlang der sozialen Bruchstelle zwischen den elitären "Klubs" der örtlichen und regionalen Notablen und den in breiteren sozialen Schichten des

---

7 Zu Abfolge und Gegenstand der Kongresse der Volksgesellschaften 1792 in Burgund s. Marcel Dorigny: *Les Congrès des Sociétés populaires de 1792*. In: *Actes du 111e Congrès du S.s.* S. 91-119

8 Der bedeutendste "überregionale Kongreß" der Volksgesellschaften und der Jakobiner war letztlich das Föderationsfest in Paris, das zum Kondensationskern des Aufstands vom 10. August wurde. Eine bedeutende Rolle bei der Vorbereitung des Aufstandes spielten die nach dem 20.Juni entstandenen Zentralkomitees der Volksgesellschaften und Jakobinerklubs in den Verwaltungssitzen der Départements. Vgl. Kennedy, op. cit., S. 19

9 1792 begrenzte der Jakobinerklub in Paris die Zahl der direkt affilierten Klubs auf einen pro Kommune, sodaß das Filialnetz eine deutlich hierarchische Struktur mit Knotenpunkten, den "lokalen" Jakobinerklubs und Maschen, deren affilierte Volks- und Sektionsgesellschaften, verliehen bekam. Vgl. Kennedy, op. cit., S. 5

10 vgl. Kennedy, op. cit., S. 34

"Volkes" verwurzelten populären Gesellschaften, vollzog sich eine Säuberung des Netzes von Dissidentengruppen. Die Initiative ging meist von örtlichen Jakobinern und den Volksgesellschaften aus, die den direkten Kontakt mit der Muttergesellschaft in Paris und anderen bedeutenden Klubs strikter Observanz aufnahmen und die abgefallene Gesellschaft denunzierten. War eine Säuberung des inkriminierten Klubs nicht möglich, so trat die örtlich bedeutendste Volksgesellschaft an dessen Platz am Knotenpunkt im Netzwerk. Nicht zuletzt der hohe Stellenwert des Sozialprestiges, das die direkte Affilierung einer populären Gesellschaft an den Pariser Jakobinerklub mit sich brachte, garantierte meist die unerschütterliche Linientreue des "neuen" Klubs<sup>11</sup>. Die Verwurzelung der Volksgesellschaften im Sansculottismus ließ ihnen auch die Option des Straßenkampfes in der Auseinandersetzung mit Klubs, die der aristokratischen Verschwörung verdächtigt wurden, offen, wie etwa in Toulon im August 1791<sup>12</sup>.

Obwohl sich einzelne Volksgesellschaften explizit als sansculottisch bezeichneten<sup>13</sup>, wirft die politische Verortung der Volksgesellschaften insgesamt Probleme auf. Wie Dorigny ganz eindringlich zeigt, spiegeln die Kongresse der Volksgesellschaften 1792 in ihren Beschlüssen ganz eindeutig die Politik der Gironde vom Frühjahr 1792 wider, einschließlich deren Forderungen nach Wirtschaftsfreiheit<sup>14</sup>. Die 1793 in Valence stattfindenden Kongresse hingegen stehen ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit dem "Föderalismus" und folgen in ihren Beschlüssen der Haltung der Mehrheit in der Montagne<sup>15</sup>. Im Herbst 1793 scheint es schließlich im Norden so, als hätten die Volksgesellschaften dort zu einer Politik ihres wirklichen

---

<sup>11</sup> vgl. Kennedy, op. cit., S. 48 - 62

<sup>12</sup> Siehe Kennedy, op. cit., S. 59

<sup>13</sup> Siehe Kennedy, op. cit., S. 54 u. 57

<sup>14</sup> vgl. Dorigny: Congrès des Sociétés Populaires en Bourgogne, In: Actes du 111e Congrès des S.s., S. 102-113

<sup>15</sup> vgl. Duport: Les Congrès de Valence. In: Actes du 111e Congrès des S.s., vor allem S. 30 ff.

sansculottischen Interesses gefunden. Interessant ist jedoch, daß gerade im letzteren Fall wohl maratistisch - hébertistische Kommissare aus Paris die treibenden Elemente waren und daß die Bewegung durch das Eingreifen der Revolutionsregierung relativ schnell zusammenbrach<sup>16</sup>. Berücksichtigt man noch, daß insbesondere Brissot ein entschiedener Agitator für die Volksgesellschaften war und Roland noch 1793 mit Stolz darauf verwies, daß den Volksgesellschaften stets die besondere Sympathie der Gironde gegolten hatte<sup>17</sup>, so zeichnet sich ein verwirrendes Bild ab. Selbst wenn es der Forschung gelänge, bis in die Personalstruktur hinein, girondistische und montagnardische Einflüsse zu identifizieren, bliebe noch die Frage zu beantworten, worin die große integrierende Stärke der zunehmend unter den Einfluß der Montagne geratenen Organisation der Jakobiner 1792 bestand und worin sie unter dem Einfluß der Patrioten - späteren Girondins und Montagnards zusammen - 1791 bestanden hatte. Schließlich bliebe dann immer noch die Frage offen, ob das Scheitern der maratistisch - hébertistischen Vereinnahmungsversuche im Herbst 1793 nur auf die Stärke der von der Montagne beherrschten Revolutionsregierung zurückzuführen ist.

Die Grundproblematik liegt wohl in der Versuchung des Historikers, sich offenbarende Brüche, die rückschauend in einer identifizierbaren Kausalität erkannt werden, gewissermaßen genetisch vorwegnehmend einem Erklärungsmuster zugrunde zu legen. Sicherlich verliehen populäre Führer den sansculottischen Hoffnungen in deftigen Reden eine radikale Sprache<sup>18</sup> und sicherlich nutzten mancherorts sansculottische Freischaren den politischen Kampf, um sich gleichzeitig von unerträglichen wirtschaftlichen Knebelungen durch örtliche Kartelle zu befreien<sup>19</sup>, doch führt die von diesen Beobachtun-

---

16 vgl. Wartelle: *Contre-pouvoir populaire ou complot maximaliste ?* In: *Actes du 111e Congrès des S.s.* S.91 -119

17 vgl. Dorigny, op. cit., S. 105-110

18 vgl. Kennedy, op. cit., S. 61

19 vgl. Kennedy, op. cit., S. 61-62



gen abgeleitete These des Klassenkampfes meines Erachtens auf eine falsche Spur<sup>20</sup>. Es stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob die von Marseille aus gesteuerten Terror- und Besteuerungsmaßnahmen gegen Vermögende nicht erst durch die juristische Verfolgung der Terroristen unter dem Regime während der "föderalistischen Revolte" der Gironde im Sommer 1793 nachträglich zum Klassenkampf gemacht wurden. Im Frühjahr 1792 konnten die Patrioten ihre Maßnahme sicherlich als besonders drastische und konsequente Umsetzung der auch vom girondistischen Finanzminister Clavière geforderten Steuerehrlichkeit zur Deckung der wachsenden Kriegskosten verstehen<sup>21</sup>.

Auch der dezidierte Kampf gegen die "aristokratische" Elite der sich von der offiziellen Linie der Jakobiner abspaltenden Klubs liegt viel eher auf der oben abgesteckten Ebene des politischen Kampfes gegen Widersacher der im Jakobinerklub bestimmenden politischen Gruppe<sup>22</sup>. Auch die von Dorigny letztlich nahegelegte politische Verortung der Kongreßteilnehmer aus den Volksgesellschaften 1792 wird dann problematisch, wenn man daraus eine langfristige politische Programmatik ablesen wollte<sup>23</sup>. Was jedoch Dorigny, Duport und Guilhaumou<sup>24</sup> ganz deutlich herausarbeiten, ist der hohe Stellenwert der Verteidigung der Errungenschaften der revolutionären Ordnung und der Wille, alle zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel zur siegreichen Beendigung des Krieges zu mobilisieren. Ganz ins Zentrum der Auslösung der patriotischen Sammlungsbewegung im Frühjahr 1792 rückte die klare Stellungnahme gegenüber der Krone<sup>25</sup>.

---

20 Kennedy sieht im Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen Jakobinern und Volksgesellschaften auf der einen und den sich abspaltenden Klubs der Feuillants und Girondins einen aufflackernden Klassenkampf. Vgl. Kennedy, op. cit., S. 48-62

21 vgl. Kennedy, op. cit., S. 17

22 vgl. oben Kap. I.

23 vgl. Dorigny, op. cit., S. 102-104

24 vgl. Anm. 1.

25 Im Abschlußcommuniqué der Tagung in Charolle am 3. August 1792 wurde die Frage aufgeworfen, ob der König aufgrund seines Veto zum Schutze des eidverweigernden Klerus nicht de jure bereits abgedankt hatte. Vgl. Dorigny, op. cit., S. 96



Die wirtschaftspolitischen Aussagen zugunsten eines freien Warenkreislaufes<sup>26</sup> hatten dagegen wohl eher tagespolitischen Stellenwert. Die Fiktion der Regelungskraft einer freien Marktwirtschaft, die ja von interessierten Gruppen trotz der Entwicklung eines differenzierten Marktsteuerungsinstrumentariums seitens der Unternehmen und seitens des Staates bis in unsere Tage aufrechterhalten wird, konnte auch von Maratisten in der Betonung auf Kreislauf durchaus attraktiv wirken. Wie oben gezeigt, gingen auch die Maratisten davon aus, daß den sozialen Problemen der Existenzsicherung aus einem Punkt heraus mit guten Gesetzen beizukommen wäre<sup>27</sup>. Erst als das Versagen dieser Ordnung im Herbst 1792 in ganz Frankreich offenkundig wurde, fand die Diskussion um staatliche Steuerungsmaßnahmen eine breite Resonanz in Jakobinerklubs und Volksgesellschaften<sup>28</sup>. Die Auseinandersetzung mit der Gironde im Sommer 1793, die Duport in den Kongressen der Volksgesellschaften in Valence verfolgte, konzentrierte sich auch ganz überwiegend auf Verfassungs- und Rechtsfragen<sup>29</sup>. Ihre Bedeutung für die Ausbildung der Schreckensherrschaft gewannen die Volksgesellschaften dementsprechend auch zum Teil aus ihrer zentralen Aufgabe, das revolutionäre Recht zu verbreiten, die ihnen insbesondere die späteren Girondins schon in ihrer Entstehungsphase zugewiesen hatten<sup>30</sup>.

Durch ihre Anbindung an den Jakobinerklub und vor allem durch ihren Beitrag zur Hierarchisierung und Säuberung des Netzwerkes der Jakobiner, verschufen sie diesen eine tief in breiten Schichten wurzelnde Basis - gewissermaßen einen Unterbau. Verbunden mit dieser Unterbaufunktion brachten sie konstitutive Elemente in die sich 1793 ausbildende revolutionäre Regierungsform der Schreckensherrschaft ein. So richteten die Volksgesellschaften schon

---

26 vgl. Dorigny, op. cit., S. 102-104

27 vgl. oben Kap. I Marat

28 Siehe Kennedy, op. cit., S. 71 ff.

29 vgl. Duport, op. cit., vor allem S. 26

30 vgl. Dorigny, op. cit., 104-110

1792 interne Überwachungsausschüsse ein, die gemäß der den Volksgesellschaften von "patriotischen" Parlamentariern zugewiesenen Aufgabe, über die Einhaltung der Gesetze zu wachen, offenkundige Verstöße gegen die revolutionäre Rechtsordnung außerhalb ihrer Organisation denunzierten und die eigene Organisation von Kompromittierten säuberten<sup>31</sup>. Die von den Jakobinern beherrschte Gesamtorganisation von Jakobinerklubs und Volksgesellschaften bildete somit das Korsett woran die Institutionen der Terreur 1793 angebunden werden konnten<sup>32</sup>, was nicht zuletzt auch dadurch zum Ausdruck kam, daß im Frühjahr 1793 ein wachsender Anteil von Mitgliedern in den Gesellschaften des Netzwerks der Jakobiner Verwaltungsbedienstete und mit der Rechtspflege betraute Juristen waren<sup>33</sup>.

Die politische Position der Volksgesellschaften wurde eindeutig von dem Willen bestimmt, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. In der Identifizierung der Feinde der Revolution und der Formulierung der zu verfolgenden Politik waren die Gesellschaften mit temporären und regionalen Ausnahmen vom Informationsnetz der Jakobiner abhängig. Daher bestimmte die Führungsgruppe der Jakobiner den politischen Diskurs der Gesellschaften in ganz wesentlichen Punkten. Ihre zentrale Leistung für die Ausgestaltung der revolutionären Regierung während der Schreckensherrschaft war ihre Funktion als Bindeglied zwischen sansculottischen und jakobinischen Patrioten in weiten Teilen Frankreichs. In gewisser Weise wurde das Bündnis von Volksgesellschaften und Jakobinerklubs im Netzwerk zum offenkundigen Sinnbild der einen und unteilbaren Republik.

---

31 vgl. Kennedy, *op. cit.*, S. 13, S. 32ff., Dorigny, *op. cit.*, S. 99/100

32 vgl. unter Kap. III: Die Niederlage der Gironde.

33 vgl. Kennedy, *op. cit.*, S. 41

## Die Commune von Paris und ihre Sektionen

Den Kommunen fiel in der Verwaltungsstruktur Frankreichs während der Revolution eine besondere Bedeutung zu. Bedingt durch das indirekte Wahlsystem, war die Kommune - auf dem flachen Land, der für die Verwaltung sonst unbedeutende Kanton - die Ebene, auf der in Primärversammlungen das Volk aktiven Einfluß ausüben konnte. Nach Wegfall des Zensuswahlsystems war es potentiell jeder Bürger<sup>1</sup>, der in der Primärversammlung seinen politischen Willen durch Wahl eines Vertreters für die nächsthöhere Wahlmännerversammlung im Distrikt artikulieren konnte. In den Großstädten stellten die Sektionen die unterste Verwaltungs- und Wahlebene dar<sup>2</sup>. Nach den Vorstellungen Marats und Robespierres vom "Souverän Volk" mußte den Primärversammlungen besonders in Staatskrisen eine hervorragende Bedeutung zukommen<sup>3</sup>.

Durch ihre Nähe zum Konvent ragte die Commune von Paris über alle anderen Verwaltungsgliederungen hinaus, obwohl sie in der Verwaltungshierarchie dem Departement von Paris untergeordnet war. Die großen journées waren hauptsächlich vom Pariser Volk getragen worden, wenn auch, wie am 10. August, in Zusammenarbeit mit Föderiertenkontingenten aus dem ganzen Land<sup>4</sup>. Die aus ihrer Leistung für den Fortgang der Revolution resultierende Führerrolle von Paris festigte sich besonders dadurch, daß um den Konvent Zentren politischer Willensbildung entstanden. Dies waren nicht nur die Klubs der bedeutenden politischen Gruppierungen, sondern in zunehmendem Maße auch Volksgesellschaften, die sich nach dem Muster des Jakobinerklubs organisierten<sup>5</sup>. Seit dem Herbst 1790 hatte die

---

<sup>1</sup> soweit er die Bürgerrechte genoß und kein Dienstbote war

<sup>2</sup> Zum Wahlsystem vgl. Godechot: Les institutions, S.102-112

<sup>3</sup> Vgl. Kap. I

<sup>4</sup> Vgl. F. Braesch: La Commune du dix août 1792 S.117 ff.

<sup>5</sup> Die erste dieser patriotischen Gesellschaften in Paris war die auf die Initiative des Schul-

patriotische Presse zur Gründung von Volksgesellschaften aufgerufen. Für die gemäßigten Revolutionäre sollten die Volksgesellschaften ein geistiges Gegengewicht zu den eidverweigernden Priestern darstellen. Marat wies ihnen die politische Aufklärung des Volkes als Betätigungsfeld zu<sup>6</sup>. Als Folge dieser Kampagne wurden in 26 Sektionen von Paris im Laufe des Jahres 1791 und im Frühjahr 1792 Volksgesellschaften gegründet<sup>7</sup>. Immer stärker drängten nicht nur "honnêtes gens" in diese Klubs, wie etwa in den von Dansard gegründeten<sup>8</sup>, sondern auch Männer und Frauen der Unterschicht - besonders nachdem die Unterscheidung in Aktiv- und Passivbürger in den Volksgesellschaften nicht getroffen wurde<sup>9</sup>. Bezeichnenderweise waren unter den ersten Gründungen zwei Gesellschaften im besonders in "taxations" hervortretenden Faubourg Saint Antoine<sup>10</sup>. Durch die Umwandlung von berufständischen und Arbeitervereinigungen nach dem "Loi Chapelier" in Volksgesellschaften<sup>11</sup> fand ein Element Eingang in die politische Organisation, das sich schließlich als "sans-culottes" artikulieren konnte.

Die Volksgesellschaften waren nicht nur mit dem Jakobinerklub affiliert<sup>12</sup>, sondern auch untereinander. Mitgliedschaftskarten wurden untereinander anerkannt, so daß man mit Eintritt in eine Gesellschaft Mitglied einer mächtigen Organisation wurde<sup>13</sup> - allerdings nicht au-

---

meisters Claude Dansard entstandene "Société fraternelle de l'un et l'autre Sexe, Défenseurs de la Constitution", die am 2. Februar 1790 gegründet und am 21. November 1790 mit dem Jakobinerklub affiliert wurde. Die Klubversammlung tagte im Lokal der Jakobiner. Die innere Organisation lehnte sich an die des Jakobinerklubs an. Vgl. Isabelle Bourdin: *Les Sociétés populaires à Paris pendant la Révolution*. Paris 1937. S.15, 21, 34 ff. und 418.

6 Bourdin: *Sociétés populaires* S.51 ff.

7 Vgl. Bourdin, op. cit., S.418-420

8 Bourdin, op. cit., S.34

9 Bourdin, op. cit., S.132

10 Bourdin, op. cit., S.61 ff.

11 Bourdin, op. cit., S.190

12 Der Jakobinerklub war der geistige und organisatorische Mittelpunkt der Volksgesellschaften. Vgl. Bourdin, op. cit., S.156 ff.

13 Bourdin, op. cit., S.161

tomatisch im Jakobinerklub. Die bedeutendste Volksgesellschaft war der Cordelier-Klub, der gleichzeitig das Zentralkomitee der Volksgesellschaften von Paris beheimatete<sup>14</sup>. Durch dieses System wurde die anfängliche Meinungsvielfalt in den Gesellschaften zugunsten einer hierarchischen Ausrichtung beseitigt<sup>15</sup>. Der Cordelierklub bildete ein wichtiges Verbindungsglied zwischen Volksgesellschaften und Jakobinerklub. Führende Cordeliers wie Danton oder Hébert waren Jakobiner.

Im Dienstplan der aktiven Sektionssansculotten hatte der Besuch der Sitzungen der patriotischen Gesellschaft einen festen Platz<sup>16</sup>. Durch ihre Ausrichtung auf den Jakobinerklub wurden die Volksgesellschaften zum Meinungsbildungsorgan der Montagnards, als Führungsgruppe der Jakobiner, in den Sektionen. so konnte auf weite Sicht das Handeln der Sektionen in jakobinischem Sinne bestimmt werden. Die Sektion spielte dabei nicht nur als Primärwählerversammlung eine mächtige Rolle, sondern auch als direkt gewählte Verwaltungseinheit. Mit ihrem Zivilkomitee, das 16 Mitglieder zählte, und ihrem Polizeikommissar<sup>17</sup> regelte sie alle Belange des Stadtteiles auf der unteren Verwaltungsebene. Durch die Unterstellung der Sektionsbataillone unter die Führung der Sektion nach dem 10. August 1792<sup>18</sup> verfügte die Sektion auch über bewaffnete Macht. Die Jurisdiktion war durch den in jeder Sektion gewählten Friedensrichter sichergestellt<sup>19</sup>.

---

14 Bourdin, op. cit., S.162

15 Bourdin, op. cit., S.161

16 In einem zirkular der Volksgesellschaft Guillaume Tell an Mitglieder, die häufig abwesend waren, wechseln die Besuche der Tribünen des Jakobinerklubs mit dem Besuch der Sitzungen der Volksgesellschaft täglich ab. Am 5. und am 10. Tag der Dekade war der Besuch der Sektionsversammlung vorgesehen. Der unterschwellige Druck, der mit diesem Dienstplan auf den Patrioten ausgeübt werden sollte, ist deutlich spürbar. Vgl. Markov/Soboul: Sansculotten. Dok.43, S.186/187

17 Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.34 f.

18 Am 19./21. August 1792 ebd.

19 Das Amt sollte nach den Vorstellungen der Konstituante (16. August und 14. Oktober 1790) das komplizierte Rechtsfindungssystem des Ancien Régime durch eine einfache und schnelle Rechtsprechung ersetzen. Der Friedensrichter war immer und überall im Amt und

Die Friedensrichter waren außerdem Notare und kostenloser Rechtsbeistand für Arme<sup>20</sup>. Nach dem 10. August gewann das Amt eine zentrale Bedeutung innerhalb der unteren Verwaltungshierarchie. Den Friedensrichtern wurde erlaubt, auch andere Ämter innezuhaben, wobei die Mehrzahl von ihnen keine Juristen mehr waren, sondern Händler und Handwerker<sup>21</sup>. Das Amt des Friedensrichters wurde so zum Sprungbrett für eine politische oder juristische Karriere<sup>22</sup>. Die Möglichkeiten der Ämterhäufung machte die Friedensrichter vor allem in Stadtteilen mit hohem Anteil der Unterklasse zu bedeutenden politischen Führern<sup>23</sup>. Die Friedensrichter waren zum größten Teil Jakobiner<sup>24</sup>, aber teilweise trug ihr Handeln auch typisch radikal sansculottische Züge<sup>25</sup>. Die Revolutionsregierung der Montagne maß den Friedensrichtern einige Bedeutung bei. Nach dem 28. Dezember wurden die Friedensrichter nicht mehr gewählt, sondern von Kommunen und Distrikten eingesetzt und direkt dem Sicherheitsausschuß unterstellt<sup>26</sup>.

Mit der Einrichtung der Überwachungsausschüsse in den Sektionen, die zunächst noch gewählt waren, wurden alle Bereiche der sicherheitspolizeilichen Überwachung in der Sektionsverwaltung

---

übte seine Tätigkeit dort aus, wo er gebraucht wurde - auf Straßen und Plätzen ebenso, wie in Wohnungen und Gaststätten. Vor dem Friedensrichter gab es keinen Rechtsbeistand, er sollte eher ein Schiedsgericht darstellen. Vgl. Richard M. Andrews: *The Justice of the Peace of Revolutionary Paris 1792-1794* S.170 f.

20 Vgl. Andrews, op. cit., cit., S.172

21 Vgl. Andrews, op. cit., cit., S.171 und 180 f.

22 Vgl. Andrews, op. cit., cit., S.179 f.

23 Vgl. Andrews, op. cit., cit., S.188 f.

24 Vgl. Andrews, op. cit., cit., S. 174 f.

25 Philpin (Sektion Arcis) übernimmt als Friedensrichter auch noch die Ämter des Polizeikommissars und des Kommandeurs des Sektionsbataillons während der Hungerrevolte vom 25. Februar. Er ordnet die Ansammlungen vor den Läden und überwacht persönlich die "Rechtmäßigkeit" der "taxations". Im Kampf gegen die Gironde im Mai 1793 organisiert er die Fraternisierungen seiner Sektion. Vgl. Andrews, op. cit., cit., S.188 f.

26 Andrews, op. cit., cit., S.170 f.



intensiviert. Besonders das Amt des Polizeikommissars, aber auch die Zivilbehörde der Sektion gerieten unter seinen Einfluß<sup>27</sup>.

Nachdem die Sektionsversammlungen in Permanenz tagten<sup>28</sup>, stellten sie Stadtteilparlamente mit großem politischem Potential dar. Die Formen der Entscheidungsfindung durch Zuruf oder Akklamation sind sicherlich ein Charakteristikum für das Selbstverständnis der Patrioten, die sich als Souverän in den Sektionen versammelt hatten. Die öffentliche und unmittelbare politische Entscheidung galt als Ausdruck der Überprüfbarkeit des Zieles, was den "sans-culotte" vom Aristokraten und Moderaten unterschied, der sich heimlich verschwor<sup>29</sup>. Der Einfluß der Volksgesellschaften und des Jakobinerklubs ist dabei unverkennbar<sup>30</sup>. Dennoch waren die Sektionsversammlungen nicht einfach ein Anhängsel des Jakobinerklubs. Wie oben gezeigt, gab es in der Sansculotterie zwar klare Ansätze eigener politischer und sozialer Zielvorstellungen, aber sie waren nicht organisatorisch formiert. Die Sansculotterie transportierte vielmehr meist die programmatischen Vorstellungen der bürgerlichen politischen Gruppe, die sie dominieren konnte<sup>31</sup>. Ganz deutlich zeigt dies die Wahl zum Bürgermeister der Commune im Herbst 1792, in der der Kandidat der Jakobiner zweimal durchfiel und schließlich mit Chambon ein der Gironde nahestehender Gemäßigter gewählt wurde<sup>32</sup>. Trotz verschiedener Ansätze<sup>33</sup> gelang der Sektionssanscu-

---

27 Vgl. Petersen: *Lebensmittelfrage* S.35

28 Braesch, *op. cit.*, S.129

29 Die Öffentlichkeit des politischen Handelns galt der Sansculotterie als Schutzschild des Volkes. Vgl. Soboul: *Sektionen* S.202 f.

30 Vgl. Marc Bouloiseau: *République jacobine* S.37 ff.

31 Vgl. Rudé: *The Crowd* S.196 f. und 199

32 Die Wahl zeigt auch deutlich die Grenzen der Mobilisierung des Volkes in den Sektionen. Teilweise wurden Munizipalbeamte mit nur 30 Stimmen gewählt. Vgl. Paul Sainte-Claire Deville: *La Commune de l'an II. Vie et mort d'une assemblée révolutionnaire*. Paris 1946. S.23

33 So schuf die Commune am 27. Juli 1792 ein Korrespondenzbüro der 48 Sektionen, aus dem der Sektionsausschuß des 10. August hervorging. Braesch, *op. cit.*, S.131 f. und 230 ff. Der zentrale Sektionsausschuß im erzbischöflichen Palais war der Hauptorganisator des 31. Mai 1793. Markov: *Robespieristen und Jacquesroutins* S. 134 f. Im Juni 1793 gibt es eine

lotterie der Aufbau einer eigenen Organisationsstruktur nicht. Zu den großen journées der Jahre 1792 bis 1794 wurde sie von der jeweils führenden Gruppe in der Kommunalverwaltung formiert. Am 10. August waren es die Männer der zukünftigen Montagneführung um Robespierre, Danton und Marat, ebenso, wie am 31. Mai. Am 5. September war es der clevere Schachzug von Hébert, der Arbeiterdemonstrationen und Versorgungsunruhen vor dem Rathaus in eine "journée" umwandelte<sup>34</sup>. Die mißglückte journée vom 9. Thermidor zur Rettung Robespierres zeigt schließlich den Schlußpunkt einer Entwicklung, die durch die völlige Übernahme der Führung der Sektionen durch die Jakobiner gekennzeichnet ist. Das Ausbleiben detaillierter Anweisungen an die versammelten Sektionsbataillone führte zu ihrer Auflösung<sup>35</sup>. Dem Machtapparat des Jakobinerklubs gelang Schritt um Schritt die Gleichschaltung der sansculottischen Sektionen. Der Ausweichversuch der Sansculotterie nach dem Verbot der Permanenz der Sektionsversammlungen am 9. September, das ihnen den stets präsenten Einfluß auf die Sektionspolitik wegnahm, schlug fehl. Die Sektionsgesellschaften mußten schließlich dem konzentrierten Druck von Jakobinerklub und antihébertistischem Terror der Revolutionsregierung weichen<sup>36</sup>. Die spontanen Aktionen, die aus den Sektionen heraus entwickelt wurden, wie z.B. die Septembermassaker oder Ladenstürme, konnten von der Sansculotterie für ihre eigenen Ziele nicht genutzt werden, sondern wurden vielmehr von anderen politischen Gruppen ausgebeutet.

Die Sektionen wählten als Primärversammlung die Wahlmänner der Pariser Commune. Die Wahlmänner - je drei pro Sektion -

---

Sektionsbewegung, die die Schaffung einer ständigen Kommission aller 48 Sektionen zur Koordinierung der Sektionsarbeit zum Ziel hat. Dies bezeichnet wohl den Höhepunkt der Sektionsaktivitäten für eine eigenständige Organisation. Vgl. Markov/Soboul: Sansculotten. Dok.16. S.82/83

34 Vgl. Louis Jacob: Robespierre und der Hébertismus. In: Markov (Hg.): Robespierre S.184

35 Vgl. Massin: Robespierre S.412 f.

36 Vgl. oben Punkt 2.2

wählten aus ihrer Mitte die Mitglieder des Verwaltungsbüros, die die diversen Aufgaben der Stadtverwaltung, wie Polizei, Finanzen und öffentliche Bauten und Einrichtungen, wahrnahmen. Bürgermeister, Prokurator, zwei Sekretäre und der Kommandant der Nationalgarde wurden direkt gewählt<sup>37</sup>. Für die Lebensmittelversorgungen der Stadt war eine eigene Verwaltungseinheit eingerichtet. Sie nahm in der Politik der Verwaltung eine hervorragende Rolle ein<sup>38</sup>. Besonders nach der Neuformierung der Nationalgarde<sup>39</sup> verfügte die Commune über eine ansehnliche bewaffnete Macht von zunächst 60, später 48 Bataillonen.

Als im Jakobinerklub die Einsicht gereift war, eine politische Veränderung nur durch eine "émeute populaire" erreichen zu können<sup>40</sup>, kamen für diese Aufgabe nur die Sektionen und die Commune von Paris in Betracht. Nur wer die bewaffnete Macht in der Hauptstadt kontrollieren konnte, war in der Lage, einen erfolgreichen Aufstand durchzuführen. Durch die Agitation des Jakobinerklubs wurde ein Sektionsausschuß gebildet, der am 10. August die Kommunalverwaltung absetzte und die aufständische Commune bildete<sup>41</sup>. Unter den führenden Männern der aufständischen Commune waren bedeutende Jakobiner wie Robespierre, Billaud-Varenne und Chaumette<sup>42</sup>.

Nach dem Verständnis Marats und Robespierres war mit dem Volksaufstand der Souverän selbst, geleitet von "sages", in die Ausübung der Regierungsgewalt getreten. Alle staatlichen Autoritäten mußten hinter dem Willen des Souveräns zurücktreten. Die Ver-

---

37 Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.34

38 Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.35 f. und passim

39 In der Folge der Erklärung des Vaterlandes in Gefahr durch die Nationalversammlung am 5. Juli 1792 wurden auch Passivbürger in die Nationalgarde zugelassen. Vgl. Braesch, op. cit., S.124

40 Vgl. oben, Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften

41 Vgl. Braesch, op. cit., S.230 ff.

42 Vgl. Braesch, op. cit., S.272

schwörung der inneren und äußeren Feinde konnte nur mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden. Die in der Tat bedrohliche Lage an der Ostfront steigerte die Agitation in hohem Maße. Verdächtigenlisten wurden aufgestellt, Pässe und Bürgerzeugnisse ausgegeben und kontrolliert und besonders gegen eidverweigernde Priester, die als Verbündete der Konterrevolution galten, vorgegangen<sup>43</sup>. Verhaftungen, Haussuchungen und Beschlagnahmungen von Waffen wurden vom Überwachungsausschuß der Commune mit den Sektionen koordiniert<sup>44</sup>. Hinzu kam der Schock der Belagerung von Verdun als letzter Festung, die dem Feind den Marsch auf Paris verwehrte. Die Commune beschloß, dem Feind ein letztes Aufgebot, bestehend aus Einheiten der Nationalgarde, entgegenzuwerfen<sup>45</sup>. Die Aufheizung der Volksstimmung in den Aufrufen zum letzten entscheidenden Gefecht gegen die inneren und äußeren Feinde trug sicherlich wesentlich zur Übersteigerung des Kampfes in den Septembermassakern bei, die am 2. September von der Sektion Poissonnière organisiert wurden<sup>46</sup>. Angesichts der Massaker und der Bedrohung durch den Feind sah sich die Nationalversammlung gezwungen, die gegen die Commune verhängte Kassierung vom 30. August wieder rückgängig zu machen<sup>47</sup>. Doch die vor allem von Roland und Brissot vorgetragene Gegnerschaft<sup>48</sup> gegenüber der Commune blieb bestehen. Sie war begründet mit der außerordentlichen Machtfülle, die sich die Commune besonders in der Entsendung von Kommissaren in die Departements und die Errichtung eines letztinstanzlichen Revolutionstribunals<sup>49</sup> anmaßte. Dadurch, daß die zukünftige Montagneführung überwiegend in der aufständischen Commune engagiert war, die Gironde den Exekutivrat und die Na-

---

43 Vgl. Braesch, op. cit., S.346 ff.

44 Vgl. Braesch, op. cit., S.372 ff. und 437 ff.

45 Vgl. Braesch, op. cit., S.462 f.

46 Vgl. Braesch, op. cit., S.464 ff. und 483 ff.

47 Vgl. Braesch, op. cit., S.445

48 Vgl. Braesch, op. cit., S.395 ff. und 449

49 Vgl. Braesch, op. cit., S.374 ff. u. Godechot: Les Institutions S.291

tionalversammlung dominierte, wurde die Auseinandersetzung der beiden zukünftigen Konventsgruppen vorgezeichnet. Die Agitation der Gironde in Exekutivrat und Ausschuß der 21 gegen die Maßnahmen der aufständischen Commune wurden von Robespierre und anderen Jakobinern im provisorischen Generalrat mit aller Schärfe beantwortet<sup>50</sup>.

Die Verwirrung bei Ausbruch der Septembermassaker wollte Robespierre offensichtlich zu einem entscheidenden Schlag gegen die Girondins nutzen und sie durch Verhaftung unschädlich machen<sup>51</sup>.

Wie sich besonders im Frühjahr 1793 zeigte, war die Furcht der Gironde vor dem politischen Potential de Commune von Paris, besonders wenn sie von oppositionellen politischen Gruppierungen geführt wurde, nicht unberechtigt. Die Ideologie der unmittelbaren Volkssouveränität, die tief im Denken der Sektionssansculotterie wurzelte<sup>52</sup>, war besonders durch Weckung sozialer Hoffnungen leicht für Umsturzpläne nutzbar. Dies stellte sich auch für die Montagneführung als Problem dar, als die Commune nach dem 2. Juni Ausgangspunkt hébertistischer Agitation wurde<sup>53</sup>. Nur aufgrund des nachhaltigen Greifens des Instrumentariums der außerordentlichen Institutionen der provisorischen revolutionären Regierung im Herbst 1793 gelang der Montagne in der Folge die Ausschaltung des Machtpotentials der Commune.<sup>54</sup> Der letzte Versuch Chaumettes am 14. Frimaire II (4.

---

50 Vgl. Braesch, op. cit., S.440 f.

51 Nachdem Danton das Verhaftungsdekret gegen Roland und Brissot rundweg abgelehnt hatte, wurde bei Brissot eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Vgl. Cl. Perroud (Hg.): J.-P. Brissot. Correspondance et papiers. Paris 1911, S.61

52 Vgl. Soboul: Sektionen S.194 ff. und 199

53 Guzman, dessen Spitzname "Don Tocsinos" einiges über seine agitatorischen Fähigkeiten aussagt, erklärte nach seiner Verhaftung im Frühjahr 1794 retrospektiv, daß der Aufstand vom 31. Mai gegen den gesamten Konvent, auch gegen die Führer der Montagne, Robespierre und Marat, gerichtet war. Vgl. Deville: La Commune de l'an II S.118. Hébert und Chaumette griffen die sansculottischen Forderungen nach ökonomischem und politischem Terror auf und forderten insbesondere die Aufstellung einer sansculottischen Revolutionsarmee, die, mit ambulanten Guillotinen ausgestattet, ein mobiles Terrorinstrument darstellen sollte. Vgl. Deville: La Commune de l'an II S.119 ff.

54 Am 6. September 1793. Vgl. Hampson: Danton S.132



Dezember 1793) durch Zusammenrufen der Überwachungsausschüsse der Sektionen im Rathaus eine handlungsfähige Organisation der politischen Macht der Commune zu schaffen, wurde per Konventsdekret unterbunden. Chaumette fügte sich schließlich und unterstellte sich als Nationalagent bei der Commune der Revolutionsregierung<sup>55</sup>.

Die unbestrittenermaßen große Bedeutung der Commune von Paris und ihrer Sektionen für die Entstehung der außerordentlichen revolutionären Regierung des Jahres II in der Form der Jakobinerdiktatur läßt sich gleichwohl nicht unter den thesenhaften Titel Wallons Werk über den 31. Mai 1793<sup>56</sup> subsumieren. Ebenso wenig wie andere politische Formationen der Zeit, war die Commune ein monolithischer Block. Wie Susanne Petersen am Beispiel der intersektionellen Lebensmittelkommission zeigt, gab es innerhalb der Commune, bis hinab auf Sektionsebene, starke gemäßigte Strömungen<sup>57</sup>, die allerdings eine von der Gironde verschiedene Politik machten, besonders nachdem Roland diskreditiert war<sup>58</sup>. Erst die von der Sektionssansculotterie mit Vehemenz aufgegriffene Versorgungsdebatte im Februar 1793 brachte mit Pache, Chaumette und Hébert die Jakobiner in den Besitz der Ämter des Bürgermeisters, des Prokurators und seines Substituten<sup>59</sup>. Die jakobinische Führung der Commune widmete sich in der Folgezeit den Versorgungsproblemen der Stadt und erlangte so für die Jakobiner insgesamt die Kompetenz in der sozialen Frage. So erklärte Chaumette, die Commune werde die Brot- und Mehlsubventionspraxis beibehalten, um die Agitation der Sektionen über den Vorstoß Garins, eines liberalen Lebensmittelver-

---

55 Vgl. Louis Jacob: Robespierre und der Hébertismus. In: Markov (Hers.): Robespierre S.196 f.

56 Henri Wallon: La Révolution du 31 Mai et le fédéralisme en 1793 ou la France vaincue par la Commune de Paris. 2 Bde. Paris 1886

57 Petersen: Lebensmittelfrage S.134-142

58 Petersen: Lebensmittelfrage S.143-145

59 Der liberale Bürgermeister Chambon trat am 4. Februar 1793 zurück. Die Neuwahlen brachten den Jakobinern einen überwältigenden Sieg ein. Petersen: Lebensmittelfrage S.192 f.



walters der Kommune, der den Brotpreis wegen finanzieller Schwierigkeiten der Stadt an den realen Einkaufspreis des Mehls binden wollte, zu dämpfen<sup>60</sup>. Obwohl selbst die Montagne die Unruhen vom 25. Februar 1793 heftig angriff und als konterrevolutionär denunzierte, reagierte die Commune sehr vorsichtig und verschleppte die polizeilichen Untersuchungen bis in den April, als sich die Wogen des Aufruhrs in den Sektionen geglättet hatten. Die bereits am 27. Februar gebildete Sonderkommission zur Abhilfe der Versorgungskrise war sicherlich ein weiterer wichtiger Beitrag der jakobinischen Kommunalverwaltung, das Klima zwischen Sektionen und Konvent zu entspannen<sup>61</sup>. Angesichts der Niederlagen an der Nordfront im März 1793 gelang es der Commune schließlich, die Aktivitäten der Sektionen auf eine für die Montagne nutzbare, rein politische Ebene zurückzuführen<sup>62</sup>.

Erst nachdem es den der Gironde nahestehenden liberalen Kräften in der Commune nicht gelungen war, ihre Machtbasis auszubauen und als sie nach einer schlecht vorbereiteten Offensive zugunsten der Aufgabe der Pariser Brotsubventionen das Vertrauen vor allem der radikalsansculottischen Sektionen verloren hatten, konnten die Jakobiner allein den politischen Kurs der Commune im Sinne der Montagneführung bestimmen. Durch die hébertistische Stadtführung unter Pache, Chaumette und Hébert erlangte die Montagne indirekt auch die Kompetenz in Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik in den sansculottischen Sektionen<sup>63</sup>. In der jakobinischen Commune entstand jedoch eine neue politische Gruppe, die dem sansculottischen Denken viel näher stand, wenn auch ihre politischen Forderungen letztlich eher machtpolitische Ziele beinhalteten. Nach dem Sieg über

---

<sup>60</sup> vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.191 f.

<sup>61</sup> vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.200

<sup>62</sup> Am 10. März 1793 erklärte die Commune das Vaterland in Gefahr und empfahl den Sektionen das gleiche zu tun. Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.217

<sup>63</sup> Die Commune setzte sich nachhaltig für ein nationales Getreidepreismaximum ein, wenn auch vornehmlich aus verwaltungstechnischen Gründen. Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.228

die Gironde wurde diese neue politische Gruppierung zur Opposition der Revolutionsregierung, die wiederum die Forderungen der Sansculotterie prononcierte. Sie hoffte durch eine Fortsetzung des gewaltsamen Kampfes - vor allem mittels des Terrors - im Ergebnis der Revolution eine Teilhabe an der politischen Macht zu erlangen.

## Kapitel III

### Der Kampf um die Macht und die Verfassung der Republik

Nach dem siegreichen Sturm auf die Tuileries übernahm die aufständische Commune von Paris de facto die Macht in der Stadt. Die ersten Terrormaßnahmen wurden ergriffen: Massenverhaftungen von Verdächtigen und Schaffung revolutionärer Institutionen. Überwachungsausschüsse wurden in den Sektionen eingesetzt, besondere Kommissare beschufen Lebensmittel in den Departements und regelten ihre Verteilung in der Stadt. Haussuchungen und Beschlagnahmungen von Lebensmitteln und Waffen wurden durchgeführt, und am 17. August wurde ein Revolutionstribunal eingerichtet<sup>1</sup>.

Die Maßnahmen der Commune wurden zwar nach Zusammentritt des Konvents wieder aufgehoben, aber sie waren das Vorbild für die Terrorinstitutionen des Jahres 1793<sup>2</sup>. Die Lynchjustiz der Septembermassaker kann gewiß als der - vielleicht in dieser Form unbeabsichtigte - Kulminationspunkt der ersten Terrorwelle angesehen werden. Marats Agitation im "Ami du peuple" konnte hier ihren ersten großen Erfolg verbuchen. Seine Vorstellungen flossen unmittelbar in die Agitation der "patriotischen" revolutionären Presse und die Aktivitäten der Klubs und Gesellschaften ein. Die "Patrioten" wurden zunehmend zum Überwachungsorgan von Parlamentariern und Regierung mit der Aufgabe, Verfehlungen und "Verbrechen" zu ahnden. Besonders in sich selbst aber sah Marat den "sage", der es übernommen hatte, den Gang der Revolution zu steuern<sup>3</sup>. Darin folgte

---

<sup>1</sup> Vgl. oben und Jacques Godechot: Les institutions de la France S.291

<sup>2</sup> Vgl. Godechot: Les institutions S.291

<sup>3</sup> Vgl. Kessler: Terreur S.24 ff.

ihm schließlich Robespierre, der meinte, wer sich gegen ihn stellte, wäre gegen das Gemeinwohl<sup>4</sup>. Die Terrorakte der Septemberbrisen erfolgten zunächst noch spontan, aber die "sages" der Führungsgruppe der Montagne steuerten in zunehmendem Maße die "Gerechtigkeit" des Volkes und ließen es nicht eher ruhen, bis das Ziel der Revolution erreicht war<sup>5</sup>.

Das theoretische System des Terrors reichte von der Statuierung von Exempeln bis zur physischen Vernichtung aller "fripons"<sup>6</sup>. Die Einschüchterung des Gegners durch die Statuierung von Exempeln stand sicherlich in den Erwägungen der Führungsgruppe der Montagne während des Kampfes gegen Hof und Gironde im Vordergrund. Marat spielte geradezu mit diesem Drohmittel in seinen Publikationen im "Ami du peuple"<sup>7</sup>. Im Herbst 1793 wurde das Ziel der Gewaltanwendung in zunehmendem Maße die physische Vernichtung aller Gegner. Die Agitation der Hébertisten und der Bürgerkrieg mochten zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Saint-Just forderte in seiner Rede am 10. Oktober 1793, nicht nur Schuldige, sondern auch Gleichgültige zu verfolgen<sup>8</sup>. Diese Interpretation in der Anwendung der Zwangsgewalt wurde 1794 zum "Common Sense" der revolutionären Führungsgruppe. Selbst ein Mann wie Couthon, der gegen die brutale Terrorpraxis einiger Konventskommissare, wie Carrier, vorging und selbst sehr umsichtig im Umgang mit der Zwangsgewalt war<sup>9</sup>, meinte: "Les délais pour punir les ennemis de la Patrie ne doivent être que le temps de les reconnaître. Il s'agit moins de les punir que de les anéantir. Il n'est pas question de donner quel-

---

4 AP Bd.52, S.132-135

5 Vgl. Kessler, op. cit., S.25 f.

6 Vgl. Kessler, op. cit., S.44 ff., 93 ff., 98 ff.

7 Vgl. Kessler, op. cit., S.20 ff. und 43 f.

8 So forderte Saint-Just am 10. Oktober 1793, auch die Gleichgültigen zu bestrafen. Saint-Just, *Théorie politique* S.233

9 Dies zeigt deutlich seine maßvolle Haltung als Konventskommissar bei der Rückeroberung Lyons im Oktober 1793. Vgl. Albert Soboul: Georges Couthon. In: AHRF, No.252 (1983), S.215 f. und 219 ff.

ques exemples, mais d'exterminer les implacables satellites de la tyrannie ou de périr avec la République."<sup>10</sup> Diese Terrorkonzeption floß schließlich in das Gesetz vom 22. Prairial II (10. Juni 1794) ein, wonach jedes irgendgeartete Fehlverhalten, besonders von Verwaltungsfunktionären und Armeelieferanten, mit dem Tod bedroht wurde. Jegliche Opposition gegen die Revolutionsregierung in Tat, Wort und Schrift wurde zum Hochverrat an der Republik erklärt. Die Rechtsfindungsprozedur wurde auf Anklageerhebung, Geschworenenspruch - evtl. nach Hörung von Belastungszeugen - und Urteilsspruch vereinfacht<sup>11</sup>. In der Revolution, die als eine Abfolge von Verschwörungen begriffen wurde<sup>12</sup>, sollten alle Feinde des Volkes ausgerottet werden. Das Problem der unschuldig Verfolgten hatte Marat schon geklärt: Der Quantität der unschuldigen Opfer setzte er die Quantität der durch die Volksfeinde Bedrohten, nämlich alle Patrioten, entgegen. Der zu seinen Gunsten ausfallende Zahlenvergleich war für ihn Rechtfertigung genug<sup>13</sup>.

Die Steigerung des Terrors bis über den 9. Thermidor hinaus vollzog sich aber nicht gleichmäßig, sondern in Wellen<sup>14</sup>. Das Abebben der ersten Terrorwelle der Pariser Commune ist sicherlich auf den Erfolg der girondistischen Offensive gegen die Politik der Commune im Herbst 1792 zurückzuführen. Aber auch nach der Schaffung der ersten Terrororgane des Konvents im März 1793 nimmt

---

10 Albert Soboul: Georges Couthon. In: AHRF No.252 S.222

11 Vgl. Walter Grab (Hg.): Die Französische Revolution. S.224-227

12 Georges Couthon. Nach Soboul: Georges Couthon S.222

13 Vgl. Kessler, op. cit., S.39

14 Vgl. hierzu die Untersuchung von Greer, die anhand der Urteilstvollstreckungen und ihrer geographischen, chronologischen und demographischen Verteilung eine sehr gute Übersicht gibt. Seine soziale Zuordnung ist allerdings insofern nicht ganz unproblematisch (vor allem Anhang S.155-160), weil er nach Berufsbezeichnungen Klassenzuordnungen vornimmt, so daß Händler meist in der "Lower Middle Class", Handwerker in der "Working Class" angesiedelt werden. Dies muß deshalb als problematisch angesehen werden, weil die Berufsbezeichnung als reine Standesbezeichnung über den sozialen Status etwa eines erfolgreichen Schmiedes oder eines kleinen Händlers keinen Aufschluß gibt. Die chronologische Abfolge wird jedoch vor allem aus den Tafeln auf S.165 und 166 deutlich. Donald Greer: The Incidence of the Terror during the French Revolution. Gloucester, Mass. 1966

die Zahl der Hinrichtungen nach einem ersten Höhepunkt vor allem im Bürgerkriegsgebiet der Vendée im Sommer 1793 rapide ab. Von Oktober 1793 bis Januar 1794 folgt dann ein neuer Schub mit anschließendem deutlichen Rückgang, wiederum mit einem Schwerpunkt in den Bürgerkriegsgebieten. Den Letzten Höhepunkt erreicht diese Entwicklung in den Monaten April bis Juli 1794 mit einer Spitze im Juli und einem starken Abfallen im August<sup>15</sup>. Zum einen Teil mag dieser Wechsel in der Terrorpraxis darauf zurückzuführen sein, daß sich sein primäres Ziel, durch Bestrafung oder wenigstens Ausschaltung einiger weniger Schuldiger, die den Fortgang der Revolution hemmten, die Gesamtentwicklung zum positiven zu wenden, als Illusion erwies. Der -jedenfalls dem Anspruch nach - durch eine "émeute populaire" erkämpfte Sieg über die Gironde beendete die Friktionen nicht. Neben Vendée und Lyon schufen die Koalitionstruppen mit ihrem zwar langsamen, aber erfolgreichen Vormarsch und die Hébertisten und die "enragés" eine Situation, die äußerste Anstrengungen erforderte. Nach der siegreichen Beendigung des Bürgerkrieges bedrohten die "Faktionen" die Einheit der Revolution. Die Widersprüchlichkeit des Ordnungsprinzips des Terrors trat hier zutage. Er war nicht nur als Mittel der Zwangsgewalt ein außerordentliches Instrument der Krisenbewältigung, sondern in zunehmendem Maße ein ideologisches Grundprinzip, dessen Ziel aber in wachsendem Maße unreal wurde.

---

<sup>15</sup> The Incidence of the Terror S.112-128 und S.165 f.



## Das Scheitern der Gironde, September 1792 bis Mai 1793

Der Parlamentskampf dieser Phase erscheint nicht nur im Hinblick auf die Aufgabe des Konvents, eine neue Verfassung zu schaffen, als Auseinandersetzung um die Herrschaftsprinzipien des neu zu schaffenden politischen Systems. Alle provisorischen Maßnahmen, die der Konvent zu ergreifen gezwungen war, schufen de facto ad hoc Ordnungskriterien, die durch die Herrschaftspraxis ein Gewohnheitsrecht etablierten, das eine gewisse Vorentscheidung für die verfassungsmäßige Gestaltung der Herrschaft beinhaltete.

Wie oben gezeigt<sup>1</sup>, ging es in der Auseinandersetzung zwischen Montagne und Gironde nicht so sehr um das Prinzip der außerordentlichen Ausübung der Staatsgewalt, als vielmehr um ihre institutionelle Organisation. Die Gironde hatte zunächst die Entscheidungskompetenz im Konvent und damit die Mehrheit. Es gelang ihr im Laufe des Herbstes 1792, wichtige Vorentscheidungen parlamentarisch durchzusetzen. Sowohl die Machtusurpation durch die Pariser Commune konnte eingedämmt, als auch das girondistische Wirtschaftsprogramm durchgesetzt werden<sup>2</sup>. Der entscheidende Wendepunkt war nicht so sehr der Königsprozeß, obwohl die Haltung und die Forderungen bedeutender Führer der Gironde später Anklagepunkte gegen sie abgaben<sup>3</sup>, sondern die Krise im Februar und im März 1793. Wie die Untersuchung von Patrick zeigt, hatte die Abstimmung im Königsprozeß alle politischen Gruppen in sich gespalten, auch wenn die Führungsgruppen jeweils klare Positionen bezogen hatten<sup>4</sup>.

---

<sup>1</sup> Vgl. Besonders Kap. II, Die Gironde

<sup>2</sup> indem am 8. Dezember 1792 die Handelsfreiheit dekretiert wurde. AP Bd. 54, S. 687

<sup>3</sup> besonders die geplante Volksbefragung zum Urteil über Louis Capet und die Forderung, die Vollstreckung des Urteils auszusetzen. Vgl. Patrick: *The men of the first French Republic*, S. 55-67

<sup>4</sup> Fast ein Drittel der Abgeordneten, die später mit Girondins bezeichnet werden, hatten sich für "strenge Bestrafung" ausgesprochen. Vgl. Patrick: *The Men of the First French Republic*

Das Ausbrechen der Versorgungsunruhen in Paris, zeitgleich mit der Notwendigkeit, 300.000<sup>5</sup> Mann für die Front auszuheben, zeigte die Schwäche der Machtbasis der Gironde auf. Dadurch, daß sie die Exekutive und den seit 1. Januar 1793 bestehenden Verteidigungsausschuß<sup>6</sup> beherrschte, fiel die Hauptverantwortung auf sie zurück<sup>7</sup>. Das Scheitern des Versuchs, im Herbst 1792 die Exekutive mit einem der nationalen Lage angepaßten außerordentlichen Machtinstrumentarium auszustatten, schlug für das politische Prestige der Gironde ebenso sehr zu Buche, wie die Demissionierung Rolands<sup>8</sup>. Unter dem Eindruck der Agitation, der an die Front abrückenden Sektionskontingente, die Danton geschickt in die Vision einer Neuauflage der Septembermassaker umzufunktionieren wußte<sup>9</sup>, gewann die Montagne mit ihrer "patriotischen" Alternative der zu schaffenden außerordentlichen Institutionen die Oberhand im Konvent.

Sicherlich war einer der Gründe für die Erfolglosigkeit der Politik der Gironde, daß Planung und Zeitabstimmung nicht immer günstig gewählt waren. In ihrer Kriegspolitik unterschieden sie sich darin kaum von den anderen Konventsgruppen, die sich z.B. von patriotischen Gesellschaften in England Unterstützung im Kampf gegen die Regierung Pitt erhofften<sup>10</sup>.

Aufgrund ihrer exponierten Lage als regierende Gruppe fielen jedoch die militärischen Mißerfolge und der Verrat von Dumouriez

---

S.96

5 Konventsbeschluß vom 24. Februar 1793. AP Bd.59, S.169

6 Godechot: Les institutions S.295 f. und Bouloiseau: République S.61

7 Das Einkaufsdirektorium im Exekutivrat hatte einen Großteil der staatlichen Entscheidungskompetenz in der Wirtschaftspolitik an sich gerissen und der Gironde dadurch die Verantwortung für die Versorgung aufgebürdet. Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.127 ff.

8 Vgl. oben, dass.

9 Vgl. Konventsdebatte vom 10. März 1793. AP Bd.60, S.57-63

10 Vgl. z.B. Empfang der Abordnung der "Society for Constitutional Information" am 28. November 1792. AP Bd.53, S.635 ff. Robespierre kritisiert am 10. März 1793 ausdrücklich den Fehlschlag dieser Hoffnungen. AP Bd. 60, S.56

auf sie zurück<sup>11</sup>. Bedeutender für ihre Niederlage im politischen Kampf war aber, daß sie es versäumte, die Führungsgruppe der Montagne an deren Reibungspunkten zu spalten. Statt den ehemaligen Justizminister Danton<sup>12</sup> für ihre Politik zu gewinnen, griff sie ihn heftig an<sup>13</sup>. Ihre Bestrebungen, den Konvent mit einer Föderiertengarde zu umgeben<sup>14</sup>, riefen nicht nur Erinnerungen an die Militärpolitik Lafayettes und der königlichen Exekutive wach, sondern ließen auch völlig außer acht, daß die Beziehungen des Jakobinerklubs zu den Föderierten Tradition hatten<sup>15</sup>. Als sie im März 1793 weder zu den Forderungen der Montagne eine neue Alternative anzubieten hatte, noch die Konsequenz zog, die exponierten Stellen in Exekutive und Verteidigungsausschuß dem politischen Gegner zu überlassen, um sich selbst aus dem Kreuzfeuer der Kritik zu nehmen, verlor die Gironde die Initiative und die politische Handlungsfreiheit. Durch ihren Frontalangriff auf die Machtzentren der Montagne im April und Mai 1793 löste sie selbst den Kampf mit allen Mitteln aus, für den die Organisationsstruktur der Jakobiner, deren sich die Führungsgruppe der Montagne bedienen konnte, besser gerüstet war. Das Anklagedekret gegen Marat<sup>16</sup> war alleine deshalb eine wenig erfolgversprechende Taktik, weil die Verhandlung vor der Institution<sup>17</sup> stattfinden mußte, die von der Gironde am heftigsten bekämpft wurde und die ihre Existenz im Prinzip der Volksjustizvorstellung des Angeklagten verdankte. Mit der Verhaftung von gewählten Vertretern der Commune durch den von der Gironde eingesetzten Zwölferaus-

---

11 Marat konstruierte in seinem Rundschreiben an die affilierten Gesellschaften des Jakobinerklubs daraus eine konterrevolutionäre Verschwörung von Dumouriez und der Gironde. Aulard: *La Société des Jacobins* Bd.5, S.126-128

12 der in der Organisation der Regierung ganz ähnliche Vorstellungen hatte und im Prinzip den Ausgleich suchte. Vgl. oben Kap. I, Danton's "populärer" Terror

13 Im Herbst 1792 wegen seiner nicht belegten Geheimausgaben als Minister und seiner gleichgültigen Haltung gegenüber den Septembermassakern. Im April 1793 warfen sie ihm seine Beziehung zu Dumouriez vor. Vgl. Hampson: Danton S.84 und S.107 ff.

14 Vgl. oben, Kap. II, Die Gironde

15 Vgl. oben, Kapitel II, Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften

16 SP Bd.61, S.643

17 dem am 10. März 1793 geschaffenen Revolutionstribunal

schuß wurde genau das Mittel eingesetzt, mit dem nach den Vorstellungen der Jakobinerführung die Gironde ausgeschaltet werden sollte<sup>18</sup>. Auch mit den Aktivitäten bewaffneter Straßendemonstrationen<sup>19</sup> begab sich die Gironde auf Terrain, das vom Jakobinerklub viel besser beherrscht wurde. Durch die offene Rebellion in Lyon und den Großstädten im Süden und im Westen nach dem Verlust jeglichen Einflusses auf die Zentralregierung stellten sich die Führer der Gironde in eine Linie mit den Rebellen der Vendée<sup>20</sup>.

Die Erfolge der Montagneführung basierten auf ihrer Fähigkeit, die militärische Lage, die Versorgungskrise und den Bürgerkrieg als ein einziges Problem darzustellen. Eine mächtige Verschwörung von Volksfeinden war für die Lage Frankreichs verantwortlich. Die regierende Gironde war mitschuldig<sup>21</sup>. Solch eklatante Mißgriffe, wie die Brandrede Isnards gegen Paris<sup>22</sup>, die an das Manifest des Herzogs von Braunschweig erinnerte, trugen gewiß nicht zur Entkräftung dieses Vorwurfs bei. Dadurch, daß der Konvent wegen der Märzkrise zu raschem und umfassendem Handeln gezwungen, die Gironde als bislang in der Regierungsverantwortung kompromittiert war, konnte die Montagne im März und April einen wesentlichen Teil ihrer Forderungen nach revolutionärer Machtkonzentration durchsetzen. Dies wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie in der Form von kaum verhohlenen drohenden Petitionen der Sektion lanciert wurden.

---

18 Dieses Ziel hatte Augustin Robespierre für die Jakobiner formuliert. Aulard: *La Société des jacobins* Bd.5, S.125

19 Am 27. Mai 1793 hatte die Gironde offensichtlich versucht, militärische Macht in Teilen der Nationalgarde für sich zu organisieren. Vgl. AP Bd. 65, S.382 f. und 387

20 So wurde z.B. Gorsas auch als erkannter Rebell nach einfacher Identitätsfeststellung durch Fouquier-Tinville am 7.Oktober 1793 exekutiert. Alle flüchtigen Girondins waren am 28. Juli 1793 für gesetzlos erklärt worden. Vgl. Pierre Labracherie: *Fouquier-Tinville. Accusateur public*. Paris 1961, S.134

21 Dies war die offizielle Sprachregelung der Jakobiner nach Marats Rundschreiben vom 5. April. Vgl. oben Anm. 11

22 als Antwort auf eine drohende Petition des Generalrates der Commune von Paris, die sich für im Aufstand befindlich erklärt hatte, hin. Die Petitionäre forderten eine Verfolgung der "Agenten Pitts" im Konvent durch das Revolutionstribunal. Darauf Isnard: "Je vous declare au nom de la France entière, Paris serait anéanti ..." Am 25. Mai 1793. AP Bd.65, S.319 f.

Eine der bedeutenden revolutionären Institutionen war die große Mission von 82 Konventskommissaren am 9. März 1793, deren Hauptaufgabe die Durchführung der Aushebung der 300.000 war, die zwar mit provisorischer, aber unbegrenzter Vollmacht ausgestattet waren<sup>23</sup>. Die Institution an sich war nicht neu, sondern ging auf einen von der Konstituante geschaffenen Präzedenzfall zurück<sup>24</sup>. Der Konvent hatte sich von September 1792 an im Bedarfsfall dieses Instrumentes bedient. Die Einrichtung der Kommissare oder Agenten war ein grundsätzliches Mittel der Verbindungsaufnahme und der Kommunikation in der französischen Verwaltung. Auch der provisorische Exekutivrat<sup>25</sup>, die Commune<sup>26</sup> und der Sicherheitsausschuß<sup>27</sup> setzten ebenfalls Kommissare und Agenten ein. Sie hatten oft unabhängig voneinander gleiche Aufgabenbereiche im selben geographischen Raum, allerdings mit ganz unterschiedlicher Kompetenz<sup>28</sup>. Die vorrangigste Aufgabe der Konventskommissare war die Herstellung der Kampfkraft der Armeen durch Regelung und Überwachung der Logistik, Hebung der Kampfmoral der Truppe und Überwachung des Offizierskorps, besonders der Generalität<sup>29</sup>. Durch die Bürgerkriegssituation und die Notwendigkeit extensiver Truppenaufstellungen wurden die Konventskommissare auch zunehmend in die Departe-

---

23 Gerade die unbegrenzten Vollmachten der Konventskommissare stießen auf den hartnäckigen, mit der Angst vor einer Militärdiktatur begründeten Widerstand der Girondins. Vgl. Einwand von Birotteau in der Debatte über den Bericht des Wohlfahrtsausschusses bezüglich der Tätigkeit der Konventskommissare. AP Bd.61, S.478 f.

24 Im Oktober 1792 hatte die Konstituante 6 Kommissare ernannt, die zusammen mit königlichen Kommissaren die Herstellung von 800 Mio. Assignaten überwachen sollten. Das Prinzip der Gewaltenteilung war, zumindest im Anspruch, dadurch allerdings noch nicht durchbrochen, weil alle Finanzangelegenheiten als im Kompetenzbereich der Legislative liegend galten. Vgl. Aulard (Hg.): *Recueil des actes du Comité de salut public*. Bd.1 S.LIV f. Anm.2

25 Besonders das Außenministerium unterhielt ein aus seinem Geheimfonds bezahltes Agentennetz. Aber auch die anderen Ministerien entsandten Agenten. Vgl. Henri Wallon: *Les représentants du peuple en mission et la justice révolutionnaire dans les départements en l'an II*. 4 Bde. Paris 1889/1890. Bd.1 S.440ff.; Bd.4 S.438 ff. und Bouloiseau: *République jacobine* S.23 f. und 61

26 Vgl. Godechot: *Les institutions* S.291

27 Vgl. Wallon, op. cit., Bd.1 S.64

28 Vgl. Wallon, op. cit., Bd.1 S.440 ff. und Hampson: *Danton* S.126

29 Vgl. Wallon, op. cit., Bd.4 S.422; Bouloiseau: *République jacobine* S.23 f.



ments entsandt. Sie konnten alle Maßnahmen treffen, die sie zur Durchführung ihrer Aufgaben für notwendig erachteten<sup>30</sup>, waren aber gegenüber dem Konvent verantwortlich und hatten regelmäßig Berichte zu erstatten<sup>31</sup>. In Bürgerkriegsgebieten und an der Front konnten sie durch die Einrichtung von Standgerichten unmittelbaren Einfluß auf die revolutionäre Justiz ausüben, die sich gegenüber Rebellen und Emigranten auf die Identitätsfeststellung beschränkte<sup>32</sup>.

Mit der Einrichtung des Wohlfahrtsausschusses<sup>33</sup>, dessen erste Aufgabe - auf die er nach dem 9. Thermidor auch wieder reduziert wurde - die Korrespondenz mit den Konventskommissaren war, konnte die Information der Missionsträger koordiniert werden. Dem Wohlfahrtsausschuß war so die Überwachung der Verwaltung auf allen Ebenen möglich.

Die Überwachungsausschüsse, die für alle Verwaltungsebenen laut Dekret vom 21. März 1793 einzurichten waren<sup>34</sup>, wurden zum Rückgrat der revolutionären Regierung. Ihre vordringliche Aufgabe war zunächst die Überwachung der Fremden<sup>35</sup> und die Ausstellung von Bürgerzeugnissen<sup>36</sup>. Im Frühjahr 1793 war zwar ihre Aktivität

---

30 ebd.

31 AP Bd.61, S. 449

32 die mit der Waffe in der Hand angetroffen wurden oder außerhalb des Gesetzes erklärt worden waren. Bouloiseau: République jacobine S.102.

33 Der erste außerordentliche Parlamentsausschuß war von der Nationalversammlung am 6. März 1792 geschaffen worden, um Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung vorzuschlagen. Der Ausschuß wurde "Comité des Douze" benannt. Vgl. Aulard: Actes du Comité de salut public. Bd.1, S.XLVII. Die unmittelbare Vorgängerinstitution des Wohlfahrtsausschusses war der allgemeine Verteidigungsausschuß, am 1. Januar 1793 eingesetzt, der schließlich von dem mit mehr Machtbefugnissen ausgestatteten Wohlfahrtsausschuß am 9. April 1793 abgelöst wurde. Vgl. Godechot: Les institutions S.295 f.

34 AP Bd.60, S.386 ff.

35 Sirich: The Revolutionary Committees S.9 ff.

36 Laut Dekret vom 22. März 1793 wurden die Bürgerzeugnisse formal von den Gemeindebehörden ausgestellt. AP Bd.60, S.456-458. In der Praxis wurde die Durchführung aber entweder von der Kommunalverwaltung auf die Ausschüsse übertragen, oder die Ausschüsse rissen dieses Recht an sich. Am 20. September 1793 erhielten die Ausschüsse schließlich offiziell die Aufgabe, besondere Bürgerzeugnisse, die als eine Art Paß für alle Bürger Frankreichs obligatorisch wurden, auszustellen. Vgl. Sirich: The Revolutionary Committees



vor allem auf dem Land sehr gering - die meisten hatten die wenigen Fremden sehr rasch überprüft -, aber in den inneren Auseinandersetzungen Frankreichs im Sommer und im Herbst 1793 wurden sie als Anlaufstelle und Vollstreckungsorgan der Konventskommissare immer bedeutender. Da das erforderliche Quorum von 10 % in den Primärversammlungen auf dem Land fast nie erreicht wurde, entstanden die meisten Überwachungsausschüsse entweder aus Eigeninitiative oder Eingreifen der Konventskommissare aus den Volksgesellschaften heraus. häufig beauftragte der Konventskommissar die Volksgesellschaft einfach mit der Bildung eines Überwachungsausschusses. Nicht selten übernahm die Volksgesellschaft einfach die Arbeit des Überwachungsausschusses<sup>37</sup>. Damit war überall dort, wo die Gironde nicht den unmittelbaren Einfluß auf die Überwachungsausschüsse gewinnen konnte<sup>38</sup>, eine Kombination aus dem Filialnetz des Jakobinerklubs und den revolutionären Institutionen entstanden. Vor allem die wirklich aktiven Überwachungsausschüsse waren über die Volksgesellschaft sowohl dem Informationsnetz des Jakobinerklubs angeschlossen als auch dem der Verwaltung. Die Führungsgruppe der Montagne hatte so neben dem Einfluß auf die Sektionen und auf die Commune von Paris ein zweites Standbein in der Verwaltung. Dies trug wesentlich zu ihrem Sieg auch in den Departements im Sommer 1793 bei. Der Einfluß der Gironde blieb wohl im wesentlichen auf die Städte mit einem starken Machtanteil der Handelsbourgeoisie beschränkt<sup>39</sup>.

Der Montagne gelang im Frühjahr 1793 die Schaffung einer Machtbasis, die potentiell das ganze Land beherrschte und mehr und mehr in der Verwaltung Schlüsselpositionen einnehmen konnte. Die

---

S.91 ff.

37 Vgl. Sirich: *The Revolutionary Committees* S.19 ff. und 25 ff.

38 Vgl. oben Kap. II, Die Gironde

39 In diesem Sinne scheint mir Robespierres Einschätzung, daß die Bourgeoisie der Hauptgegner sei (Tagebuchnotiz im Mai/Juni 1793), zu interpretieren zu sein. Als ökonomischen Klassenfeind hat er sie aufgrund seiner Ideologie wohl kaum gesehen. Vgl. Soboul: *Die große Französische Revolution* S.290 f.

sozialen Hoffnungen der Sansculotterie macht sie sich dadurch zunutze, daß sie die Revolution für nicht beendet erklärte und der Gironde die Schuld an allen Fehlentwicklungen zuwies. Gemäß ihrem faktischen Plan organisierten der Jakobinerklub und die Commune den Sektionsaufstand vom 31. Mai, der jedoch lediglich die Legitimation für die militärische Aktion der Nationalgarde unter dem Kommando des Jakobiners Hanriot am 2. Juni abgab<sup>40</sup>. Der Kampf der Gironde um eine gewaltenteilige Verfassung auch im Einsatz der Zwangsgewalt war nach dem April 1793 durch die Eigendynamik der Kombination der Institutionen, Konventskommissare mit unbeschränkten Vollmachten, Überwachungsausschüsse und Revolutionstribunal<sup>41</sup> ein Nachhutgefecht. Dem schließlich von den Jakobinern organisierten Druck der Straße, dem der Konvent im März und Mai 1793 ausgesetzt war, konnte er alleine deshalb nichts vergleichbares entgegensetzen, weil die von der Gironde im Herbst 1792 vorgeschlagenen außerordentlichen Vollmachten für die Exekutive nicht in Kraft gesetzt worden waren und die einzige organisierte bewaffnete Macht in Paris, die Nationalgarde, von der jakobinisch beherrschten Commune kontrolliert wurde.

---

40 vgl. Hampson: Danton S.113-115

41 Das zwar noch nicht, wie 1794, zum nationalen Standgericht wurde, aber immerhin politische Verbrechen ohne Berufungsmöglichkeit aburteilen sollte. Vgl. Henri Wallon: *Le Tribunal révolutionnaire 10 mars 1793 - 31 mai 1795*. 2 Bde. Paris 1889-1900. Bd.1 S.9 f.

## Das Junctim: Terror und Krieg - Frieden und Verfassung, Juni bis November 1793

Nach dem Sieg über die Gironde erhofften die Sansculotten ihr Ziel dauerhafter Verbesserung der Lebensbedingungen verwirklichen zu können. Immerhin hatten sie wesentlich zum Gelingen des 2. Juni beigetragen, wenn auch der entscheidende Schlag gegen den Konvent von einer besoldeten Truppe geführt wurde<sup>1</sup>. Seit dem 9. März 1793 hatten sich die Aktionen der Sektionssansculotterie eindeutig gegen die Gironde gerichtet<sup>2</sup>. Der Aufforderung Augustin Robespierres und Dantons<sup>3</sup> war am 15. April 1793 Folge geleistet und in einer Petition der Ausschluß von 22 führenden Girondins gefordert worden<sup>4</sup>. Im Mai schließlich hatten sansculottische Sektionen, Commune und Jakobinerklub Seite an Seite gekämpft. Selbst der militante Jacques Roux hatte die von der Montagneführung im Jakobinerklub abgesteckte politische Priorität akzeptiert und "Burgfrieden" gewahrt<sup>5</sup>. Nach dem 2. Juni sollte aber in den Augen der sansculottischen Avant-Garde der Kredit, den die Montagne vom Volk erhalten hatte, eingelöst werden. Besonders Jacques Roux, der im zentralen Revolutionskomitee im erzbischöflichen Palais saß, pronuncierte den politischen Willen der Sansculotten. Er entwickelte die Utopie einer Republik, in der die Ausbeutung der Unterklasse durch staatliche Sozialmaßnahmen und Erziehung in ihrer Auswirkung auf die Existenzgrundlagen gemildert werden sollte. Zu diesem Zweck und zu einer möglichst schnellen,

---

1 Das zentrale Revolutionskomitee im erzbischöflichen Palais hatte Hanriot zum Kommandanten der Nationalgarde ernannt und ihn mit der Aushebung von 20.000 Mann in den Sektionen zu einem Sold von 40 sous am Tag beauftragt. Vgl. Rudé: *The Crowd* S.122

2 Die Druckereien und Büros der girondistischen Zeitungen, vor allem Brissots "Patriote français" und Gorsas "Courrier" waren am 9. März verwüstet worden. Vgl. Sydenham: *Girondins* S.153 f.

3 Vgl. oben, Kap. II, Der Jakobinerklub und seine affilierten Gesellschaften, Anm. 49

4 Seit Mitte April unterstützten 35 der 48 Sektionen die Politik der Montagne und brachten die Petitionen ein. Vgl. Sydenham: *Girondins* S.166 und Rudé: *The Crowd* S.120

5 Vgl. Markov: *Robespieristen und Jacquesrouxins* S.130 f.

vorteilhaften Beendung des Krieges sollte die Bestrafung der Verräter und vor allem der ökonomische Terror gegen die "accapareurs" dienen<sup>6</sup>.

Diese Sichtweise wurde auch in den Sektionen vertreten, die sich anschickten, die Artikulation ihres politischen Willens zu organisieren. Das zentrale Revolutionskomitee im erzbischöflichen Palais sollte nach den Vorstellungen der Sektion Halle au Blé zu einer Dauereinrichtung werden, das die Arbeit der Überwachungsausschüsse der Sektionen von der Basis her koordiniert<sup>7</sup>. Ganz ähnliche Vorstellungen entwickelte die Sektion Lombards in einem Rundschreiben an alle Sektionen<sup>8</sup>. Die Petition Jacques Roux' zur Verfassung vom 25. Juni 1793, die den Schutz von Republik und Freiheit der Sansculotterie übertragen wollte - mit deutlich drohendem Unterton gegen die Reichen, die das Volk aushungern - faßte die Forderungen der radikalen Sansculotterie wohl am klarsten zusammen<sup>9</sup>.

Die Bewegung der *enragés* als Speerspitze der radikalen Sansculotterie mußte allein deshalb bedrohlich erscheinen, weil sie durch Agitation in den Sektionen vorbereitet, vom Generalrat der Commune und sogar vom Jakobinerklub beim ersten Verlesen nicht

---

6 Vgl. Markov: Robespieristen und Jacquesrouxins S.132-135. In einer beeindruckenden Studie hat Walter Markov trotz der beinahe unüberwindlichen Schwierigkeiten der Quellenlage (vgl. Markov: Jacques Roux oder vom Elend der Biographie. Berlin 1966) Leben und Wirken dieses radikalen Sansculotten rekonstruiert. In einem im ganzen gelungenen Balanceakt zwischen historischer Untersuchung und biographischer Literatur hat er die menschliche Tragik dieses in der Historiographie eher beiläufig oder abwertend erwähnten "roten Priesters" faßbar gemacht. Die Studie öffnet in ihrer Breite den Blick für das Dilemma, in dem sich die sansculottischen Revolutionäre befanden angesichts der übermächtigen Strukturen jakobinischer Machtsicherung. Vgl. Walter Markov: Die Freiheiten des Priesters Roux. Berlin 1967.

7 Vgl. Markov/Soboul: Sansculotten. Dok.13. Beschluß vom 4. Juni 1793 S.76/77

8 Vgl. Markov /Soboul: Sansculotten. Dok 16 S.82/83

9 Roux richtete die Petition explizit an die Montagne. Der Konvent reagierte heftig. Das Wort wurde ihm entzogen. Robespierre bezog scharf Stellung gegen die "perfide" Agitation Roux'. Nachdem ausdrücklich festgestellt wurde, daß die Petition die Roux verlesen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Sektion Gravilliers und des Cordelierklubs gefunden hatte, ging der Konvent zur Tagesordnung über. Vgl. AP Bd.67, S.458/459

rundweg abgelehnt worden war<sup>10</sup>. Die Montagne setzte gegen diese schwer abschätzbare Bewegung ihren Machtapparat ein. Am 30. Juni 1793 zwang eine Delegation des Jakobinerklubs die Cordeliers, den "enragés" jegliche Unterstützung zu entziehen. Gegen Jacques Roux wurde eine Diffamierungskampagne geführt<sup>11</sup>. Der Revolutionsausschuß der Sektionen im erzbischöflichen Palais wurde von Chaumette in den Wohlfahrtsausschuß des Pariser Departements überführt und dadurch als mögliche zentrale sansculottische Basisorganisation ausgeschaltet<sup>12</sup>. Die Volksgesellschaften, deren Aufgabe es war, die Meinungsbildung des Volkes im jakobinischen Sinne zu leisten, wurden zum offiziellen Organ des Staates<sup>13</sup>.

Trotz der Maßnahmen der Montagne gegen die militante Sansculotterie beruhigte sich die Lage in Paris nicht. Zur Steigerung der Inflationsrate<sup>14</sup> kamen noch die den sansculottischen Interessen zuwiderlaufenden Getreidekaufpraktiken der Commune<sup>15</sup> hinzu, die über dem Preis des 1. Maximums vom 4. Mai 1793 einkaufte<sup>16</sup>.

Für die Montagneführung als viel gefährlicher erwies sich jedoch die in der Kommunalverwaltung sitzende Gruppe der Hébertisten, die ihre erste Offensive am 5. August 1793 vortrugen.

---

10 Vgl. Markov: Robespieristen und Jacquesroutins S.136 ff.

11 Vgl. Markov: Robespieristen und Jacquesroutins S.145/146

12 Vgl. Markov: Robespieristen und Jacquesroutins S.136

13 Am 19. Juli 1793 stellte der Konvent jede Behinderung der Arbeit der Volksgesellschaften durch Personen oder Behörden als Anschlag gegen die Freiheit unter Strafe. Vgl. Soboul: Robespierre und die Volksgesellschaften. In: Markov (Hg.): Robespierre S.273

14 Vgl. Rudé: The Crowd S.125

15 Hauptsächlich von Roux bekämpft, der schließlich sogar den Bürgermeister Pache und den Prokurator Chaumette deswegen anklagt. Vgl. Mathiez: La vie chère. Bd.1 S.274 ff.

16 Markov erklärt die Disziplinierungsmaßnahmen der Montagne und des Jakobinerklubs gegen die sans-culottes mit einer angeblich konterrevolutionären "sektionären Bewegung". Vgl. Markov: Robespieristen und Jacquesroutins S.149. Dabei bezieht er sich auf Mathiez. Mathiez' Ausführungen deuten aber eher auf jene intersektionelle Lebensmittelkommission hin, deren liberale Aspirationen Susanne Petersen aufgedeckt hat. Vgl. Petersen: Lebensmittelfrage S.134 ff. und passim; und: Mathiez: La vie chère Bd.1 S.277 f. Diese der Gironde nahestehende politische Haltung als konterrevolutionär zu bezeichnen, erscheint mir besonders angesichts der Maximumspolitik der Montagne 1794 als problematisch

Vincent klagte Danton und Delacroix im Jakobinerklub als Verschwörer an und wandte sich gegen die monströse Macht des Wohlfahrtsausschusses<sup>17</sup>. Robespierre übernahm die Verteidigung Dantons und nutzte die Gelegenheit, alle "neuen" Patrioten - Hébertisten gleichermaßen wie "enragés" - persönlicher Ambitionen anzuklagen<sup>18</sup>. Doch die Hébertisten waren nicht so leicht zu schlagen. Besonders Hébert und Vincent gaben sich sehr verbalradikal und traten als die geistigen Nachfolger Marats auf<sup>19</sup>. Dabei griffen sie, wohl in der Hoffnung, sich selbst damit eine Machtbasis in der Regierung zu verschaffen, Forderungen der Gironde nach einer Stärkung der Exekutive auf<sup>20</sup>. Im August konnten die Hébertisten sowohl den Jakobinerklub als auch den Cordelierklub unter ihren Einfluß bringen. Geschickt nutzten sie die gespannte Stimmung in den Sektionen und setzten sich für eine Verschärfung des Terrors ein, besonders für ein scharfes Vorgehen gegen inhaftierte und flüchtige Girondins<sup>21</sup>. Den Höhepunkt erreichte die Bewegung der Hébertisten, als es Hébert am 4. September 1793 gelang, eine Versorgungs- und Streikdemonstration vor dem Rathaus für den folgenden Tag in den Konvent zu bestellen und die Jakobiner zu überreden, sich den Demonstranten anzuschließen<sup>22</sup>.

Die journée vom 5. September 1793 war letztlich ein Sieg der Montagneführung. Sie gab ihr die volle Handlungsfreiheit, die nötig war, um ihre Herrschaft in der Ausschußdiktatur zu sichern. Im Zusammenspiel mit Billaud-Varenne hatten die Petitionäre vor allem den ökonomischen Terror, ausgeübt von einer neu zu bildenden Revolutionsarmee, gefordert<sup>23</sup>. Danton nutzte die Chance, um nicht nur

---

17 Vgl. Hampson: Danton S.129

18 ebd.

19 vgl. Hampson: Danton S.125 ff.

20 ebd.

21 ebd.

22 Vgl. Rudé: The Crowd S.126

23 Vgl. AP Bd.73, S.411-415



die Permanenz der Sektionen aufzuhaben, sondern auch das Budget des Kriegsministeriums zur Waffenfabrikation aufzustocken und die revolutionäre Justiz ausbauen zu lassen<sup>24</sup>. Die Unsicherheiten und die öffentliche Diskussion über die Inkraftsetzung der demokratischen Verfassung<sup>25</sup>, die endgültig zum Ideal in der Bedeutung von in die Zukunft entrücktem Ziel wurde, waren damit entschieden. Als unmittelbare Folge entstand ein Instrumentarium, das der Montagneführung die Möglichkeit verschaffte, ihre Gewaltherrschaft institutionell zu verankern und zu sichern. Der Wohlfahrtsausschuß, der zunächst in seiner Kompetenz beargwöhnt wurde<sup>26</sup>, erhielt zwischen dem 6. und 9. September die personelle Besetzung, die die Zeit der Terreur bestimmte<sup>27</sup>. Am 9. September wurde ihm außerdem das Vorschlagsrecht für die Mitglieder des Sicherheitsausschusses, anlässlich dessen Neubesetzung, übertragen<sup>28</sup>.

Das Dekret vom 17. September faßte den Begriff des Verdächtigen sehr weit<sup>29</sup> und verschärfte dadurch den Terror. Durch die auch nach dem 5. September unvermindert andauernde Kampagne der Hébertisten für eine Verschärfung des Terrors, besonders gegenüber der Gironde und Marie Antoinette<sup>30</sup>, rückte der Prozeß gegen ihre Führer in den Vordergrund der Agitation und trug zur weiteren Verstärkung des Terrors bei. Danton und Barère hatten unmittelbar nach

---

24 Vgl. AP Bd.73, S.415 f.

25 Sie war am 24. Juni 1793 per Akklamation vom Konvent angenommen worden. AP Bd.67, S.143

26 Am 27. Juli, dem Tag, an dem Robespierre zugewählt wurde, sollte der Ausschuß dem Konvent einen detaillierten Plan der von ihm notwendig erachteten Maßnahmen zur Begutachtung anfertigen. Der Antrag war von Billaud-Varenne, einem der offensichtlichen Sympathisanten der Hébertisten, eingebracht worden. AP Bd.69, S.81 f.

27 Danton, der am 6. September zugewählt worden war, trat am 9. September wieder zurück. SP Bd.73, S.467,604

28 Vgl. AP Bd.73, S.598

29 "Sont réputés gens suspects ... ceux qui, soit par leur conduite, soit par leurs relations, soit par leurs propos ou leurs écrits, se sont montrés partisans de la tyrannie ou du fédéralisme". AP Bd.74, S.303

30 Vgl. Hampson: Danton S.130 ff.

dem 6. Juni versucht, den Weg zu einer Versöhnung offenzuhalten<sup>31</sup>. Doch schon am 8. Juli 1793 hatte Saint-Just in seinem Bericht über die flüchtigen Girondins gefordert, die Führer der Gironde für gesetzlos zu erklären<sup>32</sup>, was der Konvent allerdings erst am 28. Juli 1793 dekretierte<sup>33</sup>. Der Generalankläger am Revolutionstribunal, Fouquier-Tinville, setzte mit der Begründung, daß die Schuld der Angeklagten in den Augen des Volkes erwiesen sei und ein formaler Prozeß ihnen nur die Möglichkeit für politische Erklärungen böte, eine verkürzte Rechtsfindung durch<sup>34</sup>. Der Prozeß gegen die Gironde wurde so zum politischen Musterprozeß für die Terrorpraxis des Jahres 1794, die auch die heftigsten Agitatoren für eine Verschärfung des Terrors, die Hébertisten, treffen sollte. Es handelte sich im Girondistenprozeß nicht mehr um eine Einschüchterung des politischen Gegners, sonder um seine Vernichtung.

Aber auch gegen die Demonstranten vom 5. September, die radikale Sansculotterie, richteten sich die Maßnahmen der Herrschaftssicherung. Für das Zugeständnis der Aufstellung einer Revolutionsarmee und eines allgemeinen Preismaximums<sup>35</sup> mußten sie nach der Ausschaltung Jacques Roux' die erste Demontage ihrer Machtbasis hinnehmen. In den meisten Sektionen wurden Sektionsverwaltung und Generalversammlung getrennt. Durch die Aufhebung der Permanenz der Generalversammlungen büßten diese ihre agitatorische Breitenwirkung zum größten Teil ein. Diese Entwicklung konnte auch durch die Gründung von Sektionsgesellschaften als Er-

---

31 Vgl. Sydenham: Girondins S.21 f.

32 Vgl. AP Bd.68, S.428

33 Labracherie: Fouquier-Tinville S.134

34 Die Geschworenen konnten, wenn sie sich für informiert hielten, nach 3 Stunden die Anhörung in der Sache abschließen und den Schuldspruch fällen. Robespierre und Barère setzten diesen Vorschlag im Konvent durch. Vgl. Sydenham: Girondins S.28 und Labracherie: Fouquier-Tinville s.133-137

35 am 29. September 1793 dekretiert. Zunächst zeigt das Maximum Wirkung: Die Inflation wird nicht nur gestoppt, die Assignate steigt sogar in ihrem Realwert von 22 % des Nennwertes im August auf 48 % d.Nw. im Dezember. Ab Dezember bröckelt jedoch das System der Höchstpreisregulierung durch eine Ausdehnung des Schwarzmarktes ab. Vgl. Rudé: The Crowd S.130 ff.

satz für die Permanenz der Generalversammlungen nicht völlig aufgefangen werden, zumal die neu gegründeten Sektionsgesellschaften von Montagne und Jakobinerklub angegriffen wurden. Die Sektionsverwaltung wurde allmählich in ein besoldetes Beamtentum überführt und somit den Generalversammlungen zunehmend entfremdet - besonders auch dadurch, daß sie unter dem Einfluß der vom Jakobinerklub assimilierten Volksgesellschaften geriet<sup>36</sup>.

Der bedeutendste Schritt zur Herrschaftssicherung der Montagne war das Dekret vom 10. Oktober, das auf Bericht Saint-Justs im Namen des Wohlfahrtsausschusses die tatsächliche Verfassung der Revolutionsregierung umriß<sup>37</sup>, die am 14. Frimaire II (4. Dezember 1793) ausgestaltet wurde. Die Regierung Frankreichs wurde für "revolutionär bis zum Frieden" erklärt. Die Exekutive unterstand nun in allen Entscheidungen direkt dem Wohlfahrtsausschuß, der dem Konvent alle 8 Tage Bericht zu erstatten hatte. Der Wohlfahrtsausschuß war damit auch de jure zum Zentrum der Regierung geworden, auch wenn er sich gegen diese Benennung verwahrte<sup>38</sup>. Prinzipiell fällte der Wohlfahrtsausschuß seine Entscheidungen kollektiv, doch gab es Aufgabenschwerpunkte mit einem Ministerien vergleichbaren Verwaltungsapparat.<sup>39</sup> Meist waren Beschlüsse von nachgeordneten Beamten vorbereitet und mußten vom Ausschuß nur unterzeichnet werden<sup>40</sup>.

Das Dekret vom 10. Oktober 1793 regelte vor allem auch die Requisitionen und die Rationierung von Lebensmitteln in der

---

36 Vgl. Markov: Robespieristen und Jacquesroutins S. 156 ff. und Soboul: Robespierre und die Volksgesellschaften S.275

37 AP Bd.76, S.317

38 Vgl. Bouloiseau: République jacobine s.101

39 Das Kriegsbüro (geleitet von Carnot), die Kommission für Waffen und Pulver (Prieur de la Côte-d'Or), Versorgungsbüro (Lindet). Für Politik und Diplomatie waren hauptsächlich Robespierre, Saint-Just und Couthon zuständig, für die Korrespondenz mit den Konventskommissaren Collot und Billaud. Die Zahl der Bediensteten in den Abteilungen des Ausschusses schwankte zwischen 67 und 252. Bouloiseau: République jacobine S.100

40 so vor allem Haftbefehle. Vgl. Soboul in : Saint-Just, Discours et rapports S.18

Kriegswirtschaft<sup>41</sup>. Bereits am 28. August 1793 war ein Beschluß zur Regelung der Waffen- und Munitionsproduktion ergangen, in dessen Folge die gesamte Herstellung von kriegswichtigen Gütern entweder nationalisiert oder unter staatliche Regie gestellt wurde<sup>42</sup>.

Die Montagneführung hatte mit diesem Dekret den Kredit und das Mandat ihrer Ausschußdiktatur jedoch eng mit dem Kriegsverlauf verknüpft, die politische Auseinandersetzung um die letztliche Gestaltung des politischen Systems war auf den Friedensschluß, was natürlich psychologisch auch "Frieden in Sicht" bedeuten konnte, vertagt. Zunächst war es der Montagne jedoch geglückt, die politische Eigenaktivität ihres Bündnispartners gegen die Gironde, der Sansculotterie, unter gewissen temporären Zugeständnissen<sup>43</sup>, einzudämmen. Die Agitation in den Sommermonaten hatte sie wiederum zum Ausbau ihrer eigenen Machtbasis nutzen können. Bedingt vor allem durch den Bürgerkrieg in den Departements, hatte sie zu einer sehr ungleichmäßigen Verwaltungspraxis in den revolutionären Institutionen geführt<sup>44</sup>. Die Gleichschaltung der Verwaltung mußte ein Ziel der Montagne sein, die Ausschaltung des verbleibenden politischen Op-

---

41 hauptsächlich Art.7-11. AP Bd.76, S.317

42 zur Ausführung der "levée en masse". Vgl. Camille Richard: *Le Comité de salut public et les fabrications de guerre sous la terreur*. Paris 1922, S.10-12 und passim

43 Die Aufgabe der Revolutionsarmee, die nach Héberts Vorstellungen gegen Hamsterer und Wucherer mittels fahrbarer Guillotinen unmittelbaren ökonomischen Terror ausüben sollte, wurde im Dekret vom 10. Oktober im Sinne der Montagnards umformuliert. Nach Artikel 12 und 13 sollte sie den politischen Kampf gegen Konterrevolutionäre führen - besonders durch ihre Stationierung in Städten, die sich der Montagneherrschaft widersetzt hatten. AP Bd.76 S.317

44 Dadurch, daß die Konventskommissare weitestgehende Handlungsfreiheit hatten, schalteten sie das in ihrem Sinne geeignetste Verwaltungsorgan als Exekutive ein, ohne die vorgegebene Verwaltungshierarchie immer einzuhalten. Da aber weder Kompetenzen noch rechtliche Bestimmungen auf allen Verwaltungsebenen bekannt waren, wurden vielfach die gleichen Aufgaben parallel von verschiedenen Institutionen gleichzeitig ausgeführt. Die Grenzen zwischen staatsrechtlichen Institutionen und politischen Organisationen - etwa den Volksgesellschaften - waren fließend. Die Polizeigewalt wurde mancherorts einfach vom politisch Mächtigsten ausgeübt. Der Dienstweg wurde meist nicht eingehalten. Vgl. Sirich: *The Revolutionary Committees* S.27 ff., 29 f. und 62. Durch die alles regelnde Gewalt der Konventskommissare herrschte jedoch keinesfalls Anarchie. Die Arbeit der revolutionären Institutionen ist meist auch gut dokumentiert, was auf ihr Legalitätsverständnis hinweist.

positionspotentials ein zweites. Diese Aufgaben ging die Montagne zielstrebig an.

## Die Gleichschaltung nach dem 14. Frimaire II

Mit dem Gesetz vom 14. Frimaire II (4. Dezember 1793)<sup>1</sup> wurde der Wohlfahrtsausschuß gegenüber der Verwaltung mit diktatorischer Vollmacht ausgestattet. Alle Verwaltungsgliederungen und Amtsträger unterstanden direkt dem Ausschuß. Den Konventskommissaren wurden die unbeschränkten Vollmachten entzogen und ihre Tätigkeit sollte in Zukunft auf die strikte Ausführung von Gesetzen beschränkt bleiben. Die Interpretation von Gesetzen wurde allein dem Nationalkonvent zugesprochen, der sich durch dieses Dekret explizit selbst zur Revolutionsregierung erklärte und damit jegliche Gewaltenteilung aufhob. Mit den Nationalagenten erhielt der Wohlfahrtsausschuß ihm direkt unterstellte Organe auf Distrikt- und Gemeindeebene, die er nach Belieben einsetzen und entlassen konnte<sup>2</sup>. Die gewählten Prokuratoren der Gemeinden und Distrikte wurden so zu eingesetzten Beamten, die jederzeit disziplinierbar waren. Jegliche Verbindungsaufnahme von nachgeordneten Behörden und Organisationen<sup>3</sup>, insbesondere die Bildung von zentralen Ausschüssen und Kongressen, galt hinfort als zum Föderalismus tendierendes Staatsverbrechen<sup>4</sup>. Alle während des Bürgerkriegs entstandenen Organe, besonders die Revolutionsarmeen in den Departements, die nicht auf ein Konventsdekret zurückgingen, wurden verboten. Die revolutionäre Verwaltungsgliederung wies dem Departement nur noch fiskalische Aufgaben zu. Diese "Verfassung der Ausschußdiktatur" erhielt durch die Einführung eines Gesetzblattes, "Bulletin des lois de la République"<sup>5</sup>, einen gewissen endgültigen Charakter. Mit gleichem Datum

---

1 vgl. AP Bd.80, S.629-635

2 Die revolutionäre Terminologie bezeichnete dies als "épuration" (AP Bd. 80 S.632), als Säuberung in dem Sinne, als jeder ernsthafte Widerstand von Verwaltungsbeamten gegen die Politik des Wohlfahrtsausschusses als Verbrechen an der Nation angesehen wurde.

3 Die Volksgesellschaften werden explizit genannt. AP Bd.80, S.633

4 ebd.

5 AP Bd.80, S.629



wurde die totale Mobilisierung aller Kräfte Frankreichs für die Kriegsführung beschlossen<sup>6</sup>. Die gesamte Kriegsproduktion stand jetzt unter staatlicher Regie und der Überwachung des Wohlfahrtsausschusses. Für die Durchführung waren wiederum die Distrikte verantwortlich.

Die Lösung der organisatorischen Probleme der jungen Republik, besonders der Kriegsführung, zeigt die Stärke der Montagneführung in diesen Bereichen. In anderen Problemen war ihre tatsächliche Kompetenz sehr gering. Vor allem in dem vielschichtigen, durch hohe Eigendynamik ausgezeichneten Bereich der Wirtschaftspolitik konnte sie keine langfristigen Lösungsansätze entwickeln. Die Höchstpreisregelung in einem sonst privatwirtschaftlich organisierten System<sup>7</sup> brach im Dezember durch eine aufblühende Schwarzmarktkonjunktur<sup>8</sup> und durch die private Erfindungsgabe im Umgehen der Bestimmungen<sup>9</sup> zusammen. Die Montagneregierung reagierte mit einer Lockerung des Preismaximums<sup>10</sup>, behielt aber das Lohnmaximum in den zahlreichen staatlichen und staatlich überwachten Rüstungswerkstätten bei<sup>11</sup>. Die Sansculotterie, die gerade in der Hoffnung auf eine dauerhafte Lösung der Versorgungsfrage für die Unterklasse auf die Seite der Montagne getreten war, mußte über diese Aufweichung und gegen die ursprünglichen Intentionen gerichtete Perversion des Maximums zutiefst enttäuscht sein. Als Folge der Lockerung des Preismaximums brachen in Paris im Februar und März 1794 wiederum Versorgungsunruhen, Streiks und wilde "taxations" aus<sup>12</sup>. Die Kom-

---

6 AP Bd.80, S.616 f.

7 mit den oben erwähnten Ausnahmen insbesondere in für die Kriegsführung wichtigen Bereichen

8 Vgl. Rudé: *The Crowd* S.131 f.

9 Das Gesetz regelte z.B. den Verkaufspreis von rohem Schweinefleisch, was dazu führte, daß die Metzger nur noch gekochtes, nicht preisgebundenes Schweinefleisch anboten. Rohes Schweinefleisch wurde zur Luxusdelikatesse, die nur auf dem Schwarzmarkt und für teures Geld erhältlich war. ebd.

10 Barère begründete diesen Schritt: "Il fallait guérir le commerce et non le tuer." Zit. n. Rudé: *The Crowd* S.132

11 ebd.

12 Vgl. Rudé: *The Crowd* S.132 f.

munalverwaltung - jetzt ausführendes Organ des Wohlfahrtsausschusses, wendet auf die Demonstranten das Vereinigungsverbot des "Loi Chapelier" an<sup>13</sup>.

Die Lage in Paris im Februar/März 1794 stellte ein gefährliches Ferment für eine neue "journée" dar. Verstand es eine gut organisierte politische Gruppe nach dem Vorbild der Montagne vorgehend, den Unmut der Sansculotterie in eine bewaffnete Aktion umzuwandeln, so konnte sie durchaus die Macht übernehmen. Ihre Fähigkeit der ideologischen Mobilisierung der sozialen Hoffnungen der Sansculotterie hatten die Hébertisten in der journée vom 5. September unter Beweis gestellt. Ihre Ausbeute an Machtzuwachs in den Institutionen war hingegen eher bescheiden. Vincent wurde Generalsekretär im Kriegsministerium und Ronsin Kommandeur der Revolutionsarmee, die wohl mit dem Hintergedanken der Hébertisten, sich eine eigene bewaffnete Macht zu verschaffen, gefordert und eingerichtet worden war<sup>14</sup>. Im Konvent konnten sie auf keine organisierte Unterstützung hoffen, außerdem machten sie sich das einzig verbliebene Oppositionspotential unter den gemäßigten Abgeordneten durch ihre fortgesetzten Angriffe auf Danton und die "indulgents" zum Feind. Die Pariser Commune, die bei der Ausschaltung der Gironde eine solch bedeutende Rolle gespielt hatte, war dadurch, daß Chaumette sich als Nationalagent unter das Gesetz vom 14. Frimaire und damit unter die Herrschaft des Wohlfahrtsausschusses fügte, als potentielles Organisationszentrum der Hébertisten untauglich geworden<sup>15</sup>. Der Wohlfahrtsausschuß hatte zwar seinen Kandidaten für den Oberbefehlshaber der Revolutionsarmee, Hanriot, nicht durchsetzen können<sup>16</sup>, aber Hanriot griff als Generalkommandeur der Nationalgarde massiv in die Führung der Revolutionsarmee ein<sup>17</sup>. Durch die vor-

---

<sup>13</sup> Vgl. Rudé: *the Crowd* S.135

<sup>14</sup> Vgl. Jacob: *Robespierre und der Hébertismus* S.186

<sup>15</sup> Vgl. Jacob: *Robespierre und der Hébertismus* s. 196 f.

<sup>16</sup> Vgl. Hampson: *Danton* S.134

<sup>17</sup> Vgl. Cobb: *Nationalgarde und Revolutionsarmee* S.242 f.

übergehende Verhaftung von Vincent und Ronsin am 17. Dezember wurde das Ansehen des Stabes der Revolutionsarmee zusätzlich angeschlagen<sup>18</sup>. Hébert setzte sich zwar mit maßloser Demagogie<sup>19</sup> vor allem in seinem "Père Duchesne" für eine Verstärkung der Revolutionsarmee ein, aber er traf auf den harten Widerstand von Robespierre, der der Revolutionsarmee von Beginn an feindlich gegenüberstand<sup>20</sup>.

Die Montagneführung reagierte Ende Februar auf die Agitation der Hébertisten mit der Präsentation eines neuen Maximums<sup>21</sup> und den berühmt gewordenen Ventôsedekreten, von Saint-Just im Anschluß an eine Rede, in der er einen Verschwörungsplan der Feinde der Republik darlegt<sup>22</sup>, vorgeschlagen. Nach ihrem ideologischen Grundmuster entwickelte die Montagneführung wiederum eine Verschwörungstheorie, die soziale Unruhen, wirtschaftliche Schwierigkeiten und politische Opposition als ein Problem darstellte. Dabei wird die Aufteilung der Gesellschaft in "gute Franzosen", zu deren Nutznießung das Dekret intendiert war, und mit allen Mitteln zu bekämpfende Feinde der Republik endgültig vollzogen. Die sozialen Hoffnungen der Sansculotterie wurden damit der totalen Subordination unter die Staatsraison der Montagneführung - unter Androhung des Terrors auch gegen ihren Widerstand - befohlen.

Als die Hébertisten am 13. März 1794 vom Cordelierklub aus einen schlecht organisierten Aufstand ohne ausreichende Machtbasis begannen, fielen sie dem Terror zum Opfer, den sie selbst verstärken

---

18 Vgl. Jacob: Robespierre und der Hébertismus S.197

19 Die Versorgungskrise wollte er als Machenschaft der Konterrevolution durch eine Vergrößerung der Revolutionsarmee bekämpfen. Der Terror sollte sich gegen den Großkaufmann gleichermaßen wie gegen Kleinkrämer richten. Vgl. Jacob: Robespierre und der Hébertismus S.200

20 Er hatte außerdem in dem nach nur 17 Tagen Felderfahrung zum General ernannten Boulanger, einen Freund der Familie Duplay - Robespierres Hauswirt - einen Spitzel im Stab der Revolutionsarmee pläziert. Vgl. Cobb: Nationalgarde und Revolutionsarmee S.249 f.

21 am 26. Februar. AP Bd.85, S.515

22 Vgl. AP Bd.85, S.516-520

halfen<sup>23</sup>. Zehn Tage nach ihrer Hinrichtung wurde die Revolutionsarmee, die alleine wegen der von ihr verbreiteten Unruhe in den Departements nicht in das Herrschaftskonzept der Montagne paßte, aufgelöst<sup>24</sup>. Eine weitere Woche später, am 5. April 1794, bestieg mit den "indulgents" und dem in gefährlicher Distanz abwartenden Danton die letzte verbliebene Oppositionsgruppe das Schafott<sup>25</sup>.

Wiederum war die Unruhe während der Prozesse gegen die "Faktionen" Anlaß für die Montagneführung, ihren institutionellen Machtapparat zu verbessern. Am 1. April 1794 wurde der Exekutivrat in 12 Vollzugskommissionen umgewandelt, die direkt dem Wohlfahrtsausschuß unterstellt waren<sup>26</sup>. Ende April richtete der Wohlfahrtsausschuß ein eigenes Polizeibüro ein, das parallel zum Sicherheitsausschuß den Apparat überwachen sollte<sup>27</sup>. Der Wohlfahrtsausschuß wurde nach dem Prairialgesetz<sup>28</sup> vollends zum uneingeschränkt herrschenden Zentrum der Jakobinerdiktatur. Die Anklageerhebung und die Anklagepunkte mußten vom Wohlfahrtsausschuß genehmigt werden<sup>29</sup>. Durch die schon während der Prozesse gegen die Faktionen geübte Praxis der "amalgame" von völlig verschiedenen Fällen<sup>30</sup> hatten die Prozesse vor dem Revolutionstribunal ohnehin schon jeden Charakter einer Rechtsfindung verloren. Der unmittelbare Einfluß des Wohlfahrtsausschusses auf das Gericht und die Möglichkeit des Schuldspruches aufgrund moralischer Beweise, machte das Revolutionstribunal vollends zum Standgericht der Jakobinerdiktatur. Da alleine oppositionelle Äußerungen als Hochverrat mit dem Tode bestraft werden konnten, standen auch die

---

23 Jacob: Robespierre und die Hébertisten S.208

24 Vgl. Cobb: Nationalgarde und Revolutionsarmee S.238

25 Vgl. oben, Kap. I, Danton's "populärer" Terror

26 Vgl. Godechot: Les Institutions S.311

27 Das Büro wurde notwendig, nachdem der Wohlfahrtsausschuß am 16. April das Recht erhalten hatte, Verhaftungen vorzunehmen. Vgl. Godechot: Les Institutions S.312 f.

28 Vgl. oben, Der Kampf um die Macht und die Verfassung der Republik, Anm. 10

29 Vgl. Labracherie: Fouquier-Tinville S.211

30 Labracherie: Fouquier-Tinville S.148

Konventsabgeordneten unter der totalen Überwachung durch den Apparat der Jakobiner<sup>31</sup>.

Die erlangte Machtfülle hätte die Montagneführung befähigt, die zukünftige Republik ganz in ihrem Sinne zu gestalten. Die besonders von Robespierre angestrebte soziale Harmonie aller Patrioten erwies sich aber aufgrund der realen materiellen Interessengegensätze als Illusion. Außerdem erhielt sie in der sakralen Überhöhung im Kult des höchsten Wesens<sup>32</sup> eine für alle sozialen Gruppen gefährliche Färbung.

Die Sansculotterie, der ehemalige Verbündete der Montagneführung, wurde in ihren Hoffnungen völlig enttäuscht und damit der Jakobinerdiktatur entfremdet. Der Kampf gegen den Hébertismus hatte den Vorwand geliefert, nicht nur die Reste der enragés zu liquidieren, sondern auch die Sektionsgesellschaften als letzte Bastion der politisch eigenständigen Sansculotterie anzugreifen<sup>33</sup>. Aufgrund der anhaltenden Agitation des Jakobinerklubs lösten sich schließlich in einer Woche, vom 18. bis zum 24. Mai 31 Sektionsgesellschaften auf<sup>34</sup>. Die Stimmung der Straße, die 1793 noch überwiegend projakobinisch war, richtete sich allmählich gegen die doppelbödige Maximumspolitik der Montagnards<sup>35</sup>. Ab April 1794 tauchten Wandzeitungen, Graffiti und anonyme Briefe auf, die besonders gegen Robespierre und den Kommandeur der Nationalgarde, Hanriot, ge-

---

31 Außerdem war am 5. April 1794 ein von Vadier und Couthon vorgeschlagenes Dekret im Konvent angenommen worden, das alle Abgeordneten verpflichtete, ihr moralisches und politisches Verhalten offenzulegen und ihre Einkünfte anzugeben. Vgl. Aulard: *La Société des jacobins* Bd.6, S.42 ff.

32 Vgl. Furet/Richet: *Die Französische Revolution* S.327

33 Vgl. Soboul: *Robespierre und die Volksgesellschaften* S.279

34 Vgl. Soboul: *Robespierre und die Volksgesellschaften* S.283

35 Besonders die Durchsetzung des Lohnmaximums nach dem Gesetz vom September 1793 am 23. Juli 1794, die für die meisten Beschäftigten in den öffentlichen Rüstungsbetrieben eine Reallohnkürzung von bis zu 200 % bedeutete (der Lohn war vorher stillschweigend der trotz Maximums steigenden Preisentwicklung gefolgt), führte zu Streiks und Unruhen. Vgl. Rudé. *The Crowd* S.136



richtet waren<sup>36</sup>. Das Ausmaß der Gegnerschaft der Sansculotterie gegen ihren ehemaligen Verbündeten, von dem sie alles erhofft hatten, wurde am 9. Thermidor deutlich. Obwohl 39 Sektionen auf den Aufruf der Commune hin die ganze Nacht tagten, entschlossen sich nur 4 von ihnen, Robespierre zu Hilfe zu eilen<sup>37</sup>.

Nach dem Sieg von Fleurus, der die direkte Bedrohung durch eine feindliche Invasion von Frankreich nahm, neigte sich das Mandat für die Jakobinerdiktatur<sup>38</sup> seinem Ende zu. Ein baldiger Siegfrieden schien denkbar, "die revolutionäre Regierung bis zum Frieden" mußte einen Übergang zur Materialisierung der Ziele des langen Kampfes im Glück der Gesellschaft entwickeln. Neben persönlichen Querelen bezeichnete dies den Punkt der Spaltung der Montagneführung. Nach ihren politischen Präferenzen prallten die Meinungen und das Handeln der Ausschußmitglieder aufeinander<sup>39</sup>. Doch nach den Gesetzen des Terrors konnten konkurrierende Privatmeinungen nur unter der Gefahr der Hochverratsanklage öffentlich zur Diskussion gestellt werden. Als Robespierre, der dem Terror ein ideologisches System gegeben und so eine geistige Führerrolle gespielt hatte, statt konkreter Vorschläge zur Lösung der Spannung nur mit einer neuen Verschwörung aufwarten konnte<sup>40</sup>, brach die Führungsgruppe der Montagne auseinander. Konsequenterweise nutzte der Konvent das Instrumentarium des von der Montagne geschaffenen Apparates der außerordentlichen Zwangsgewalt. Die von der Commune befreiten Montagnards wurden für gesetzlos erklärt<sup>41</sup> und ohne Urteil liquidiert. Die außeror-

---

36 Vgl. Rudé: *The Crowd* S.133 f.

37 Vgl. Rudé: *The Crowd* S.139

38 Vgl. oben, *Das Juncim: Terror und Krieg - Frieden und Verfassung*, Juni - November 1793

39 Vgl. Godechot: *Les institutions* S.313 f.

40 In seiner berühmten Konventsrede vom 8. Thermidor (26. Juli 1794), in der er explizit die beiden Ausschüsse angreift. Am deutlichsten sind seine Angriffe auf Carnot, dem er die Stationierung von Artillerie in Paris und die Ausplünderung Belgiens als System Dumouriez' vorwirft. Vgl. AP Bd.93 S.530-532

41 AP Bd. 93, S.564



dentlichen Machtbefugnisse des Wohlfahrtsausschusses<sup>42</sup>, der zusammen mit dem Sicherheitsausschuß tagte, wurden in einer Vielzahl von Maßnahmen dazu genutzt, die Ordnung in der Stadt und die Autorität des Konvents wieder herzustellen<sup>43</sup>.

---

42 Sie wurden nach dem 9. Thermidor 1794 nur zum Teil wieder eingeschränkt. So wurden die Vollzugskommissionen in ihrer Verantwortlichkeit separiert und ihr Verhaftungsrecht auf Beamte beschränkt. Vgl. Godechot: Les institutions S.315

43 Noch in seiner Sitzung mit dem Sicherheitsausschuß am 9. Thermidor (27. Juli 1794) nahm er Verbindung mit den Überwachungsausschüssen auf und ordnete stündliche Berichterstattung an. Hanriot wurde in einer Anordnung an die Bataillonskommandeure der Nationalgarde das Kommando entzogen. Unter anderem wurde auch den Sektionspräsidenten befohlen, die Proklamation über den Sturz Robespierres bekannt zu machen. Aulard: Comité de salut public Bd.15, S.457 f.

## Kapitel IV

### Die Errungenschaften der Schreckensherrschaft

Stellt auch das ideologische Konzept der Einschüchterung oder Liquidierung des Gegners<sup>1</sup> zweifelsohne einen bedingenden Faktor für das Entstehen des politischen Systems der Terreur dar, so scheint mir doch gleichermaßen evident, daß für die historische Entwicklung Machtpotential und Konstellation, sowie die zu bewältigenden Probleme eine ganz entscheidene Rolle spielen. Möglicherweise können die formelhaft reduzierten, vagen politischen Zielbestimmungen die ideologischen Grundlagen der entstehenden Kräftekonstellation erklären, die Analyse der Machtbasis der einzelnen Konstituenten Zuwachs bzw. Verlust an Macht und politischer Bedeutung und die Identifizierung der politischen Taktik, sowie exogener und endogener Einflüsse die dynamischen Faktoren des Geschehens, doch bleiben all diese Differenzierungen der Ereignisse bestenfalls Indikatoren für die formale Faktizität des Prozesses. Viel spannender sind hingegen die Fragen nach den Faktoren, die den Prozeß auslösen und nach seiner Bewertung bzw. seinen Errungenschaften.

Einen prominenten Platz in der ernstzunehmenden Historiographie der Revolution hat der Krieg als Erklärungsmuster für die Auslösung der Terreur, wie Godechot anläßlich der Bamberger Ta-

---

<sup>1</sup> Die Kontinuität dieses politischen Denkens ist am detailliertesten von van den Heuvel im Handbuch politisch sozialer Begriffe unter Terreur, Terroriste, Terrorisme nachgewiesen und dargestellt worden, sie könnte sicherlich mit der gleichen Akribie bis in politische Theorien unserer Tage weiterverfolgt werden, steckt doch sicherlich ein Kern der gleichen Grundmatrix in der Formulierung der Politik der Abschreckung gegenüber einem bedrohlich eingestuften Gesellschaftssystem einer konkurrierenden Macht. Zweifelsohne ließe sich auch heute diese Matrix gleichermaßen in sich ansonsten gegensätzlich begreifenden Weltanschauungen finden. Vgl. Gerd van den Heuvel: Terreur, Terroriste, Terrorisme. In: Handbuch politisch sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820. Heft 3. München 1985. S.89-124

gung zusammenfassend darstellte<sup>2</sup>. Vordergründig ist es in der Tat so, daß der von der Krone ganz richtig vorausgesehene unglückliche Kriegsverlauf, die Instabilität Frankreichs und seine Schwäche erwies. Hintergründig ist jedoch damit noch wenig erklärt, insbesondere wenn man die Kriegsbegeisterung in allen politischen Lagern in Rechnung stellt<sup>3</sup>. Es stellt sich vielmehr die Frage, welche möglicherweise eher untergründig erahnten Errungenschaften man sich vom Krieg erhoffte. Anders gefragt, war der von Frankreich (!) begonnene und in breiten politisch aktivierten Schichten gewünschte Krieg nicht nur Katalysator, der verdeckt schwelende Probleme isolieren half?<sup>4</sup>

Man kann hier sicherlich dem allerdings recht beanspruchenden Räsonieren Hampson's<sup>5</sup> folgen und die Einschätzungen Brissot's und seiner Gefolgschaft gegen die des zu diesem Zeitpunkt isolierten Robespierre halten und mit ihm feststellen, daß im weiteren Verlauf der Ereignisse beide recht behielten: Brissot, indem er zurecht erhoffte, die Krone würde sich unter dem Druck der Ereignisse explizit für oder gegen die Revolution entscheiden müssen, Robespierre, indem er die Gefahr der Militärdiktatur vorausahnte. Doch ist wohl weder die Tatsache des Eintretens dieser analytischen Vorhersagen überraschend, noch die Tatsache, daß diese Analysen möglich waren. Robespierre dachte sicherlich nicht an einen Napoleon, sondern aus seiner Sicht an viel schlimmeres, wohl am naheliegendsten an La Fayette<sup>6</sup>. Und Brissot faßte letztlich nur die

---

2 vgl. Jacques Godechot: *L'influence de la Guerre sur la Révolution*. In: *Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis?* Teil 2, S.3-21

3 Robespierre war mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Krieg völlig isoliert.

4 Dies würde der von Godechot resümierten, in der liberalen und sozialistischen Historiographie weitestgehenden Interpretation der Terreur "als Tochter des Krieges" (Godechot, op.cit. S.7-10) zumindest eine andere Wendung geben.

5 vgl. Norman Hampson: *The Life and Opinions of Maximilien Robespierre*. London 1974. S.100

6 Robespierre thematisiert diese Furcht im Sommer 1792 in seiner Zeitschrift "Le Défenseur de la Constitution". Vor allem ab der fünften Ausgabe widmet er regelmäßige Beiträge dem Plan einer Truppenmassierung in und um Paris und den suspekten Machenschaften von La Fayette. Vgl. Maximilien Robespierre: *Oeuvres complètes*. Tome IV. Paris 1939. S.136-144, 165-190, 195-219, 225-285, 286-294, 301-307

Überzeugung aller der absoluten Volkssouveränität anhängenden "Patrioten" bezüglich der konterrevolutionären Haltung des Hofes zusammen. Daß die letztendlich hochverräterische Politik der Krone ein zentrales Problem Frankreichs, besonders während der Legislative darstellte, hat die Historiographie in aller gebührenden Deutlichkeit dargestellt<sup>7</sup>. Doch ist die Politik des Hofes und die daraus resultierende Eskalation radikaler Lösungsansätze in der öffentlichen Meinung nur eine Seite des Problems. Eine zentrale Frage bleibt doch die nach dem Handlungsspielraum einer faktisch machtlosen Krone, die obendrein durch den unglücklichen Fluchtversuch der königlichen Familie zutiefst gedemütigt war. Natürlich berührt diese Frage eine mentale und obendrein staats-theoretisch zentrale Problematik, nämlich die der möglichen Umgestaltung der absoluten Monarchie. Es ist vielleicht weniger erstaunlich, daß Louis XVI. mit einer gewissen hilflosen Tapferkeit, die bisweilen tragik-komische Züge trug, versuchte, unhaltbare Positionen absolutistischer Macht zu erhalten, oder zurückzuerobern, hingegen es doch bezeichnend ist, daß er trotz persönlicher und struktureller Machtlosigkeit bis 1792 immer wieder Handlungsspielräume auftun konnte. Zweifelsohne konnte er dabei auf eine gewisse Loyalität unter dem Personal des im großen und ganzen aus dem Ancien Régime übernommenen Verwaltungsapparates zählen<sup>8</sup>. Ebenso unzweifelhaft war die Bestechlichkeit persönlich ehrgeiziger Karrieristen hierzu nutzbar. Aber diese Potentiale verweisen nur auf die Breite des Spielraums, der einem persönlich schwachen König noch nach vier Jahren Revolution offenstand.

Man kommt nicht umhin, nach dem Anteil der revolutionären Gesetzgeber an der Widersprüchlichkeit des Herrschaftssystems zu fragen. Der Hinweis auf verschiedene und gegensätzliche Grundhaltungen in dieser Körperschaft greift hier sicherlich zu kurz,

---

<sup>7</sup> Neben den einschlägigen Handbüchern vor allem die Spezialuntersuchungen: Albert Mathiez: *Le dix août*, Paris 1931. Marcel Reinhard: *La chute de la royauté*, Paris 1969

<sup>8</sup> Zum Gesamtkomplex dieses Problems vgl. unten, insbesondere unter: Die Abwendung der Niederlage.

zumal sich die Gegensätze erst unter dem Eindruck von Staatskrisen als unversöhnlich erwiesen. Als international ausgewiesener Kenner der Geschichte des französischen Parlamentarismus hat Gooch unter der Fragestellung nach den Ursprüngen französischer - und letztendlich mitteleuropäischer - parlamentarischer Tradition und mit der Methodik der Rechts- und Verfassungsgeschichte einen ganz bedeutenden Beitrag zur Erhellung der inneren Widersprüchlichkeit des Verfassungswerks von 1791 geleistet<sup>9</sup>. Gooch's eigentlich eher überraschendes Ergebnis ist, daß die zentrale Defizienz der Verfassung von 1791 in der Bemühung um breiteste Einbeziehung aller nach der Überwindung des Absolutismus noch akzeptablen Staatstheorien - also in ihrem maximalistischen Charakter liegt. Als - man möchte sagen "gelehrte" - Kenner der englischen, parlamentarischen Verfassung der Theorie der strikten Gewaltenteilung der Verfassung der Vereinigten Staaten und letztendlich aller prominenten rechtsphilosophischen Thesen der Aufklärung, versuchten die Verfassungsgeber die Machtaufteilung durch Gewaltenteilung mit der Harmonie der parlamentarischen Ministerverantwortlichkeit auf der Basis von breiten parlamentarischen Vertrauen zu verbinden. Unter den bedeutenden Elementen dieses um breitesten Konsens bemühten Gesellschaftsvertrages waren auch die Zubilligung der absoluten Immunität der Krone und der absoluten Souveränität des Volkes, beides jedoch mit scharfsinniger Brillanz durch die Unterscheidung von Inhaber und Ausübenden der Gewalt relativiert, was die Delegation der Volkssouveränität an die Legislative und der exekutiven Macht des Königs an sein Kabinett legitimierte<sup>10</sup>.

Das in der Forschung einmal geprägte Attribut vom größten verfassungstheoretischen Seminar für die Konstituante<sup>11</sup> mag wohl darin eine Bestätigung finden, daß die Machtfülle und Gewichtung

---

9 R. K. Gooch: *Parliamentary Government in France. Revolutionary Origins, 1789-1791*. New York 1960. Ndr. 1971

10 vgl. Gooch, op.cit., insbesondere S.228-241

11 vgl. Eberhard Schmitt: Bernhard Groethuysen. In: Bernhard Groethuysen, *Philosophie der Französischen Revolution*. Frankfurt - New York 1989. S.204

der Staatsorgane im Gesamtkontext der Verfassung "ohne Ansehen der Person" - also je nachdem, wie man es wohlwollender oder weniger wohlwollend interpretieren mag - idealtypisch oder formalistisch vorgenommen wurde. Im Falle des Königs war dies ein höchst folgenreicher Vertrauensvorschuß. Selbst wenn man von der komplexen Problematik der Persönlichkeit Louis XVI. absieht, so ist doch ganz evident, daß die strikte Gewaltenteilung - soweit sie realiter überhaupt durchführbar ist - in letzter Konsequenz die Konfrontation der Gewalten nicht nur zuläßt, sondern hieraus sogar eine regulierende und machtnivellierende Kraft erhofft. Dieses Modell kann jedoch nur staatserhaltend wirken, wenn die gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen von solchen Konflikten nicht gefährdet werden. Und genau diese Gefahr war in Frankreich in den ersten Revolutionsjahren omnipräsent.

Genau dieselbe, beinahe strikt akademisch anmutende Konsequenz in der Rechtsetzung, die im staatlichen Überbau zu einer breiten Einbeziehung von alten und neuen Rechtsinstitutionen führte, wirkte sich in der Ausgestaltung des allgemeinen Rechts exklusiv aus. Vor dem im Ansatz allgemeinen und gleichen Rechtssystem, das zwischen 1789 und 1791 entstand, mußte eine ganze Rechtstradition weichen<sup>12</sup>

---

12 Dieses ganz zentrale Phänomen der Revolution geriet in der jüngsten historischen Forschung in Frankreich unberechtigtweise zu sehr aus dem Blickfeld. Neben der angelsächsischen Forschung, die sich besonders den Scharfblick für Fragen der staatlichen Herrschaftsbildung und der Ausgestaltung der Verfassung bewahrte, bildet die deutsche Revolutionsforschung hier eine beachtliche Ausnahme. Vgl. hierzu Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt: *Die Französische Revolution: Bruch oder Kontinuität, Zufall oder Notwendigkeit?* In: Dies.: *Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis?* Teil 3, insbesondere S. 66-67 und Wolfgang Schmale: *Recht und Verfassung: Von der alten Monarchie zur Republik.* In: *die Französische Revolution* (Ploetz). Hg. v. Rolf Reichardt. Freiburg - Würzburg 1988. S. 131-143. Schmales Interpretation der Terreur kann ich allerdings nicht teilen. Eine materialreiche Studie zur Ausgestaltung des Justizsystems bis 1793 bietet Edmond Seligman: *La Justice en France pendant la Révolution.* 2Bde. Paris 1901 und 1913. Seligmans Studie ist nicht allein deshalb interessant, weil sie von einem Fachjuristen stammt, sondern auch weil sie in ihrer diachronisch vergleichenden Sichtweise "moderne" d.h. in der langen Dauer beständige Entwicklungen kommentiert.

Die klarste Profilierung der gesetzgeberischen Leistung der Revolutionäre von 1789 bis 1791 gibt sicherlich Bernhard Groethuysen: *Philosophie der Französischen Revolution.* Mit einem Nachwort von Eberhard Schmitt. Frankfurt - New York 1989. Vor allem in Kap. VI-IX. Meines Erachtens völlig zu Unrecht wird Groethuysen's Werk offensichtlich aus rein forma-



und mit ihr wichtige Trägerschichten staatlicher Herrschaft, wie im Fall des eidverweigernden Klerus. Die Rolle des sich durch das königliche Veto entwickelnden Skandals in der Eskalation der politischen Auseinandersetzung bis zu den Septembermassakern erfährt in allen ernstzunehmenden, übergreifenden Darstellungen zur Revolution die ihr gebührende Beachtung. Eine Implikation für die Rechtsordnung der konstitutionellen Monarchie sei hier jedoch besonders betont: Tat die Unfähigkeit des Staates, seinen expliziten gesetzgeberischen Willen in der Konsequenz durchzusetzen, schon ansich eine gefährliche Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Staatsgebildes auf, so mußte die Weigerung der exekutiven Gewalt, einem Dekret, das in der auch von ihr als rechtens anerkannten verfassungsmäßigen Form zustande gekommen war, konsequent Geltung zu verschaffen, wie das Manifest einer gewollten Staatskrise wirken - mithin als Vorbereitung eines kalten Staatsstreichs.

Die Konkurrenz zwischen den Staatsgewalten wuchs sich so zu einem Verfassungskampf aus, der an den Grundfesten der neuen Ordnung rührte, denn schließlich ging es um die Loyalität wichtiger Trägerschichten gesellschaftlicher Funktionen gegenüber der Rechtsordnung. Aber das Ansehen des Staates litt auch in anderen kritischen Bereichen der Rechtsordnung.

Das Justizwesen, das im Zuge der Revolutionierung der Rechtsordnung neu geordnet worden war, hatte zum Teil erhebliche Anfangsschwierigkeiten. Sicherlich ganz neu und der öffentlichen Meinung unbehaglich mußte das Anwachsen der Häftlinge in den Gefängnissen sein. Ganz unterschiedliche Gründe sind hierfür anzuführen, nicht nur das Anwachsen der Verfahren gegen ausgesprochene Feinde der Revolution, wie im Falle der Eidverweigerer. Zu einem nicht unbedeutenden Teil ist das Phänomen auf die Humanisierung des Strafvollzugs zurückzuführen, die die vollzugsbedingten Todesfälle seit 1789 drastisch zurückgehen ließ. Ein weiterer Grund lag im

Prozeßrecht, das dem Angeklagten weitgehende Rechte auf freie Wahl des Verteidigers und Berufung einräumte, was die einzelnen Verfahren komplizierte und verlängerte. Und nicht zuletzt die Humanisierung des Strafgesetz-Kodex selbst führte dazu, daß Kapitalstrafen häufiger in Haftstrafen geändert wurden<sup>13</sup>.

Eine gewisse Ironie lag darin, daß der humanere Strafvollzug, der Verwandtenbesuche und grundlegende Dienstleistungen, wie Körperpflege und Coiffure zuließ, vor allem in Paris der Unterwelt Zugang zu diesen in Gefängnissen naturgemäß vorhandenen Potential an krimineller Energie verschuf. Besonders peinlich war dabei die Produktion von falschen Assignaten in den Gefängnissen<sup>14</sup>, was schon in "normalen" Zeiten ein für die Stabilität des Staates höchst gefährliches Verbrechen darstellt. Im revolutionären Selbstverständnis, das die neue Rechtsordnung als Inkarnation der Revolution verstehen mußte, war es ein Akt der Konterrevolution.

Aber in der Anlaufphase wurde der für die Rechtsordnung so zentrale Träger, die Justiz, auch durch ein anderes schwelendes Problem belastet, nämlich dem, daß aus schierem Mangel an anderen qualifizierten Kräften zu einem bedeutenden Teil Rechtspfleger, die schon in der Justiz des Ancien Régime tätig waren, in die Richterkollegien der provisorischen revolutionären Gerichte wiedergewählt wurden. Die zum Teil ganz öffentlich geäußerte Reserviertheit einiger dieser "ehemaligen" und zukünftigen Juristen gegenüber dem neuen Justizwesen, mochte überwiegend aus eher apolitisch motivierten Verhaftetsein in alten Traditionen entspringen, doch konnte es wohl kaum das Ansehen des revolutionären Justizwesens stärken, wenn ein Teil der mit seiner Pflege betrauten Richter und Anwälte der Überzeugung Ausdruck verliehen, man würde bald zu den altbewährten Strukturen zurückfinden<sup>15</sup>.

---

13 vgl. Seligman *La Justice en France pendant la Révolution*. Tome I (1789-1792). Paris 1901. Kap. IX u. S. 448-453

14 vgl. Seligman, *op.cit.*, S. 403-405

15 vgl. Seligman, *op.cit.* vor allem S. 342-347 und 370-372

Das gleiche Problem stellte sich in der Verwaltung. Trotz aller Reformen in diesem Bereich in der Dekade vor der Revolution behielt die Verwaltung den Ruf der Willkürlichkeit und Korruption. Gerade die von Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt betonte Kontinuität in zentralen Bereichen der Verwaltung<sup>16</sup>, die jedoch aufgrund der Untersuchung von Church<sup>17</sup> wohl einer Differenzierung bedarf, warf Probleme auf<sup>18</sup>.

Auch hier führte das ganz praktische Problem der Rekrutierung von qualifizierten Fachkräften dazu, daß ein großer Teil der Verwaltungsbediensteten des Ancien Régime unter der Revolution weiterdienten, oder nach ihrer Entlassung wieder in Dienst genommen wurden<sup>19</sup>. Denn das von den Revolutionären 1789 zunächst eingesetzte Regulativ der rigorosen Stellenstreichung im Verwaltungsapparat erwies sich aufgrund gerade des erhöhten Verwaltungsaufwands der mit der Gesetzgebung der Konstituante verbunden war, als obsolet<sup>20</sup>. Hier schließt sich der Kreis zur Grundproblematik der staatlichen Ordnung Frankreichs zwischen 1789 und 1792. Im Apparat der exekutiven Gewalt, der von Ministern geführt wurde, die der König, auch ohne deren Vertrauensbasis im Parlament zu berücksichtigen, einsetzen konnte<sup>21</sup>, änderte sich letztlich nur das zur Anwendung kommende Recht. Genau dieselbe Exekutive blockierte jedoch die Durchsetzung dieses Rechts in zentralen Bereichen.

---

16 vgl. Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt: Die Französische Revolution: Bruch oder Kontinuität, Zufall oder Notwendigkeit. In: Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis? Teil 3, S. 62-64

17 Clive H. Church: Revolution and Red Tape. The French Ministerial Bureaucracy 1770-1850. Oxford 1981. Vgl. hierzu auch ders.: The Process of Bureaucratization in France 1789-1799. In: Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis? Teil 1, S. 121-137

18 Die im Zusammenhang mit den Errungenschaften der Schreckensherrschaft einer gesonderten Behandlung bedürfen. S. unten Verwaltung und Zwangsgewalt.

19 vgl. Church: Revolution and Red Tape. S. 65-68

20 vgl. besonders Church, op.cit., S. 50-51

21 vgl. R. K. Gooch: Parliamentary Government in France. S. 162 ff

Als Frankreich im April 1792 in den Krieg eintrat, war kaum eines der strukturellen Probleme, die die Errichtung einer neuen staatlichen Ordnung mit sich brachte, gelöst. Ein tiefer Riß ging durch das Land, der, wie der ein Jahr später ausbrechende Bürgerkrieg zeigte, nicht nur vertikal durch die Herrschaftsstruktur des staatlichen Überbaus verlief, sondern auch horizontal zwischen regionalen Mentalitäten und Interessen. Insgesamt war es den revolutionären Gesetzgebern nicht einmal in ihren ureigensten Domänen des allgemeinen Rechts und der Justizordnung gelungen, dem neuen Rechtssystem Autorität zu verschaffen. Das Bemühen, auf der Basis einer durch breiten Konsens harmonischen Verfassung eine stabile staatliche Herrschaft zu etablieren, erwies sich als kontraproduktiv, da der Primat der Gewaltenteilung der Krone, die in der Person des Königs gleichzeitig das Symbol des "älteren Rechts" war, längst verlorene Handlungsspielräume zurückgab. Lediglich ein zentrales Element der Verfassung von 1791 erwies sich als Rettungsanker des krisengeschüttelten Staates, nämlich die Formulierung der absoluten Volkssouveränität. In diesem Punkt verstellen wohl aus der modernen Staatsdoktrin einfließende parlamentarische Prinzipien den sonst so scharfen Blick Gooch's<sup>22</sup>. Denn es war ja doch eine bedeutende Frage, welche gesellschaftliche Gruppe die revolutionäre Rechtsordnung gewissermaßen als neue Elite tragen würde, besonders da auf das aktive Eintreten für diese neue Ordnung durch die Trägerschichten der alten, die zudem in wichtigen Bereichen in ihren traditionellen Strukturen verblieben, nicht vertraut werden konnte. Ich glaube, die Aktivierung des Netzwerkes der "Verfassungsfreunde" durch die Führer der später, nach ihrer Selbstidentifizierung verfeindeten Gruppen Gironde und Montagne im Frühjahr 1792<sup>23</sup> war die letzte

---

<sup>22</sup> Gooch deckt die innere Widersprüchlichkeit insbesondere in bezug auf parlamentarische Repräsentation, Gewissensverantwortlichkeit des Mandatsträgers und der Immunität des Parlaments auf. Aus der Sicht moderner Regierungslehre ist seine Kritik völlig unbestreitbar aufrecht zu erhalten. Im historischen Kontext ist diese Wertung jedoch fraglich. Vgl. Gooch, *op.cit.*; S. 188, 211, 226, 230-234

<sup>23</sup> vgl. Marcel Dorigny: *Les Congrès des Sociétés Populaires de 1792 en Bourgogne. Défense révolutionnaire et ordre social*. In: *Actes du 111e Congrès des S.c.*. S. 91-119. Und Michael L. Kennedy: *The Jacobin Clubs in the French Revolution. The Middle Years*. S.

Chance, auf dem Boden der revolutionären Rechtsordnung staatliche Herrschaft zu bilden. Und immerhin konnte dies, wenn auch vielleicht nicht loyal, so doch mit der Legitimität eines höchsten Rechtsguts bewerkstelligt werden, was wenigstens die Fiktion von der Kontinuität und Tradition der revolutionären Ordnung ermöglichte.

Wie oben gezeigt, wurzelte das Netzwerk der Jakobiner tief in breiten Schichten der Bevölkerung und konnte so mit den Sansculotten dem Souverän Volk wenigstens mit dem Anspruch auf Glaubhaftigkeit mobilisieren. Wie auch immer man den Gang der Ereignisse, die sich nun auch nach den im Sansculottismus verwurzelten Vorstellungen von der direkten "Rache des Volkes" in den spezifischen Ausdrucksformen des Terrors gestalteten, beurteilen mag, wird man doch einräumen müssen, daß die vom Jakobinernetz organisierten Sansculotten mit dem 10. August 1792 einer gefährlichen Staatskrise wenigstens temporär ein Ende setzten.

Das Ende der Monarchie fiel zusammen mit der Etablierung einer Macht im französischen Staat, die sich entschlossen und fähig zeigte, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln das, was sie unter dem Geist der revolutionären Ordnung verstand, zu verteidigen. Stellt man die Frage nach den Errungenschaften der Schreckensherrschaft, so wird auch zu ergründen sein, welche Rolle diese bewiesene Kompetenz der Trägergruppen der Terreur in der staatlichen Herrschaftsbildung bis 1794 spielte.



## Die Abwendung der Niederlage

War der Krieg auch nur Auslöser der allgemeinen Staatskrise, so beschleunigte er doch ganz eklatant den Vertrauensverfall der Staatsmacht. Nirgendwo trat dies deutlicher zutage als in der Armee. Schon strukturell boten die Streitkräfte ein wenig vertrauenerweckendes Bild. Faktisch gab es zwei Armeen: Die Linientruppen und die Freiwilligenverbände, die nach der Flucht des Königs als eigenständige Gliederungseinheiten aus dem Personalbestand der Nationalgarde gebildet worden waren. Dabei war die Truppenmoral ganz verschieden.

Die aus dem Ancien Régime übernommene Linientruppe hatte schwerste Disziplinprobleme. Hauptgrund hierfür war das vor der Verfassung anachronistische Kriegsdisziplinar- und Kriegsstrafrecht das in der Truppe weiterpraktiziert wurde, sowie der Korpsgeist der überwiegend aus dem armen Landadel stammenden kommandierenden Offiziere. Den Zündfunken im unguten Klima in der Truppe bildeten zum einen der gegenüber den Freiwilligen niedrigere Sold, der zudem - über die undurchsichtigen Kanäle eines arroganten Offizierskorps verteilt - wohl oft nicht korrekt ausbezahlt wurde. Zum anderen blieb der unverbrüchliche Schulterschuß der adligen Berufsoffiziere bestehen und auch die allerfähigsten Unteroffiziere bürgerlicher oder bäuerlicher Abkunft hatten kaum eine Aufstiegschance. Obendrein kannten viele Soldaten nicht einmal ihren Kommandeur, der sie schon bei geringen Verstößen im Exerzierreglement Spießruten laufen ließ.

Im Gegensatz dazu standen die Freiwilligenbataillone in gutem Sold und boten Männern mit Ehrgeiz und militärischem Talent gute Aufstiegschancen. Aber nicht erst die Vergleichsmöglichkeit mit der im Entstehen begriffenen neuen Armee zerrüttete die Moral unter Mannschaften und Unteroffizieren in der Linie. Schon 1790 meuterten



ganze Verbände und wehrten sich vor allem gegen schlechten Sold, eine völlig vernachlässigte Fürsorge bezüglich Unterkunft, Versorgung und Verpflegung und die eklatante Mißachtung ihrer Würde im Disziplinarrecht<sup>1</sup>.

Viel gravierender noch als die deplorable Moral in der Kampftruppe, die den Krieg zu führen hatte, war jedoch das Ansehen des Offizierskorps in der öffentlichen Meinung - insbesondere in der Presse. In der Tat war es ja gerade dieses Offizierskorps gewesen, das von 1758 bis 1762 durch den Ausschluß aller nichtadligen Offiziere von einem Kommando zum Sinnbild einer "Refeudalisierung" geworden war<sup>2</sup>. Und wie auch immer die Ursachenzusammenhänge zu bewerten sein mögen, insbesondere die Generalität erwies der konstitutionellen Monarchie einen Bärendienst, indem sie nach ihren schweren Niederlagen gleich zu Kriegsbeginn ganz offen Putschpläne ventilierte<sup>3</sup>.

Doch läßt sich auch das Problem der Streitkräfte nicht ohne weiteres auf die Formel der konterrevolutionären Machenschaften der Krone reduzieren, wenn auch der König der Oberbefehlshaber war. In Ansätzen hatten Konstituante und Legislative versucht, die Heeresstruktur an die neue Grundordnung anzupassen. Aber trotz aller Reformen im Rekrutierungswesen, dem Disziplinarrecht und der staatsrechtlichen Bindung der Kommandogewalt an die Verfassung und ans Parlament, blieb die Durchführung des neuen Reglements weitestgehend den adligen Berufsoffizieren überlassen. Selbst die Öffnung der Offiziersränge für Nichtadlige brachte nur zähe Verände-

---

1 vgl. Jean-Paul Bertaud: *La Révolution armée. Les soldats-citoyens et la Revolution française*. Paris 1979. S. 35-54

2 vgl. Bertaud: *La Révolution armée*. S. 39

Hierin lag auch ein schwerwiegender Kritikpunkt der *Cahier de doléance*, die sich vor allem gegen die Festschreibung dieser Praxis im Dekret vom 22. Mai 1781, das alle nichtadligen vom Offizierspatent - außer im Ingenieurskorps - ausschloß. Vgl. Godechot: *Les Institutions*. S. 123

3 Der Hauptakteur in dieser eher grotesken Affaire war - wie von Robespierre ganz richtig vorhergesehen - La Fayette. Vgl. Bertaud, *op. cit.*, S. 75,76

rungen auf den Weg, da dem Offizierskorps weitgehend freie Hand bei der Beförderung gelassen wurde. Das Ideal der strikten Gewaltenteilung brachte es auch mit sich, daß die Linientruppe faktisch weiterhin dem exekutiven Apparat der Krone unterstand<sup>4</sup>.

Dabei hatten die Männer der Konstituante anfangs durchaus die Aversion der Aufklärung gegenüber den Berufssöldnern der Könige geteilt. Doch der Wille, die vor der Revolution begonnene Modernisierung der Bewaffnung fortzusetzen<sup>5</sup>, führte auch im Militärwesen zu einer äußerst zwiespältigen Politik. Anstatt dem Ideal des "Volkes in Waffen", das die gekauften "Tyrannenknechte" des Ancien Régime als bewaffnete Macht ersetzt hätte, institutionelle Gestalt zu geben, verfiel man auf die merkwürdige Konstruktion, im Frieden eine Berufsarmee zu unterhalten, in die im Krieg freiwillige Milizionäre integriert werden sollten. Dies war nur eine graduelle Veränderung der Wehrverfassung des Ancien Régime<sup>6</sup>.

Die Nationalgarde mochte als Instrument zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung noch in ein geschlossenes staatliches Institutionengefüge integrierbar sein<sup>7</sup>. Die Formierung von Freiwilligenbataillonen neben der Armee, gewissermaßen als Streitkräfte des Parlaments stellte in bezug auf die Einheit der Staatsgewalt einen Rückschritt hinter die Errungenschaften des Absolutismus dar<sup>8</sup>, der die Bildung von feudalen Privatarmeen unterbunden hatte. Vor dem Hintergrund der Flucht des Königs im Juni 1791 mochte der

---

4 vgl. Bertaud, op. cit., S. 64,65

5 vgl. Godechot, op. cit., S. 119-122 und 138

6 Godechot, op. cit., S. 115

7 Obwohl sie 1789 als dezidiertes Instrument des Schutzes der Bürger gegen die stehende Armee des Königs spontan in allen größeren Städten Frankreichs entstanden war und so etwas janusgesichtig eben auch zunächst eine Ansammlung von Privatarmeen darstellte. Ihrer Institutionalisierung als Miliz mit allgemeinen Schutzaufgaben schwächte jedoch den institutionellen Gegensatz beträchtlich ab. Vgl. Godechot, op. cit., S. 125-130

8 Godechot's Beurteilung dieses Schrittes als positives Element in der Reorganisation der Armee hat wohl zu sehr das Ergebnis im Blickfeld. Vgl. Godechot, op. cit., S. 136-138. Die differenziertere Untersuchung von Bertaud zeigt deutlich, daß die Maßnahme die Linientruppe weiter destabilisierte. Vgl. Bertaud, op. cit., S. 46-48

Schritt eine Notwendigkeit darstellen, aber die Aufrechterhaltung dieses institutionellen Mißtrauensvotums, verbunden mit der vollständigen Retablierung der exekutiven Gewalt, machte die Spaltung der staatlichen Autorität zumindest für den Bereich der Streitkräfte offensichtlich.

Bezeichnenderweise waren es die Jakobiner, die mit ihrem Netzwerk verhinderten, daß die Linienarmee zu einem Staat im Staate wurde. Soldaten waren stets willkommene Gäste bei Klubs und Volksgesellschaften. Zum einen wurden die Jakobiner so zur Beschwerdeinstanz für die Truppe, zum anderen strahlten sie eine große Anziehungskraft gerade auf die jungen Soldaten aus<sup>9</sup>. Die Jakobiner in der Truppe kannten ihre Rechte und die Verfassung gut genug, um die Offiziere in Verlegenheit zu bringen. Die Rekrutierung auf Freiwilligenbasis und die immerhin von der Konstituante durchgesetzte Musterung vor einem der zivilen Verwaltung unterstehenden Musterungsausschuß, der besonders auch die polizeiliche Führung der Rekruten überprüfte, brachte der Armee gerade in der Zeit der Kriegsvorbereitung eine neue Generation von Soldaten. Die Verbreitung des Geistes von Verfassung und neuem Recht durch Jakobiner und Volksgesellschaften hatte gewiß einen nicht unerheblichen Anteil an der Moral der Rekruten. Verfassungsfeindliche Äußerungen und Handlungen vor allem im Offizierskorps der Linientruppe wurden von den jungen Jahrgängen unter den Soldaten ohne Zögern in die Öffentlichkeit getragen. Mehr noch, es entstand ein Korpsgeist zwischen Rekruten und Veteranen unter Mannschaften und Unteroffizieren der ein Gegengewicht zum kommandierenden Offizierskorps bildete. La Fayette, Rochambeau und Luckner mochten Putschpläne hegen, ihre Armeen verweigerten jedoch hochverräterischen Befehlen gegenüber den Gehorsam<sup>10</sup>.

---

<sup>9</sup> vgl. Bertaud, op. cit., S. 49-50, 77, 78, 79, 89

<sup>10</sup> Die Truppen waren auch gegen Protestdemonstrationen und Hungerrevolten nicht einsetzbar. Vgl. Bertaud, op. cit., S. 51, 73-88

Der Führungsskandal<sup>11</sup> in der Linienarmee machte zwar das Desaster des staatlichen Autoritätsverlusts am eindringlichsten deutlich, doch schwand das Vertrauen der Öffentlichkeit auch in anderen Bereichen. Der oberste Gerichtshof in Orléans, der zur Rechtssprechung über Staatsverbrechen und Hochverrat eingesetzt worden war, wurde durch das Prozeßrecht zum Teil blockiert und die Verfahren zogen sich über Monate hin. Unglückliche Vorgänge im Gefängnis, in dem die Untersuchungshäftlinge auf ihr Verfahren warteten, vertieften das Mißbehagen über die überfüllten Gefängnisse. Ausgerechnet Offiziere, die wegen ihrer royalistischen Gesinnung festgesetzt waren, wurden in der Öffentlichkeit mit ihren Frivolitäten im Gefängnis bekannt, was angesichts des Versagens der Armee im Felde und der politischen Umtriebe der Oberbefehlshaber ein ungutes Klima bezüglich Justiz und Strafvollzug schuf<sup>12</sup>.

Der Jakobinerklub mit seinem Filialnetz wirkte in den Affairen wie journalistischer Berichterstatter und öffentlich arbeitender Verfassungsschutz zugleich<sup>13</sup>. Sicherlich hätten die Vorgänge im Gefängnis von Orléans höchstens über die dort verkehrenden Prostituierten eine gewisse Verbreitung erfahren. Möglicherweise wäre die Justiz nicht derart ins Zentrum der revolutionären Agitation geraten, hätten die Jakobiner die Verfahren gerade vor dem Obersten Gerichtshof nicht derart aufgebauscht. Andererseits ist es sicherlich fraglich, ob die noch ungefestigte Rechtsordnung im auseinanderdriftenden Frankreich die Staatskrise im Frühjahr 1792 ohne die jakobinische Agitation überstanden hätte.

Als der Oberste Gerichtshof in Orléans schließlich die ersten bedeutenden Fälle mit einer Urteilsverkündung abschloß, schienen die

---

11 Mit den Neuaushebungen im Herbst 1791 und im Frühjahr 1792 kamen sansculottische Mentalitäten in der Armee zum tragen. Befehle von Offizieren wurden häufig in ihrem Sinn bezweifelt. Das Vertrauen zwischen Truppe und Führung kann als in jeder Hinsicht zerrüttet bezeichnet werden. Vgl. Bertaud, op. cit., S. 79-85

12 Seligman: *La Justice pendant la Révolution*. Tome II. S. 111-115, 138

13 Seligman, op. cit., S. 138-139. Bertaud, op. cit., insbesondere S. 49 und Première Partie passim

Freisprüche nur die Warnungen in Jakobinerklub und patriotischer Presse zu bestätigen. Doch die Krise der Streitkräfte, die destabilisierende Politik des Hofes und der Justizskandal waren eher spektakuläre Erscheinungsformen staatlicher Schwäche. Ein nicht minder gravierendes Problem schwebte in der Verwaltung. Mit der Anklageerhebung gegen De Lessart<sup>14</sup>, dem den Feuillants nahestehenden, dem Krieg abgeneigten Außenminister vor dem Obersten Gerichtshof in Orléans am 10. März 1792, begann die schrittweise Ablösung der Feuillant-Minister durch ein von den Girondins gebildetes Kabinett. Es folgte eine der umfassendsten Säuberungen in der den Ministerien unterstehenden Verwaltung. Als der König nur ein Vierteljahr später am 13. Juni erneut sein Kabinett wechselte und wiederum die Feuillants die Regierungsverantwortung übernahmen, folgte die Gegen säuberung. Über 40 Prozent des gesamten Personalbestands der Verwaltung wurde komplett ausgetauscht<sup>15</sup>. Gewiß war dies ein Ausdruck des tiefen politischen Mißtrauens, das die beiden Gruppen gegeneinander hegten, die Ursachen lagen jedoch tiefer.

Gegenüber der Verwaltung, den wohl wichtigsten Element frühneuzeitlicher, staatlicher Herrschaftsbildung, hegten die Revolutionäre aller Couleur das allertiefste Mißtrauen. Aufgrund der Verfahrensweisen unter der absoluten Monarchie galt die Verwaltung vor allem als willkürlich und despotisch. Durch den Kauf der bedeutenderen Ämter und durch die persönliche Abhängigkeit der unteren und mittleren Dienststufe von der schützenden Hand Vorgesetzter, sowie durch den halb privatwirtschaftlichen<sup>16</sup> Charakter vieler Bereiche galt die Verwaltung obendrein als korrupt und im staatsrechtlichen Sinne unzuverlässig. Sieyes hat dies in der Einleitung zu seiner Schrift "Überblick über die Ausführungsmittel, die den Repräsentan-

---

14 vgl. Seligman, op. cit., S. 93f.

15 vgl. Church: Revolution and Red Tape. S. 77,78

16 Der Einkauf in ein Amt mußte sich für den Amtsträger rentieren. Da es keinen Kündigungsschutz, geschweige denn einen Beamtenstatus mit besonderem Schutz gab, trat, für den Bediensteten neben seine Dienstaufgabe die Sorge um persönliche Unterhaltssicherung als gleichrangige Aufgabe.



ten Frankreichs 1789 zur Verfügung stehen" wohl am prägnantesten formuliert<sup>17</sup>. Dadurch aber, daß die Konstituante insgesamt sich nicht vom Modell der strikten Gewaltenteilung trennen konnte<sup>18</sup>, geriet sie in das Dilemma, die verhaßte Institution der königlichen Verwaltung in die revolutionäre Verfassung integrieren zu müssen. Als Steuerungsmechanismus, der den weiteren Mißbrauch des Apparates verhindern sollte, war einerseits der Abbau und die Kompetenzzuweisung, andererseits die juristische Strafandrohung bei Fehlern konzipiert worden<sup>19</sup>.

Die von Mousnier wohl ganz zurecht betonte, im Ancien Régime begonnene Reformierung und Verbesserung der Verwaltung wurde aus den genannten Phobien abgebrochen<sup>20</sup>. So schuf sich die Revolution einen in vielerlei Hinsicht noch weniger vertrauenswerdenden Apparat. Die Personalstruktur und das Personal selbst blieben gegenüber dem Ancien Régime gleich. Weder Status noch wirtschaftliche Sicherheit der Bediensteten verbesserten sich. Den ehemaligen Bediensteten des Absolutismus verlangte die Revolution Verfassungs- und Gesetzestreue ab. Doch als Gegenleistung konnten die Verwaltungsbediensteten eher auf Mißtrauen und Strafverfolgung rechnen, da ihre Reputation vom politischen Erfolg ihres Ministers abhing. Ein großer Teil der Verwaltungsämter wurde so zu politischen Ämtern, die permanent zur Disposition standen<sup>21</sup>. Diese im Grunde in der von der Konstituante über die juristische Verantwortlichkeit

---

17 vgl. Emmanuel Joseph Sieyès: Überblick über die Ausführungsmittel, die den Repräsentanten Frankreichs 1789 zur Verfügung stehen. In: Emmanuel Joseph Sieyès: Politische Schriften 1788 - 1790 mit Glossar und kritischer Sieyès-Bibliographie. Übers. und hg. von Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt. Darmstadt und Neuwied 1975 (Politica 43). 2. überarb. u. erw. Auflage München-Wien 1981. S. 22-25

18 vgl. oben Kapiteleinleitung

19 vgl. Church: Revolution and Red Tape. S. 44-48

20 vgl. Roland Mousnier: Le caractère de l'état français au moment de la Révolution. In: Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis? Teil 1, S. 107-119. Allerdings wird man Mousniers Einschätzung einer ungebrochenen Kontinuität der "Bürokratie" differenzieren müssen.

21 vgl. Church, op. cit., Kap.2



der Minister<sup>22</sup> eingeführte persönliche strafrechtliche Verantwortlichkeit für Mißerfolge war ein bedeutender Bestandteil des tiefen Mißtrauens der revolutionären Öffentlichkeit gegenüber der Verwaltung. Ein anderer war die von der Mehrzahl der Parlamentarier und prorevolutionären Journalisten kultivierte Angst vor Royalisten und Anhängern der alten Ordnung in der Verwaltung, die durch Personengleichheit obendrein höchst plausibel war<sup>23</sup>. Diese latente Angst vor einer Verschwörung der Verwaltung schien im Frühsommer 1792 ihre Bestätigung zu erhalten, als nicht nur die Feuillant-Minister, sondern auch zahlreiche Departements-Direktorien in ihrer Reaktion auf die Demonstration vom 20. Juni so weit gingen, das Verbot der Jakobiner zu fordern.

Angesichts der staatlichen Verfallserscheinungen wirkte der Gegenangriff der Jakobiner, die nur alle längst bekannten Vorwürfe gegen die königliche Exekutive und die Verwaltung zu zitieren brauchten<sup>24</sup>, als Aufruf zur Mobilmachung gegen das marode Staatsgebilde der konstitutionellen Monarchie. Daß die konstitutionelle Monarchie die sich stellenden Aufgaben des Krieges nicht meisterte lag auch im Bereich der Verwaltung nicht nur an der Mentalität des Königs und der Unfähigkeit der Minister - am allerwenigsten an der unterstellten konterrevolutionären Gesinnung<sup>25</sup> der Bediensteten. Vielmehr wirkten sich der Wille des Parlaments, die Zahl der Bediensteten aus den oben genannten Vorbehalten heraus möglichst gering zu halten, zusammen mit dem häufigen Personalwechsel und den durch die Gestaltungspolitik des Parlaments und vor allem durch die Notwendigkeiten des Krieges anwachsenden Aufgaben lähmend auf die Verwaltung aus. Die meisten Bediensteten waren nicht nur wenig

---

22 vgl. Gooch: *Parliamentary Government in France*. Insbesondere Kap. V und VI

23 vgl. Church, *op. cit.*, S. 46

24 vgl. Michael L. Kennedy: *The Jacobin Clubs in the French Revolution. The Middle Years*. S. 273-277

25 Dagegen spricht vor allem die Tatsache, daß die Mehrzahl der noch am Ende der konstitutionellen Monarchie eingestellten Bediensteten weit über den Zeitraum der Terreur hinaus im Amt blieben, zum Teil sogar über die Revolution hinaus. Vgl. Church, *op. cit.*, S. 76

geachtet und unterbezahlt, sondern auch völlig überlastet<sup>26</sup>. Die Verwaltung der konstitutionellen Monarchie war in einem Wort unzureichend - und sie war vor allem keine Bürokratie!

Church wurde durch die idealtypische Definition der Bürokratie bei Max Weber<sup>27</sup> zu einer Untersuchung angeregt, die genau genommen, erhebliche Auswirkungen auf die Historiographie der Französischen Revolution haben müßte. Und dies nicht nur im Bereich der Institutionengeschichte, sondern über die politische Geschichte bis in den Bereich der Erforschung von Mentalitäten hinein. Die theoretische Auseinandersetzung um die adäquateste Definition dessen, was Bürokratie - oder besser moderne Verwaltung - ausmacht, wird hier sicherlich nicht zu führen sein<sup>28</sup> und Church wurde im übrigen durch Webers Thesen nur darauf aufmerksam, daß sich im Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur Republik entscheidendes im Bereich der Verwaltung änderte. Verleiht man dem durchaus ganz anderen Erscheinungsbild der Verwaltung am Ende der Revolution ein unterscheidendes Attribut zu ihrer Vorgängerin am Vorabend des 10. August - und Church gibt hierfür überzeugende Gründe<sup>29</sup> - so wird man, soweit man Church's Terminologie akzeptiert, zu dem Schluß kommen, daß die Verwaltung der konstitutionellen Monarchie in diesem Sinne nicht bürokratisch war. Die Probleme der Verwaltung waren vielfältig und komplex, zwei Aspekte jedoch waren Kristallisationspunkte der öffentlichen Kritik: Ihre Ineffizienz, die mit der von der Armee und Justiz korrespondierte, und die tiefen Zweifel an der Loyalität der Bediensteten gegenüber der neuen Rechtsordnung. Ge-

---

26 vgl. Church, op. cit., insbesondere Kap.2

27 Zu Church's differenzierter Arbeitshypothese s. Church, op. cit., Vorwort, insbesondere S. 10ff. Dies klarifiziert seine im Vortrag auf dem Bamberger Symposium wohl notwendigerweise pointiert vorgetragenen Thesen. Vgl. Ders.: The Process of Bureaucratization in France 1789-1799. In: Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis? S. 121-137

28 Dies ist auch in Soziologie und Verwaltungswissenschaften ein kontroverses Thema. Vgl. hierzu insbesondere Richard H. Hall: The Concept of Bureaucracy. An Empirical Assessment. In: The American Journal of Sociology, Vol 69,1 (1963), S. 32-40

29 vgl. Church, op. cit., Kap.8-10

rade in bezug auf die Loyalität gegenüber der neuen Rechtsordnung stellte das Netz des Jakobinerklubs insgesamt ein kaum zu überschätzendes Potential dar<sup>30</sup>. Und gerade auch die Sansculotten waren in ihrem Denken tief in dieser neuen Rechtsordnung verwurzelt, was sicherlich zum großen Teil an ihrer Meinungsbildung anhand populärer Journale lag. Sosehr die sansculottischen Hoffnungen zum einen auch auf grundlegende Besserung ihrer wirtschaftlichen Situation ausgelegt sein mochten<sup>31</sup>, sosehr begriffen sie sich auch als loyale Patrioten, die stets für die Revolution eintraten<sup>32</sup>. Für die sansculottische Meinungsbildung so zentrale Denker, wie Marat, hatten auch die politischen Erwartungen der Sansculotten ursächlich mit der Verfassung und mit "guten Gesetzen" verknüpft<sup>33</sup>. Auch in Hébert's breitenwirksamen "Père Duchesne" spielte die Auseinandersetzung mit der Rechtsordnung eine ganz wichtige Rolle<sup>34</sup>. Soweit die Sansculotten in einer Volksgesellschaft organisiert waren, die zum Netzwerk des Jakobinerklubs zählte, konnten sie überdies auf eine profunde Ausbildung in bezug auf den Geist der Verfassung und der Rechtsordnung zurückgreifen. Vom jakobinischen Selbstverständnis her war die Verbreitung der Kenntnis der revolutionären Rechtsordnung das grundlegendste Ziel der Clubaktivitäten<sup>35</sup>, was nicht zuletzt in der Bildungspolitik nach 1793 seine Fortsetzung fand<sup>36</sup>. Diese sansculotti-

---

30 Es gab Dissens im Netz besonders im Zusammenhang mit Abspaltungen. Insgesamt säuberte sich die Organisation jedoch stets erfolgreich und ging gestärkt aus diesen Auseinandersetzungen hervor. Vgl. oben Kap.II, Die Volksgesellschaften

31 vgl. oben Kap.I, Soziale Hoffnungen der Sansculotten und Motive ihres politischen Handelns

32 ebd.

33 vgl. oben Kap.I, Marat's Gesellschaftstheorie und sein soziales Denken und Das politische Handeln bei Marat

34 vgl. die linguistisch-historische Untersuchung von Jacques Guilhaumou: L'idéologie du Père Duchesne. Les forces adjuvantes (14.juillet-6.septembre 1793). In: Régime Robin (Hg.): Language et idéologies. Paris 1974. S. 81-116. Das Ergebnis von Guilhaumou ist umso bemerkenswerter, als ihm die Ausgaben zugrunde liegen, die in der Zeit der Debatte um ökonomische Zwangsmaßnahmen vor dem 5.September 1793 publiziert wurden.

35 vgl. Michael L. Kennedy: The Jacobin Clubs in the French Revolution. The First Years. Kap.1 und 2 und passim

36 Die Aufklärung über Rechte und Pflichten des Bürgers sollte neben der Vermittlung von

sche Grundhaltung, in deren Zentrum die theoretisch seit 1789 bereits erkämpfte revolutionäre Rechtsordnung stand, erklärt sicherlich so eklatant unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzeptionen, wie sie von den Kongressen der Volksgesellschaften in Burgund und der aufständischen Commune nach dem 10. August verfolgt wurden<sup>37</sup>. Ganz offensichtlich spalteten diese Differenzen die Bewegung nicht, denn über den festen Entschluß, die Krone zu stürzen, fand man zusammen. Und mit dem Versagen der *laissez faire* Politik der Gironde im Herbst 1792 begann man im Filialnetz der Jakobiner allenthalben nach der regelnden Politik des Staates zu rufen<sup>38</sup>.

In der Tat war das Netzwerk der Jakobiner die einzige Macht im französischen Staat die gegenüber der Rechtsordnung loyal war und gleichzeitig durchsetzungsfähig. Obendrein zeichnete sich diese Macht durch Eigeninitiative und Tatkraft aus. Die Mobilisierung gegen die morbide konstitutionelle Monarchie war zwar durch den Jakobinerklub ausgelöst worden, der den aus seinen Reihen kommenden Girondeministern den Rücken stärken wollte<sup>39</sup>, aber das überwältigende Votum gegen den König in Form der aus weiten Teilen Frankreichs zusammenströmenden Föderiertengarde - und vor allem ihrer Mannschaftsstärke und Entschlossenheit - war Ausdruck einer Bewegung von der Basis aus<sup>40</sup>.

Ich glaube, wenn man nach den Grundlagen des Bündnisses von Jakobinern und Sansculotten sucht, so sind sie gewiß in der jahrelangen Probagierung des Geistes der revolutionären Rechtsordnung im Filialnetz der Jakobiner zu suchen und dem daraus resultierenden

---

praktischen Kenntnissen das Hauptziel der Elementarschulausbildung sein. Vgl. Rolf Reichardt: Schulwesen und Erziehung. In: Ders. (Hg.): Die Französische Revolution (Ploetz). S. 196 und passim

37 vgl. Dorigny, *Les Congrès des Sociétés Populaires de 1792* und Fritz Braesch: *La Commune du dix août 1792*. Paris 1911. Ndr. Genf 1978. Kap. 9

38 vgl. Kennedy: *The Jacobin Clubs in the French Revolution. The Middle Years*. S. 71

39 vgl. Dorigny, *op. cit.*, S. 111-113

40 vgl. Kennedy: *The Jacobin Clubs in the French Revolution. The Middle Years*. S. 261-272

Rechtsbewußtsein unter den Sansculotten. Im Gegensatz zur weitgehenden augenscheinlichen und tatsächlichen Ohnmacht und Unzuverlässigkeit des Staates unter der konstitutionellen Monarchie erwies sich das Bündnis nicht nur als Schutzinstanz für die gefährdete revolutionäre Rechtsordnung, sondern auch als handlungsfähige Macht. In nur wenigen Wochen entstand in der Föderiertengarde eine formidable Armee aus Freiwilligen, die sich entschlossen zeigte, jeden zur Erhaltung des revolutionären Frankreich gegebenen Befehl auszuführen<sup>41</sup>. Das diese neue Macht im Staat mit dem Sturz der Monarchie dem ohnmächtigen Staat der konstitutionellen Monarchie ein Ende bereitere war nur konsequent. Ihre organisatorische Befähigung stellte diese neue Macht nach dem 10. August in der Form der ersten Terrormaßnahmen der aufständischen Commune unter Beweis. Wie immer man diese Maßnahmen ethisch beurteilen mag, sie brachten unter dem Druck einer Invasionsarmee vor den Toren der Hauptstadt, die - wenn auch drastische und brutale - Lösung von hängenden Problemen auf den Weg. Nicht nur kriegsnotwendige Rationierung und Zwangsbewirtschaftung, sondern auch fühlbare Maßnahmen zur Spionage- und Sabotageabwehr, sowie polizeiliche Untersuchungen von defätistischen und landesverräterischen Umtrieben wurden in der Form meist undifferenzierten Terrors<sup>42</sup> in Gang gesetzt. Das gewiß durch die maratistische, aber auch durch die jakobinische Agitation monströs entstellte Problem der überfüllten Gefängnisse und des Versagens der revolutionären Justiz wurde durch die selbst ernannten Standgerichte der Sansculotten gelöst<sup>43</sup>.

---

41 Die Föderiertengarde war am 8. Juni 1792 per Dekret der Legislative auf Freiwilligenbasis zum Föderationsfest am 14. Juli einberufen worden. Trotz zum Teil erheblicher Widerstände der Departementsverwaltung strömte diese Armee von annähernd 20 000 Mann tatsächlich zusammen. Vgl. Kennedy: *The Jacobin Clubs. The Middle Years*. S. 261-272. Bertaud, op. cit., S. 88, 89.

42 vgl. oben Kap. II, Die Commune von Paris und ihre Sektionen und Kap. III, Einleitung

43 vgl. Pierre Caron: *Les massacres de septembre*. Paris 1935. Kap. 2. Zur Einschätzung der Massaker als Reaktion auf fehlende staatliche Maßnahmen in bezug auf die Herstellung der Verteidigungsbereitschaft siehe auch daselbst S. 473ff.



Insofern Mathiez mit seiner Einschätzung, der Jakobinerklub wäre mit dem Sturz der Monarchie zum Zentrum der Regierung geworden<sup>44</sup>, meint, daß die Jakobiner die Ausübung zentraler staatlicher Gewaltfunktionen koordinierten und überwachten, hat er gewiß recht. Bezeichnenderweise bleibt ihre Tätigkeit als eigenständiges Organ jedoch eher auf Bereiche der Verwaltungsebene beschränkt, nämlich auf solche der polizeilichen Überwachung, der geheimdienstlichen Aufklärung, der Berichterstattung und Sicherstellung der Durchführung von Verwaltungsakten - dies alles über ihr Korrespondenznetz. Die staatsrechtliche Ausübung der exekutiven Gewalt überließen sie Staatsorganen, die - wie die Commune von Paris - einen wenn auch noch so schwachen Anspruch auf verfassungsmäßige Legitimität erheben konnten<sup>45</sup>.

In jedem Falle war mit der aufständischen Commune ein Machtapparat erprobt worden, der in Effizienz und Autorität entscheidend zu den Verfallserscheinungen der konstitutionellen Monarchie kontrastierte und der für sich in Anspruch nehmen konnte, die drohende Niederlage des revolutionären Frankreichs vor inneren und äußeren Feinden abgewendet zu haben. An diesem Erfolg mußte sich die nachfolgende Regierung messen lassen.

---

<sup>44</sup> vgl. Albert Mathiez: *La vie chère et le mouvement social sous la Terreur*. Bd.1, S. 270

<sup>45</sup> vgl. oben Kap.II, Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften



## Verwaltung und Zwangsgewalt

In ihren Angriffen gegen die Machtursurpation durch die Pariser Commune und die Montagnards, die die Politik der Commune maßgeblich mitbestimmt hatten, erhoben die Girondins neben dem Anspruch auf die politische Macht implizit auch den, die staatliche Ordnung effizienter und tragfähiger zu organisieren. Es war dementsprechend ihr Bestreben, die staatliche Autorität zu stärken, im Zusammenhang mit Krieg und inneren Unruhen durchaus auch mittels des Einsatzes außerordentlicher Zwangsgewalt<sup>1</sup>. Die ihnen schon in der zeitgenössischen Auseinandersetzung nachgesagte, zu gemäßigte politische Einstellung, scheint zumindest an der Oberfläche auf ihrem insgesamt doch starren Festhalten an einer liberalen Wirtschaftspolitik zu beruhen. Doch sind die politischen Wechselwirkungen auch in dieser Frage sehr komplex. Immerhin fand die girondistische Wirtschaftskonzeption auf den bedeutenden Kongressen der Volksgesellschaften bis zum Oktober 1792 eine breite Mehrheit<sup>2</sup>. Selbst in der Kommunalverwaltung von Paris hatte das girondistische Konzept des freien Warenverkehrs noch in der Anlaufphase der Terreur eine bedeutende Anhängerschaft<sup>3</sup>.

Im Zentrum der von der Montagne beherrschten Kongresse der Volksgesellschaften im Sommer 1793 stand das Problem des "Föderalismus"<sup>4</sup>, nicht etwa die Maximumspolitik. Vor der tatsächlichen Wirtschaftspolitik der Montagne<sup>5</sup>, scheint es mir ganz deutlich, daß

---

1 vgl. oben Kap.II, Die Gironde

2 vgl. Dorigny: Les Congrès des Sociétés Populaires de 1792 en Bourgogne. S. 105-113 u. passim

3 vgl. Susanne Petersen: Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik in Paris 1792-1793. München-Wien 1979. S. 132ff. u. 172-181

4 vgl. Duport: Les Congrès des Sociétés populaires tenus à Valence en 1793. Insbesondere S. 30ff.

5 vgl. oben, insbesondere Kap.I, Saint Just's ökonomischer Terror und Kap.III, Die Gleichschaltung nach dem 14. frimaire

das Maximum ein beruhigendes Zugeständnis der Montagne an den radikalsten Teil der Sansculotten war, obwohl Pertué's These des minutiös ausgearbeiteten Plans der Jakobiner zum Sturz der Gironde eine politische Geschlossenheit seitens der Jakobiner unterstellt, die in dieser Zielbestimmung wohl nicht gerechtfertigt wäre<sup>6</sup>.

Wesentlich plausibler erscheint jedoch der von der Montagne erhobene Vorwurf des Moderantismus auf Seiten der Gironde, wenn man deren Haltung zur Staatsgewalt im Mittelpunkt des Vorwurfs sieht. Wirklich war es ja auch das Ziel der Gironde, die staatliche Ordnung der Monarchie im Prinzip zu erhalten - wenn auch ohne Königtum. Wie bereits dargestellt<sup>7</sup>, versuchte die Gironde, ihre traditionelle Machtdomäne, die Exekutive zu erhalten und zu stärken. Das Netzwerk der Jakobiner und deren institutionelle Speerspitze, die Pariser Commune, waren dabei ein Hindernis. Ein entscheidender Fehler der Gironde war aber ihre Hoffnung auf breiten parlamentarischen und über die Volksgesellschaften im Land zu verbreitenden Konsens bezüglich des Despotismus der Pariser Commune. Das tatsächliche Problem war anders gelagert.

Wie die Entwicklung nach dem 14. Frimaire zeigt, war die aufständische Commune keine eigenständige politische Macht mit längerfristigen Durchsetzungsvermögen<sup>8</sup>, sondern ein Notbehelf, der ein staatliches Machtvakuum ausfüllte. Und sie hatte ihr Prestige - vor allem unter den Sansculotten - erworben, indem sie die Zerstörung der revolutionären Rechtsordnung durch die beargwöhnte königliche Administrative und durch das Offizierskorps der königlichen Armee in der journée vom 10. August verhindert hatte<sup>9</sup>. Indem die Gironde auf der staatlichen Machtausübung durch eine eigenständige, im

---

6 vgl. Michel Pertué in einer Zusammenfassung seiner Dissertation in den Rechtswissenschaften unter dem Titel: *Les luttes de classe et la question de la dictature* (déclut 1793). In: AHRF, No 229 (1977), S. 457f.

7 vgl. oben Kap.II, Die Gironde und Kap.III, Das Scheitern der Gironde

8 vgl. oben Kap.III, Die Gleichschaltung nach dem 14. Frimaire

9 vgl. Kapiteleinleitung

Prinzip gegenüber der konstitutionellen Monarchie unveränderten Exekutive bestand, brachte sie sich in die Zwangslage die Reformfähigkeit dieses Staatsmodells von 1791 zu beweisen. Solange die französischen Armeen tief im Feindesland standen und die innenpolitische Lage relativ stabil war, wurde dieses Modell zumindest im Konvent von einer Mehrheit getragen. Als aber am Ende des Winters 1793 gleichzeitig der Versorgungskrise und den schweren militärischen Niederlagen an der gesamten Ostfront mit Maßnahmen zu begegnen gewesen wäre, schwand das Vertrauen in die Kompetenz der Exekutive rapide<sup>10</sup>.

Sicherlich wäre es unsinnig, die Gironde für die komplexen Krisen verantwortlich zu machen. Aber in ihrem Bestreben, streng nach der Maxime der Gewaltenteilung zu regieren, ererbte die Gironde das Mißtrauen, gegenüber der ehemaligen königlichen Exekutive. Und wirklich veränderte sich im administrativen Apparat nur allzu wenig. Trotz umfänglicher Entlassungen und Neueinstellungen kamen die Bediensteten aus derselben Personengruppe wie im Ancien Régime und der konstitutionellen Monarchie. Wegen der hohen Personalfluktuation, die in den Bereichen der Führung durch die wechselseitigen politischen Erfolge von Gironde und Montagne im Konvent im Frühjahr noch vergrößert wurde, sank Kontinuität und Effizienz der Arbeit der Verwaltung eher noch<sup>11</sup>. Als die Vielzahl der Krisen prompte und wirkungsvolle Maßnahmen erforderte, beharrte die Gi-

---

10 Der Kampf um die Macht in der Exekutive, der zum großen Teil von der Gironde ausging, erwies sich als Desaster. Als Roland das Vertrauen in den von ihm selbst vorgeschlagenen Kriegsminister Pache verlor, weil dieser gewisse Sympathien für politische Argumente der Montagne entwickelte, brach im Januar 1793 eine Auseinandersetzung über die Vertrauenswürdigkeit der Minister aus, über die Roland selbst fiel. Gerade im entscheidenden Ressort des Kriegsministeriums einigte man sich auf den farblosen und nicht durchsetzungsfähigen aber persönlich ehrgeizigen Beurnouville, der Dumouriez freie Hand in dessen verantwortungsloser Kriegsanleihenpolitik ließ. Sieyes' Plan zur Reorganisierung des Kriegsministeriums ging im allgemeinen Gerangel um Stellenbesetzungen weitgehend unter. Der Allgemeine Verteidigungsausschuß (eingerrichtet am 1. Januar 1793), der Vorgänger des Wohlfahrtsausschuß, der von der Gironde dominiert wurde, war eher ein Forum für die Selbstdarstellung der Girondins. Vgl. Sydenham: *The Girondins*. S. 147-150

11 vgl. Church: *Revolution and Red Tape*. S.77-79

ronde dennoch im Prinzip auf der staatlichen Ordnung, die sich bis zu diesem Zeitpunkt in keiner Krise bewährt hatte.

Mehr noch, ihre ungeschickten Forderungen, wie etwa die der Einberufung der Föderiertengarde<sup>12</sup> riefen die Erinnerung an die königliche Politik wach, wenn sie auch andere Ziele verfolgten. Hinzu kam, daß sie alle Maßnahmen, die das Parlament zu seiner eigenen Machtstärkung veranlaßte, in der Ausführung anderer, insbesondere der Montagne überließen<sup>13</sup>. Gegenüber dem wachsenden Willen im Konvent, alle Bereiche staatlicher Gewalt in den Machtbereich des Parlaments zu bringen, entwickelte die Gironde keinen Sensus. Im Gegenteil zeigte sie sich unwillig und unfähig angesichts des Krieges, der verzweifelte innenpolitischen Lage und der zutage tretenden Schwäche des administrativen Apparates Burgfrieden zu wahren und das Feld denen zu überlassen, die Frankreich schon einmal vor dem Zusammenbruch bewahrt hatten. Ihr verzweifelteres Klammern an die politische Macht durch den Angriff auf die Commune und die Avantgarde von Sansculotten und radikalen Jakobinern mit dem Instrument des Zwölferausschuß<sup>14</sup> zu einer Unzeit, in der Frankreich auseinanderzubrechen drohte und die gesamte Front in einer militärischen Krise stak, zeugt doch von einem gewissen Realitätsverlust. Und die Situation mußte schon bei wohlwollenden Beobachtern Erinnerungen an das Ende der konstitutionellen Monarchie wachrufen, ganz drastisch jedoch bei Jakobinern und Sansculotten.

Zum Dissens über die angesichts der Krise zu verfolgende Politik trat in der Konfrontation zwischen Jakobinern und Gironde eine tiefe Erbitterung über die Abspaltungsversuche der Gironde im Netzwerk der Jakobiner, vor allem, nachdem sie aufgrund ihres politischen Verhaltens während des Sturzes der konstitutionellen Monarchie und der ersten Terrorwelle aus dem Pariser Jakobinerklub ausge-

---

<sup>12</sup> vgl. oben Kap.II, Die Gironde

<sup>13</sup> Ganz besonders gilt dies für das Instrument der Repräsentanten in Mission. Vgl. oben Kap.III, Das Scheitern der Gironde

<sup>14</sup> vgl. Sydenham: Girondins. S. 173-177

schieden war<sup>15</sup>. Ihre auf der Ebene der Jakobinerklubs vor allem in Burgund und in den Hafenstädten besonders im Frühjahr und Sommer 1793 teilweise erfolgreiche Klubpolitik stärkte einerseits das Netzwerk der Jakobiner, da sich durch das Aufsteigen von Volksgesellschaften in den Rang von regional führenden Jakobinerklubs an Stelle der abtrünnigen "girondistischen" Klubs die Basis verbreiterte, andererseits trug sie zu einer weiteren Vergiftung des Klimas bei. Ausgerechnet die regionalen Führungseliten aus Verwaltung, Justiz und Wirtschaft, die in den exklusiven Jakobinerklubs organisiert waren, spalteten sich in den unter den Einfluß der Gironde geratenen Departements von der Gesamtorganisation der Verfassungspatrioten ab<sup>16</sup>. Vor diesem Hintergrund erhielt die Forderung der Gironde, den vorhandenen exekutiven Apparat zu stärken und insbesondere die Kompetenzen der Departementsverwaltungen auch im Falle von Paris wieder herzustellen, zumindest in ihrer Wirkung auf die Jakobiner eine andere Qualität.

In diesem Kontext liegt auch einer der Schlüssel zum an sich nicht ohne weiteres verständlichen Föderalismusvorwurf gegenüber der Gironde. Die Politik der Gironde zeigt insgesamt keine greifbaren Hinweise auf eine Absicht, Frankreich in Bundesstaaten zu zergliedern. Auch die Betonung der verwaltungstechnischen Bedeutung der Departements kann hierfür nicht ins Feld geführt werden<sup>17</sup>. Ganz im Gegenteil ist es das Bestreben der Gironde gewesen, die Verwaltungsgliederung Frankreichs unter der von ihr kontrollierten Exekutive wieder strikt zu hierarchisieren<sup>18</sup>. Der Vorwurf des Föderalismus wird interessanterweise auch nicht allein gegen die Gironde erhoben. In gleicher Terminologie werden die maratistisch und hébertistisch ge-

---

15 vgl. Kennedy: *The Jacobin Clubs in the French Revolution. The Middle Years*. S. 287-307

16 vgl. Kennedy, *op. cit.*, S. 49-62

17 Die Forderung hatte die Reduzierung von Paris auf 1/83 Frankreichs, also auf die Bedeutung eines Departements, zum Hauptgegenstand. Die theoretische Formulierung der Forderung geht auf Lassource zurück: Am 25. September vor dem Konvent. AP Bd. 52, S. 130f.

18 vgl. oben Kap.II, Die Gironde



steuerten "Föderationen" der Volksgesellschaften in Nordfrankreich im Sommer und Herbst 1793 als "föderalistisches Komplott" unterdrückt. Die Deutlichkeit der Sprache des Wohlfahrtsausschusses und der von ihm beauftragten Kommissare läßt keinen Zweifel daran offen, welche Dimension der Vorwurf des Föderalismus in der Zeit hat. Den Kongressen der Volksgesellschaften wird vorgeworfen als Glieder des Staates eigenmächtig und ohne Auftrag des Kopfes zu handeln - mithin konspirativ und subversiv<sup>19</sup>. In diesem Duktus wird Föderalismus reduziert auf eine seiner Konditionen, nämlich die Teilung staatlicher Macht und staatlicher Gewaltausübung. Dabei wird die Perversion dieses Prinzips durch Sezession und Verrat als von vornherein dem Begriff inhärent unterstellt.

Insgesamt scheint sich der Föderalismusvorwurf als Kontraktion verschiedener, frischer Erfahrungen der Jakobiner darzustellen. Eine Komponente dieser Begriffsvermischung dürfte im Trauma des staatlichen Autoritätsverlusts durch die Ineffizienz und Unzuverlässigkeit der nach dem Modell der Gewaltenteilung in vielen Bereichen auch gegen den expliziten Willen des Gesetzgebers arbeitenden königlichen Exekutive zu finden sein. Komplementär gesellte sich die Erfahrung des Erfolgs der Kongresse oder Föderationen der Volksgesellschaften in Burgund im Frühjahr 1792, die den König faktisch für abgesetzt erklärt hatten<sup>20</sup> und durch ihren Beitrag zur Aufstellung der Föderiertengarde für die tatsächliche Absetzung sorgten, hinzu. Einen für die Gironde sicherlich nicht sehr günstigen Hintersinn erhielt diese Erfahrung aus der Tatsache, daß die Kongresse auf ihre Initiative zurückgingen und von ihren politischen Vorstellungen beherrscht wurden<sup>21</sup>. Die girondistische Politik im Konvent schließlich war Machtbildung und Abspaltung zugleich und dies gegen die zunehmende Ablehnung der Inkarnation des Souveräns Volk in den Sansculotten. Das Zerschneiden der staatlichen Einheit Frankreichs im

---

19 vgl. François Wartelle: *Contre-pouvoir populaire ou complot maximaliste*. S. 78-80

20 vgl. Dorigny: *Les Congrès des Sociétés Populaires de 1792 en Bourgogne*. S. 96-97

21 vgl. Dorigny, op. cit., S. 105-113



Vendéeaufstand trug als exogenes Element vielleicht nicht unerheblich zur Bildung der Föderalismustheorie in den Reihen der Jakobiner bei.

Die Identifizierung der Sinn- und Verständnisbildung dieser jakobinischen Föderalismustheorie in der Konfrontation mit den komplexen politischen und gesellschaftlichen Problemen 1792 bis 1794 verdient eine eigenständige Untersuchung mit einer anspruchsvollen Methodik, die eine linguistische Analyse mit einer historischen Strukturanalyse auch im Hinblick auf die unübersehbaren Auswirkungen auf die Entwicklung des modernen Zentralstaats verbinden müßte.

Die Funktion der jakobinischen Föderalismustheorie in der Schreckensherrschaft war eine doppelte. Zum einen definierte sie ganz eindeutig den Tatbestand, divergierender Bestrebungen in der Ausübung der staatlichen Gewalt, zum anderen war sie ein Behelf, den Argumentationsnotstand, der durch Verfassungsfiktion und Verfassungswirklichkeit entstanden war, zu überbrücken. Juristisch gesehen, hatte die Gironde alles Recht auf ihrer Seite, wenn sie die Hierarchisierung der Verwaltung und ihre strikte Trennung vom Parlament forderte. Mit der Einrichtung des conseil exécutif provisoire durch die Legislative hatten sich an der verfassungsmäßigen Konstruktion des exekutiven Apparates nur zwei Dinge geändert: Es gab keinen König mehr, also fiel es künftig dem Parlament zu, die Minister zu ernennen. Aus dem gleichen Grund entfiel das suspendierende Veto. Auch die Verwaltungsgliederung blieb im Prinzip bestehen. Doch in der politischen Wirklichkeit gab es kein Zurück zu einer wenn auch modifizierten Gewaltenteilung strikter Observanz mehr. Nicht einmal an die Inkraftsetzung des parlamentarischen Regierungssystems der Verfassung von 1793 war mehr zu denken, nachdem der Konvent über seine Ausschüsse - insbesondere den Wohlfahrtsausschuß und seine Kommissare - nach und nach zentrale Berei-

che der exekutiven Gewalt selbst ausübte<sup>22</sup>. Die Legitimisierung der Handlungsweise des Konvents konnte sich dabei nur aus dem Auftrag herleiten, eine Verfassung zu geben. Das Dilemma war jedoch, daß die Verfassung, wie jede Grundordnung Anspruch auf ewige Gültigkeit erheben und entsprechend "normale Friedenszeiten" zur gestalterischen Projektionsebene machen mußte<sup>23</sup>.

Im Falle des Beharrens einzelner Gruppen auf formal gerechtfertigten Rechtspositionen konnten Parlamentarier des Konvents die Legitimation ihres Handelns schwerlich verbal aus der höheren Effizienz der faktischen Gewaltausübung beziehen. Es blieb ihnen nur der Rekurs auf höhere Rechtsgüter, wie den Bestand der Nation und die Erhaltung des grundlegenden Geistes der revolutionären Rechtsordnung<sup>24</sup>. So mußten die Girondins, die Hébertisten und die Männer um Danton als Föderalisten und Verschwörer das Schafott besteigen.

Weit handfestere Gründe, als abstrakte Rechtsableitungen, lagen jedoch der Logik der Vernichtungsaktionen zugrunde. So unterschiedlich die Ziele der Gruppen auch waren, die zu den prominentesten der Opfer des Terrors zählten, sie alle hatten eines gemeinsam: Sie erlangten direkten Einfluß auf die exekutiven Organe des Staates. Die Gironde über ihren Rückhalt in der mittleren und Ministerialverwaltung, Hébertisten und "indulgents" über ihre Anhängerschaft in den Volksgesellschaften, aus denen sich zum überwiegenden Teil die Basis der revolutionären Verwaltung, die lokalen und

---

22 vgl. Godechot: *Les institutions*. S.290-302. vor diesem Hintergrund erklärt sich unter anderem auch die unnachsichtige Verfolgung der "enragés"??, die neben ihrer Terrorforderung gegen Spekulanten und Preistreiber auch die das Prinzip der faktischen Verfassung gefährdenden Forderung nach Inkraftsetzung der Verfassung von 1793 erhoben - was nicht zuletzt auch die Auflösung des Konvents und Nachwahlen bedeutet hätte. Vgl. R.B. Rose: *The Enragés. Socialists of the French Revolution* ? Melbourne 1965. Ndr. Sydney 1968. S. 80-82

23 Zur Verfassungsdebatte und dem Bemühen um eine dauerhafte und stabile Grundordnung aller Verfassungsgeber s. Godechot: *Les institutions*. S. 275-281

24 Dies ist sicherlich eine der wesentlichen Leistungen Robespierre's gewesen, der in seinen Begriffen Tugend, Volk und Gemeinwohl unter anderem auch die rechtsphilosophische Legitimation des revolutionären Handelns herleitete. Vgl. oben., Kap.I, Robespierre, das Volk und das Gemeinwohl und Robespierre's Terror gegen die Verschwörung der Konterrevolution.

regionalen Revolutionsausschüsse rekrutierten<sup>25</sup>. Besonders eklatant war dieser Einfluß im Falle der Hébertisten und Maratisten, die nicht nur - wie die Gironde - Einfluß auf das Netz der Jakobiner in einigen Departements<sup>26</sup> erlangten, sondern sich auch daran machten, in der Revolutionsarmee eine ihnen hörige, vom Exekutivapparat weitgehend unabhängige bewaffnete Macht zu schaffen<sup>27</sup>.

In diesem Sinne waren auch alle diese Gruppen Verschwörer gegen die "eine und unteilbare Republik", indem sie nämlich staatliche Gewalt für ihre Ziele usurpierten. Die Umstände des Sturzes der schwachen konstitutionellen Monarchie hatten nicht nur in der Theorie jakobinischer Revolutionäre, sondern ganz real die Situation geschaffen, daß die Verteidigung und Aufrechterhaltung der revolutionären Rechtsordnung in Frankreich in den Händen der im Netzwerk der Jakobiner organisierten Patrioten lag, die mit Eigeninitiative, Entschlossenheit und Tapferkeit die Freiwilligenverbände der Armee bemannten und der staatlichen Ordnung durch ihren Dienst in Überwachungs- und Zivilausschüssen Geltung verschufen<sup>28</sup>.

Ein reales Element der Verschwörungstheorie der Terreur scheint hier auf. Eines ihrer Fundamente war die Feststellung, daß es in bezug auf die neue Grundordnung Frankreichs nur zwei Gruppen von Franzosen geben konnte: Die eine, die in jedem Falle auf dem Boden dieser Grundordnung stand, also verfassungskonform war, und

---

25 vgl. oben Kap.III

26 vgl. Wartelle: *Contre-pouvoir populaire ou complot maximaliste?* Insbesondere S. 77ff.

27 Die Pariser Revolutionsarmee wurde von Ronsin, einem engagierten Hébertisten kommandiert. Insbesondere in den Reihen der Sektionssansculotterie war die Revolutionsarmee in hohem Ansehen. Sie galt als sansculottische Avantgarde und war eine Errungenschaft der journée vom 5.September. Noch problematischer, weil noch unübersichtlicher waren die Revolutionsarmeen in den Departements, die zum Teil völlig unter dem Einfluß von Volksgesellschaften standen. Sie wurden schon am 4.Dezember wieder unterdrückt. An die Pariser Revolutionsarmee wagte sich der Wohlfahrtsausschuß jedoch erst nach der Guillotininierung der Hébertisten am 24.März 1794 heran. Sie wurde drei Tage später aufgelöst. Vgl. Richard Cobb: *Les armées révolutionnaires. Instrument de la Terreur dans les départements*. Avril 1793 - Floréal An II. 2 Bde. Paris 1961 - 1963. S. 78-98, 342-361, 794-818 und passim

28 vgl. oben, Die Abwendung der Niederlage und Kap.III

diejenige, die sich subversiv zeigte. Robespierre identifizierte die beiden Gruppen. Die eine war die Gruppe, die sich der Rechtsordnung unterwarf, mithin also rechtsphilosophisch stringent gedacht "le peuple français", das Staatsvolk also, die andere, die sich als Anhänger des Ancien Regime entpuppten, die "aristocratie bourgeoise et nobiliaire"<sup>29</sup>, also die Anhänger der Herrschaft von Privileg, Abstammung und Standesrecht. So politisch diffus sich diese Feindbestimmung auch zeigte, rechtlich war sie durch und durch logisch. Aristokrat meinte ganz eindeutig nicht Adeliger!<sup>30</sup> Aristokrat definierte den Anhänger der Ordnung des Ancien Régime, völlig unabhängig von seiner Standeszugehörigkeit und es war vielmehr ein juristischer Begriff als ein politischer. Das konspirative Element im definierten Tatbestand der Verschwörung der Aristokraten leitete sich aus der erkannten Bedrohung der Grundordnung durch jede Konzession an Staatsfeinde ab. Ich meine, der Vorwurf der Verschwörung ist nicht anders zu verstehen, als das archaische Konglomerat von Hoch- und Landesverrat, Subversion und Verfassungsfeindlichkeit. Mit der glasklaren Gedankenführung eines Strafverteidigers oder Staatsanwalts subsumierte Robespierre die Bedrohung des Staates von innen unter dem Hauptanklagepunkt der Staatsfeindlichkeit<sup>31</sup>.

Nur in diesem Sinnzusammenhang ist etwa Saint Just's politisch völlig abstruse Konstruktion des "plan de famine", der von der Zeit Neckers an von allen politischen Gegnern der Jakobiner verfolgt worden sei, zu verstehen<sup>32</sup>. Jede politische Handlung, die den Bestand der revolutionären Rechtsordnung - seit September 1792 den republikanischen Staat - gefährdete, wurde auf die Vergleichsebene der schmerz-

---

29 Zur Analyse von Robespierres Sprachfiguren und Begriffsprägung im Zusammenhang von Revolution und Konterrevolution s. Helmut Kessler: *Terreur*. S. 88ff.

30 vgl. hierzu die allerdings nur zu diesem Problem überzeugende Arbeit von T.C.W. Blanning: *The French Revolution. Aristocrats versus Bourgeois ?* Basingstoke - London 1987. S. 44 und passim

31 Insbesondere in der Debatte um den Prozeß des Königs und noch dezidiierter im Vorfeld der Einrichtung des Revolutionstribunals. Vgl. Kessler: *Terreur*. S. 90-97

32 vgl. oben Kap.I, Saint Just's ökonomischer Terror

haften Erfahrung des Auseinanderbrechens der Verfassung von 1791 aufgrund der Widersprüche im Staatsgefüge selbst projiziert.

Man wird Jakobinern und Montagnards zugestehen müssen, daß sie nicht, die politische Situation Frankreichs ausnutzend, über die Leichen ihrer Gegner schreitend, ein sozialutopisches Programm durchsetzen wollten. Ein solches Programm gab es nicht einmal in Ansätzen. Vielmehr stand im Zentrum ihrer Bestrebungen die Stärkung der Staatsgewalt, die der revolutionären Grundordnung Geltung und Autorität verschaffen konnte. Aus jakobinischer Sicht wurde das Volk, das sich in seiner Avantgarde, den Sansculotten, manifestierte, nicht von seinen wirklichen wirtschaftlich-sozialen Zielen abgelenkt, sondern erfuhr eine fundamentale Bewußtseinserweiterung. Jedes politische Ziel der Sansculotterie hatte - und hierin deutete das jakobinische Denken auf eine profunde Wahrheit - die Voraussetzung der revolutionären Rechtsordnung als *conditio sine qua non*. Und gerade die Rechtsordnung stand im Krieg auf dem Spiel. Natürlich lenkten führende Montagnards und Jakobiner die Volksbewegung ganz gezielt<sup>33</sup> aber dabei ging es um alles, nur nicht um ein politisch-gesellschaftliches Programm.

Überhaupt war das Abstraktionsvermögen führender Montagnards - insbesondere das von Robespierre - beachtlich. Die neue Rechtsordnung Frankreichs wurde auf ihre elementarsten Bestandteile reduziert, alle Fragen nach dem Verhältnis der Staatsorgane zueinander und der nach der Form der Ausübung staatlicher Gewalt, wurde der Priorität der Verteidigung der Republik als einzigem Sachwalter des revolutionären Rechtssystems untergeordnet. Auf einem sehr hohen Niveau waren sie daher pragmatisch.

Die Ausübung außerordentlicher Zwangsgewalt als notwendigem Instrument zur Krisenbewältigung vor dem Hintergrund von Krieg und innerem Zerfall war zwischen Gironde und Montagne

---

33 vgl. oben, Kap.II, Der Jakobinerklub von Paris und seine affilierten Gesellschaften



zwar unstrittig, keineswegs jedoch der Träger der Zwangsgewalt und die politische Macht, die durch die Zwangsgewalt gleichgeschaltet werden sollte. Für die Gironde konnte der Träger der Zwangsgewalt nur die von ihr kontrollierte Exekutive und eine unabhängige Jurisdiktion sein. Die Macht, die weichen sollte, waren die "Störenfriede" der öffentlichen Ordnung, die Septemberverbrecher, Volksverhetzer, wie Marat, und die renitente Kommunalverwaltung von Paris<sup>34</sup>. Der genauen Umkehrung dieser Einschätzung bei Jakobinern und Montagnards lag eine stringendere Logik zugrunde. Das durch den Sieg am 10. August und der Abwendung der Niederlage gewonnene Selbstbewußtsein der Sansculotterie insbesondere in Paris war ein zu gefährliches Ferment, um es einer außerparlamentarischen Opposition zu überlassen. Andererseits war es eine zu wertvolle Grundlage für eine dem Staat dienliche Lenkung der Aktivitäten in Richtung Landesverteidigung, als daß man es einer allgemeinen Resignation durch Verprellung hätte anheim fallen lassen können. Ebenso bedeutend, wie die Stärkung des Bewußtseins in der Sansculotterie, eine allen Franzosen gemeinsame Grundordnung zu verteidigen, war die Befähigung der Jakobiner, alle Formfragen in der Ausübung der Staatsgewalt zurückzustellen. Es gelang ihnen dadurch, lähmende Widersprüche der Verfassungstradition von 1791 zu überwinden<sup>35</sup>. Durch die Repräsentanten in Mission und die ihnen übergeordnete Kontrollinstanz des Wohlfahrtsausschusses wurde die Gewaltenteilung aufgehoben. Viel stärker noch, als durch die Ministerverantwortlichkeit, war so eine Vertrauensbasis zwischen Gesetzgeber und Gewaltausübenden geschaffen worden. Darüber hinaus war dem Parlament so ein Instrumentarium in die Hand gegeben worden, das es befähigte, die Ausführung seines gesetzgeberischen Willens in den Akten der Verwaltung zu überwachen und zu korrigieren.

#### Mit der Verankerung der Verwaltungshierarchie im Parlament

---

<sup>34</sup> Zu der seitens der Gironde leidenschaftlich und auch sehr persönlich geführten Auseinandersetzung vgl. Sydenham: *The Girondins*. S. 123-144

<sup>35</sup> vgl. hierzu Kapiteleinleitung



wurde es möglich, den Apparat auch personell auszubauen, da der oberste Dienstherr das Parlament selbst war. Die Furcht der Parlamentarier vor der Verselbständigung des Apparates auch gegen den expliziten Willen des Gesetzgebers konnte damit erheblich gedämpft werden. Obendrein verfügte das Parlament als Dienstherr der Verwaltung über ein äußerst wirksames Disziplinierungsinstrument, den Terror. Die Wirkung lag keineswegs nur in der Abschreckung vor Verfehlungen und Untätigkeit bzw. Nachlässigkeit, sondern gab dem Staat ein Mittel in die Hand, Widerstände gegen Entscheidungen der Gesetzgeber in den staatlichen Herrschaftsstrukturen durch Vernichtung der den Widerstand tragenden Personengruppen nachhaltig zu brechen.

Die bedeutendsten Errungenschaften der Schreckensherrschaft lagen in der Schaffung einer einheitlichen staatlichen Herrschaftsstruktur. Sie wurde jedoch nicht nur durch die rigorose Ausschaltung innerer Widerstände erreicht, sondern auch durch den Aufbau einer Bürokratie, die in der Lage war, die staatliche Regelungskompetenz in zentralen Bereichen durchzusetzen.

Einen Anfang in der Umgestaltung machte der Konvent mit der Überprüfung der Loyalität der Bediensteten in den Ministerien. Auslöser hierfür waren das Stellengerangel zwischen Gironde und Montagne und der Hochverrat Dumouriez' im Winter 1793 gewesen. Die Ministerien wurden angewiesen, Listen ihrer Funktionsträger mit Lebenslauf und polizeilichem Führungszeugnis, sowie der Gehaltseinstufung zu liefern. Bezeichnend ist, daß es einer Parlamentsrüge aller Minister am 28. April bedurfte, bevor selbst der "patriotisch" gesinnte Kriegsminister Bouchotte eine Liste zur Veröffentlichung durch den Konvent lieferte<sup>36</sup>. Wiederum war es der Jakobinerklub, der dafür Sorge trug, daß trotz aller drängenden Probleme der ereignisreichen

---

<sup>36</sup> vgl. Church, *op. cit.*, S. 79,80

Tagespolitik diese zentrale Frage der inneren Sicherheit nicht vergessen wurde<sup>37</sup>.

Zu der Personalstruktur der Verwaltung sind zwei Phänomene besonders auffallend: Zum einen die überwältigende Kontinuität in den Personen der Bediensteten, die insbesondere in Ressorts mit hohen Anforderungen an die Qualifikation bis weit ins Ancien Régime zurückreichte<sup>38</sup> und selbst bei Männern die eine zentrale Rolle bei der Organisation der Schreckensherrschaft spielten, durch den 9. Thermidor nicht gebrochen wurde<sup>39</sup>. Zum anderen wurden gerade die Verwaltungsspezialisten nachdem der Wohlfahrtsausschuß im Sommer und Herbst 1793 im Auftrag des Konvents zunehmend die Richtlinienkompetenz in der Verwaltung gänzlich an sich gebracht hatte, gegen den Terror geschützt und vor allem aus den Händen übereifriger Überwachungsausschüsse befreit<sup>40</sup>. Dies kontrastiert ganz eklatant zum Dekret vom 14. Frimaire II (4. Dezember 1793), das den Terror vor allem unzuverlässigen Amtsträgern androhte<sup>41</sup>.

Nach der Ausschaltung der Gironde von jeglicher parlamentarischen Opposition befreit, leitete der Wohlfahrtsausschuß die Bürokratisierung der Verwaltung ein. Eine gewisse Vorreiterrolle spielte hierin das Außenministerium, das aus schierer Notwendigkeit schon im Frühjahr 1793 eine strikte Ressortkompetenz und Hierarchisierung der Verwaltung erreicht hatte<sup>42</sup>. Aber auch in der Armee war mit der Zusammenführung von Freiwilligenverbänden und Linien-

---

37 ebd.

38 Vgl. Church, op. cit., S. 82-84

39 Die graue Eminenz des Wohlfahrtsausschusses nach dem 21. November 1793, Saint-Cyr Nugues, der das mit der Funktion eines Staatssekretärs oder Staatsministers vergleichbare Amt eines politisch verantwortlichen Verwaltungschefs innehatte, blieb über den 9. Thermidor hinweg mit dieser Aufgabe betraut und machte anschließend eine glänzende Generalstabskarriere bei den Streitkräften. Vgl. Church, op. cit., S. 88, 89

40 vgl. Church, op. cit., S. 87

41 vgl. AP. Bd. 80, S. 629-635. Zur beabsichtigten Säuberung der Verwaltung insbesondere S. 632

42 vgl. Church, op. cit., S. 81

truppe im Frühjahr und Sommer 1793 - gegen den Widerstand führender Girondins - nicht nur eine einheitliche Struktur der Streitkräfte geschaffen worden, sondern mit einer klareren Regelung der Beförderungsordnung der Primat der staatlichen Politik auch in der Personalstruktur der Streitkräfte wenigstens in zentralen Bereichen hergestellt worden<sup>43</sup>. Die Vereinheitlichung und "Verstaatlichung" der Armee wurde nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 8. August 1793 vollends durchgesetzt<sup>44</sup>.

Nicht nur die Anforderungen des "totalen Krieges", den Frankreich zu führen hatte, beschleunigten den Prozeß der Bürokratisierung. Insbesondere auch die anhaltende Unruhe in der Sansculotterie, die sich in der journée vom 5. September ein letztes Mal als politische Macht manifestierte, nahm der Wohlfahrtsausschuß zum Anlaß, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, soweit möglich, politisch zu regeln<sup>45</sup>. Dies erforderte nicht nur eine beträchtliche Erhöhung des Personalbestands - insbesondere in der Verwaltung des Wohlfahrtsausschusses selbst - sondern auch strikte Kompetenzzuweisungen, vertikal und horizontal.

Mit dem Dekret vom 14. Frimaire wurde endgültig zwischen Rechtsetzung und Ausführung unterschieden. Den nachgeordneten Verwaltungsebenen war es fortan untersagt, Gesetze zu interpretieren - sie hatten einzig und allein auszuführen. Andererseits eröffnete die regelmäßige Berichtspflicht weit größere Gestaltungsmöglichkeiten bezüglich tatsächlicher Anforderungen, da in diesem Medium die Fachkompetenz Autorität erhielt. Der Gestaltungsfreiraum der dem Wohlfahrtsausschuß vom Konvent unter dem Eindruck der journée vom 5. September zugestanden wurde und die Anforderungen der von ihm angenommenen Aufgaben führten zu einer wachsenden Arbeitsteilung sowohl in den Büros des Ausschusses als auch in den nachge-

---

<sup>43</sup> vgl. Bertaud, op. cit., S. 92-104 u. 158-160

<sup>44</sup> vgl. Bertaud, op. cit., S. 165-193

<sup>45</sup> vgl. R.R. Palmer: *Twelve Who Ruled. The Year of Terror in the French Revolution*. Princeton, N.J., 1941. Ndr. 1973. Kap.3. Und Church, op. cit., S. 85ff.

ordneten Ministerien. Den Kulminationspunkt dieser Entwicklung bildete die Umstrukturierung der gesamten Exekutive in 12 hochspezialisierte Vollzugskommissionen am 1. April 1794<sup>46</sup>. Mit allen nachgeordneten Behörden schätzt Church die Zahl der Bediensteten in der französischen Verwaltung 1794 auf 250000 bis 300000<sup>47</sup>. Wenn auch in den Bereichen Personalstruktur, Laufbahnordnung sowie Sicherung von Besoldung und Pension vieles noch unsicher blieb, so war doch mit der strikten Hierarchisierung, der klaren Kompetenzaufteilung und einem fest etablierten Geschäftsgang ein Maß an Bürokratisierung der Verwaltung erreicht worden, das von historischer Dimension war<sup>48</sup>.

Die strikte Bindung von Verwaltungsämtern an Fachkompetenz und die Überwachung der polizeilichen Führung der Bediensteten innerhalb der Bürokratie schufen eine an Aufgaben gebundene Loyalität trotz eines gewissen, weiterbestehenden Maßes an Mißtrauen gegenüber dem Apparat seitens der Parlamentarier - auch im Wohlfahrtsausschuß<sup>49</sup>. Insgesamt hatte der Konvent ein Instrument in die Hand bekommen, das in jeder Hinsicht steuerbar war, weitestgehend frei von partikularistischer Eigendynamik, in bezug auf die revolutionäre Ordnung verlässlich und vor allem effizient, wie die konsolidierenden Erfolge auf den Schlachtfeldern zeigten. Der hohe Grad an Eigeninitiative und die Fähigkeit, den Geist der revolutionären Rechtsordnung auf das für ihre Selbstverteidigung Essentielle zu reduzieren, der die in den Volksgesellschaften organisierte Sansculotterie als Träger einer provisorischen revolutionären Staatsgewalt insbesondere den Jakobinern empfohlen hatte, gewann vor dem Hinter-

---

46 vgl. Church, op. cit., S. 87-93

47 Church, op. cit., S. 95

48 vgl. Church, op. cit., S. 95-102. Norman Hampson gehört interessanterweise zu den wenigen Historikern, die diesem Phänomen der Terreur in einer übergreifenden Synthese größere Beachtung schenkte und dies in einer verhältnismäßig frühen Arbeit. Vgl. Norman Hampson: *A Social history of the French Revolution*. London 1963. Ndr. London 1970. S. 215 u. 226ff.

49 vgl. Church, op. cit., S. 95-102

grund der wachsenden Vereinheitlichung des staatlichen Herrschaftsapparates nach der Ausschaltung der Gironde eine destabilisierende Qualität. Darüber hinaus waren in der Sansculotterie politische Eliten entstanden, die im Selbstbewußtsein der errungenen Erfolge begannen, die Lenkung des Machtapparates selbst zu übernehmen, wie Hébertisten und "enragés". Doch war sicherlich der persönliche, politische Ehrgeiz von Demagogen wie Hébert, viel weniger problematisch, als einzelne politische Forderungen, die der staatlichen Herrschaftsbildung diametral entgegengesetzt waren, wie die Unterhaltung der Revolutionsarmeen mit den damit verbundenen, kaum zu bewältigenden Problemen und Peinlichkeiten für die Verwaltung. Die Ausschaltung der Sansculotterie und der Volksgesellschaften als mehr oder weniger privatem Träger staatlicher Macht war mit der Konsolidierung der staatlichen Herrschaft durch den Aufbau eines effizienten Exekutivapparates nicht nur notwendig, sondern auch möglich geworden.

Seine statistischen Untersuchungen zu den Opfern des Terrors haben Greer veranlaßt, die These vom Kampf innerhalb von Klassen, nämlich denen des ehemaligen Dritten Standes, aufzustellen<sup>50</sup>. In der Tat halte ich es für zweifelhaft, daß der Terror überhaupt Züge eines Klassenkampfes zeigte, jedenfalls soweit er im Auftrag der revolutionären Regierung ausgeübt wurde. Greer's gruppenspezifische Identifizierung der Hingerichteten<sup>51</sup> deutet eher darauf hin, daß dem staatlichen Terror, soweit er nicht Kriminelle im allgemeinen Sinne traf, hauptsächlich Mitglieder jener Gruppen zum Opfer fielen, die der Ausbildung der revolutionären staatlichen Herrschaft organisierten Widerstand zu leisten im Stande waren.

Diese der Schreckensherrschaft inhärente Logik mag selbst Robespierre entgangen sein, als er wohl übersah, daß er sich und seine

---

<sup>50</sup> vgl. Donald Greer: *The Incidence of the Terror during the French Revolution. A Statistical interpretation*. Cambridge, Mass., 1935. (Harvard Historical Monographs VIII). Ndr. Gloucester, Mass., 1966. S. 96-110

<sup>51</sup> ebd.

engsten Vertrauten mit den vagen und bedrohlichen Angriffen gegen die konsolidierte und erfolgreiche Verwaltung in seiner letzten Rede am 26. Juli 1794<sup>52</sup>, als einzig verbliebene "Faktion" offenbarte.

---

<sup>52</sup> vgl. Maximilien Robespierre: *OEvres complètes*. Tome X. S. 542-587



## Der Zwiespalt der Politik

Hatte die Schreckensherrschaft auch die Konsolidierung der staatlichen Herrschaft in einer völlig neuen Qualität erreicht, so war die Terreur doch mehr, als nur Theorie und Anwendung außerordentlicher Zwangsgewalt. Gerade Robespierre's tiefe theoretische Durchdringung rechtsphilosophischer Implikationen der maratistischen Terrordoktrin wies weit über ein außerordentliches Mittel zur Durchsetzung staatlicher Herrschaft hinaus. Ihr war wie der maratistischen Terrordoktrin das Ziel inhärent, über einen "neuen Menschen", zumindest über einen Menschen mit neuem Bewußtsein, nämlich dem der republikanischen Tugend, einen von Grund auf neuen und vor allem wohlgeordneten Staat zu schaffen, in dem Bewußtsein und Recht gesellschaftliche Harmonie herstellen würden<sup>1</sup>.

Eine zentrale Prämisse dieses Denkens war die Unterstellung der Existenz einer rechtlichen Grundordnung, die gewissermaßen wie ein Naturgesetz den wohlgeordneten Staat schaffen mußte, wenn nicht übelwollende Interessengruppen durch Eingriff in die segensreichen Abläufe den Prozeß verhinderten. Die Politik der Terreur hatte von daher ihren Strafcharakter<sup>2</sup>.

Eigentlich läßt sich gerade im problembeladensten Bereich der französischen Politik, nämlich der Wirtschaft kein Ansatz politischen Gestaltungswillens erkennen<sup>3</sup>. Nicht einmal die Avantgarde der

---

<sup>1</sup> vgl. oben Kap.I

<sup>2</sup> Diesen Strafcharakter der Terreur hat Gerd van den Heuvel sehr detailreich untersucht. Vgl. Gerd van den Heuvel: *Terreur, Terroriste, Terrorisme*. In: *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820*. Hg. v. Rolf Reichardt und Eberhard Schmitt. Heft 3, München 1985. S. 100ff.

<sup>3</sup> In diesem Zusammenhang ist die Studie von Popkin höchst erhellend: In seiner gelungenen Analyse des revolutionären Pressewesens weist er nach, daß die Publizistik der Revolutionszeit weder technisch noch inhaltlich in der Lage war, zur substantiellen politischen Meinungsbildung beizutragen. Der Bruch zum Pressewesen des Ancien Régime vollzieht sich in ihrer Umformung zum "Mittel in einem verzweiferten Kampf um politische Macht" (S. 174). Den Charakter eines Forums für eine öffentliche Meinung erlangt sie erst nach 1815. Die

Sansculotten, die "enragés", hatte über die Bewältigung virulenter Versorgungskrisen hinausgehende Vorstellungen von einer positiven Ausformung der Wirtschaftsverfassung. Dem weder originellen noch sehr reflektierten, noch im Sinne einer wirklichen Problemlösung vielversprechenden Programm des "laissez faire" seitens der Girondins und später der Thermidorianer, das aber immerhin eine gewisse visionäre Kraft besaß, hatten die Sansculotten nur repressive Maßnahmen gegen unklar konturierte "Wirtschaftsverbrecher", wie Warenhorte, Spekulanten und Preistreiber entgegenzusetzen<sup>4</sup>. Schon im Winter 1794 stellte die Verwaltung fest, daß das Maximumgesetz zur Regelung von Preisen und Löhnen in jeder Hinsicht kontraproduktiv war<sup>5</sup>. Doch der "ökonomische Terror" hatte nicht viel mehr theoretische Erwägungen anzubieten, als von Marat's Gesellschaftstheorie ausgingen. Und die waren ausschließlich restriktiver Natur, wie Eigentumsbegrenzung, Begrenzung der Einkünfte, Begrenzung von Betriebsgrößen<sup>6</sup>. Den Gipfel der Absurdität erreichte die ökonomische Terrorpolitik in den Ventôse-Dekreten, die sicherlich hauptsächlich deswegen nie umgesetzt wurden, weil sie auch für militante Sansculotten nicht durchführbar waren<sup>7</sup>.

---

Stabilisierung dieses Mediums sieht Popkin erst nach 1860. Vgl. Jeremy Popkin: Umbruch und Kontinuität der französischen Presse im Revolutionszeitalter. In: Reinhart Kosellek und Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. München 1988. S. 167-174

4 vgl. das "Manifest der enragés" in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Walter Grab (Hg.): Die Französische Revolution. Eine Dokumentation. München 1973. S. 163-171. Mit historisch-materialistischer Interpretation findet sich dasselbe in: Walter Markov: Die Freiheiten des Priesters Roux. Berlin 1967. S. 250-258. Vgl. auch oben Kap.I, Soziale Hoffnungen der Sansculotten und Motive ihres politischen Handelns

5 vgl. Norman Hampson: A Social History of the French Revolution. S. 226. Vgl. hierzu auch Gerd van den Heuvel: Revolutionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik. In: Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution. S. 150ff.

6 vgl. oben Kap.I, Marat's Gesellschaftstheorie und sein soziales Denken

7 Die Umverteilung des Besitzes von Revolutionsfeinden an bedürftige Patrioten trug unübersehbar ethisch höchst fragwürdige Züge. Ein Hauptgrund für die Undurchführbarkeit der Dekrete war ihre Kollision mit einem ganzen Bündel von Rechten und kommunalen Aufgaben. Ein Problem war etwa, daß die Durchführung der Dekrete z.T. die Einführung der Sippenhaft impliziert hätte, da gerade Hinterbliebene von Hingerichteten, die sich selbst keines Vergehens schuldig gemacht hatten, des Erbrechts verlustig gegangen und im Falle von Ehefrauen der Wohlfahrt überlassen worden wären. Insgesamt ist auffällig, daß zumindest in

Der rein restriktive Charakter der Wirtschaftslenkung bedingte einerseits, daß sie nur Lasten auferlegte und dadurch eher die Erscheinungsform von Unterdrückung offenbarte, als die von Zukunftshoffnung. Andererseits war sie wenigstens im breiten Bewußtsein der Öffentlichkeit Teil des Revolutionären Rechtssystems geworden und stellte so eine Scheidemarke zwischen "Patrioten" und Konterrevolutionären dar. Wie überhaupt die insbesondere von Robespierre in ihrer Konsequenz stringent zuende gedachte Terrorideologie politisch nicht nur formelhaft den "Despotismus der Freiheit" bedeutete, sondern vom Prinzip her nur die Form des totalen Unterdrückungsstaates in vielleicht sogar traditioneller Form annehmen konnte<sup>8</sup>.

Es war dem zeitgenössischen Bewußtsein verwehrt, die Bildung von politischen Intressenvertretungen mit unterschiedlicher Zielsetzung als Konsequenz aus dem breiten Spektrum garantierter Individual- und Kollektivrechte und der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Ausgestaltung der Rechtsordnung zuzulassen.

Die Vorstellung von der Unteilbarkeit der Volkssouveränität war hierfür gewiß mitverantwortlich. Die komplizierte Verankerung von rechtsphilosophischen Idealen der Legitimität politischen Handelns in den Fiktionen von der Einheit und Unteilbarkeit des Souveräns Volk und der individuellen unbeeinflußbaren Verantwortlichkeit des Mandatsträgers wies in der Tat eine Spitze gegen die Bildung von Intressengruppen auf<sup>9</sup>. Vielleicht ist jedoch die Ideologie der unteilba-

---

den Departments im Süden und Südwesten die jakobinische Tradition des rechtstaatlichen Handelns insbesondere bezüglich des Eigentumsrechts viel zu tief wurzelten, als daß die Ventöse-Dekrete in aller Konsequenz hätten umgesetzt werden können. Selbst solche Familien, die tatsächlich von Enteignungen getroffen wurden, konnten auf öffentliche Unterstützung hoffen. S. Jean-Pierre Gross: Note sur la portée des décrets de Ventôse dans le Centre et le Sud-Quest. In: AHRF, No 275 (1989), S. 16-25. Zum Gesamtkomplex der Widersprüchlichkeit der revolutionären Wirtschaftspolitik vgl. Gerd van den Heuvel: Revolutionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik. In: Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution. S. 146-157

<sup>8</sup> Zu einem erheblichen Teil entwickelte sich die Terrorideologie als Gegengewalt zum von der Aufklärung unterstellten willkürlichen Despotismus des Ancien Régime. Vgl. van den Heuvel: *Terreur, Terroriste, Terrorisme*. S. 94-98

<sup>9</sup> vgl. hierzu Ran Halévi: Die politische Doppelgesichtigkeit der Verfassungsrevolution des

ren Volkssouveränität eine Erscheinungsform der dem politischen Denken der Zeit zugrundeliegenden mentalen Prädispositionen. Alle politischen Gruppen scheinen von einem beinahe grenzenlosen Vertrauen in die Regelungskraft der Setzung von positivem Recht in Form von Gesetzes- und Grundrechtsverkündung getragen worden zu sein<sup>10</sup>. Ihr politischer Kampf galt jedenfalls dem Ziel, eine bestimmte Verfassung oder bestimmte Gesetze in Kraft zu setzen. Die Frustration dieser Hoffnung auf die Kraft des Gesetzes gerade in den spürbaren Bereichen alltäglicher Existenzsicherung ließ den politischen Kampf einerseits zum permanenten Verfassungskampf werden, andererseits lag es nahe, die Handlungen des politischen Gegners nach Strafrechtskategorien zu beurteilen. Weder ein Konsens über eine rechtliche Grundordnung, die breite gesellschaftliche Bereiche der Gestaltung pluralistischen politischen Gruppen offenließ, konnte so erzielt werden, noch entwickelte eine der politischen Gruppierungen ein Programm, das ihr aufgrund seiner gestalterischen Kraft eine dauerhafte Meinungsführerschaft gesichert hätte<sup>11</sup>.

Zum Teil erklären sich die besonderen Bedingungen des Bündnisses von Jakobinern und Sansculotten auch aus diesem Hintergrund. Nachdem die sansculottischen Hoffnungen auf Verbesserung ihrer sozialen Situation um den von patriotischer Tugend getragenen jakobinischen Rechtsstaat zentrierten und die gemeinsame Taktik im Terror festgeschrieben war, mußte die im Staatsdenken der Jakobiner konsequente Ausschaltung der Sansculotten als eigenständige politische Macht durch eben das Instrumentarium des Terrors eine tiefe

---

Jahres 1789. In: Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. S. 75-94

10 vgl. Wolfgang Schmale: Recht und Verfassung. In: Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution. Freiburg-Würzburg 1988. Insbesondere S. 133ff.

11 vgl. oben Anm.3. Die fehlende gestalterische, ideologisch-politische Kraft von Jakobinern und Sansculotten manifestierte sich unter anderem auch darin, daß während der jakobinischen Schreckensherrschaft der Terror in einigen Departements im Gegensatz zum Thermidor-Terror kaum politisch-ideologisches Profil hatte. Viel mehr stellt er sich primär als Mittel staatlicher Herrschaftssicherung in den Regional- und Lokalverwaltungen dar. Vgl. hierzu Gross, op. cit. und Philippe Barlet: Suspicion et Terreur dans le district de Chatillon-Sur-Indre (31.juillet 1790-13.frimaire an IV). In: AHRF, No 275 (1989), S. 27-51

Entfremdung gegenüber der neuen Rechts- und Staatsordnung der Schreckensherrschaft bewirken<sup>12</sup>.

Trotz aller berechtigten Mutmaßungen über Robespierres Ziele im Juli 1794<sup>13</sup>, nahm er zu viele Geheimnisse mit aufs Schafott, als daß mit einiger Sicherheit abzuschätzen wäre, ob er einen politischen Weg aus dem Dilemma des sich verselbständigenden Terrors gesucht und gefunden hätte<sup>14</sup>. Dennoch gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß sich der Terror im Rahmen der neuorganisierten Verwaltung zunehmend als Anachronismus offenbarte. Einerseits wurde das terroristische Handeln für nicht wenige öffentliche Amtsträger zum Feld der patriotischen Bewährung, dem zum Teil wohl auch heilender Charakter bezüglich einer nicht ganz so patriotischen Vergangenheit zugeschrieben wurde<sup>15</sup>. Andererseits bewirkte die Bürokratisierung der staatlichen Gewaltausübung 1794 ein wachsendes Maß an technokratischer Terroranwendung<sup>16</sup>. Überdies wurde der Staatsterror Gegenstand von internen Kompetenzauseinandersetzungen zwischen Sicherheits- und Wohlfahrtsausschuß<sup>17</sup>.

Die Erkenntnis der Willkürlichkeit, die dem Staatsterror inne- wohnte, mochte hinter Robespierre's Denunziation jener Terroristen

---

12 vgl. oben Kap.III, Die Gleichschaltung nach dem 14.Frimaire II

13 vgl. hierzu vor allem van den Heuvel: *Terreur, Terroriste, Terrorisme*. S. 115f.; Hampson: *A social History of the French Revolution*. S. 224 und R.R. Palmer: *Twelve Who Ruled*. S. 369-378

14 In der Tat hatte Saint Just eine Rede für den 27.Juli 1794 (9.thermidor) vorbereitet, die einen vermittelnden Ausweg aus der Regierungskrise, ohne den Mechanismus der Guillotine auszulösen, gesucht hatte. Doch ist es wohl schwer abzuschätzen, in wieweit einem solchen einzelnen Verstoß Erfolg beschieden gewesen wäre, hätte Saint Just seine Rede überhaupt halten können. Vgl. Palmer: *Twelve Who Ruled*. S. 376

15 vgl. hierzu die sehr detailreiche Regionalstudie von Colin Lucas: *The Structure of the Terror. The example of Javogues and the Loire*. London-Glasgow-New York u.a. 1973. Insbesondere Kap.11

16 Dies wurde zum Kernpunkt der Kritik am System der Schreckensherrschaft nach dem Thermidor. Im Mittelpunkt dieser Kritik steht der Vorwurf, der Terror habe die Menschen zu Maschinen werden lassen. Vgl. van den Heuvel: *Terreur, Terroriste, Terrorisme*. S. 116ff.

17 vgl. Palmer, op. cit., Kap.15



stecken, die friedliche Bürger verfolgt hatten<sup>18</sup>. Insofern, als er in seiner Rede zu erkennen gab, daß eine weitere Säuberung von Verwaltung und Regierung notwendig geworden war, um all jene, die die Terroranwendung als Mittel zur Befriedigung persönlicher Karriereambitionen genutzt hatten, loszuwerden, mochte ihm der Konvent durchaus zustimmen. Dies jedenfalls läßt sich aus der offiziellen Tabuisierung des Staatsterrors nach dem Thermidor ableiten<sup>19</sup>. Der Duktus einer Rede vom 27. Juli 1794, die in der Form der in der Schreckensherrschaft üblich gewordenen Denunziation abgefaßt war, wies nicht über den Terror hinaus<sup>20</sup>. Ganz im Gegenteil ließ er ein weiteres Anziehen der Terrorschraube befürchten und dies nachdem alle unmittelbaren Gefahren für den französischen Staat gerade durch die von Robespierre ganz pauschal angegriffene Verwaltung und Regierung gemeistert worden waren.

Saint Just selbst gab das Stichwort<sup>21</sup> zur Säuberung von Verwaltung und Regierung. Doch das Verfahren glich den Säuberungsmaßnahmen der Schreckensherrschaft. Die "Faktion der Terroristen" erfuhr die gleiche Behandlung, wie alle anderen Faktionen, die der Herrschaftsbildung des Parlaments hinderlich gewesen waren.

Der Terror in seiner politischen Dimension setzte sich jedoch fort. Sein Erbe spaltete sich dabei auf. Einerseits wandten auch die Thermidorianer weiterhin das Mittel außerordentlicher Zwangsgewalt

---

18 vgl. van den Heuvel: *Terreur, Terroriste, Terrorisme*. S. 116. Die diesbezüglichen Denunziationen und Petitionen von Verfolgten die Robespierre im Frühjahr und Sommer 1794 erhält, sind auffällig. Vgl. Maximilien Robespierre: *Œuvres complètes*. Tome III. Insbesondere Nr. 428-430, 432, 438-440, 443, 444, 447, 451, 456, 463, 465, 466

19 vgl. Sydenham, M.J.: *The First French Republic 1792-1804*. London 1974. S. 26-55 und Georges Lefebvre: *Les Thermidoriens*. Paris 1937. Ndr. Paris 1960. Insbesondere Kap. 2

20 Im Gegensatz zu Saint Just's nie gehaltener Rede vgl. oben Anm. 14 und Robespierre: *Œuvres complètes*. Tome X. S. 542-586

21 Saint Just hatte seine Rede vom 9. Thermidor mit der Versicherung begonnen, keiner Faktion anzugehören, was ihm einen Ordnungsruf von Tallien einbrachte, der feststellte ebenfalls keiner Faktion anzugehören. Der dadurch ausgelöste Tumult führte zur Verhaftung der Robespieristen. Vgl. Robespierre: *Œuvres complètes*. Tome X. S. 588f.



an<sup>22</sup>, andererseits traten die Banden der Jeunesse Dorée als Erbe des politisch motivierten Terrors auf, der staatlicherseits zwar anfänglich geduldet aber privat organisiert und zunehmend im eigentlichen Sinn konterrevolutionär war. Selbst in der Person ihres bedeutendsten Führers läßt sich die terroristische Kontinuität erkennen<sup>23</sup>. Zu den politischen Errungenschaften der Schreckensherrschaft wird man die Auflösung der Fiktion des Dritten Standes rechnen können. Das jakobinische Ideal der Patrioten, die sich im Kampf gegen die Verschwörung der Konterrevolution vereinigten, konnte sich noch in der Tradition des Dritten Standes begreifen<sup>24</sup>. Selbst die Gironde erhielt diese Fiktion aufrecht<sup>25</sup>. Die Thermidorianer hingegen sahen sich als Führungselite, die auch gegen die Interessen der Unterklasse regieren konnte<sup>26</sup>. Doch auch in breiteren Schichten hatte sich zumindest im Sommer 1794 das Bewußtsein durchgesetzt, daß sich Hoffnungen we-

---

22 Insbesondere in der Verfolgung von "Terroristen" - Jakobinern und Sansculotten. Vgl. Lefebvre: Les Thermidoriens. Kap.4 und 5

23 Die Jeunesse Dorée wurde hauptsächlich von dem Exterroristen Fréron organisiert und arbeitete bis zum Sommer 1795 mit dem Sicherheitsausschuß zusammen. Danach kam es wegen ihrer konterrevolutionären Umtriebe jedoch zum Konflikt mit dem Konvent. In der Zeit des Direktoriums mündete die Bewegung in ein konspiratives Bandenunwesen in weiten Teilen Frankreichs, das durch Morde und Gefängnismassaker von sich Reden machte, zunehmend jedoch in plattes Bantendium abrutschte. Licht in den komplexen Motivzusammenhang der konterrevolutionären Jugend, der sich zu einem nicht unerheblichen Teil aus tiefer Desillusion über die hehren aber nicht konkretisierbaren Ziele der Revolution nährt, bringt Paolo Viola's Studie: Liberalismus und Konterrevolution in den Kreisen der jungen Opposition gegen das Direktorium. In: Reinhart Kosellek und Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. S. 631-639. Zur Pariser Jeunesse Dorée und ihrer Rolle unter dem Thermidorkonvent s. François Gendron: La Jeunesse Dorée. Épisodes de la Révolution française. Québec 1979. Vgl. hierzu auch Hampson, op. cit., S. 233-237 und Lefebvre, op. cit., Kap.5 und 7

24 vgl. oben Kap.I

25 vgl. oben, Zwangsgewalt und Verwaltung

26 Gegen die aufständischen Sansculotten im Mai 1795 wurde nicht nur zum ersten Mal in der Revolution erfolgreich reguläres Militär eingesetzt, sondern auch das Kriegsrecht in Form eines Kriegsgerichts angewandt, dessen Todesurteile praktisch vom Konvent im voraus gefordert wurden. Vgl. Kåre D. Tønnesson: La défaite des Sans-Culottes. Mouvement populaire et réaction bourgeoise en l'an III. Oslo-Paris 1959. Ndr. Oslo 1978. S. 324-333

der mit der Durchsetzung der revolutionären Grundordnung<sup>27</sup>, noch durch blanke Repressionen erfüllen ließen.

---

<sup>27</sup> Zum Wandel des Bewußtseins der Verfassung vgl. auch Wolfgang Schmale: Recht und Verfassung. Von der alten Monarchie zur Republik. In: Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution. S. 141-143

## Höhepunkt oder Irrweg der Revolution ?

In einer Hinsicht ist die Französische Revolution bis heute nicht beendet, wenn auch mit der Bielefelder Tagung<sup>1</sup> und mit dem von Rolf Reichardt herausgegebenen Ploetz-Band<sup>2</sup> Schneisen in Richtung einer distanzierteren Forschung geschlagen wurden. Die übergreifenden Gesamtdarstellungen und Handbücher, sowie die Monographien, die in den international anerkannten Kanon der Revolutionshistoriographie Eingang gefunden haben, führen bislang die Auseinandersetzung mit den Idealen der französischen Revolution weiter. Wobei sicherlich heute die Inauguralvorlesung von Alfred Cobban<sup>3</sup> viel differenzierter mit dem umgehen müßte, was er im Mai 1954 historische Mythenbildung aufgrund der Überbetonung von Einzelaspekten der Revolution nannte. Denn alle übergreifenden Interpretationen sind in der jüngsten Forschung sehr differenziert in den Gesamterkenntnissen der Forschung verankert. Dennoch ist unübersehbar, daß auch in der jüngsten Forschung die Revolution - und ganz besonders die Schreckensherrschaft - interpretatorisch in positive und negative Errungenschaften geteilt wird. Gemeinsam ist den gegensätzlichen Interpretationen, daß sie formulierte Ideale einzelner politischer Gruppen der Revolution und vor allem der Terreur in Bezug zu ihrer Einlösung in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts zum Beurteilungsmaßstab erheben. So wird die Schreckensherrschaft für die sozialistische französische Schule<sup>4</sup> zum Höhepunkt

---

1 Vom 28. Mai bis 1. Juni 1985. Vgl. Reinhart Kosellek und Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. München 1988

2 Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution. Freiburg-Würzburg 1988

3 Cobbans Antrittsvorlesung auf den Lehrstuhl für französische Geschichte an der Universität London wurde publiziert unter dem Titel Alfred Cobban: The Myth of the French Revolution. London 1955. Ndr. London 1978

4 die andere Ursprünge hat als die historisch-materialistische Historiographie insbesondere der sozialistischen Staaten. Vgl. hierzu auch Eberhard Schmitt: Einführung in die Geschichte der französischen Revolution. München 1976. Ndr. München 1980. S. 22-36. Eine überarbeitete Zusammenfassung der Analyse der einzelnen Deutungen der französischen Revolution findet sich bei Eberhard Schmitt: Die Französische Revolution von 1789. Grundpositio-

der Revolution, indem sie im ökonomischen Terror und der staatlichen Zwangswirtschaft, die vom "Volk", nämlich den Sansculotten, erkämpft wurde, die Antizipation einer sozialen Demokratie sieht und in Anlehnung an die marxistische Interpretation durch die Überwindung des Feudalismus den Sieg der Bourgeoisie<sup>5</sup>. Diese Interpretation, in die vor allem Robespierre's Vorstellungen vom geeinten, patriotischen Volk, nämlich in seiner sansculottischen Basis und dem jakobinischen Überbau, eingeflossen ist, hat Albert Soboul aufgrund seiner epochemachenden Untersuchung der Pariser Sansculotten<sup>6</sup> in seiner Gesamtdarstellung<sup>7</sup> dauerhaft etabliert. Neben der Fundamentalkritik an jeglicher sozialistischer oder historisch-materialistischer Interpretation der Französischen Revolution seitens vor allen der strukturanalytischen Wirtschaftsgeschichte<sup>8</sup>, ist es in der jüngsten Forschung vor allem François Furet gewesen, der dieser Sichtweise entschieden entgegengetreten ist<sup>9</sup>. Er sieht in der Schreckensherrschaft ein Abkommen der Revolution von ihren (liberalen) Weg. Un-

---

nen der Deutung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 22 (1989), S. 3-13

5 Soboul faßt diese These, die über die Deutung der französischen sozialistischen Schule von Jaurès bis Matthiez hinausgeht, zusammen in: Albert Soboul: *Problèmes paysans de la Révolution. Etudes d'histoire révolutionnaire*. Paris 1976. Insbesondere S. 15ff.

6 Albert Soboul: *Les sans-culottes parisiens en l'an II. Histoire politique et social des sections de Paris, 2 juin 1793 - 9 thermidor an II*. Paris 1958

7 Albert Soboul: *Die Große Französische Revolution*. Frz. Org.: *Préus de l'histoire de l'Histoire de la Révolution française*. Paris 1962

8 vgl. hierzu die Zusammenfassung der Kritik bei Rolf Reichardt und Eberhard Schmitt: *Die Französische Revolution: Bruch oder Kontinuität, Zufall oder Notwendigkeit*. In: *Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis ?* Teil 3. S. 12-26. In der Tat hat diese Kritik ihre Bedeutung durch die Zurückweisung simplifizierter historisch-materialistischer Deutungsmuster, die zu stark an der Organisation der Produktivkräfte und der formalen Abschaffung feudaler Rechte orientiert sind, erhalten. Doch wird man sehr vorsichtig auslösende Faktoren des Prozesses der Revolution und Motive einzelner Handlungsträger einerseits und Errungenschaften andererseits auseinanderhalten müssen. Ich halte es für kaum bestreitbar, daß der Gironde ein "englisches" Wirtschaftsmodell vor schwebte, was auch implizieren könnte, daß einzelne Aspekte der Auseinandersetzungen die Qualität eines Klassenkampfes im historisch-materialistischen Sinne zukommt. Allerdings bedarf dies einer höchst differenzierten Interpretation, wie sie Reichardt und Schmitt umreißen.

9 In der Begriffsbildung der "dérápée". Vgl. François Furet: *Der revolutionäre Katechismus*. In: Eberhard Schmitt (Hg.): *Die Französische Revolution*. Köln 1976. S. 80 und François Furet und Denis Richet: *Die Französische Revolution*. Frankfurt 1968. Ndr. München 1981 (Frz. 2 Bde. 1965 u. 1966). S. 160ff.

übersehbar stehen bei Furet's These die Einschätzungen und formulierten Ziele der Gironde insbesondere ihr liberales Wirtschaftsprogramm, das viel eher den Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts antizipierte, als die Blockierung der Wirtschaft durch die Terreur, Pate. Die Selektion der positiven und negativen Entwicklungen der Politik der Schreckensherrschaft für die historiographische Interpretation bleibt in beiden Ansätzen weitgehend auf der Ebene zeitgenössischer Zielformulierungen, die in der Tat in ihrer Relevanz bezüglich der Verfassung des modernen Staates einen Traditionsstrang in das gegenwärtige politische Denken aufweisen. Die Diskussion über die Wertigkeit einzelner Verfassungsideale, wie etwa die Gewaltenteilung, die Legitimation der politischen Gewaltausübung durch das Volk, die verfassungsmäßige Sozialbindung des Eigentums, die Verfassung der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols in Krisen usw.<sup>10</sup>, findet mit unterschiedlicher zeitlicher und geographischer Gewichtung auch gegenwärtig statt, wenn auch durch die Wissenschafts- und Rechtstradition der Moderne wesentlich differenzierter und konkreter. Hierin liegt, so meine ich, zu einem nicht unerheblichen Teil das Faszinosum tremendum der ernstzunehmenden modernen Historiographie zur politischen Geschichte der Terreur<sup>11</sup> begründet.

Es wird in diesem Zusammenhang legitim sein, in der Französischen Revolution ganz allgemein einen bedeutenden Ursprung des mitteleuropäischen Nationalstaats der Moderne zu sehen. Unter dem Eindruck der existenzbedrohenden Krisen entfaltete er eine beachtliche Breite an Ansätzen zu seiner verfassungsmäßigen Ausgestaltung. Soweit es die Verfassung und die formale Gewalt- und Herrschaftsausübung im Staat betrifft, kann praktisch jede gegenwärtige

---

10 Die Liste läßt sich beträchtlich ergänzen, insbesondere, wenn man Fragen des Verwaltungsrechts mit einbezieht.

11 Der mentale Anachronismus der - wenn auch zum Teil scientistisch sublimierten - Verschwörungs- und Teufelsgläubigkeit neoroyalistischer und aus anderen Quellen reaktionär motivierter historischer Schriftstellerei ist sicherlich ein soziales und politisches Problem. Den Anspruch auf wissenschaftliche Kritik kann dieser Interpretationsansatz jedoch nicht erheben.

tige politische Weltanschauung Traumata und positive Ursprünge wenigstens in Ansätzen entdecken. Eine aus dieser Beobachtung entspringende Mythenbildung zur Formulierung der positiven Tradition einer Weltanschauung - jedenfalls bezüglich der Verfassung des Staates - ist nicht nur legitim und schwerlich zu verhindern, sondern erfüllt auch elementare geistige Bedürfnisse<sup>12</sup>. Da sich das Erbe der Verfassungsdebatte der französischen Revolution in praktisch allen modernen Nationalstaaten unabhängig von weltanschaulichen Grenzen in Grundfragen wiederfinden, ist die Versuchung groß, auch elementare politisch-soziale Parallelen zu suchen. Bezüglich der Schreckensherrschaft blieb dies keineswegs auf die sozialistische Interpretation beschränkt, mit deren Thesen sich die vorliegende Arbeit insgesamt aufgrund der Fragestellung implizit und explizit auseinandersetzen mußte. Sieht man von eher in den Bereich unbedachter Rhetorik fallenden Äußerungen ab, die die Faschismuskussion eher inadäquat in die Debatte über die Revolution einbrachten und mehr für die Soziologie der Forschergemeinde von Interesse sind, als für die Historiographie, so gab es doch auf Seiten der liberalen Historiker auch eine gewisse Bereitschaft, in das Jahr II der Republik Grundzüge der totalitären Demokratie hineinzudeuteln<sup>13</sup>. Vor diesem Hintergrund ist es sicherlich nicht zufällig, daß sich die gegenwärtige Forschung unabhängig von ihrer weltanschaulichen Verpflichtung

---

12 Nur ist sie nicht recht eigentlich Aufgabe der historischen Wissenschaft. Das Recht, ja, die Pflicht des Historikers, das seiner Fragestellung zugrundeliegende weltanschauliche Interesse zu offenbaren soll keineswegs in Zweifel gezogen werden. Doch gründet sich historisch-wissenschaftliche Autorität am ehesten auf dem Bemühen, Ereignisprozesse in ihrer strukturverändernden oder affirmierenden Dimension zu verstehen. Je mehr von diesem Bemühen in einer Interpretation einfließt, desto größer ist ihre Erklärungskraft.

13 So hat sich etwa Norman Hampson, dessen Revolutionshistoriographie überwiegend eher angelsächsisch-liberalen Witz in die Debatte um die französische Revolution einbrachte, doch auch zu polemischen Seitenhieben verleiten lassen, die die etwas schiefe Glorifizierung des Terreur durch sozialistische Historiker beim Wort nahm und mit der Replik konterte, der Terror sei "an anticipation, in moral terms, of the Marxist 'democratic dictatorship of the proletariat' ". S. Norman Hampson: *A Social History of the French Revolution*, London 1963. Ndr. London 1970.



vermehrt der "Revolution in den Köpfen" der Zeitgenossen zuwendet<sup>14</sup>.

Hinter den gegensätzlichen Einschätzungen der Schreckensherrschaft bei der sozialistischen und der liberalen Historiographie steht freilich nicht nur eine Wissenschaftstradition, sondern auch ein über ganz vordergründig weltanschauliche Motive hinausweisende Interpretationsansatz, der sich von der unterschiedlichen Auffassung der Bestimmung der französischen Revolution als "bürgerlicher" ableitet. Kehrt man jedoch den Blickwinkel von den Errungenschaften her zur Genese um, so ist beiden Interpretationen die These von der doppelten Zäsur gemeinsam<sup>15</sup>. Die chronologisch erste Zäsur, die das Aufsteigen oder das Absteigen der positiven Entwicklung der Revolution einleitet bzw. auf eine neue Ebene führt, ist das Bündnis zwischen Jakobinern und Sansculotten. Ich meine diese Zäsur ist ganz evident und hat im Sturz der konstitutionellen Monarchie auch ganz zurecht einen prominenten Platz in der Historiographie. Doch die Bestimmung der zweiten Zäsur ist ganz davon abhängig, welchen Ereignissen man strukturverändernden Charakter zuweist. Beide Zäsurthesen gehen davon aus, daß durch das Handeln der machtausübenden Gruppen ein Prozeß ausgelöst wurde, der sich nach der Zäsur strukturell veränderte. Zumindest jedoch, daß das Handeln eine Zielrichtung hatte, die durch die ausgelöste Dynamik des Prozesses ab dem Zeitpunkt der Zäsur versperrt wurde. Unterscheidet man zwischen den Zielen der Gruppen, die unmittelbar in ihr Handeln einfließen und der Wirkungsprojektion des Handelns, den erhofften Errungenschaften also, so zeichnet sich ganz deutlich ein Zielkomplex ab: Alle Fernziele von Jakobinern und Sansculotten wurden als quasi automatisch ausgelöste Wirkungen der revolutionären Rechtsord-

---

14 s. oben. Einleitung zu Kap.I.

15 Wobei die sozialistische Historiographie die Revolution insgesamt seit 1789 als aufsteigend sieht. Zur selbst ideologisch dünnen Basis dieser Sichtweise in ihrer Ableitung von einem Marx-Zitat s. Eberhard Schmitt: Einführung in die Geschichte der Französischen Revolution. S. 69. In dieser Sichtweise löst die fortschrittlichere politische Kraft, nämlich die Jakobiner im Bündnis mit den Sansculotten, die in ihrem Potential erschöpfte der Gironde ab. In diesem Duktus erhält die Zäsur den Charakter einer höheren Qualität in einem Prozeß.

nung gesehen. Die Bestimmung des Weges zur Durchsetzung dieser Ordnung überließen die Sansculotten auf der staatlichen Führungsebene weitgehend Jakobinern und Montagnards. Der durch das gemeinsame Handeln von Jakobinern und Sansculotten ausgelöste Prozeß zielte auf die Schaffung einer Ordnungsmacht ab, die befähigt war, den drohenden Untergang des revolutionären Frankreich zu verhindern und dem Rechtssystem der Revolution Geltung zu verschaffen

Die soziale Zielprojektion der Sansculotten, die sich von der Stärkung der revolutionären Rechtsordnung durch eine revolutionäre Staatsgewalt eine Verbesserung der Existenzbedingungen erhoffte, erwies sich als illusionär. Doch änderte sich diese Zielprojektion auch nach dem 9. Thermidor nicht<sup>16</sup>.

Das von Sansculotten, Jakobinern und Montagnards entwickelte Instrumentarium zur Machtbildung durch Terror wurde weder in der Form der staatlichen Zwangsgewalt<sup>17</sup>, noch in der Form des Terrors der Straße<sup>18</sup> mit dem 9. Thermidor beseitigt. Lediglich Robespierre's moralischer Imperativ in der Verknüpfung von Tugend und Terror, wurde verworfen, hauptsächlich aber wohl wegen seiner existentiellen Bedrohung für jeden, der politische Verantwortung auf welcher Ebene auch immer wahrnahm<sup>19</sup>.

Der Prozeß der staatlichen Herrschaftsbildung wird durch den 9. Thermidor nicht unterbrochen. Im Gegenteil scheidet mit den Jakobinern und ihrem Filialnetz nach dem Thermidor - der Jakobiner-

---

16 So blieb die Hauptforderung der Sansculotten in den Hungeraufständen im Frühjahr 1795, die nach "Terror und Brot". Vgl. Kåre Tønnesson: *La défaite des sans-culottes*. Oslo - Paris 1959. Ndr. Oslo 1978. S. 239ff.

17 Vor allem aus der Sicht der Unterklasse hatte sich der Terror nach dem 9. Thermidor kaum geändert. Vgl. Gerd van den Heuvel: *Terreur, Terroriste, Terrorisme*. In: *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680 - 1820*. Heft 3, S. 122ff.

18 Insbesondere durch die *Jeunesse Dorée*. Vgl. Georges Lefebvre: *Les Thermidoriens*. Kap.5 und 7.

19 vgl. van den Heuvel, op.cit., S. 116ff.

klub wird am 13. November 1794 geschlossen - die letzte politische Macht aus, die potentiell mit der staatlichen Macht konkurrieren konnte. Trotz aller Diskussionen im Konvent nach dem Thermidor über Wege, den anwachsenden bürokratischen Apparat zu verkleinern, wird die Bürokratie weiter spezialisiert und wächst im Personalsektor in einzelnen Bereichen weiter an. Durch die Einschränkung der Macht des Wohlfahrtsausschusses werden die internen Gestaltungskräfte der Bürokratie eher gestärkt. Es war gewiß eine der bedeutenden Leistungen der Direktorialzeit den entscheidenden Schritt von der alten Verwaltung zur neuen Bürokratie vollends und nachhaltig zu vollziehen und so das Erbe des Konvents insgesamt zu erhalten<sup>20</sup>.

In einer Hinsicht stellt der 9. Thermidor eine Zäsur dar. Mit den "Robespierristen" geraten die Jakobiner in den Strudel der Reaktion auf die Terrorideologie Robespierre's und seiner engsten Anhänger. Das Zerschlagen des Netzwerkes der Jakobiner im Herbst 1794 schafft wenn auch nicht ein staatliches Gewaltmonopol, so doch ein staatliches Herrschaftsmonopol. Die Germinal- und Prairialaufstände des Jahres III scheitern hauptsächlich daran, daß es eine effiziente Führung, die mit der der Jakobiner vergleichbar gewesen wäre, nicht gab<sup>21</sup>. Der 9. Thermidor ist in dieser Hinsicht der Schlußpunkt der Faktionskämpfe der Patrioten. Mit einiger Berechtigung kann man unter diesem Aspekt die Schreckensherrschaft als Initialprozeß der Herrschaftsbildung für den verfaßten Nationalstaat der Revolution sehen. Unter diesem Aspekt ist die Schreckensherrschaft jedoch weder als ein Höhepunkt noch als ein Tiefpunkt der Revolution zu begreifen, sondern als ein Prozeß der staatlichen Neuformierung.

Natürlich entkräftet dies nicht die übergreifenden Interpretationen, die ihren Höhe- bzw. Tiefpunkt im Hinblick auf die Gesamrevolution erkennen. Doch meine ich, daß im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen der Terreur und dessen, was politisch haupt-

---

<sup>20</sup> Church: *Revolution and Red Tape*. S. 104-110 u. Kap.4.

<sup>21</sup> T nnesson: *La défaite des Sans-culottes*. S. 357-379.

sächlich geschah, weder ein Ackergesetz zur Abschaffung der Feudalrechte stand, noch die Frage nach der zukünftigen Wirtschaftsgestaltung. Man wird sich fragen müssen, ob den Bauern im Jahr II der Republik nicht Wehrpflicht und drohende Getreiderequisitionen mehr Sorge bereiteten, als eine formale Rechtsangleichung, die ihnen wohl schwerlich Pachterleichterungen bringen konnte. Gleichermäßen ist es fraglich, ob der "ökonomische Terror" im Konsumgütersektor, der ja überhaupt nur wenige Monate wirklich forciert wurde, als Tiefpunkt einer an sich schon sehr zögerlichen Kapitalisierung und praktisch fehlender Industrialisierung gesehen werden kann<sup>22</sup>. Vielleicht spielte die Möglichkeit, billig Nationalgüter zu erwerben, eine weit größere Rolle in der Unlust der französischen Bourgeoisie, industrieunternehmerische Risiken auf sich zu nehmen. Die kriegs- und bürgerkriegsbedingten Verluste der französischen Wirtschaft wurden zum größten Teil durch die Politik der Gironde verschuldet. Im ganzen überwiegen wohl im Bereich des Wirtschaftsdirigismus Kontinuitäten vom Ancien Régime zum Direktorium<sup>23</sup>.

In anderen Bereichen, etwa dem der Kultur, haben allerdings wertende Interpretationen eine nicht zu verleugnende Erklärungskraft, wenn es auch schwer fallen dürfte gegenseitige kategorische Ausgrenzungen zu vollziehen. Keineswegs soll hier der synkretischen Auflösung der Widersprüchlichkeit der Schreckensherrschaft in einer gesetzmäßigen Bestimmung in bezug auf die Menschheitsgeschichte das Wort geredet werden. Ganz im Gegenteil entziehen sich die gegensätzlichen Erscheinungsformen der Schreckensherrschaft jeglichem Versuch, sich mit ihr durch Identifizierung, Distanzierung oder

---

22 Die massive Preissteuerung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, scheint ja wohl eine Bedingung der europäischen Wirtschaftskraft des 20. Jahrhunderts zu sein, zumindest ist sie nicht erkennbar hinderlich.

23 vgl. hierzu Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt: Die Französische Revolution: Bruch oder Kontinuität, Zufall oder Notwendigkeit? S. 12-26.

Relativierung im Sinne einer historischen Harmonisierung zu versöhnen.

Einerseits muß man die Konsequenz im Denken der führenden Jakobiner und Montagnards anerkennen. Ganz zentrale Bedingungen des modernen Nationalstaats wurden ganz profund verstanden und in politisches Handeln umgesetzt. Hierunter fällt etwa die Pflege des patriotischen Bewußtseins als neuer, staatstragender geistiger Autorität mit weitgehenden kulturellen Auswirkungen<sup>24</sup>. Mit gleicher Klarheit wurden essentielle kulturelle Aufgabenbereiche des Staates, etwa der von Unterricht und Volksbildung, erkannt<sup>25</sup> - mithin das Prinzip der sozialen Verantwortlichkeit des Staates.

Andererseits ist die Gewalttätigkeit der Patrioten zwar formal in seinen Zusammenhängen, nicht jedoch in seiner ethischen Legitimation erklärbar. Mag man die Gefängnismassaker und die grausamen Repressalien in den Bürgerkriegsgebieten noch als Exzesse sehen, die eher aus einer spontan aggressiven Überreaktion entsprangen, kann man dagegen die Konsequenz des robespierristischen Terrors nur als rational geplante Masseneinschüchterung sehen. Durch die enge Verknüpfung des Terrors mit der republikanischen Tugend, nämlich dem patriotischen Bewußtsein, war dem eigentlichen Geist nach die Erklärung der Menschenrechte zurückgezogen worden. Sie galten allenfalls noch für die Patrioten, denen kein politischer Fehler unterlief und für all die vielen Menschen, die sie nie in Anspruch nahmen. Das gespenstische an der im Kreis der Terroristen entwickelten Gewaltdoktrin war, daß sie materialisierbarer Ziele entbehrte und so gerade am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts Assoziationen zu zeitgeschichtlichen

---

24 hierunter fallen Bewußtseinsveränderungen, die mit Sprache, Kunst, Zeitrechnung und neuen sozialen Interaktionsebenen zum Teil ganz tief in das Dasein der Menschen eingriffen. Aspekte der Erforschung dieser mentalen Veränderungen wurden auf der Bielefelder Arbeitstagung 1985 umrissen. Vgl. Reinhart Kosellek und Rolf Reichardt: Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins.

25 Zur "Kulturrevolution" und dem widersprüchlichen Beitrag der Schreckensherrschaft vgl. das Kapitel "Aspekte einer Kulturrevolution" in: Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution. S. 186-261.



Systemen brutalster Machterhaltung und Herrschaftsbildung aufkommen läßt.

Sicherlich stellt sich der terroristische Jakobinismus als ein Versatzstück staatlicher Machtausübung dar, das in seiner herrschaftsbildenden Dimension eine Option des europäischen Staates der Moderne zu sein scheint. Für ganz unbestreitbar halte ich, daß er 1793 die einzige Option des Konvents war, die vielfältigen Krisen Frankreichs zu bewältigen. Die einzige andere Option wäre das Herrschaftsmodell der Gironde gewesen, das weder mit dem Attribut "föderalistisch", noch mit dem unterstellten Festhalten an liberalen Doktrinen adäquat umschrieben werden kann<sup>26</sup>. Der Gironde mangelte es vor allem an einer verlässlichen Streitmacht, die die Revolution nach innen und nach außen zu verteidigen im Stande gewesen wäre. Die größte Schwierigkeit des Konvents war im Sommer 1793 wohl, daß nicht erkennbar war, aus welchen Quellen der Gironde das zur Bewältigung aller Krisen notwendige Machtpotential zugeflossen wäre; vor allem aber, mit welchen Mitteln die Gironde den staatlichen Autoritätsanspruch durchgesetzt hätte.

In einer Hinsicht stellte der Terror einen Lösungsansatz für ein rechtliches und mentales Strukturproblem der Revolution dar: Er forderte kategorisch die Loyalität aller Bürger gegenüber ihrem Staat, zumal im Krieg. Daß diese Loyalität im Jahr II der Republik mit dem Fallbeil erzwungen werden sollte, lag gewiß zu einem beträchtlichen Teil daran, daß sowohl die sich überlagernden Krisen als auch die Wirkung der ausgelösten Steuerungsmaßnahmen höchst komplex und unüberschaubar waren - wie es Saint Just formulierte: "En effet, la force des choses nous conduit peut-être à les resultats auxquels nous n'avions point pensé"<sup>27</sup>.

---

<sup>26</sup> vgl. oben Kap.II, Die Gironde und Kap.III, Das Scheitern der Gironde.

<sup>27</sup> Saint Just: Discours et rapports. S. 145.



## Literaturverzeichnis

### Gedruckte Quellen

ARCHIVES PARLEMENTAIRES de 1787 à 1860. Première série 1787 à 1799. Bisher erschienen: 95 Bde. Bde. 52-95. Paris 1897-1987. Bis Bd.82 im Ndr. Nendeln 1969. (Bd. 95 reicht bis 26. August 1794)

AULARD, F.A. (Hg.): Recueil des actes du Comité de salut public avec la correspondance officielle des représentants en mission et le registre du Conseil exécutif provisoire. 28 Bde. Paris 1889-1897.

AULARD, F.A. (Hg.): La Société des Jacobins. Recueil de documents pour l'histoire du club des Jacobins de Paris. 6 Bde. Paris 1889-1897.

COCHIN AUGUSTIN u. Charles CHARPENTIER (Hg.): Les actes du gouvernement révolutionnaire (23 août 1793 - 27 juillet 1794). 3 Bde. Paris 1920-1936.

FISCHER, Peter (Hg.): Reden der Französischen Revolution. München 1974.

GRAB, Walter (Hg.): Die Französische Revolution. Eine Dokumentation. München 1973.

LE VIEUX CORDELIER. Journal politique, rédigé en l'an II par Camille Desmoulins. Erschienen bei Boudouin Frères. Paris 1825. Ndr. Genf 1978.

LIÉNARD; Alain (Hg.): Saint-Just: Theorie politique. Paris 1976.

MARKOV, Walter (Hg.): Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789-1799. Bd.2 Gesprochenes und Geschriebenes. Leibzig 1982.

MARKOV, Walter und Soboul, Albert (Hg.): Die Sansculotten von Paris. Dokumente zur Geschichte der Volksbewegung. Berlin 1957.

PERROUD, Cl. (Hg.): J.-P. Brissot. Correspondance et papiers. (Memoires et documents relatifs aux XVIIIe et XIXe Siècles 4). Paris 1911.

SIEYES, Emmanuel: Qu'est-ce que le Tiers état?. Hg. u. eingel. von Roberto Zapperi. (Les classiques de la pensée politique). Genf 1970.

SIEYES, Emmanuel Joseph: Politische Schriften. Übers. u. hg. v. Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt. Erste Auflage: Darmstadt-Neuwied 1975. (Politica Bd. 43). Zweite, überarb. u. erw. Auflage: München-Wien 1981. (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution Bd. 5).

SOBOUL, Albert (Hg.): Saint Just: Discours et rapports. Paris 1957.

TOURNEUX, Maurice (Hg.): Procès-verbaux de la Commune de Paris (10 août 1792 - 1er juin 1793). Paris 1894.

UNRUH, Manfred (Hg.): Maximilien Robespierre. Ausgewählte Texte. Hamburg o.J.

VOVELLE, Michel (Hg.): Marat: textes choisis. Paris 1963.

## Literatur

- Actes du 111e Congrès National des Sociétés Savantes (Poitiers, 1986). Section d'histoire moderne et contemporaine. Tome I, fasc. 2. Existe-t-il un fédéralisme Jacobin? Etudes sur la Révolution. Paris 1986.
- ANDREWS, Richard M.: The Justices of the Peace of Revolutionary Paris, September 1792 - November 1794 (Frimaire Year II). In: Douglas Johnson (Hg.): French Society and the Revolution. London, New York, Melbourne 1976.
- AULARD, Alphonse: Histoire de la Révolution Française. Origines et développement de la démocratie et la République 1789 - 1804. Paris 1901. Ndr. Aalen 1977.
- BAKER, Keith Michael: Condorcet. From natural Philosophy to Social Mathematics. Chicago, London 1975.
- BARLET, Philippe: Suspicion et Terreur dans le district de Chatillon-Sur-Indre (31 juillet 1790 - 13 frimaire an IV). In: AHRF, No 275 (1989), S. 27-51
- BERNET, Jacques: Aux sources de la sociabilité politique contemporaine. Les clubs des Jacobins sous la Révolution française. L'exemple champenois et picard, 1789-95. In: AHRF, No 266 (1986), S. 477-495.
- BERNET, Jacques: Le problème des sociétés sectionnaires sous la Révolution Française. L'exemple de Reims (1793-94). In: Actes du 111e Congrès National des Sociétés Savantes (Poitiers, 1986) Section d'histoire moderne et contemporaine. Tome I, fasc. 2. Paris 1986. S. 7-19.
- BERTAUD, Jean Paul: La Révolution armée. Les soldats-citoyens et la Révolution française. Paris 1979.
- BIEBERSTEIN, Johannes Rogalla von: Die These von der Verschwörung 1776 - 1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung. Frankfurt 1978.
- BLANNING, T.C.W.: The French Revolution. Aristocrats versus Bourgeois? Basingstoke - London 1987.
- BOULOISEAU, Marc: Robespierre. Paris 1956. Ndr. 1976. (Que sais-je?)
- BOULOISEAU, Marc: Le Comité de Salut public (1793-1795). Paris 1968. (Que sais-je?)
- BOULOISEAU, Marc: La République jacobine. 10 août 1792 - 9 thermidor an II. (Nouvelle histoire de la France contemporaine 2). 1972.
- BOURDIN, Isabelle: Les Sociétés populaires à Paris pendant la Révolution. Paris 1937.
- BRAESCH, Frédéric: La Commune du dix août 1792. Paris 1911. Ndr. Genf 1978.
- CARON, Pierre: Les massacres de septembre. Paris 1935.
- CARON, Pierre: Les missions du Conseil exécutif provisoire et de la Commune de Paris. (La première terreur 1792). Bd.1. Paris 1950.
- CHURCH, Clive H.: The Process of Bureaucratization in France 1789 - 1799. In: Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis? Akten des internationalen Symposions an der Universität Bamberg vom 4.-7. Juni 1979. 3 Teile. München - Wien 1983. (Ancien

Régime, Aufklärung und Revolution Bd.9). Teil 1, S. 121-137.

CHURCH, Clive H.: Revolution and Red Tape. The French Ministerial Bureaucracy 1770-1850. New York - Oxford - London u.a. 1981.

CHURCH, William F. (Hg.): The Influence of the Enlightenment on the French Revolution. Lexington, Toronto, London 1974.

CLOUGH, Shepard B.: Retardierende Faktoren im französischen Wirtschaftswachstum am Ende des Ancien Régime und während der Revolutionszeit und der Napoleonischen Ära. In: Eberhard Schmitt (Hg.): Die Französische Revolution. Köln 1976. S. 181-200.

COBB, Richard C.: Robespierre und der General Boulanger. Nationalgarde und Revolutionsarmee. In: Walter Markov (Hg.): Maximilien Robespierre 1758-1794. Berlin 1961. S. 237-270.

COBB, Richard C. Les armées révolutionnaires. Instrument de la terreur dans les départements. Avril 1793 - Floréal An II. 2Bde. Paris 1961-1963.

COBB, Richard C.: Terreur et Subsistances 1793-1795. Paris 1964.

COBB, Richard C.: The Police and the People. French Popular Protest. 1789-1820. Oxford 1970.

COBBAN, Alfred: The Myth of the French Revolution. An Inaugural Lecture 6 May 1954. London 1955. Ndr. London 1978.

COBBAN, Alfred: The Social Interpretation of the French Revolution. Cambridge 1965.

COQUARD, Olivier: Note sur les manuscrits de J.P. Marat au fonds "La Bédoyère" de la Bibliothèque Nationale. In: AHRF, No 267 (1987), S. 68-73.

DEVILLE, Paul Sainte-Claire: La Commune de l'an II. Vie et mort d'une assemblée révolutionnaire. Paris 1946.

DORIGNY, Marcel, Anne-Marie Duport, Jacques Guilhaumou und François Wartelle: Les Congrès des sociétés populaires et la question du pouvoir exécutif révolutionnaire. In: AHRF, No 266 (1986), S. 518-544.

DORIGNY, Marcel: Les Congrès des Sociétés Populaires de 1792 en Bourgogne. Défense révolutionnaire et ordre social. In: Actes du 111e Congrès National des Sociétés Savantes (Poitiers, 1986). Section d'histoire moderne et contemporaine. Tome I, fasc. 2. Paris 1986.

DUPORT, Anne-Marie: Les Congrès des sociétés populaires tenus à Valence en 1793. Résistance au fédéralisme et anticipations politiques. In: Actes du 111e Congrès National des Sociétés Savantes, (Poitiers, 1986). Section d'histoire moderne et contemporaine. Tome I, fasc.2. Paris 1986. S. 21-37.

EAGAN, James M.: Maximilien Robespierre: Nationalist Dictator. New York 1938. Ndr. 1978.

ELSNER, Heinrich: Maximilien Robespierre, Dictator von Frankreich. Vollständige Geschichte seines Lebens mit einer Sammlung seiner Reden. Stuttgart 1838.

FORREST, Alan: The French Revolution and the Poor. Oxford 1981.

FURET, François und DENIS RICHET: Die Französische Revolution. Dt. Ausgabe: Frankfurt 1968. Ndr. München 1981. Frz. La Révolution. 2 Bde. 1965 und 1966.

- FURET, François: Der revolutionäre Katechismus. In: Eberhard Schmitt (Hg.): Die Französische Revolution. Köln 1976. S.46-88.
- GENDRON, François: La Jeunesse Dorée. Episodes de la Révolution française. Québec 1979.
- GODECHOT, Jacques: France and the Atlantic Revolution of the Eighteenth Century, 1770-1799. Engl.: New York 1965.
- GODECHOT, Jacques: Les institutions de la France sous la Révolution et l'Empire. Paris 1951. 2. durchges. und verb. Aufl. Paris 1968.
- GODECHOT, Jacques: Les Révolutions (1770-1790). Paris 1970.
- GODECHOT, Jacques: L'influence de la guerre sur la Révolution. In: Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis ? Akten des internationalen Symposions an der Universität Bamberg vom 4.-7. Juni 1979. 3 Teile. München - Wien 1983. (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution Bd.9) Teil 2, S. 3-21.
- GOOCH, R.K.: Parliamentary Government in France. Revolutionary Origins, 1789 - 1791. 1960. Ndr. New York 1971.
- GORDON, Lew S.: Studien zur plebejisch-demokratischen Tradition in der Französischen Aufklärung. Übers. von Wolfgang Techtmeier. Berlin 1972.
- GOTTSCHALK, J.R.: Marat, l'Ami du peuple. Paris 1929.
- GREER, Donald: The Incidence of Terror during the French Revolution. A Statistical Interpretation. Cambridge, Mass., 1935. (Harvard Historical Monographs VIII). Ndr. Gloucester, Mass. 1966.
- GROETHUYSEN, Bernhard: Philosophie der Französischen Revolution. Mit einem Nachwort von Eberhard Schmitt. Darmstadt und Neuwied 1971. Ndr. Berlin 1976. Ndr. Frankfurt-New York 1989. Frz. Originalausgabe: Philosophie de la Révolution française. Paris 1956.
- GROSS, Jean-Pierre: Saint-Just. Sa politique et ses missions. (Mémoires et documents 31). Paris 1976.
- GROSS, Jean-Pierre: Note sur la portée des décrets de Ventôse dans le Centre et le Sud-Ouest. In: AHRF, No 275 (1989), S. 16-25.
- GUILHAUMOU, Jacques: L'idéologie du Père Duchesne. Les Forces adjuvantes (14 juillet - 6 septembre 1793). In: Régine Robin (Hg.): Langage et idéologies. Le Discours comme objet de l'Histoire. Paris 1974. S.81-116.
- GUILHAUMOU, Jacques: Le Congrès republicain des sociétés populaires des départements méridionaux de Marseille (octobre-novembre 1793). Programme et mots d'ordre. In: Actes du 111e Congrès National des Sociétés Savantes (Poitiers, 1986). Section d'histoire moderne et contemporaine, Tome I, fasc.2. Paris 1986.
- GUINAMAND, Robert: Sur deux délibérations... In: AHRF, No. 252 (1983), S.195-203.
- GUSDORF, Georges: La Conscience révolutionnaire. Les idéologues. Paris 1978. (Les Sciences humaines et la pensée occidentale VIII)
- HALÉVI, Ran: Die politische Doppelgesichtigkeit der Verfassungsrevolution des Jahres 1789. In: Reinhart Kosellek und Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. München 1988. S. 75-94.

- HALL, Richard H.: The Concept of Bureaucracy. An Empirical Assessment. In: The American Journal of Sociology, Vol 69,1 (1963), S. 32-40.
- HAMPSON, Norman: A Social History of the French Revolution. London 1963. Ndr. London 1970.
- HAMPSON, Norman: The Life and Opinions of Maximilien Robespierre. London 1974.
- HAMPSON, Norman: Danton. London 1978.
- HEUVEL, Gerd van den: Terreur, Terroriste, Terrorisme. In: Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe 1680-1820. Hg. v. Rolf Reichardt u. Eberhard Schmitt. Heft 3, München 1985. S.89-132.
- HEUVEL, Gerd van den: Revolutionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik. In: Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution. Freiburg - Würzburg 1988. S. 146-157.
- JACOB, Louis: Robespierre und der Hébertismus. In: Walter Markov (Hg.): Maximilien Robespierre 1758-1794. Berlin 1961. S.175-212.
- JOHNSON, Douglas (Hg.): French Society and the Revolution. London, New York, Melbourne 1976.
- KENNEDY, Michael L.: The Jacobin Clubs in the French Revolution. The First Years. Princeton, N.J., 1982.
- KENNEDY, Michael L.: The Jacobin Clubs in the French Revolution. The Middle Years. Princeton, N.J., 1988.
- KESSLER, Helmut: Terreur, Ideologie und Nomenklatur der revolutionären Gewaltanwendung in Frankreich von 1770 bis 1794. Hg. v. Siegfried Grosse, Karl Maurer und Hans Joachim Schrimpf. (Bochumer Arbeiten zur Sprach- und Literaturwissenschaft 9). München 1973.
- KOSELLEK, Reinhart und Rolf REICHARDT (Hg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. Vorlagen und Diskussionen der internationalen Arbeitstagung am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld 28.Mai-1.Juni 1985. München 1988. (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution Bd. 15)
- LABRACHERIE, Pierre: Fouquier-Tinville. Accusateur public. Paris 1961.
- LEFEBVRE, Georges: La Revolution française. Paris 1930. Ndr. Paris 1968.
- LEFEBVRE, Georges: Les Thermidoriens. Paris 1937. Ndr. Paris 1960.
- LEFEBVRE, Georges: Études sur la Révolution française. Paris 1954. 2. durchges. Aufl. Paris 1963.
- LORENZIS MINASI, Antonietta de: A propos des rapports entre mouvement populaire et robespierrisme. In: AHRF, No. 195 (1969), S.29-52
- LOTTE, Günther: Die Französische Revolution und der moderne politische Konservatismus. In: Reinhart Kosellek und Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. München 1988. S. 609-630.
- LUCAS, Colin: The Structure of the Terror. London - Glasgow - New York u.a. 1973.
- MAINTÉNANT, Gérard: Les Jacobins. Paris 1984. (Que sais-je?)
- MANFRED, A.Z.: Maximilien Robespierre. In: Walter Markov (Hg.): Maximilien



- Robespierre 1758-1794. Berlin 1961. S.19-66.
- MARKOV; Walter (Hg.): Jakobiner und Sansculotten. Beiträge zur Geschichte der französischen Revolutionsregierung 1793-1794. Berlin 1956.
- MARKOV, Walter: Robespieristen und Jacquesroutins. In: Ders. (Hg.): Maximilien Robespierre 1758-1794. Berlin 1961. S.113-174.
- MARKOV, Walter (Hg.): Maximilien Robespierre 1758-1794. Berlin 1961.
- MARKOV, Walter: Jacques Roux oder vom Elend der Biographie. Berlin 1966.
- MARKOV, Walter: Die Freiheiten des Priesters Roux. Berlin 1967.
- MARKOV, Walter: Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789-1799. Bd.1. Aussagen und Analysen. Leipzig 1982.
- MASSIN, Jean: Marat. Paris 1970.
- MASSIN, Jean: Robespierre. Übers. von Oskar Tyszko. Berlin 1977.
- MATHIEZ, Albert: La vie chère et le mouvement social sous la Terreur. 2 Bde. Paris 1927. Ndr. Paris 1973.
- MATHIEZ, Albert: La Révolution française. 3 Bde. Paris 1927.
- MATHIEZ, Albert: Girondins et Montagnards. Paris 1930.
- MATHIEZ, Albert: Le dix août. Paris 1931.
- MATHIEZ, Albert: Etudes sur Robespierre (1758-1794). Hg. v. Société des études robespierristes. Paris 1973.
- MATHIEZ, Albert: Robespierre. L'histoire et la légende. Ndr. in: AHRF, No.227 (1977), S. 5-31.
- MAZAURIC, Claude: Einige neue Wege für eine politische Geschichte der Französischen Revolution. In: Eberhard Schmitt (Hg.): Die Französische Revolution. Köln 1976. S.88-122.
- McNEIL, Gordon H.: Robespierre, Rousseau and Representation. In: Ideas in History. Essays Presented to Louis Gottschalk by his former students. Hg. von Harald T. Parker. o.O. und J.
- MOUSNIER, Roland: Le caractère de l'état français au moment de la Révolution. In: Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis? Akten des internationalen Symposiums an der Universität Bamberg vom 4. - 7. Juni 1979. 3 Teile. München - Wien 1983. (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution Bd. 9) Teil 1, S. 107-119.
- PALMER, R.R.: Twelve Who Ruled. The Year of the Terror in the French Revolution. Princeton 1941. Ndr. Princeton, N.J., 1973.
- PALMER, R.R.: The Age of Democratic Revolution. A Political History of Europe and America, 1760-1800. 2 Bde. Princeton, N.J., 1959-1964.
- PARKER, Harold T. (Hg.): Ideas in History. Essays Presented to Louis Gottschalk by his former Students. o.O. und J.
- PATRICK, Alison: The Men of the First French Republic. Political Alignment in the National Convention of 1792. Baltimore, London 1972.
- PERTUÉ, Michel: Les luttes de classe et la question de la dictature (début 1793) In: AHRF, No 229 (1977), S. 454-462.



PETERSEN, Susanne: Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik in Paris 1792-1793. Studien zum Verhältnis von revolutionärer Bourgeoisie und Volksbewegung bei Herausbildung der Jakobinerdiktatur. (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution Bd.2). München-Wien 1979.

POPKIN, Jeremy: The Newspaper Press in French Political Thought, 1789-99. In: Studies in Eighteenth-Century Culture. Vol. 10. Madison, Wisc., - London 1981. S. 113-133.

POPKIN, Jeremy: Umbruch und Kontinuität der französischen Presse in Revolutionszeitalter. In: Reinhart Kosellek und Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. München 1988. S. 167-174.

REICHARDT, Rolf und Eberhard SCHMITT: Die Französische Revolution: Bruch oder Kontinuität, Zufall oder Notwendigkeit? - La Révolution française: rupture ou continuité, produit de la contingence ou événement nécessaire? In: Dies. (Hg.): Die Französische Revolution - Zufälliges oder notwendiges Ereignis? Akten des internationalen Symposions an der Universität Bamberg vom 4.-7. Juni 1979. 3 Teile. München - Wien 1983. (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution Bd.9). Teil 3, S. 3-70.

REICHARDT, Rolf u. Eberhard SCHMITT (Hg.): Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820. Erscheint in fasc., nicht alphabetisch. (Gleichzeitig Bd. 10 der Reihe Ancien Régime, Aufklärung und Revolution). München 1985-

REICHARDT, Rolf: Revolutionäre Mentalitäten und Netze politischer Grundbegriffe in Frankreich 1789 - 1795. In: Reinhart Kosellek und ders. (Hg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. München 1988. S. 185-215.

REICHARDT, Rolf (Hg.): Die Französische Revolution (Ploetz). Freiburg - Würzburg 1988.

REICHARDT, Rolf: Schulwesen und Erziehung. In: Ders. (Hg.): Die Französische Revolution (Ploetz). Freiburg - Würzburg 1988. S. 190-199.

REINHARD, Marcel: La Chute de la Royauté. 10 août 1792. Paris 1969.

RICHARD, Camille: Le Comité de Salut public et les fabrications de guerre sous la terreur. Paris 1922.

ROBIN, Régine (Hg.): Histoire et linguistique. Paris 1973.

ROBIN, Régine (Hg.): Language et idéologies. Le Discours comme objet de l'Histoire. Paris 1974.

ROSE, R.B.: The Enragés. Socialists of the French Revolution? Melbourne 1965. Ndr. Sydney 1968.

RUDÉ, George: The Crowd in the French Revolution. London-Oxford-New York 1959. Ndr. 1967. Dt. Ausgabe: Die Massen in der Französischen Revolution. Übers. v. Angela Hillmayr u. Rudolf Bischoff. München-Wien 1961.

RUDÉ, George: Robespierre. Portrait of a Revolutionary Democrat. London 1975.

SCHMALE, Wolfgang: Recht und Verfassung. Von der alten Monarchie zur Republik. In: Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution. Freiburg - Würzburg 1988. S. 131-143.

- SCHMITT, Eberhard (Hg.): Die Französische Revolution. Köln 1976.
- SCHMITT, Eberhard: Einführung in die Geschichte der Französischen Revolution. München 1976. Zweite, durchgesehene Auflage München 1980.
- SCHMITT, Eberhard und Rolf REICHARDT (Hg.): Die Französische Revolution - zufälliges oder notwendiges Ereignis? Akten des internationalen Symposions an der Universität Bamberg vom 4.-7. Juni 1979. 3 Teile. München - Wien 1983. (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution Bd. 9).
- SCHMITT, Eberhard: Bernhard Groethuysen. In: Bernhard Groethuysen, Philosophie der Französischen Revolution. Frankfurt-New York 1989. S.193-207.
- SCHMITT, Eberhard: Die Französische Revolution von 1789. Grundpositionen der Deutung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament 22, 1989. S. 3-13.
- SELIGMAN, Edmond: La Justice en France pendant la Révolution. 2 Bde. Paris 1901-1913.
- SIRICH, John Blake: The Revolutionary Committees in the Departments of France. Cambridge, Mass., - London 1943.
- SOBOUL, Albert: Les sans-culottes parisiens en l'an II. Mouvement populaire et gouvernement révolutionnaire 2 juin 1793 - 9 thermidor an II. Paris 1958. Ndr. 1962.
- SOBOUL, Albert: Das Problem der Arbeit im Jahre II. In: Walter Markov (Hg.): Jakobiner und Sansculotten. Beiträge zur Geschichte der französischen Revolutionsregierung 1793-1794. Berlin 1956.
- SOBOUL, Albert: Robespierre und die Volksgesellschaften. In: Walter Markov (Hg.): Maximilien Robespierre 1758-1794. Berlin 1961. S.271-286.
- SOBOUL, Albert: Die Sektionen von Paris im Jahre II. Hg. von Walter Markov. Berlin 1962.
- SOBOUL, Albert: La 1er République (1792-1804). Paris 1968.
- SOBOUL, Albert: Problèmes paysans de la Révolution (1789 - 1848). Paris 1976.
- SOBOUL, Albert: Die Große Französische Revolution. Hg. und übers. von Joachim Heilmann und Dietfried Krause-Vilmar. 4. Aufl d. durchges. dt. Ausg. Frankfurt 1983. (Frz.: Précis de l'histoire de la Révolution française. Paris 1962).
- SOBOUL, Albert: Georges Couthon. In: AHRF, No.252 (1983), S. 204-227.
- SYDENHAM, M.J.: The Girondins. London 1961.
- SYDENHAM, M.J.: The First French Republic 1792 - 1804. London 1974.
- TONNESSON, Kåre D.: La défaite des Sans-Culottes. Mouvement populaire et réaction bourgeoise en l'an III. Paris - Oslo 1959. Ndr. Oslo 1978.
- VIOLA, Paolo: Liberalismus und Konterrevolution in den Kreisen der jungen Opposition gegen das Direktorium. In: Reinhart Kosellek und Rolf Reichardt (Hg.): Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. München 1988. S. 631-639.
- VOVELLE, Michel: Die Französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten. Übers. v. Peter Schöttler. (Ancien Régime Aufklärung und Revolution Bd.7). München, Wien 1982. Originalausgabe: Breve storia della rivoluzione francese. Rom 1979.

WALLON, Henri: La Révolution du 31 mai et le fédéralisme en 1793 ou la France vaincue par la Commune de Paris. 2 Bde. Paris 1886.

WALLON, Henri: Les représentants du peuple en mission et la justice révolutionnaire dans les départements en l'an II. 4 Bde. Paris 1889/1890.

WALLON, Henri: le Tribunal révolutionnaire 10 mars 1793 - 31 mai 1795. 2 Bde. Paris 1899-1900.

WALTER, Gérard: Marat. Paris 1933.

WARTELLE, Françoise: Contre-pouvoir populaire ou complot maximaliste? Les fédérations montagnardes dans le Nord de la France, octobre-décembre 1793. In: Actes du 111e Congrès National des Sociétés Savantes (Poitiers, 1986). Section d'histoire moderne et contemporaine. Tome I, fasc. 2. Paris 1986.

WILLIAMS, Gwyn A.: Artisans and Sans-Culottes. Popular movements in France and Britain during the French Revolution. London 1968.

WOLGIN, Wjatscheslaw Petrowitsch: Die Gesellschaftstheorien der französischen Aufklärung. Übers. von Brigitta Schröder. Berlin 1965.

## **Politische Gruppen und Ziele in der Schreckensherrschaft in Frankreich, 1792-1794**

### **Zusammenfassung (Abstract)**

Die Grundsatzdebatte in der jüngeren Historiographie über die Bewertung der Schreckensherrschaft als Höhepunkt einer vorher aufsteigenden Revolution aufgrund der abschließenden Überwindung der feudalaristokratischen Gesellschaftsordnung, oder in der Antithese als retardierender Faktor in der Evolution der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Frankreichs aufgrund des rückwärtsgerichteten wirtschaftspolitischen Denkens von Jakobinern und Sansculotten, wirft die Frage nach dem politischen Willen, der politischen Strategie und den politischen Errungenschaften des Bündnisses zwischen Jakobinern und Sansculotten auf.

Da der Terror von Jakobinern und Sansculotten als Instrumentarium zur Durchsetzung der revolutionären Rechtsordnung gegen die als aristokratisches System begriffenen Widersprüche und Verfassungsprobleme der konstitutionellen Monarchie gesehen wurde, nahmen die politischen Auseinandersetzungen überwiegend den Charakter von unversöhnlichen Verfassungskämpfen um Form, Organisation und Zielrichtung staatlicher Gewaltausübung an. Aufgrund des bleibenden Erbes grundlegender Formen staatlicher Herrschaftsausübung im bürgerlichen Nationalstaat wird die Schreckensherrschaft eher als Prozeß des Übergangs von der Staats- und Rechtsordnung des Ancien Régime zur Moderne zu bewerten sein.

## Lebenslauf

Am 5.9.1955 wurde ich in Heidenheim/Brenz als Sohn des Elektromeisters Erwin Beck und der Hausfrau Sigrid Beck (geb. Kopp) geboren. Von April bis Dezember 1962 besuchte ich die Volksschule Heidenheim-Mergelstetten, von Januar 1963 bis Juli 1967 die evangelische Volksschule in Karlstadt/Main. Meine weitere Schulausbildung erhielt ich am Siebold-Gymnasium Würzburg, wo mir am 25. Juni 1976 das Zeugnis über die allgemeine Hochschulreife ausgestellt wurde. Meinen Wehrdienst leistete ich vom 1.7.1976 bis 30.6.1978 beim FlaBtl 210 in München ab, wo ich zum Reserveoffizier ausgebildet wurde. Zum Wintersemester 1978/79 schrieb ich mich an der Universität Würzburg in den Fächern Geschichte und Germanistik ein. Im akademischen Jahr 1980/81 studierte ich an der State University of New York, Campus Oneonta, amerikanische Geschichte, Political Science und Kulturgeographie. Gleichzeitig war ich als Teaching Assistant für deutsche Grammatik tätig. Mit dem Beginn des Wintersemesters 1981/82 setzte ich mein Studium an der Universität Würzburg fort. Zum Wintersemester 1983/84 wechselte ich an die Universität Bamberg, wo ich mein Studium am 23. Juli 1985 mit der Prüfung zum Magister Artium abschloß. Seit August 1985 bin ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Prof. Dr. Eberhard Schmitt an der Forschungsstelle Geschichte der europäischen Expansion in der frühen Neuzeit, Lehrstuhl für Neuere Geschichte, Universität Bamberg, tätig.